

J. publ. G. 827 leg
Preis: Geh. 2,40 Mark.

Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission.

Dritter Band:

Verhandlungen über den Entwurf
eines
Gerichtsverfassungs-Gesetz
nebst
Einführungs-Gesetz
für das
Deutsche Reich.

Erster Theil.

Erste Lesung.

Theilweiser Abdruck der Berichte aus der National-Zeitung.

Mit dem Wortlaut der abändernden

Kommissions-Beschlüsse.



Berlin 1876. Fr. Kortkampf.

Buchhandlung für Staatswissenschaften und Geschichte.

Verlag der Reichs-Gesetze.

Die Abnahme des ersten Theiles verpflichtet zur Abnahme des zweiten.

Wir bitten die Innenseite des Umschlags zu beachten.

Maxford Ring

Verlag von Fr. Kortkampff, Berlin, W., Königin Augusta-Str. 7,

Prospekt

zu den

Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission

über die

Gesetz-Entwürfe

betreffend:

Strafprozess-Ordnung. Bd. I. I. Theil. 1. Lesung. II. Theil. 2. Lesung.

Zivilprozess-Ordnung. Bd. II. 1. und 2. Lesung.

Gerichts-Verfassungs-Gesetz. Bd. III. I. Theil. 1. Lesung. II. Theil. 2. Lesung.

Unter Mitbenutzung der Berichte der „National-Zeitung“

und

Abdruck der abändernden Kommissions-Beschlüsse.

Gr. Lex. 8. Preis jedes Bandes, bezw. Theiles etwa 2—3 Mark.

Zur Ausgabe gelangten: **Band I., Theil 1.** Preis 3 Mark.

Band III., Theil 1. Preis 2,40 Mark.

In Vorbereitung sind: Band II.; Band I. Thl. 2.; Band III. Thl. 2.

In juristischen Kreisen ist es freudig begrüsst, dass endlich eine, kundiger Feder entstammende, *zusammenhängende* Darstellung über den seitherigen *Gang* und die *Ergebnisse* der *Arbeiten* der Reichs-Justiz-Kommission erscheint, welche sehr geeignet befunden ist zu einer leichten Orientirung über das bis jetzt Geschaffene. Dieser in drei Bänden erscheinenden Darstellung liegen im Wesentlichen bezw. theilweise bei den ersten Lesungen *diejenigen Berichte* zu Grunde, *welche in der „Nat.-Zeitung“ unmittelbar nach jeder einzelnen Sitzung der Reichs-Justiz-Kommission* über den jedesmaligen wesentlichen Inhalt derselben veröffentlicht wurden. Diese, durch Frische der Darstellung und völlige Beherrschung des Stoffes sich auszeichnenden Berichte bieten ein anschauliches Bild über die Gesamt-Ergebnisse jener hochwichtigen Vorarbeiten. Neben den Gründen für Befürwortung und Bemängelung des Bundesraths-Entwurfs finden alle, auch die abgelehnten, *Abänderungs-Anträge* und die für und gegen diese geltend gemachten Gründe volle Berücksichtigung; von hohem juridischen Interesse ferner sind die eingehenderen Mittheilungen über im Schosse der Kommission erörterte wichtige Prinzipienfragen, sowie über den Meinungs-Austausch bei Kontroversen.

Das Gesagte gilt namentlich auch von den eben ausgegebenen Berichten betr. die Berathungen des Gerichtsverfassungs-Entwurfs, in denen die, den Beizug, des bürgerlichen Elements in Strafsachen, die Handelsgerichte und die Organisation der Rechtsanwaltschaft betreffenden, auch für Nichtjuristen hochinteressanten Verhandlungen ausführlicher mitgetheilt sind.

Diesen „Berichten“ ist vielfach die Bedeutung, bezw. der Charakter von unmittelbar nach jeder Sitzung abgefassten „Protokollen“ zugesprochen, deren Werth auch für den künftigen Gebrauch als Interpretations-Material weder durch die — einstweilen aus nahe liegenden Gründen noch bewahrte — Anonymität, noch durch den Mangel amtlichen Charakters irgendwie beeinträchtigt wird. — Dieser dauernde Werth wird noch erhöht durch

Abdruck des Wortlauts der abändernden Beschlüsse in der von der Redaktions-Kommission festgestellten Wortfassung. — Da das eingehende Studium der sehr ausführlichen amtlichen Protokolle — die übrigens z. Z. noch käuflich nicht zu haben sind — nur einer Minderheit unserer Juristen möglich sein wird, so werden *diese* kurzen Protokolle den beteiligten Kreisen willkommenen Ersatz bieten.

Der **II. Band** wird in neuer Bearbeitung die ausführlichen Berichte beider Lesungen der **Zivilprozess-Ordnung** gleichzeitig enthalten und in Kürze ausgegeben werden.

Die zweiten Theile des **I. und III. Bandes** werden ebenfalls kurz nach Beendigung der betr. zweiten Lesungen veröffentlicht.

Die Verlagshandlung hat für eine vorzügliche Ausstattung und besonders *sehr* übersichtliche Anordnung des Satzes und genaue Register Sorge getragen und dadurch zugleich den Gebrauch leicht und angenehm gemacht.

Urtheile der Presse:

„Der Abdruck . . . ist durchaus geeignet, über die Arbeiten der Kommission und die Resultate derselben rasch und gut zu orientiren.“

(Goldammer Archiv für Strafrecht. 1875. S. 656.)

„Die literarische Wichtigkeit dieses Werkes werden Männer von Fach zu würdigen wissen.“

(Bernburger Ztg. u. Amtsbl. 1876. Nr. 49.)

„Dieses, eine genaue Zusammenstellung der Kommissions-Verhandl. enthaltende Werk liefert ein höchst werthvolles Material zum Studium der demnächst zu erwartenden Reichs-Justiz-Gesetze. — Die Ausstattung ist, wie bei allen im K.'schen Verlage erschienenen Werken, elegant.“ (Ztschrft. f. Rechtspflege in Braunschw. 1876. S. 112.)

„Die Ausstattung des Werkes ist eine vorzügliche; dasselbe gewährt, soviel nach dem vorliegenden Theile zu urtheilen, einen klaren Einblick in die so eminent wichtigen Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission.“

(Frankfurter Ztg. 1876. Nr. 66.)

„Die Wichtigkeit des Gegenstandes für Rechtskundige und Staatsmänner, ja für alle Staatsbürger bedarf keines Beweises.“

(Frankfurter Journal. 1876. No. 65.)

„Bei der ausserordentlichen Wichtigkeit bedürfen diese Publikationen nicht der besonderen Empfehlung.“

(Danziger Ztg. 1876. Nr. 9617.)

„ sie bietet nicht sowohl ein Exzerpt derselben, (d. offiz. Ber.) als vielmehr eine durchaus eigenartige selbständige Darstellung des in der Kommission Verhandelten. Um so brauchbarer dürfte dieselbe für eine die grosse Zahl von Geschäftsmännern sein, welche sich künftig in die neuen Prozess-Gesetze hinein zu arbeiten haben, indem sie wesentlich dazu dienen wird, einen raschen Ueberblick über die Gesichtspunkte zu gewähren, von welchen die Komm. bei ihren von dem Entw. abweichenden Beschlüssen ausging. Werden doch die Wenigsten den Anlauf nehmen, die aml. Protokolle (diejenigen zur 1. Les. der St.-P.-O. füllen allein 731 enggedruckte Folioseiten) von Anfang bis zum Ende durchzustudiren, während eine weitaus grössere Zahl dankbar sein wird für eine Ausgabe, welche den Inhalt jener Protokolle in einer ebenso handlichen, als zuverlässigen Arbeit zum Gemeingut weiterer Kreise zu machen geeignet ist.“

(Schwäb. Merkur. 1876. Nr. 61.)

Entwürfe nebst Motiven und Anlagen

zu den

Justiz-Reform-Gesetzen für das Deutsche Reich.

(Besondere Abdrucke der amtlichen Ausgabe.)

Entwurf eines Gerichtsverfassungs-Gesetzes nebst Begründung dieses und des **Einführungs-Gesetzes.** Gr. 4^o. 3. Aufl. 2 M.

Entwurf einer Strafprozess-Ordnung nebst Motiven hierzu, zum **Einführungs-Gesetz,** sowie den Anlagen zu den Motiven. Gr. 4^o. 3. Aufl. 4 M.

Inhalt der Anlagen:

- 1) Berufungs-Instanz im Strafverfahren.
- 2) Vergleichende Zusammenstellung gesetzlicher Vorschriften über Begründung eines Antrages auf Wiederaufnahme der Untersuchung nach rechtskräftig entschiedener Sache.
- 3) Untersuchungshaft.
- 4) Privatklage.
- 5) Rechtsfindung im Geschworenen-Gerichte.
- 6) Englische Gesetze über gerichtliche Voruntersuchung vom 14. August 1848.

Entwurf einer Zivilprozess-Ordnung nebst Begründung desselben und des Einführungs-Gesetzes. Gr. 4^o. 3. Aufl. 6 M.

Entwurf einer Konkurs-Ordnung nebst Einführungs-Ges. u. Motiven. Gr. 4^o. Geh. 6 M.

Früher erschien:

Entwurf eines Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund mit Motiven, Anlagen und den Kommissions-Beschlüssen. Gr. 4^o. Geh. 20 M.

— — Dasselbe, ohne Motive und Anlagen. Gr. Fol. 1 M.

Schriften über die Justiz - Gesetz - Entwürfe.

Zur Frage der Amtsgerichte. Von H. Pfafferott, Ober-Amtsrichter, Mitglied der Reichs-Justiz-Kommission. Gr. 8^o. Geh. 0,80 Mark.

Urtheile der Presse:

„Die Amtsgerichte sind durch die bislang gefassten Beschlüsse der zur Vorberathung der Entwürfe der betr. Gesetze vom Reichstage ernannten Ausschüsse nicht ausgiebig genug gestaltet worden. Die Leistungsfähigkeit der Amtsgerichte ist eine grössere, als die Gesetz-Entwürfe und die Kommission angenommen haben. Ein solider Bau pflegt von unten aufgebaut und möglichst stark fundamentirt zu werden — man sollte auch zunächst die Amtsgerichte möglichst ausgiebig ausbauen und denselben zu dem Zwecke alle Geschäfte zuweisen, welche von ihnen bewältigt werden können. Der Verfasser, dessen Ansichten das Ergebniss langjähriger praktischer Erfahrungen sind, empfiehlt in der vorliegenden Broschüre, die Amtsgerichte zweckmässiger zu gestalten; in ihnen liegt der Schwerpunkt der neuen Gerichtsverfassung; je einflussreicher dieselben werden, desto grösser ihr Nutzen für die Bevölkerung. Das Schriftchen sei unsern Reichstagsboten und Wählern warm empfohlen.“ (Mecklenburgsche Ztg. 1876. Nr. 133.)

„Die Schrift ist bei der Wichtigkeit des Gegenstandes besonders für Juristen sehr lesenswerth.“ (Würzburger Presse. 1876. Nr. 112.)

Noch ein Wort in letzter Stunde über den Entwurf einer Zivil-Prozess-Ordnung für das Deutsche Reich von Dr. Meissner, Kreis-Richter. Gr. 8^o. 8 Bgn. Geh. 2,40 M.

Urtheile der Presse:

„... Im übrigen wird diese zeitgemässe Schrift all denen, die sich für die ... Verhandlungen interessiren, einen ganz vorzüglichen Kommentar liefern.“

(Zeitschr. f. Kapital u. Rente. 1875. S. 463.)

„Zu den schätzenswerthen Arbeiten für die Reform der Zivilprozess-Gesetzgebung in Deutschland tritt nun die angezeigte Schrift von Dr. J. Meissner hinzu. Der Herr Verfasser will in allgemeinen Zügen ein Bild davon geben, wie sich die Gestaltungen des Deutschen Zivil-Prozess-Entwurfes in dem Kopfe eines praktischen Juristen darstellen. Er geht dabei von der Anschauung aus, dass ein öffentlich mündliches Verfahren unabweislich geboten sei, und dass sich die Hannoversche Zivilprozess-Ordnung vor dem französischen Prozesse als Vorbild empfehle. An den Prozess-Entwürfen, welchen die Hann. Zivilprozess-Ordnung zur Grundlage dient, findet er nur allgemein bedenklich, dass man allzu theoretisch vorging, den Konsequenzen der aufgestellten Grundsätze mehr Rechnung trug, als die Brauchbarkeit eines Gesetzes verträgt. Er findet daher bei Würdigung des Entwurfes eines Deutschen Z.-P.-Gesetzes von 1872, dass es vielleicht weniger konsequent, aber praktisch empfehlenswerther wäre, wenn die vorbereitenden Schriftsätze nicht bloss dem Vorsitzenden, sondern auch einem schon vor der mündlichen Verhandlung bestellten Referenten bekannt würden; dass die Erstattung einer schriftlichen

Antwort des Geklagten durch Zulassung der Kontumaz in der Sache selbst zu sichern wäre. Er begründet die Anschauung, dass die Zulassung der Abweisung der Klage a limine fori sich vielfach empfehlen würde; dass die Zulassung der Klageänderung nicht von dem Belieben des Geklagten bedingt werden dürfe; dass das Fragerecht zur Aufhellung der Streitsache dem Richter nicht nachgelassen, sondern geboten werden müsse (Vergl. schon 19 u. 20 des östr. Bagatell-Verfahrens).

Er befürwortet Ausschliessung der Kontumazbehandlung, wenn eine Partei zur Hauptsache bereits verhandelt hat, aber in dem zur Fortsetzung der Verhandlung bestimmten Termine ausbleibt (Vergl. § 68 östr. Bag.-V.). Er erklärt sich für eine sorgfältige schriftliche Feststellung des Vorbringens im Zuge der mündlichen Verhandlung.

Auf was wir aber die Aufmerksamkeit unserer Leser vor Allem lenken wollen, sind die Ausführungen des H. Verfassers im X. u. XII. Kap. über die Handelsgerichte und über die Stellung des Richters. — Er findet bei allseitiger Beleuchtung der Frage, dass „die Mitwirkung von Kaufleuten bei der Rechtsprechung in Handelssachen jedenfalls nur in unerheblichem Umfange für nützlich und keineswegs für nothwendig zu erachten sei“ und verneint die Frage ob die Errichtung von Handelsgerichten unbedenklich erfolgen könne? mit aller Entschiedenheit. Wir bekannten uns von jeher offen zu derselben Anschauung. — Ungleich wichtiger ist uns aber, dass er eine Kompetenz der Einzelgerichte in dem Umfange bis 300 Mark für die Justizverwaltung absolut schädlich erkennt. Welcher Gegensatz zwischen dieser Anschauung und jener, die in Oesterreich leider so landläufig ist! Ich glaube, dass aber die Betrachtung des H. V. über die Organisation der Handelsgerichte und die Abgränzung des Wirkungskreises der Einzel- und der Kollegial-Gerichte der vollen Beachtung der österr. Juristen sich dringendst empfehlen; seine Berufsstellung als Kreisrichter, der Umstand, dass er die gewichtigsten Argumente dem praktischen Leben entnimmt, schützen ihn vor dem allerdings sonst zu geläufigen Bedenken, dass er diese vitalen Fragen nur vom theoretischen Standpunkte aus würdige.“ (Mitth. d. dtsehn. Juristen-Vereins in Prag. VII. Jahrg. 1875. Hft. 3. S. 134.)

Früher erschienen:

Herold, L. Rechtsanwalt. Zur Prozess-Reform. Für vaterländisches und gegen französisches Verfahren, nebst den wichtigsten Prinzipien des französischen und hannoverschen Prozess-Verfahrens. 1868. Gr. 8^o. Geh. 0,50 M.

Richter, E., Rechtsanwalt. Einige Worte über die für Norddeutschland in Aussicht genommenen Handelsgerichte. Nebst einer Uebersetzung einiger Erkenntnisse französischer Handelsgerichte. 1870. Gr. 8^o. Geh. 1 M.

Neue Broschüren:

Ein Mahnruf zur Reform des Aktienrechts. Von einem praktischen Juristen. 1876. Gr. 8^o. Geh. 0,60 Mark.

Verfasser, Richter in einer bedeutenden Handelsstadt, unterzieht das viel angefochtene Aktien-Gesetz einer strengen Kritik; er weist die Unhaltbarkeit zahlreicher Bestimmungen desselben schlagend nach und fasst seine Verbesserungs-Vorschläge zusammen in dem Entwurf eines Ergänzungs-Gesetzes.

Die **Basler Nachrichten** v. 16. Apr. 1876 widmen dem Schriftchen einen längeren sehr anerkennenden Artikel. — Aus andern Besprechungen seien folgende Sätze hervorgehoben:

„Eine sehr zeitgemässe Broschüre, die wir allen Aktien-Inhabern zum Studium empfehlen.“ (Elsässer Journal. 1876. Nr. 73.)

„Die Meinungs-Aeusserungen über eine Reform des Aktienrecht sind durch ein neues Votum vermehrt, welches diese Materie mit tüchtiger juristischer Fachkenntniss und scharfer Beobachtungsgabe behandelt. . . . Der Verfasser nimmt von vornherein sehr für sich ein, indem er gegen den Quietismus in dieser dringlichen Reform-Angelegenheit mit Wärme Front macht und sich nicht etwa zugeknöpft verhält gegen das „Rechtswusstsein des Volkes“, dieses vielmehr als bemerkenswerthen Faktor gegen das juristische Recht ins Feld führt. Mit beachtenswerther Weite des Gesichtspunktes macht der Verf. das Wesen des Vorstandes . . . zum Gegenstande einer Kritik und knüpft daran . . . Vorschläge zu einem Ges.-Entw. Diese Vorschläge sind frappant dadurch, dass sie sich eng an das praktische Bedürfniss und an die gemachten bösen Erfahrungen anschliessen. Die Regresspflicht des Vorstandes wird darin als ein Hauptprinzip aufgestellt. Wir sind überzeugt, dass der Verfasser mit seinen Reform-Vorschlägen ganz auf dem rechten Wege ist und empfehlen seine Schrift als eine ebenso anregende wie instruktive Lektüre.“

(Berliner neue Börsen-Ztg. 1876. Nr. 46.)

„Die Broschüre ist ein Beitrag zur Lösung der jetzt auf Tagesordnung stehenden Frage der Reform des Aktienrechts. Der Verf. findet, dass dieselbe ohne Aufschub in Angriff genommen werden und eine erhebliche Verschärfung der Garantien für das Publikum eintreten müsse.“ (National-Zeitung. 1876. Nr. 151.)

„Es freut uns, einmal die Stimme eines praktischen Juristen zu vernehmen, der die Reform-Bedürftigkeit der Novelle zum Gesetz v. 11. Juni 1870 wirklich anerkennt. Dies ist ein seltenes Ereigniss, man findet, wie dies auch die sehr lebendig geschriebene und mit ihren Angaben der Dinge so recht den Nagel auf den Kopf treffende Einleitung betont, gerade bei den Juristen die wenigsten Sympathien für eine Reform dieses Gesetzes. . . . Aus den ganzen Darlegungen geht hervor, dass der Verf. die Schwäche unsres Aktienwesens, namentlich in Bezug auf die Omnipotenz und auf die fast unverantwortliche Stellung des Vorstandes und des Aufsichtsraths, auf die geringe Haftbarkeit der Gründer, sowie auf die totale Hilflosigkeit des Aktionärs ganz richtig erkannt hat. . . . Jedenfalls bewegen sich die Vorschläge des Herrn Verf. auf praktischem Boden. . . . Wir empfehlen diese Schrift allen denen, die das jetzige Aktien-Gesetz überhaupt für verbesserungsfähig halten, auf das Angelegentlichste.“

(Ztschrift. f. Kapital u. Rente. XII. S. 264.)

„ Das Schriftchen ist besonders für die Privatkapitalisten sehr lesenswerth.“

(Kapitalist. 1876. Nr. 12.)

Die Nothwendigkeit der Aufhebung der Allerh. Kabinets-Ordre v. 17. Juli 1816, betr. Verpflichtung zum Beitritt zur Königl. Preuss. Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt. Dem Hohen Hause der Abgeordneten unterbreitet in einer Petition von **Seidler**, Kreisgerichts-Rath. 1876. Gr. 8^o. Geh. 0,80 Mark.

Verfasser erörtert die, alle verheiratheten Staats-Beamten nahe berührenden gegenwärtigen Rechtsverhältnisse, betr. den Beitrittszwang zur Königl. Preuss. Allgemeinen Wittwenkasse in eingehender Weise und unter steter Bezugnahme, bezw. wörtlicher Anführung der bezügl. Vorschriften, Erlasse und Ober-Tribunals-Entscheidungen; er führt, auf dies Material gestützt, den Nachweis der Unhaltbarkeit der z. Z. geltenden Praxis, die weder dem Recht entspreche, noch den gewollten Zweck erreiche.

Die **National-Zeitung** vom 15. April, Abend-Ausgabe, widmet im politischen Theile an hervorragender Stelle der Schrift einen längeren und anerkennenden Artikel:

Aus Urtheilen andrer Zeitungen führen wir an:

„Der Herr Kreisgerichts-Rath Seidler zu Worbis hat die Aufhebung der am 28. Dezember 1775 errichteten „Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt“ in Berlin, deren Beitritt seitens der „Civil-Officianten“ bei ihrer Verheirathung seit Erlass der vorgedachten Kabinets-Ordre Zwangssache ist, zum Gegenstand einer Petition an das Abgeordnetenhaus gemacht. Es ist nicht zu leugnen, dass dieses Institut, welches zu seiner Zeit trotz mancher statutarischen Mängel, worunter wir namentlich die Nichtberücksichtigung der Kinder rechnen, eine vortreffliche Einrichtung war und „manche Thränen armer Wittwen“ getrocknet hat, wenigstens in jetziger Gestalt, namentlich seit Vervollkommnung und Vermehrung der Lebens-Versicherungs-Anstalten, nicht mehr am Platze ist und dass seine Tage gezählt sind. Die Ansicht des Herrn Verfassers, dass eine Restitution der A. H. K.-O. vom 18. Oktober 1860 eintreten möge, wonach eine Verheirathung eines „Zivil-Beamten“ auch ohne Beitritt zu jener Anstalt gestattet werden sollte, falls ein gegenseitiger Revers ausgestellt würde, dass die hinterbleibende Wittwe auf keine Pension Anspruch mache, hat aber doch etwas sehr Bedenkliches. Denn wenn kein Zwang vorliegt, die Gattin auf irgend eine Art zu sichern, so wird es an leichtsinnigen Beamten nicht fehlen, die bei ihrem Tode die Wittwe ganz unversorgt hinterliessen und wir würden in dieser Beziehung wieder jene oft so erschütternden Zustände erleben, die die jetzige Generation allerdings nicht mehr gekannt hat. Diese Frage gehört ebenfalls zu den brennenden sozialen und muss durchaus in einer den heutigen Anschauungen gemässen Weise geordnet werden. Die Broschüre giebt über die Wittwen-Verpflegungs-Anstalt manche sehr interessante statistische Details.“

(Zeitschrift f. Kapital u. Rente. XII S. 208.)

„In einem längeren Artikel machten wir vor einiger Zeit aufmerksam, dass den Beamten durch den Zwang des Beitritts zur Wittwenkasse bei ihrer Verheirathung zugefügt wird. Der Kreisgerichtsrath Seidler hat dies Thema in einer an das Abgeordnetenhaus gerichteten Petition in ausführlichster und schlagendster Weise erörtert, zugleich auch seine Abhandlung im Druck erscheinen lassen. Die Broschüre verdient die vollste Aufmerksamkeit und die Anerkennung aller Betheiligten.“ (Berl. Ger.-Ztg. 1876. Nr. 30.)

Vorläufige Anzeige.

Im unterzeichneten Verlage werden erscheinen:

Die
Reden des Fürsten von Bismarck,
gehalten im
Deutschen Reichstage
und
Preussischen Landtage
in den Jahren
1871 bis 1876.

Vierter Band.

Gr. Lexikon Oktav. Preis etwa 12 bis 15 Mark.

Ausgewählte Reden des Fürsten von Bismarck

aus den Jahren

1862 bis 1876.

Ein, bezw. zwei Bände klein Octav. Preis jedes Bandes etwa 3 Mark.

Die Verlagshandlung ist nunmehr in der Lage, dem Verlangen der vielen Verehrer des deutschen Reichskanzlers nach einer Fortsetzung der Gesamt-Ausgabe seiner Reichs- und Landtags-Reden Rechnung tragen zu können.

Der jetzt vorbereitete vierte Band wird in zweckmässiger Zusammenstellung alle **parlamentarischen** Reden aus den letzten 5 Jahren enthalten; wie in den früheren Bänden wird jeder Rede eine kurze Einleitung, und, wo es erforderlich ist, Verweise beigegeben.

Durch Veranstaltung einer ausgewählten Sammlung der Reden aus den Jahren 1862 bis 1876 glaubt die Verlagshandlung den vielfach laut gewordenen Wünschen der weitesten Kreise von Verehrern unsres grossen Staatsmannes zu entsprechen. Diese von kundiger Hand ausgewählte Sammlung wird insbesondere diejenigen Reden enthalten, in denen grosse politische Fragen erörtert und die Endziele der innern und äussern Politik klar gelegt werden. —

Diese „Auswahl von Reden“, welche bestimmt ist, ein „Volksbuch“ im edelsten Sinne des Wortes zu werden, wird gleichfalls Einleitungen, Verweise und, wo es erforderlich ist, kurze, die betreff. Sachlage erläuternde Anmerkungen zu den einzelnen Reden enthalten; ausserdem wird eine dem „Handbuch für den deutschen Reichstag“ entnommene biographische Skizze beigegeben werden.

Beide Sammlungen erhalten sehr ausführliche Register und werden besonders sorgfältig auch äusserlich hergestellt werden.

Eingehendere Mittheilungen werden durch besondere Prospekte erfolgen.

Die früher unter dem Titel:

Reden des Grafen von Bismarck

erschienenen Bände der Gesamt-Ausgabe enthalten:

- I. Band.** Reden vom Oktober 1862 bis April 1867. (2. Aufl.) Preis 6 M.
- II. Band.** Reden vom Oktober 1867 bis Juli 1869. Preis 4,50 M.
- III. Band.** Reden vom November 1869 bis Juli 1870. Preis 2 M.

Bestellungen werden von uns, sowie von jeder Buchhandlung entgegen genommen.

Berlin, im Juni 1876.

Fr. Kortkampff.

 Wir bitten, die Bestell-Liste am Schluss des vorliegenden Bandes zu berücksichtigen. 

Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission.

Dritter Band:

Verhandlungen über den Entwurf

eines

Gerichtsverfassungs-Gesetz

nebst

Einführungs-Gesetz

für das

Deutsche Reich.

~~~~~  
Erster Theil.

**Erste Lesung.**

~~~~~  
Theilweiser Abdruck der Berichte aus der National-Zeitung.

Mit dem Wortlaut der abändernden

Kommissions-Beschlüsse.



~~~~~  
Berlin 1876. Fr. Kortkampff.

Buchhandlung für Staatswissenschaften und Geschichte.

Verlag der Reichs-Gesetze.







## Vorbemerkung.

---

Indem wir in Fortsetzung unseres Unternehmens die in der „National-Zeitung“ erschienenen „Berichte über die erste Lesung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes durch die Reichs-Justiz-Kommission in einem, übrigens mannigfache Ergänzungen enthaltenden, Separat-Abdruck der Oeffentlichkeit übergeben, glauben wir, hierin auch den Wünschen der bürgerlichen Kreise entgegen zu kommen, da insbesondere die in der Kommission stattgehabten Verhandlungen über den Beizug des bürgerlichen Elements in Strafsachen, ferner diejenigen über Handelsgerichte, sowie endlich die Verhandlungen über die Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft auch ausserhalb des deutschen Juristenstandes mit dem grössten Interesse verfolgt worden sind.

Die Berichte über die Zivilprozess-Ordnung werden binnen Kurzem und zwar gleichzeitig über beide Lesungen in unserm Verlag erscheinen.

Die Verlagshandlung.

---







# Inhalt.

## I. Gerichtsverfassungs-Gesetz.

|                                                                       |        |
|-----------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>Neuer Titel. Richteramt.</b> (§§. a—i der Kommissions-Beschlüsse.) | Seite. |
| §§. a—i. Sitzung vom 30. Oktober 1875 . . . . .                       | 1      |
| Kommissions-Beschlüsse §§. a. b . . . . .                             | 2      |
| „ „ §§. b1—i . . . . .                                                | 3      |

## Erster Titel. Gerichtsbarkeit. (Entwurf §§. 1—9).

### A. Handels-Gerichte. (Ablehnung der H.-G. betr.)

|                                            |   |
|--------------------------------------------|---|
| §. 1. Sitzung vom 26. April 1875 . . . . . | 4 |
|--------------------------------------------|---|

### B. Grenzen zwischen Justiz u. Verwaltung. Kompetenz-Konflikte.

|                                                           |   |
|-----------------------------------------------------------|---|
| §. 2. Sitzung vom 15. und 16. Februar 1876 . . . . .      | 4 |
| Abänderungs-Antrag des Abg. Baehr (§§. 2, 5a—d) . . . . . | 5 |
| „ „ „ „ Reichensperger (§. 2) . . . . .                   | 5 |
| „ „ „ „ Lasker (§. 5a) . . . . .                          | 6 |

### C. Ausnahme-Gerichte. Exterritorialität.

|                                                                     |   |
|---------------------------------------------------------------------|---|
| §§. 3 u. 4, <sup>1. 2.</sup> Sitzung vom 6. November 1875 . . . . . | 6 |
| §§. 4, <sup>3—9</sup> bis 9. Sitzung vom 8. November 1875 . . . . . | 8 |
| Kommissions-Beschlüsse §§. 1, 2, 3, 5, 5a . . . . .                 | 8 |

## Zweiter Titel. Amtsgerichte. (Entwurf §§. 10—13.)

|                                                                                    |    |
|------------------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 10, 11. Sitzung vom 8. November 1875 . . . . .                                 | 9  |
| Erklärung der Reichs-, der preussischen und der baierischen<br>Regierung . . . . . | 9  |
| §§. 12, 13. Sitzung vom 12. November 1875 . . . . .                                | 11 |
| Kommissions-Beschlüsse §. 12. . . . .                                              | 12 |

## Dritter Titel. Schöffengerichte. (Entwurf §§. 14—45.)

### I. Zuständigkeit der Schöffengerichte.

|                                                                                                        |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Sitzung vom 13. November 1875. (Berathung im Allgemeinen; Einsetzung<br>einer Subkommission) . . . . . | 13 |
| §§. 14—16. Sitzung vom 16. November 1875 . . . . .                                                     | 15 |
| Sitzung vom 26. Januar 1876 . . . . .                                                                  | 16 |

### II. Zusammensetzung der Schöffengerichte und Amtsthätigkeit ihrer Mitglieder.

|                                                       |    |
|-------------------------------------------------------|----|
| §§. 17 u. 18. Sitzung vom 25. November 1875 . . . . . | 18 |
|-------------------------------------------------------|----|

### III. Das Schöffenamts. (Entwurf §§. 19—45.)

#### 1. Voraussetzung der Berufung zum Schöffendienste.

|                                                    |    |
|----------------------------------------------------|----|
| §§. 19—23. Sitzung vom 25. November 1875 . . . . . | 18 |
|----------------------------------------------------|----|

#### 2. Bildung der Jahreslisten auf Grund deren die Heranziehung zu den Sitzungen des Schöffengerichts stattfindet.



|                                                                                                            | Seite. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| §§. 24—28. Sitzung vom 25. November 1875 . . . . .                                                         | 19     |
| §§. 29—32. Sitzung vom 27. November 1875 . . . . .                                                         | 19     |
| 3. Heranziehung der Schöffen zu den Sitzungen selbst.                                                      |        |
| §§. 33—38. Sitzung vom 29. November 1875 . . . . .                                                         | 20     |
| 4. Vereidigung.                                                                                            |        |
| §. 39. Sitzung vom 29. November 1875. . . . .                                                              | 21     |
| 5. Nachträgliche Enthebung berufener Schöffen von ihrem Amt und Entbindung von einzelnen Dienstleistungen. |        |
| §§. 40—42. Sitzung vom 29. November 1875 . . . . .                                                         | 21     |
| 6. Gemeinsame Bestimmungen.                                                                                |        |
| §§. 43—45. Sitzung vom 29. November 1875 . . . . .                                                         | 21     |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 14 . . . . .                                                              | 21     |
| „ „ §§. 15, 16 — 16 c <sup>1. 2</sup> . . . . .                                                            | 22     |
| „ „ §§. 16 <sup>3-14</sup> , 16 d, 17 <sup>1-4</sup> . . . . .                                             | 23     |
| „ „ §§. 17 <sup>5-9</sup> , 17 a, 18, 20, 21 . . . . .                                                     | 24     |
| „ „ §§. 22, 27, 28, 30, 30 a . . . . .                                                                     | 25     |
| „ „ §§. 31—37, 39 . . . . .                                                                                | 26     |
| „ „ §§. 40—42, 44, 45 . . . . .                                                                            | 27     |

#### Vierter Titel. Landgerichte. (Entwurf §§. 46—58).

##### I. Einführung der Grossen Schöffengerichte für mittlere Straffälle.

|                                                                 |    |
|-----------------------------------------------------------------|----|
| Sitzung vom 12. Januar 1876. Berathung im Allgemeinen . . . . . | 28 |
| Antrag der Abg. Dr. v. Schwarze und Becker . . . . .            | 29 |
| Erklärung des Bundesraths und Preussens (gegen) . . . . .       | 29 |
| Erklärung Sachsens (für) . . . . .                              | 30 |
| Stellung der Kommission zu dem Antrage . . . . .                | 30 |
| Sitzung vom 18. Januar 1876. Detail-Vorschriften. . . . .       | 31 |
| Antrag des Abg. Becker §§. a—r . . . . .                        | 32 |

##### II. Kammerbildung, Geschäfts-Vertheilung und Hülf Richterthum bei den Landgerichten.

|                                                     |    |
|-----------------------------------------------------|----|
| §§. 46—47. Sitzung vom 13. Januar 1876 . . . . .    | 34 |
| Anträge des Abg. Lasker (§§. 46 a — 46 m) . . . . . | 34 |

##### III. Grösse und Zusammenhang der Landgerichts-Sprengel.

|                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| Sitzung vom 14. Januar 1876 . . . . . | 36 |
|---------------------------------------|----|

##### IV. Besetzung und Formation der Landgerichte.

|                                                  |    |
|--------------------------------------------------|----|
| §§. 48—49. Sitzung vom 14. Januar 1876 . . . . . | 37 |
|--------------------------------------------------|----|

##### V. Zuständigkeit in Zivilsachen.

|                                                  |    |
|--------------------------------------------------|----|
| §§. 50—51. Sitzung vom 14. Januar 1876 . . . . . | 37 |
|--------------------------------------------------|----|

##### VI. Zuständigkeit in Strafsachen.

|                                                          |    |
|----------------------------------------------------------|----|
| §§. 52—56. Sitzung vom 14. und 15. Januar 1876 . . . . . | 38 |
|----------------------------------------------------------|----|

##### VII. Zusammensetzung der Kammern.

|                                              |    |
|----------------------------------------------|----|
| §. 57. Sitzung vom 15. Januar 1876 . . . . . | 41 |
|----------------------------------------------|----|



**VIII. Bildung der Kammern bei den Amtsg. richten.**

|                                              |    |
|----------------------------------------------|----|
| §. 58. Sitzung vom 15. Januar 1876 . . . . . | 41 |
|----------------------------------------------|----|

**IX. Zahl der Richter.**

|                                                    |    |
|----------------------------------------------------|----|
| Sitzung vom 17. Januar 1876 . . . . .              | 42 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 46 a—e . . . . . | 42 |
| „ „ §§. 46 f—m, 50 . . . . .                       | 43 |
| „ „ §§. 52, 57 . . . . .                           | 44 |

**Fünfter Titel. Schwurgerichte. (Entwurf §§. 59 — 80.)**

|                                                              |    |
|--------------------------------------------------------------|----|
| §§. 59—80. Sitzung vom 17. Januar 1876 . . . . .             | 44 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 58, 59, 59 a, 61 . . . . . | 45 |
| „ „ §§. 72, 73, 74, 75 . . . . .                             | 46 |

**Sechster Titel. Handelsgerichte. (Entw. §§. 81—92. Zivilprozess-Ordn. Entw. §§. 10, 38, 61, 72, 239 a, 446 a, 447, 447 a, 451 a, 590, 653, 812.)****I. Beseitigung des Instituts der Handelsgerichte.**

|                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| Sitzung vom 26. April 1875 . . . . . | 47 |
|--------------------------------------|----|

**II. Einsetzung einer Subkommission zur eventuellen Durchberatung der Detail-Vorschriften der Entwürfe über die Organisation der Handelsgerichte und das handelsgerichtliche Verfahren.**

|                                          |    |
|------------------------------------------|----|
| Sitzung vom 25. September 1875 . . . . . | 50 |
|------------------------------------------|----|

**III. Verhandlungen der Subkommission.**

|                                        |    |
|----------------------------------------|----|
| Sitzung vom 1. Oktober 1875 . . . . .  | 50 |
| Sitzung vom 2. Oktober 1875 . . . . .  | 52 |
| Protokolle der Subkommission . . . . . | 53 |

**IV. Eventuelle Berathung des handelsgerichtlichen Verfahrens.**

|                                                              |    |
|--------------------------------------------------------------|----|
| §§. 81—83. Sitzung des Plenums vom 4. Oktober 1875 . . . . . | 57 |
| §§. 84—92. Sitzung des Plenums vom 5. Oktober 1875 . . . . . | 58 |

**V. Ergänzungs-Vorschläge bei Wegfall der eigentlichen Handelsgerichte.**

|                                                                                                          |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Sitzung vom 3. November 1875 . . . . .                                                                   | 59 |
| Antrag des Abg. Becker und Genossen betr. Errichtung von Handels-Kammern bei den Landgerichten . . . . . | 60 |

**Kommissions-Beschlüsse**

|                                                                                                        |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>I. Zum Entwurf der Gerichts-Verfassung</b> §§. 1, 12, 81, 82, 83, 83 a . . . . .                    | 64 |
| §§. 83 b, 84—91, 92 . . . . .                                                                          | 65 |
| <b>II. Zum Entwurf der Zivilprozess-Ordnung</b> §§. 10, 38, 61, 72, 239 a, 446 a, 447, 447 a . . . . . | 65 |
| (Dritter Abschnitt: Verfahren vor den Handelsgerichten)                                                |    |
| §§. a, b. . . . .                                                                                      | 65 |
| §§. c, 590, 653, 812 . . . . .                                                                         | 66 |



|                                                                                                                 | Seite. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>Siebenter Titel. Ober-Landesgerichte.</b> (Entwurf §§. 93 — 96).                                             |        |
| §§. 93—96. Sitzung vom 17. Januar 1876 . . . . .                                                                | 66     |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 94, 94 a, 95 . . . . .                                                        | 66     |
| <b>Achter Titel. Reichsgericht.</b> (Entwurf §§. 97 — 112.)                                                     |        |
| <b>I. Organisation des Reichs-Gerichts.</b>                                                                     |        |
| §§. 97—112. Sitzung vom 17. Januar 1876 . . . . .                                                               | 67     |
| Sitzung vom 18. Januar 1876 . . . . .                                                                           | 69     |
| <b>II. Organisation der Anwaltschaft beim Reichs-Gericht.</b>                                                   |        |
| Sitzung vom 18. Januar 1876 . . . . .                                                                           | 70     |
| Antrag des Abg. Lasker und Verhandlungen hierüber . . . . .                                                     | 71     |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 97, 99, 104—105 d, 107 . . . . .                                              | 73     |
| <b>Neunter Titel. Staatsanwaltschaft.</b> (Entwurf §§. 113 — 123.)                                              |        |
| §§. 113—123. Sitzung vom 19. Januar 1876 . . . . .                                                              | 74     |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 113, 114, 117 . . . . .                                                       | 76     |
| „ „ §§. 118, 120, 121 a—d, 122 . . . . .                                                                        | 77     |
| <b>Neuer Titel. (IXa.) Staatsanwaltschaft.</b> (§§. a—v. <i>Kommissions-Beschlüsse.</i> )                       |        |
| <b>I. General-Diskussion über die legislatorische Regelung der Verhältnisse der Anwaltschaft und Advokatur.</b> |        |
| Sitzung vom 7. Januar 1876 . . . . .                                                                            | 78     |
| <b>II. Einzel-Beschlüsse der Kommission.</b>                                                                    |        |
| Sitzung vom 8. Januar 1876 . . . . .                                                                            | 80     |
| 1. Landes-Angehörigkeit . . . . .                                                                               | 80     |
| 2. Zurückweisungs-Gründe . . . . .                                                                              | 81     |
| 3. Zulassungs-Verfahren . . . . .                                                                               | 81     |
| 4. Zeitpunkt der Zulassung . . . . .                                                                            | 82     |
| 5. Minimalzahl der Rechtsanwälte . . . . .                                                                      | 82     |
| 6. Verwandtschafts-Verhältnisse . . . . .                                                                       | 83     |
| Sitzung vom 10. Januar 1876 . . . . .                                                                           | 83     |
| 7. Lokalisierung im Allgemeinen . . . . .                                                                       | 83     |
| 8. Lokalisierung bei den Ober-Landesgerichten . . . . .                                                         | 84     |
| 9. Lokalisierung bei den Amtsgerichten . . . . .                                                                | 84     |
| 10. Plaidir-Freiheit . . . . .                                                                                  | 85     |
| 11. Staatsrechtliche Stellung . . . . .                                                                         | 85     |
| Sitzung vom 11. Januar 1876 . . . . .                                                                           | 86     |
| Fortsetzung und Schluss der Einzelberathung über Titel IXa . . . . .                                            | 87     |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. a . . . . .                                                                    | 87     |
| „ „ §§. b—i . . . . .                                                                                           | 88     |
| „ „ §§. k—s . . . . .                                                                                           | 89     |
| „ „ §§. t—v . . . . .                                                                                           | 90     |
| <b>Zehnter Titel. Gerichts-Schreiber.</b> (Entwurf §. 124.)                                                     |        |
| §. 124. Sitzung vom 28. Januar 1876 . . . . .                                                                   | 90     |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 124 . . . . .                                                                  | 90     |



**Elfter Titel. Zustellungs- und Vollstreckungs-Beamte.** (Entwurf §§. 125, 126.)

|                                                    |    |
|----------------------------------------------------|----|
| §§. 125—126. Sitzung vom 28. Januar 1876 . . . . . | 91 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 125 . . . . .     | 91 |

**Zwölfter Titel. Rechtshilfe.** (Entwurf §§. 127—138.)

|                                                                |    |
|----------------------------------------------------------------|----|
| §§. 127—137. Sitzung vom 16. Oktober 1875 . . . . .            | 91 |
| §. 138. Sitzung vom 18. Oktober 1875 . . . . .                 | 92 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 127, 129, 130, 135 . . . . . | 92 |
| „ „ §§. 136, 138, 138 a . . . . .                              | 93 |

**Dreizehnter Titel. Oeffentlichkeit und Sitzungs-Polizei.** (Entwurf §§. 139—149.)

|                                                      |    |
|------------------------------------------------------|----|
| §§. 139—146. Sitzung vom 18. Oktober 1875 . . . . .  | 93 |
| §§. 147—149. Sitzung vom 19. Oktober 1875 . . . . .  | 94 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 139, 140 . . . . . | 94 |
| „ „ §§. 140 a—c, 143—148 . . . . .                   | 95 |

**Vierzehnter Titel. Gerichts-Sprache.** (Entwurf §§. 150—157.)

|                                                     |    |
|-----------------------------------------------------|----|
| §§. 150—157. Sitzung vom 20. Oktober 1875 . . . . . | 96 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 152 . . . . .      | 96 |

**Fünfzehnter Titel. Berathung und Abstimmung.** (Entwurf §§. 158—163.)

|                                                                    |    |
|--------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 158—160. Sitzung vom 19. Oktober 1875 . . . . .                | 96 |
| §§. 161—163. Sitzung vom 20. Oktober 1875 . . . . .                | 96 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 158 a, 161, 162, 162 a . . . . . | 97 |

**Sechszehnter Titel. Gerichtsferien.** (Entwurf §§. 164—166.)

|                                                                  |    |
|------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 164—166. Sitzung vom 20. Oktober 1875 . . . . .              | 98 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 164, 165, 165 a, 166 . . . . . | 98 |

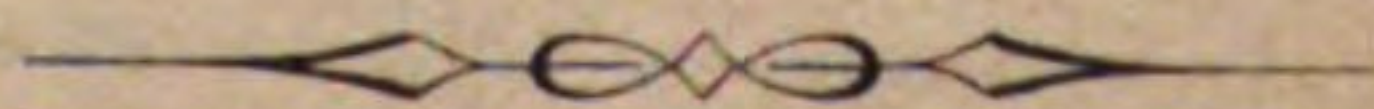
**II. Einführungs-Gesetz.**

|                                                           |     |
|-----------------------------------------------------------|-----|
| §§. 1—14. Sitzung vom 11. und 12. Februar 1876 . . . . .  | 100 |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 3—5, 9—9b, 12 . . . . . | 101 |
| „ „ §§. 12 a, 14, 15 . . . . .                            | 102 |



## Chronologische Uebersicht.

| 1875.       | Vom Reg.-Entwurf berathen.               | Berathungen im Allgemeinen<br>und über Abänderungs-Anträge.                          | Seite. |
|-------------|------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| April 26.   | Titel I. §. 1 . . . . .                  |                                                                                      | 4      |
|             | „ VI. §§. 81—92 . . . . .                |                                                                                      | 47     |
| Septbr. 25. | „ VI. §§. 81—92 . . . . .                | Berathungen der Subkommission . . .                                                  | 50     |
| Oktober 4.  | „ VI. §§. 81—83 . . . . .                |                                                                                      | 57     |
| „ 5.        | „ VI. §§. 84—92 . . . . .                |                                                                                      | 58     |
| „ 16.       | „ XII. §§. 127—137 . . . . .             |                                                                                      | 91     |
| „ 18.       | { „ XII. §. 138 . . . . .                |                                                                                      | 92     |
| „ 19.       | { „ XIII. §§. 139—146 . . . . .          |                                                                                      | 93     |
| „ 19.       | „ XV. §§. 158—160 . . . . .              |                                                                                      | 96     |
| „ 20.       | { „ XIV. §§. 150—157 . . . . .           |                                                                                      | 96     |
| „ 20.       | { „ XV. §§. 161—163 . . . . .            |                                                                                      | 97     |
| „ 20.       | { „ XVI. §§. 164—166 . . . . .           |                                                                                      | 98     |
| „ 20.       | „ XIII. §§. 147—149 . . . . .            |                                                                                      | 94     |
| „ 30.       |                                          | Neuer Titel. Richteramt. §§. a—i . . .                                               | 1      |
| Novbr. 3.   | „ V. . . . .                             | Berathung über d. Antrag Becker u. Gen. .                                            | 60     |
| „ 6.        | „ I. §§. 3 und 4, Ziff. 1, 2 . . . . .   |                                                                                      | 6      |
| „ 8.        | { „ I. §. 4 Ziff. 3—9 bis §. 9 . . . . . |                                                                                      | 8      |
| „ 8.        | { „ II. §§. 10, 11 . . . . .             |                                                                                      | 9      |
| „ 12.       | „ II. §§. 12, 13 . . . . .               |                                                                                      | 11     |
| „ 13.       | „ III. . . . .                           | Berathung im Allgemeinen . . . . .                                                   | 13     |
| „ 16.       | „ III. §§. 14—16 . . . . .               |                                                                                      | 15     |
| „ 25.       | „ III. §§. 17—28 . . . . .               |                                                                                      | 28     |
| „ 27.       | „ III. §§. 29—32 . . . . .               |                                                                                      | 19     |
| „ 29.       | „ III. §§. 33—45 . . . . .               |                                                                                      | 20     |
| 1876.       |                                          |                                                                                      |        |
| Jan. 7—11.  | „ IX a. . . . .                          | Neuer Titel. Rechtsanwaltschaft. §§. a—v<br>Berath. im Allgem. u. üb. Antr. Schwarze |        |
| Januar 12.  | „ IV. . . . .                            | u. Becker . . . . .                                                                  | 29     |
| „ 13.       | „ IV. . . . .                            | Antrag Lasker (§§. 46 a — 46 m) . . .                                                | 34     |
| „ 14.       | „ IV. §§. 46—51 . . . . .                |                                                                                      | 37     |
| „ 15.       | „ IV. §§. 52—58 . . . . .                |                                                                                      | 38     |
| „ 17.       | { „ IV. . . . .                          |                                                                                      | 42     |
| „ 17.       | { „ V. §§. 59—80 . . . . .               |                                                                                      | 44     |
| „ 17.       | { „ VII. §§. 93—96 . . . . .             |                                                                                      | 66     |
| „ 17.       | { „ VIII. §§. 97—112 . . . . .           |                                                                                      | 67     |
| „ 18.       | { „ VIII. . . . .                        | Antrag Lasker . . . . .                                                              | 71     |
| „ 18.       | { „ IV. . . . .                          | Antrag Becker §§. a—r . . . . .                                                      | 32     |
| „ 19.       | „ IX. §§. 113—123 . . . . .              |                                                                                      | 74     |
| „ 26.       | „ III. §§. 14—16 . . . . .               |                                                                                      | 16     |
| „ 28.       | { „ X. §. 124 . . . . .                  |                                                                                      | 90     |
| „ 28.       | { „ XI. §§. 125—126 . . . . .            |                                                                                      | 91     |
| Februar 15. | { „ I. §. 2 . . . . .                    | Anträge Bähr, Reichensperger, Lasker                                                 | 5      |
| „ 16.       | { „ I. §. 2 . . . . .                    |                                                                                      |        |
| „ 11.       | { Einf.-Ges. §§. 1—14 . . . . .          |                                                                                      | 100    |
| „ 12.       | { Einf.-Ges. §§. 1—14 . . . . .          |                                                                                      | 100    |





Materialien zur Reichs-Justiz-Gesetzgebung.

Verhandlungen

Reichs-Justiz-Kommission

Reichstags

Entwürfe der Reichs-Justiz-Gesetze.

Nach dem Protokoll der Verhandlungen und dem

Verhandlungsprotokoll der Reichs-Justiz-Kommission und dem

Vier Bände:

I. Strafrechts-Ordnung.

II. Civilrechts-Ordnung.

III. Gerichts-Verfassung.

IV. Konkurs-Ordnung.

Verlag des Reichs-Justiz-Ministers.

Berlin, Tr. Kornmarkt.

Verhandlung der Staatswissenschaften und Geschichte.

Verlag des Reichs-Justiz-Ministers.



Materialien zur Reichs-Justiz-Gesetzgebung.

Verhandlungen  
der  
Reichs-Justiz-Kommission  
und des  
Reichstags  
über die  
Entwürfe der Reichs-Justiz-Gesetze.

---

Vier Bände:

- I. Strafprozess - Ordnung.
- II. Civilprozess - Ordnung.
- III. Gerichts - Verfassung.
- IV. Konkurs - Ordnung.

---

Berlin, Fr. Kortkampff.  
Buchhandlung für Staatswissenschaften und Geschichte.  
Verlag der Reichs - Gesetze.



# Materialien zur Reichs-Justiz-Gesetzgebung.

---

Dritter Band:

Verhandlungen über den Entwurf

zum

Gerichts-Verfassungs-Gesetz

nebst

Einführungs-Gesetz

für das

**Deutsche Reich.**

Nach den Protokollen der Reichs-Justiz-Kommission  
und den Stenographischen Berichten der Reichstags-Verhandlungen,

unter

Mitabdruck des Wortlauts der abändernden Kommissions-Beschlüsse

dargestellt.

---

Neue vollständige Ausgabe.

---

Berlin, Fr. Kortkampff.

Buchhandlung für Staatswissenschaften und Geschichte.

Verlag der Reichs-Gesetze.



Dritter Band:

Verhandlungen über den Entwurf

zum  
Reichs-Justiz-Kommission  
Gerichts-Verfassungs-Gesetz

Einführungs-Gesetz

für das  
Deutsche Reich.

Nach den Protokollen der Reichs-Justiz-Kommission  
und den stenographischen Berichten der Reichstags-Verhandlungen,

unter  
Hindruck des Wortlauts der ständigen Kommission-Beschlüsse

Neue vollständige Ausgabe.

Berlin, Tr. Korkampff.

Buchhandlung für Staatswissenschaften und Geschichte.  
Verlag der Reichs-Gesetze.



## Vorwort zum dritten Theil und zur Gesamt-Ausgabe.

Die Vollendung der im Jahre 1876 begonnenen Veröffentlichung der „Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission“ hat sich in unerwarteter Weise durch eine ununterbrochene Folge unabwendbarer Hindernisse, welche sowohl bei dem seitherigen Herrn Bearbeiter, wie bei dem Verleger eintraten, leider überaus lange verzögert, und wir sind erst jetzt in der Lage, dieses Unternehmen abschliessen zu können. —

Die bis jetzt erschienenen beiden Theile, welche noch vor den Berathungen über das Gerichts-Verfassungs-Gesetz im Reichstage erschienen, enthalten die Ergebnisse der ersten und zweiten Lesung der Reichs-Justiz-Kommission. Ueber die für die Bearbeitung leitenden Grundsätze ist das Nähere s. Z. in den „Vorbemerkungen“ gesagt, welche, soweit sie noch Interesse haben, unten wieder abgedruckt sind.

Bekanntlich erklärte der Bundesrath eine Reihe der von der Reichs-Justiz-Kommission in zweiter Lesung gefassten Beschlüsse für unannehmbar, und stellte diesen seine Beschlüsse gegenüber, welche wiederum dieser Kommission zur Berathung überwiesen wurden. Ueber den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen hierüber, sowie über die dann folgenden Verhandlungen zweiter und dritter Lesung im Plenum des Reichstags ist in einem dritten Theile jetzt berichtet. Der Herr Bearbeiter, ein praktischer Jurist, ist in seiner Darstellung dem in den ersten Theilen gegebenen Vorbilde gefolgt; als Quellen dazu haben ihm die „amtlichen Protokolle der Reichs-Justiz-Kommission“ und die „stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstags“ gedient.

Den wiederholten Erörterungen über wichtige Prinzipien-Fragen ist ein breiterer Raum gegeben, soweit in ihnen neue und insbesondere auch für die Interpretation wichtige Gesichtspunkte zum Ausdruck gelangten, sonst aber ist auf die bei der ersten oder zweiten Lesung für oder gegen einen Antrag vorgetragenen Gründe verwiesen und überhaupt auf die vorhergegangenen Erörterungen stets Bezug genommen. — Der Wortlaut der von der Kommission, bzw. dem Reichstage mit Abänderungen angenommenen Paragraphen des Gesetzes ist, abweichend von der in den



ersten Theilen befolgten Praxis, wegen ihrer geringen Zahl nicht am Schluss der betreffenden Abschnitte mitgetheilt, sondern erst am Schluss der gesammten betr. Verhandlungen; auch jetzt ist von Wiedergabe der unverändert angenommenen Paragraphen abgesehen worden.

In der äusseren Anordnung schliesst sich der dritte Theil ebenfalls den ersten an. Die Verhandlungen über die einzelnen Paragraphen sind nach der Nummernfolge der Kommissions-Beschlüsse zweiter Lesung geordnet; die Nummern, welche die betreffenden Paragraphen demnächst in dem Gesetz vom 27. Januar 1877 erhielten, sind aus Kursivschrift in Klammern beigelegt.

Die verschiedenen, am Schluss des zweiten Theiles enthaltenen tabellarischen Uebersichten und Zusammenstellungen haben inzwischen wegen der auf Grund der Beschlüsse des Reichstags stattgehabten anderweiten Nummerirung der Paragraphen unmittelbar praktische Bedeutung nicht mehr, sondern nur noch den Werth, die Entstehungsgeschichte der einzelnen Paragraphen des Entwurfs und der Kommissions-Vorlage aus diesem, sowie aus den Verhandlungen erster und zweiter Lesung zu veranschaulichen. Dieser geschichtliche Werth erscheint immerhin erheblich genug, um die s. Z. mit vieler Mühe bearbeiteten tabellarischen Zusammenstellungen in dem Werke zu belassen. Um aber den Inhalt für praktische Zwecke leicht nutzbar zu gestalten, d. h.: um das Auffinden der über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes stattgehabten Verhandlungen zu erleichtern, was sonst wegen der Verschiedenheit der Paragraphen-Nummern der Vorlage, der Kommissions-Beschlüsse zweiter Lesung und des unterm 27. Januar 1877 publizirten Gesetzes viel Zeit und Mühe erfordert, ist eine andere bezüglichliche vergleichende Uebersicht der verschiedenen Paragraphen-Nummern mit Angabe der Seitenzahlen der betreffenden Verhandlungen dem dritten Theile beigelegt. Auch in dem neu bearbeiteten, alle drei Theile umfassenden Inhalts-Verzeichniss sind die Paragraphen-Nummern des Gesetzes neben denjenigen der Vorlage in Klammern angegeben.

Die Ersetzung des sehr ausführlichen Sachregisters zum I. und II. Theil durch ein alle drei Theile umfassendes, gemeinsames Register erschien entbehrlich; es ist statt dessen für den dritten Theil ein besonderes Sachregister bearbeitet. —

Mögen die von den Herausgebern dieser Darstellung der „Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission“ gehegten Hoffnungen: in derselben ein für theoretische und praktische Zwecke gleich brauchbares Quellenwerk zu schaffen, sich erfüllen.

Berlin im Oktober 1881.

Die Verlagshandlung.



## Vorbemerkung zu den Verhandlungen erster Lesung.

---

Indem wir in Fortsetzung unseres Unternehmens die in der „National-Zeitung“ erschienenen „Berichte über die erste Lesung des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes durch die Reichs-Justiz-Kommission in einem, übrigens mannigfache Ergänzungen enthaltenden, Separat-Abdruck der Oeffentlichkeit übergeben, glauben wir, hierin auch den Wünschen der bürgerlichen Kreise entgegen zu kommen, da insbesondere die in der Kommission stattgehabten Verhandlungen über den Beizug des bürgerlichen Elements in Strafsachen, ferner diejenigen über Handelsgerichte, sowie endlich die Verhandlungen über die Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft auch ausserhalb des deutschen Juristenstandes mit dem grössten Interesse verfolgt worden sind.

## Vorbemerkung zu den Verhandlungen zweiter Lesung.

---

Bei dem alle mitwirkenden Kräfte vollständig in Anspruch nehmenden, ebenso raschen als intensiven Vorwärtsschreiten der Arbeiten der Reichs-Justiz-Kommission war es dem Verfasser der s. Z. in der „National-Zeitung“ über die Verhandlungen erster Lesung erschienenen Berichte nicht vergönnt, auch über die zweiten Lesungen im gleichen Umfang Bericht zu erstatten, vielmehr musste sich die Tagespresse bekanntlich im Wesentlichen auf die einfache Wiedergabe der in zweiter Lesung gefassten Abänderungs-Beschlüsse beschränken.

Um nun aber den beteiligten Kreisen ein abgeschlossenes Ganzes zu bieten, hat der Verfasser oben genannter Berichte es unternommen, sofort nach Beendigung der zweiten Lesung auf der Grundlage der amtlichen Protokolle und nach Massgabe seiner eigenen Erinnerungen und Aufzeichnungen den wesentlichen Inhalt und das Ergebniss der zweiten Lesung — hier zunächst des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes — in einer selbständigen Bearbeitung wiederzugeben.

Da hiernach die Darstellung der Verhandlungen sich nicht mehr auf den knappen Raum, den der Natur der Sache nach eine grosse politische Zeitung diesen gesetzgeberischen Arbeiten zur Verfügung stellen kann, zu beschränken hatte, so konnten die einschlägigen, vom organisatorischen Standpunkte aus so hochwichtigen Materien, beispielsweise über



die Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage in Betreff der mittleren Strafgerichte — (Beseitigung der in erster Lesung angenommenen „Grossen Schöffen-Gerichte“), und in Betreff der Abschaffung der Berufung gegen die Urtheile der mittleren Strafgerichte;

die Rechts-Verhältnisse der richterlichen Beamten und der Rechts-Anwälte;

die Regelung der Zuständigkeit der einzelnen Gerichte, namentlich der Schöffen-Gerichte;

die Errichtung von „Kammern für Handelssachen“, als Abtheilungen der Land-Gerichte;

die Zulassung der sogenannten „detachirten Strafkammern“ in grossen Landgerichts-Bezirken;

die Bildung der Kammern bei den Kollegial-Gerichten, die Vertheilung des Richter-Personals und der Geschäfte in den einzelnen Kammern

einer weit ausführlicheren Behandlung unterzogen werden, als dieses bei der Darstellung der Verhandlungen erster Lesung der Fall war, und konnte damit zugleich einem mehrfach geäusserten Wunsche entgegen gekommen werden.

Die Verhandlungen sind wiederum titelweise zusammengestellt und jedem Titel diejenigen Paragraphen desselben unmittelbar angefügt, welche unter Abänderung der Regierungs-Vorlage, bezw. der Beschlüsse erster Lesung, von der Kommission erst in zweiter Lesung neu angenommen wurden. Es ist bei Wiedergabe dieser Beschlüsse im Interesse rascherer Orientirung Bedacht genommen, durch Anwendung verschiedener Schriften die drei Stadien der Entstehung:

Wortlaut der Regierungs-Vorlage (gewöhnliche Petitschrift),

Abänderung durch die Beschlüsse erster Lesung (Petit Kursiv),

Abänderung durch die Beschlüsse zweiter Lesung (Petit Kursiv gesperrt),

auch äusserlich zu veranschaulichen.

Von Abdruck der unverändert angenommenen Vorschläge des Regierungs-Entwurfs sowie der Beschlüsse erster Lesung ist dagegen im Interesse der Raumersparniss Abstand genommen.

---

Durch das beide Lesungen umfassende Wortregister, die vergleichende Zusammenstellung der Paragraphen-Nummern, wie sie das Gesetz voraussichtlich demnächst haben wird, mit denen des Entwurfs, der Verhandlungen und Kommissions-Beschlüsse unter Angabe der Seitenzahlen für beide Lesungen, ferner die chronologischen Uebersichten und das ausführliche Inhalts-Verzeichniss glaubt die Verlagshandlung ihrerseits die praktische Brauchbarkeit dieses Quellenwerkes erhöht zu haben.

---



# Inhalts-Verzeichniss.

## A. Verhandlungen erster Lesung. (Erster Theil.)

### I. Gerichts-Verfassungs-Gesetz.

#### Neuer Titel. Richteramt. (§§. a — i. der Kommissions-Beschlüsse.) Seite

|                                                                      |   |
|----------------------------------------------------------------------|---|
| §§. a — i. (Ges. §§. 1 — 11.) Sitzung vom 30. Oktober 1875 . . . . . | 1 |
| Kommissions-Beschlüsse §§. a, b. (Ges. §§. 1, 2) . . . . .           | 2 |
| „ „ §§. b. 1—i. (Ges. §§. 3 — 11) . . . . .                          | 3 |

#### Erster Titel. Gerichtsbarkeit. (Entwurf §§. 1 — 9.)

##### A. Handels-Gerichte. (Ablehnung der H.-G. betr.)

|                                                          |   |
|----------------------------------------------------------|---|
| §. 1. (Ges. §. 12.) Sitzung vom 26. April 1875 . . . . . | 4 |
|----------------------------------------------------------|---|

##### B. Grenzen zwischen Justiz und Verwaltung. Kompetenz-Konflikte.

|                                                                    |   |
|--------------------------------------------------------------------|---|
| §. 2. (Ges. §. 13.) Sitzung vom 15. und 16. Februar 1876 . . . . . | 4 |
| Abänderungs-Antrag des Abg. Baehr (§§. 2, 5 a — d.) . . . . .      | 5 |
| „ „ „ „ Reichensperger (§. 2) . . . . .                            | 5 |
| „ „ „ „ Lasker (§. 5 a.) . . . . .                                 | 6 |

##### C. Ausnahme-Gerichte. Exterritorialität.

|                                                                                     |   |
|-------------------------------------------------------------------------------------|---|
| §§. 3 u. 4, 1. 2. (Ges. §§. 14, 15.) Sitzung vom 6. November 1875 . . . . .         | 6 |
| §§. 4, 3—9 bis 9. (Ges. §§. 15 — 21.) Sitzung vom 8. November 1875 . . . . .        | 8 |
| Kommissions-Beschlüsse §§. 1, 2, 3, 5, 5 a. (Ges. §§. 12, 13, 14, 16, 17) . . . . . | 8 |

#### Zweiter Titel. Amtsgerichte. (Entwurf §§. 10 — 13.)

|                                                                                 |    |
|---------------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 10, 11. (Ges. §§. 22, 25.) Sitzung vom 8. November 1875 . . . . .           | 9  |
| Erklärung der Reichs-, der preussischen und der baierischen Regierung . . . . . | 9  |
| §§. 12, 13. (Ges. §§. 23, 24.) Sitzung vom 12. November 1875 . . . . .          | 11 |
| Kommissions-Beschlüsse §. 12. (Ges. §. 23) . . . . .                            | 12 |

#### Dritter Titel. Schöffengerichte. (Entwurf §. 14, 45.)

##### I. Zuständigkeit der Schöffengerichte.

|                                                                                                     |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Sitzung vom 13. November 1878. (Berathung im Allgemeinen; Einsetzung einer Subkommission) . . . . . | 13 |
| §§. 14 — 16. (Ges. §§. 27 — 29.) Sitzung vom 16. November 1875 . . . . .                            | 15 |
| Sitzung vom 26. Januar 1876 . . . . .                                                               | 16 |

##### II. Zusammensetzung der Schöffengerichte und Amtsthätigkeit ihrer Mitglieder.

|                                                                          |    |
|--------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 17 u. 18. (Ges. §§. 26, 30.) Sitzung vom 25. November 1875 . . . . . | 18 |
|--------------------------------------------------------------------------|----|

##### III. Das Schöffenamts. (Entwurf §§. 49 — 45.)

###### 1. Voraussetzung der Berufung zum Schöffendienste.

|                                                                          |    |
|--------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 19 — 23. (Ges. §§. 31 — 35.) Sitzung vom 25. November 1875 . . . . . | 18 |
|--------------------------------------------------------------------------|----|

###### 2. Bildung der Jahreslisten, auf Grund deren die Heranziehung zu den Sitzungen des Schöffengerichts stattfindet.



|                                                                                                            | Seite |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| §§. 24 — 28. (Ges. §§. 36 — 40.) Sitzung vom 25. November 1875 . . .                                       | 49    |
| §§. 29 — 32. (Ges. §§. 41 — 44.) Sitzung vom 27. November 1875 . . .                                       | 49    |
| 3. Heranziehung der Schöffen zu den Sitzungen selbst.                                                      |       |
| §§. 33 — 38. (Ges. §§. 45 — 50.) Sitzung vom 29. November 1875 . . .                                       | 20    |
| 4. Vereidigung.                                                                                            |       |
| §. 39. (Ges. §. 51.) Sitzung vom 29. November 1875 . . . . .                                               | 21    |
| 5. Nachträgliche Enthebung berufener Schöffen von ihrem Amt und Entbindung von einzelnen Dienstleistungen. |       |
| §§. 40 — 42. (Ges. §§. 52 — 54.) Sitzung vom 29. November 1875 . . .                                       | 21    |
| 6. Gemeinsame Bestimmungen.                                                                                |       |
| §§. 43 — 45. (Ges. §§. 55 — 57.) Sitzung vom 29. November 1875 . . .                                       | 21    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 44. (Ges. §. 27) . . . . .                                                | 21    |
| „ „ §§. 45, 46 — 46 c <sup>1. 2.</sup> (Ges. §§. 28, 29) . . . . .                                         | 22    |
| „ „ §§. 46 b — 14, 46 d., 47 1 — 4. (Ges. §. 29) . . . . .                                                 | 23    |
| „ „ §§. 47 5 — 9, 47 a., 48, 20, 21. (Ges. §§. 30, 32, 33) . . . . .                                       | 24    |
| „ „ §§. 22, 27, 28, 30, 30 a. (Ges. §§. 34, 39, 42) . . . . .                                              | 25    |
| „ „ §§. 31 — 37, 39. (Ges. §§. 43 — 49, 51) . . . . .                                                      | 26    |
| „ „ §§. 40 — 42, 44, 45. (Ges. §§. 52 — 54, 56, 57) . . . . .                                              | 27    |

#### Vierter Titel. Landgerichte. (Entwurf §§. 46 — 58.)

##### I. Einführung der Grossen Schöffengerichte für mittlere Straffälle.

|                                                                 |    |
|-----------------------------------------------------------------|----|
| Sitzung vom 12. Januar 1876. Berathung im Allgemeinen . . . . . | 28 |
| Antrag der Abg. Dr. v. Schwarze und Becker . . . . .            | 29 |
| Erklärung des Bundesraths und Preussens (gegen) . . . . .       | 29 |
| Erklärung Sachsens (für) . . . . .                              | 30 |
| Stellung der Kommission zu dem Antrage . . . . .                | 30 |
| Sitzung vom 18. Januar 1876. Detail-Vorschriften . . . . .      | 31 |
| Antrag des Abg. Becker §§. a — r. . . . .                       | 32 |

##### II. Kammerbildung, Geschäfts-Vertheilung und Hilfsrichterthum bei den Landgerichten.

|                                                                       |    |
|-----------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 46 — 47. (Ges. §§. 58, 59.) Sitzung vom 13. Januar 1876 . . . . . | 34 |
| Anträge des Abg. Lasker (§§. 46 a — 46 m.) . . . . .                  | 34 |

##### III. Grösse und Zusammenhang der Landgerichts-Sprengel.

|                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| Sitzung vom 14. Januar 1876 . . . . . | 36 |
|---------------------------------------|----|

##### IV. Besetzung und Formation der Landgerichte.

|                                                                  |    |
|------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 48 — 49. (Ges. §. 60.) Sitzung vom 14. Januar 1876 . . . . . | 37 |
|------------------------------------------------------------------|----|

##### V. Zuständigkeit in Civilsachen.

|                                                                       |    |
|-----------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 50 — 51. (Ges. §§. 70, 71.) Sitzung vom 14. Januar 1876 . . . . . | 37 |
|-----------------------------------------------------------------------|----|

##### VI. Zuständigkeit in Strafsachen.

|                                                                            |    |
|----------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 52 — 56. (Ges. §§. 72 — 76.) Sitzung vom 14. und 15. Januar 1876 . . . | 38 |
|----------------------------------------------------------------------------|----|

##### VII. Zusammensetzung der Kammern.

|                                                            |    |
|------------------------------------------------------------|----|
| §. 57. (Ges. §. 77.) Sitzung vom 15. Januar 1876 . . . . . | 41 |
|------------------------------------------------------------|----|

##### VIII. Bildung der Kammern bei den Amtsgerichten.

|                                                            |    |
|------------------------------------------------------------|----|
| §. 58. (Ges. §. 78.) Sitzung vom 15. Januar 1876 . . . . . | 41 |
|------------------------------------------------------------|----|

##### IX. Zahl der Richter.

|                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| Sitzung vom 17. Januar 1876 . . . . . | 42 |
|---------------------------------------|----|

|                                                                    |    |
|--------------------------------------------------------------------|----|
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 46 a — e. (Ges. §. 58) . . . . . | 42 |
|--------------------------------------------------------------------|----|

|                                                     |    |
|-----------------------------------------------------|----|
| „ „ §§. 46 f — m., 50. (Ges. §§. 59 — 70) . . . . . | 43 |
|-----------------------------------------------------|----|

|                                             |    |
|---------------------------------------------|----|
| „ „ §§. 52, 57. (Ges. §§. 72, 77) . . . . . | 44 |
|---------------------------------------------|----|

#### Fünfter Titel. Schwurgerichte. (Entwurf §§. 59 — 80.)

|                                                                        |    |
|------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 59 — 80. (Ges. §§. 80 — 99.) Sitzung vom 17. Januar 1876 . . . . . | 44 |
|------------------------------------------------------------------------|----|

|                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 58, 59, 59 a., 61. (Ges. §§. 78, 79, 80) . . . . . | 45 |
|--------------------------------------------------------------------------------------|----|

|                                                      |    |
|------------------------------------------------------|----|
| „ „ §§. 72, 73, 74, 75. (Ges. §§. 91 — 94) . . . . . | 46 |
|------------------------------------------------------|----|



**Sechster Titel. Handelsgerichte.** (Entw. §§. 81—92. *Civilprozess-Ordn.*)

Entw. §§. 10, 38, 61, 72, 239a., 446a., 447, 447a., 451a., 590, 653, 812.)

**I. Beseitigung des Instituts der Handelsgerichte.**

Sitzung vom 26. April 1875 . . . . . 47

**II. Einsetzung einer Subkommission zur eventuellen Durchberathung der Detail-Vorschriften der Entwürfe über die Organisation der Handelsgerichte und das handelsgerichtliche Verfahren.**

Sitzung vom 25. September 1875 . . . . . 50

**III. Verhandlungen der Subkommission.**

Sitzung vom 4. Oktober 1875 . . . . . 50

Sitzung vom 2. Oktober 1875 . . . . . 52

Protokolle der Subkommission . . . . . 53

**IV. Eventuelle Berathung des handelsgerichtlichen Verfahrens.**

§§. 81—83. (Ges. §§. 100, 101.) Sitzung des Plenums vom 4. Oktober 1875 57

§§. 84—92. (Ges. §§. 104—109.) Sitzung des Plenums vom 5. Oktober 1875 58

**V. Ergänzungs-Vorschläge bei Wegfall der eigentlichen Handelsgerichte.**

Sitzung vom 3. November 1875 . . . . . 59

Antrag des Abg. Becker u. Genossen, betr. Errichtung von Handelskammern bei den Landgerichten . . . . . 60

*Kommissions-Beschlüsse:*

**I. Zum Entwurf der Gerichts-Verfassung §§. 1, 12, 81, 82, 83,**

83 a. (Ges. §§. 12, 23, 100, 101, 102, 103) . . . . . 64

§§. 83 b., 84—91, 92. (Ges. §§. 104—118) . . . . . 65

**II. Zum Entwurf der Civilprozess-Ordnung §§. 10, 38, 61, 72,**

239 a., 446 a., 447, 447 a. (Ges. §§. 10, 38, 61, 74, 249, 466, 467, 468) 65

(*Dritter Abschnitt: Verfahren vor den Handelsgerichten.*)

§§. a., b. . . . . 65

§§. c., 590, 653, 812. (Ges. §§. 637, 704, 871) . . . . . 66

**Siebenter Titel. Ober-Landesgerichte.** (Entwurf §§. 93—96.)

§§. 93—96. (Ges. §§. 119, 120, 123, 124.) Sitzung vom 17. Januar 1876 66

*Kommissions-Beschlüsse* §§. 94, 94 a., 95. (Ges. §§. 120, 121, 123) . 66

**Achter Titel. Reichsgericht.** (Entw. §§. 97—112.)

**I. Organisation des Reichsgerichts.**

§§. 97—112. (Ges. §§. 125—144.) Sitzung vom 17. Januar 1876 . . . 67

Sitzung vom 18. Januar 1876 . . . . . 69

**II. Organisation der Anwaltschaft beim Reichsgericht.**

Sitzung vom 18. Januar 1876 . . . . . 70

Antrag des Abg. Lasker und Verhandlungen hierüber . . . . . 71

*Kommissions-Beschlüsse* §§. 97, 99, 104—105 d., 107. (Ges. §§. 125, 127, 132, 133, 134, 136) . . . . . 73

**Neunter Titel. Staatsanwaltschaft.** (Entwurf §§. 113—123.)

§§. 113—123. (Ges. §§. 142—153.) Sitzung vom 19. Januar 1876 . . . 74

*Kommissions-Beschlüsse* §§. 113, 114, 117. (Ges. §§. 142, 143, 146) . 76

§§. 118, 120, 121 a—d, 122. (Ges. §§. 147, 149, 150, 151) . . . . . 77

**Neuer Titel. (IXa.) Staatsanwaltschaft.** (§§. a—v. *Kommissions-Beschlüsse.*)

**I. General-Diskussion über die legislatorische Regelung der Verhältnisse der Anwaltschaft und Advokatur.**

Sitzung vom 7. Januar 1876 . . . . . 78



|                                                                                        | Seite |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>II. Einzel-Beschlüsse der Kommission.</b>                                           |       |
| Sitzung vom 8. Januar 1876 . . . . .                                                   | 80    |
| 1. Landes-Angehörigkeit . . . . .                                                      | 80    |
| 2. Zurückweisungs-Gründe . . . . .                                                     | 81    |
| 3. Zulassungs-Verfahren . . . . .                                                      | 81    |
| 4. Zeitpunkt der Zulassung . . . . .                                                   | 82    |
| 5. Minimalzahl der Rechtsanwälte . . . . .                                             | 82    |
| 6. Verwandtschafts-Verhältnisse . . . . .                                              | 83    |
| Sitzung vom 10. Januar 1876. . . . .                                                   | 83    |
| 7. Lokalisierung im Allgemeinen . . . . .                                              | 83    |
| 8. Lokalisierung bei den Ober-Landesgerichten . . . . .                                | 84    |
| 9. Lokalisierung bei den Amtsgerichten . . . . .                                       | 84    |
| 10. Plaidir-Freiheit . . . . .                                                         | 85    |
| 11. Staatsrechtliche Stellung . . . . .                                                | 85    |
| Sitzung vom 11. Januar 1876 . . . . .                                                  | 86    |
| Fortsetzung und Schluss der Einzelberathung über Titel IX a. . . . .                   | 87    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. a. . . . .                                            | 87    |
| „ „ „ „ §§. b—i. . . . .                                                               | 88    |
| „ „ „ „ §§. k—s. . . . .                                                               | 89    |
| „ „ „ „ §§. t—v. . . . .                                                               | 90    |
| <b>Zehnter Titel. Gerichtsschreiber. (Entwurf §. 124.)</b>                             |       |
| §. 124. (Ges. §. 154.) Sitzung vom 28. Januar 1876 . . . . .                           | 90    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 124. (Ges. §. 154) . . . . .                          | 90    |
| <b>Elfter Titel. Zustellungs- und Vollstreckungs-Beamte. (Entwurf §§. 125, 126.)</b>   |       |
| §§. 125—126. (Ges. §. 155, 156.) Sitzung vom 28. Januar 1876 . . . . .                 | 91    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 125. (Ges. §. 155) . . . . .                          | 91    |
| <b>Zwölfter Titel. Rechtshilfe. (Entwurf §§. 127—138.)</b>                             |       |
| §§. 127—137. (Ges. §§. 157—167.) Sitzung vom 16. Oktober 1875 . . . . .                | 91    |
| §. 138. (Ges. §. 168.) Sitzung vom 18. Oktober 1875 . . . . .                          | 92    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 127, 129, 130, 135. (Ges. §§. 157, 159, 160, 165)    |       |
| „ „ „ „ §§. 136, 138, 138a. (Ges. §§. 166, 168, 169)                                   | 93    |
| <b>Dreizehnter Titel. Oeffentlichkeit und Sitzungs-Polizei. (Entwurf §§. 139—149.)</b> |       |
| §§. 139—146. (Ges. §§. 170—181.) Sitzung vom 18. Oktober 1875 . . . . .                | 93    |
| §§. 147—149. (Ges. §§. 182, 184, 185.) Sitzung vom 19. Oktober 1875 . . . . .          | 94    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 139, 140. (Ges. §§. 170, 171)                        | 94    |
| „ „ „ „ §§. 140 a—c., 143—148. (Ges. §§. 172, 173, 174, 177—184 . . . . .              | 95    |
| <b>Vierzehnter Titel. Gerichtssprache. (Entwurf §§. 150—157.)</b>                      |       |
| §§. 150—157. (Ges. §§. 186—193.) Sitzung vom 20. Oktober 1875 . . . . .                | 96    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 152. (Ges. §. 188) . . . . .                          | 96    |
| <b>Fünfzehnter Titel. Berathung und Abstimmung. (Entwurf §§. 158—163.)</b>             |       |
| §§. 158—160. (Ges. §§. 194, 196, 197.) Sitzung vom 19. Oktober 1875 . . . . .          | 96    |
| §§. 161—163. (Ges. §§. 198, 199, 200.) Sitzung vom 20. Oktober 1875 . . . . .          | 96    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 158 a., 161, 162, 162 a. (Ges. §§. 195, 198, 199)    | 97    |
| <b>Sechzehnter Titel. Gerichtsferien. (Entwurf §§. 164—166.)</b>                       |       |
| §§. 164—166. (Ges. §§. 201, 202, 204.) Sitzung vom 20. Oktober 1875 . . . . .          | 98    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 164, 165, 165 a., 166. (Ges. §§. 201, 202, 203, 204) | 98    |
| <b>II. Einführungs-Gesetz.</b>                                                         |       |
| §§. 1—14. (Ges. §§. 1—22.) Sitzung vom 11. und 12. Februar 1876 . . . . .              | 100   |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 3—5, 9—9b., 12. (Ges. §§. 3, 4, 5, 10, 11, 12, 16)   | 101   |
| „ „ „ „ §§. 12a., 14, 15. (Ges. §§. 17, 19, 20) . . . . .                              | 102   |



## B. Verhandlungen zweiter Lesung. (Zweiter Theil.)

### I. Gerichts-Verfassungs-Gesetz.

#### Neuer Titel. Richteramt. (§§. a—k. Kommissions-Beschlüsse I. Lsg.) Seite

|                                                              |   |
|--------------------------------------------------------------|---|
| §§. a—l. (Ges. §§. 1—11.) Sitzung vom 16. Mai 1876 . . . . . | 4 |
| Kommissions-Beschlüsse §§. a—g. (Ges. §§. 1—7) . . . . .     | 7 |
| „ „ §§. h—l. (Ges. §§. 8—11) . . . . .                       | 8 |

#### Erster Titel. Gerichtsbarkeit. (Entwurf §§. 1—9.)

|                                                               |    |
|---------------------------------------------------------------|----|
| §§. 1—9. (Ges. §§. 12—21.) Sitzung vom 16. Mai 1876 . . . . . | 8  |
| Kommissions-Beschlüsse §§. 1—9. (Ges. §§. 11—21) . . . . .    | 13 |

#### Zweiter Titel. Amtsgerichte. (Entwurf §§. 10—13.)

|                                                                   |    |
|-------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 10—13. (Ges. §§. 22—24.) Sitzung vom 17. Mai 1876 . . . . .   | 14 |
| Kommissions-Beschlüsse §§. 10—13. (Ges. §§. 22, 23, 24) . . . . . | 16 |

#### Dritter Titel. Schöffengerichte. (Entwurf §§. 14—45.)

##### I. Die Gründe für und wider das (Kleine) Schöffengericht.

|                                    |    |
|------------------------------------|----|
| Sitzung vom 13. Mai 1876 . . . . . | 17 |
|------------------------------------|----|

##### II. Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte und Revision gegen die Urtheile der schöffengerichtlichen Berufungs-Gerichte.

|                                     |    |
|-------------------------------------|----|
| Sitzung vom 17. Mai 1876 . . . . .  | 18 |
| Sitzung vom 29. Juni 1876 . . . . . | 20 |

##### III. Kompetenz.

|                                                                                |    |
|--------------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 13a—17a. (Ges. §§. 25—29.) Sitzungen vom 17—19. und 26. Mai 1876 . . . . . | 21 |
|--------------------------------------------------------------------------------|----|

##### IV. Ernennung und Amtsthätigkeit der Schöffen.

|                                                                 |    |
|-----------------------------------------------------------------|----|
| §§. 18—45. (Ges. §§. 30—57.) Sitzung vom 18. Mai 1876 . . . . . | 26 |
| Kommissions-Beschlüsse §§. 13a—22. (Ges. §§. 25—34) . . . . .   | 29 |
| „ „ §§. 23—39. (Ges. §§. 35—51) . . . . .                       | 30 |
| „ „ §§. 40—57. (Ges. §§. 52—57) . . . . .                       | 31 |

#### Vierter Titel. Landgerichte. (Entwurf §§. 46—58.)

##### I. Einführung der Grossen Schöffengerichte.

|                                    |    |
|------------------------------------|----|
| Sitzung vom 13. Mai 1876 . . . . . | 31 |
|------------------------------------|----|

##### Antrag Dr. von Schwarze, betr. Einfügung eines neuen Titels IVa. „Grosse Schöffengerichte. (§§. a—i.)

|                                    |    |
|------------------------------------|----|
| Sitzung vom 1. Juli 1876 . . . . . | 35 |
|------------------------------------|----|

##### II. Berufung gegen die Urtheile der mittleren Schöffengerichte.

|                                    |    |
|------------------------------------|----|
| Sitzung vom 16. Mai 1876 . . . . . | 37 |
|------------------------------------|----|

##### III. Kammerbildung, Geschäftsvertheilung, Hülfsrichterthum.

|                                                                                     |    |
|-------------------------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 46—47h. (Ges. §§. 58—67.) Sitzungen vom 18. und 19. Mai 1876 . . . . .          | 40 |
| (I. Lesung §§. 46a—k.) . . . . .                                                    | 40 |
| §§. 47i—47k. (Ges. §. 68.) Sitzung vom 20. Mai 1876 (I. Lesung §. 46, l.) . . . . . | 44 |
| §. 47l. (Ges. §. 69.) Sitzung vom 22. Mai 1876 (I. Lesung §. 46 m.) . . . . .       | 45 |

##### IV. Besetzung und Formation der Landgerichte.

|                                                                       |    |
|-----------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 48—49. (I. Lesung §§. 48, 49.) Sitzung vom 18. Mai 1876 . . . . . | 48 |
|-----------------------------------------------------------------------|----|

##### V. Zuständigkeit in Civilsachen.

|                                                                  |    |
|------------------------------------------------------------------|----|
| §§. 50—51. (Ges. §§. 70, 71.) Sitzung vom 18. Mai 1876 . . . . . | 48 |
|------------------------------------------------------------------|----|



|                                                                                               |       |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>VI. Zuständigkeit in Strafsachen.</b>                                                      | Seite |
| §§. 52 — 56 a. (Ges. §§. 72 — 76.) Sitzungen vom 18. und 19. Mai 1876 . . . . .               | 49    |
| <b>VII. Zusammensetzung der Kammern.</b>                                                      |       |
| §§. 57 — 57 a. (Ges. §. 77.) Sitzung vom 28. Mai 1876 . . . . .                               | 55    |
| <b>VIII. Bildung der Strafkammern bei den Amtsgerichten.</b>                                  |       |
| §. 58. (Ges. §. 78.) Sitzung vom 17. Mai 1876 . . . . .                                       | 55    |
| Sitzung vom 20. Mai 1876 . . . . .                                                            | 56    |
| 1. Kammerbildung . . . . .                                                                    | 56    |
| 2. Funktionen . . . . .                                                                       | 56    |
| Aeusserungen des Abg. Lasker . . . . .                                                        | 57    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 46 — 47 d. (Ges. §§. 58 — 63) . . . . .                     | 60    |
| „         „         §§. 47 e — 50. (Ges. §§. 64 — 70) . . . . .                               | 64    |
| „         „         §§. 51 — 54. (Ges. §§. 71 — 74) . . . . .                                 | 62    |
| „         „         §§. 55 — 56 a. (Ges. §§. 75, 76) . . . . .                                | 63    |
| „         „         §§. 57 — 58. (Ges. §§. 77, 78) . . . . .                                  | 64    |
| <b>Fünfter Titel. Schwurgerichte. (Entwurf §§. 58 a — 80.)</b>                                |       |
| §§. 58 a — 59 a. (Ges. §§. 79, 80.) Sitzungen vom 19. und 20. Mai 1876 . . . . .              | 64    |
| §§. 59 a — 80. (Ges. §§. 81 — 99.) Sitzung vom 29. Juni 1876 . . . . .                        | 66    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 58 a — 66. (Ges. §§. 79 — 85) . . . . .                     | 74    |
| „         „         §§. 67 — 68. (Ges. §§. 86, 87) . . . . .                                  | 72    |
| <b>Sechster Titel. Handelsgerichte. Kammern für Handelssachen.</b>                            |       |
| (Entwurf §§. 81 — 92.)                                                                        |       |
| <b>I. General-Debatte und prinzipielle Abstimmung.</b>                                        |       |
| Sitzungen vom 11. und 12. Mai 1876 . . . . .                                                  | 72    |
| Anträge der Regierungen . . . . .                                                             | 73    |
| <b>II. Spezialberathung über die Anträge Becker und Genossen.</b>                             |       |
| §§. 81 — 84 <sup>1</sup> . (Ges. §§. 100 — 104.) Sitzungen vom 11. und 12. Mai 1876 . . . . . | 75    |
| A. <i>Zuständigkeitsfragen.</i>                                                               |       |
| 1. Zuständigkeit im Allgemeinen. §. 83. (Antrag zu §. 50 a.) . . . . .                        | 75    |
| 2. Zuständigkeit in Wechselsachen. §. 83, 2 . . . . .                                         | 78    |
| 3. Eintragung in die Firmenregister. §. 84 . . . . .                                          | 79    |
| B. <i>Modus procedendi.</i> (§§. 50, b., c, m., n. d. Anträge Becker u. Gen.) . . . . .       | 80    |
| C. <i>Amt der Handelsrichter.</i>                                                             |       |
| §§. 85 — 91. (Ges. §§. 111 — 117.) Sitzungen vom 11. und 12. Mai 1876 . . . . .               | 84    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 84 — 83. (Ges. §§. 100 — 102) . . . . .                     | 82    |
| „         „         §§. 83 a — 84 c. (Ges. §§. 103 — 107) . . . . .                           | 83    |
| „         „         §§. 84 d — 92 a. (Ges. §§. 108 — 118) . . . . .                           | 84    |
| <b>Siebenter Titel. Ober-Landesgerichte. (Entwurf §§. 93 — 96.)</b>                           |       |
| §§. 93 — 96. (Ges. §§. 119 — 124.) Sitzung vom 22. Mai 1876 . . . . .                         | 84    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 93 — 95, 1. (Ges. §§. 119 — 123) . . . . .                  | 85    |
| „         „         §§. 95, 2 — 96. (Ges. §§. 123 — 124) . . . . .                            | 86    |
| <b>Achter Titel. Reichsgericht. (Entwurf §§. 97 — 112.)</b>                                   |       |
| §§. 97 — 107. (Ges. §§. 125 — 136.) Sitzung vom 22. Mai 1876 . . . . .                        | 86    |
| Antrag Eysoldt u. Gen., betr. Reichs-Schwurgericht . . . . .                                  | 87    |
| §§. 107 <sup>2</sup> — 112. (Ges. §§. 136 — 141.) Sitzung vom 17. Juni 1876 . . . . .         | 94    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 97 — 103. (Ges. §§. 125 — 134) . . . . .                    | 94    |
| „         „         §§. 104 — 112. (Ges. §§. 132 — 141) . . . . .                             | 92    |
| <b>Neunter Titel. Staatsanwaltschaft. (Entwurf §§. 113 — 123.)</b>                            |       |
| §§. 113 — 123. (Ges. §§. 142 — 153.) Sitzungen vom 20. und 21. Mai 1876 . . . . .             | 92    |
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 113 — 123. (Ges. §§. 142 — 153) . . . . .                   | 97    |



**Neuer Titel IXa. Rechtsanwaltschaft. (§§. a—v. der Kommissions-Beschlüsse.)**

**I. General-Debatte, betr. Aufrechthaltung der Beschlüsse erster Lesung.**

Sitzung vom 23. Juni 1876 . . . . . 98

**II. Spezial-Berathung der Einzel-Bestimmungen des Titels IXa.**

§§. a—v. Sitzungen vom 23. und 26. Juni 1876 . . . . . 100

Anträge der Abg. Pfafferot, Wolffson . . . . . 103

„ „ „ Klotz, Eysoldt, Herz, Grimm . . . . . 104

Kommissions-Beschlüsse §§. a—h. . . . . 107

„ „ „ §§. i—v. . . . . 108

**Zehnter Titel. Gerichtsschreiber. (Entwurf §. 124.)**

§. 124. (Ges. §. 154.) Sitzung vom 24. Mai 1876 . . . . . 109

Kommissions-Beschlüsse §. 124. (Ges. §. 154) . . . . . 109

**Elfter Titel. Zustellungs- und Vollstreckungs-Beamte. (Entwurf §§. 124, 125.)**

§§. 125, 126. (Ges. §§. 155, 156.) Sitzung vom 24. Mai 1876 . . . . . 109

Kommissions-Beschlüsse §§. 125, 126. (Ges. §§. 155, 156) . . . . . 110

**Zwölfter Titel. Rechtshilfe. (Entwurf §§. 127—138.)**

§§. 127—138 a. (Ges. §§. 157—169.) Sitzung vom 24. Mai 1876 . . . . . 110

Kommissions-Beschlüsse §§. 127—138 a. (Ges. §§. 157—169) . . . . . 111

**Dreizehnter Titel. Oeffentlichkeit und Sitzungs-Polizei. (Entwurf §§. 139—149.)**

§§. 139—149. (Ges. §§. 170—185.) Sitzung vom 24. Mai 1876 . . . . . 111

Sitzung vom 1. Juli 1876. Verhandl. über §. 147 a. . . . . 115

Kommissions-Beschlüsse §§. 139—146. (Ges. §§. 170—181) . . . . . 116

„ „ „ §§. 147—149. (Ges. §§. 182—185) . . . . . 117

**Vierzehnter Titel. Gerichtssprache. (Entwurf §§. 150—157.)**

§§. 150—157. (Ges. §§. 186—193.) Sitzung vom 24. Mai 1876 . . . . . 117

Kommissions-Beschlüsse §§. 150—157. (Ges. §§. 186—193) . . . . . 117

**Fünfzehnter Titel. Berathung und Abstimmung. (Entwurf §§. 158—163.)**

§§. 158—163. (Ges. §§. 194—200.) Sitzung vom 24. Mai 1876 . . . . . 118

Kommissions-Beschlüsse §§. 158—163. (Ges. §§. 194—200) . . . . . 120

**Sechszehnter Titel. Gerichtsferien. (Entwurf §§. 164—166.)**

§§. 164—166. (Ges. §§. 201—204.) Sitzung vom 24. Mai 1876 . . . . . 120

Kommissions-Beschlüsse §§. 164—166. (Ges. §§. 201—204) . . . . . 122

**II. Einführungs-Gesetz.**

§§. 1—21. (Ges. §§. 1—22.) Sitzungen vom 1. und 3. Juli 1876 . . . . . 123

Anträge zu §. 12 a. . . . . 127

Kommissions-Beschlüsse §§. 1—15. (Ges. §§. 1—16) . . . . . 134

„ „ „ §§. 16—20. (Ges. §§. 17—21) . . . . . 135

„ „ „ §. 21. (Ges. §. 22) . . . . . 136

**Register.**

A. Vergleichende Zusammenstellung der Paragraphen-Nummern des Gesetzes mit denjenigen des Entwurfs und der Verhandlungen beider Lesungen . . . 137

B. Uebersicht der Paragraphen des Gesetzes in Betreff der Entstehung . . . 146

C. Chronologische Uebersicht . . . . . 149

D. Sachregister für die I. und II. Lesung . . . . . 151



## C. Verhandlungen dritter Lesung, und des Reichstags. (Dritter Theil.)

|                                                                                                                                                                                                | Seite |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Einleitung . . . . .                                                                                                                                                                           | 169   |
| <b>Anlage A.</b>                                                                                                                                                                               |       |
| Redaktionelle Abänderungen der von der Reichs-Justiz-Kommission in der zweiten Lesung des Entwurfs eines Gerichts-Verfassungs-Gesetzes nebst Einführungs-Gesetz gefassten Beschlüsse . . . . . | 171   |
| <b>Anlage B.</b>                                                                                                                                                                               |       |
| Zusammenstellung der von der Reichs-Justiz-Kommission nach Inhalt der Protokolle beschlossenen authentischen Interpretationen ihrer Beschlüsse zum:                                            |       |
| a) Gerichts-Verfassungs-Gesetz . . . . .                                                                                                                                                       | 171   |
| b) Einführungs-Gesetz . . . . .                                                                                                                                                                | 173   |

### A. Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission über die Beschlüsse des Bundesraths zu den von ihr über den Entwurf eines Gerichts-Verfassungs-Gesetzes etc. etc. gefassten Beschlüssen.

#### I. Gerichts-Verfassungs-Gesetz.

| Beschlüsse | Nr.             | Kommiss.-Vorlage | §.          | b.                 | Gesetz | §.               |     |
|------------|-----------------|------------------|-------------|--------------------|--------|------------------|-----|
|            | Nr. 4.          |                  | §.          | b.                 |        | 2.               | 175 |
| "          | Nr. 2.          | "                | §§.         | f-i.               | "      | 6-9              | 175 |
| "          | Nr. 4.          | "                | §.          | 3, 8               | "      | 14               | 176 |
| "          | Nr. 5.          | "                | §.          | 5 a.               | "      | 17               | 177 |
| "          | Nr. 7.          | "                | §§.         | 14, 55             | "      | 27, 75           | 177 |
| "          | Nr. 8.          | "                | §.          | 22                 | "      | 34               | 177 |
| "          | Nr. 9.          | "                | §.          | 28                 | "      | 40               | 178 |
| "          | Nr. 10.         | "                | §.          | 47 a.              | "      | 60               | 178 |
| "          | Nr. 11, 12, 13. | "                | §§.         | 47, b., c., d.     | "      | 61-63            | 180 |
| "          | Nr. 14.         | "                | §.          | 47 k.              | "      | —                | 181 |
| "          | Nr. 15.         | "                | §.          | 47 l.              | "      | 69               | 182 |
| "          | Nr. 17.         | "                | §.          | 57                 | "      | 77               | 183 |
| "          | Nr. 18.         | "                | §.          | 58                 | "      | 78               | 183 |
| "          | Nr. 19.         | "                | §.          | 59 a.              | "      | —                | 184 |
| "          | Nr. 20.         | "                | §§.         | 72, 73, 75 l.      | "      | 91, 92, 94       | 184 |
| "          | Nr. 3, 6, 21.   | "                | §§.         | 1, 12, 81, 82      | "      | 12, 23, 100, 101 | 185 |
| "          |                 | "                | §§.         | 92 b., 105, 105 b. | "      | 134              | 186 |
| "          | Nr. 22.         | "                | §.          | 107                | Gesetz | 136              | 187 |
| "          | Nr. 23.         | "                | §.          | 108                | "      | 147              | 187 |
| "          | Nr. 24.         | "                | Titel IX a. |                    |        | —                | 187 |
| "          | Nr. 25.         | "                | §.          | 138 a.             | "      | 169              | 187 |
| "          | Nr. 26.         | "                | §§.         | 140 c.             | "      | 174              | 188 |
| "          | Nr. 27.         | "                | §.          | 164                | "      | 201              | 188 |

#### II. Einführungs-Gesetz.

| Beschlüsse | Nr.          | Kommissions-Vorlage | §.  | 1.          | Gesetz | §.         |     |
|------------|--------------|---------------------|-----|-------------|--------|------------|-----|
|            | Nr. 4.       |                     | §.  | 1.          |        | 4          | 188 |
| "          | Nr. 2.       | "                   | §.  | 9 a.        | "      | 41         | 189 |
| "          | Nr. 3, 4, 5. | "                   | §§. | 11, 14, 16. | "      | 45, 49, 21 | 189 |

### Zusammenstellung der Kommissions-Beschlüsse mit den Abänderungs-Beschlüssen.

#### Gerichts-Verfassungs-Gesetz.

|                        |                                                 |     |
|------------------------|-------------------------------------------------|-----|
| Kommissions-Beschlüsse | §. 14. (Ges. §. 27)                             | 190 |
| " "                    | §§. 22, 47 a — d., 47 k. (Ges. §§. 34, 60 — 63) | 191 |



|                                                                                              |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 471., 55. (Ges. §§. 69, 75) . . . . .                      | 192 |
| „ „ §§. 57, 58, 66, 84, 84 f. (Ges. §§. 77, 78, 85, 100, 110.) . . . . .                     | 193 |
| „ „ §§. 92 b., 94 a., 105, 105 a., 107, 118, 138 a. (Ges. §§. 121, 133, 136, 147.) . . . . . | 194 |

*Einführungs-Gesetz.*

|                                                              |     |
|--------------------------------------------------------------|-----|
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §. 1. (Gesetz §. 1.) . . . . . | 194 |
|--------------------------------------------------------------|-----|

*Redaktionelle Aenderungen.*

|                                                                                               |     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <i>Kommissions-Beschlüsse</i> §§. 12, 50, 84 a., 140 a. (Ges. §§. 23, 71, 107, 195) . . . . . | 195 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

**B. Verhandlungen des Reichstags. (Zweite und dritte Lesung.)**

*Gerichts-Verfassungs-Gesetz.*

**Erster Titel. Richteramt. (Neu.)**

Zweite Lesung 18. November, dritte Lesung 19. Dezember 1876.

|                                       |     |
|---------------------------------------|-----|
| §§. a — 1. (Ges. §§. 1—11.) . . . . . | 196 |
|---------------------------------------|-----|

**Zweiter Titel. Gerichtsbarkeit. (Entwurf §§. 1—9.)**

Zweite Lesung 20. November 1876.

|                                      |     |
|--------------------------------------|-----|
| §§. 1—9. (Ges. §§. 12—21.) . . . . . | 201 |
|--------------------------------------|-----|

**Dritter Titel. Amtsgerichte. (Entwurf §§. 10, 12, 13.)**

Zweite Lesung 20. November, dritte Lesung 19. Dezember 1876.

|                                             |     |
|---------------------------------------------|-----|
| §§. 10, 12, 13. (Ges. §§. 22—24.) . . . . . | 205 |
|---------------------------------------------|-----|

**Vierter Titel. Schöffengerichte. (Entwurf §§. 11, 14—45.)**

Zweite Lesung 20. November, dritte Lesung 19. Dezember 1876.

|                                            |     |
|--------------------------------------------|-----|
| §§. 11, 14—45. (Ges. §§. 25—57.) . . . . . | 206 |
|--------------------------------------------|-----|

**Fünfter Titel. Landgerichte. (Entwurf §§. 46, 47, 49—55, 57, 58.)**

Zweite Lesung 21. November, dritte Lesung 19. Dezember 1876.

|                                                     |     |
|-----------------------------------------------------|-----|
| §§. 46, 47—471., 50—58. (Ges. §§. 58—78.) . . . . . | 209 |
|-----------------------------------------------------|-----|

**Sechster Titel. Schwurgerichte. (Entwurf §§. 48, 59, 62—80.)**

Zweite Lesung 21. u. 22. November, dritte Lesung 19. Dezember 1876.

|                                               |     |
|-----------------------------------------------|-----|
| §§. 58 a., 59—62. (Ges. §§. 79—99.) . . . . . | 213 |
|-----------------------------------------------|-----|

**Siebenter Titel. Kammern für Handelssachen. (Entwurf §§. 81, 83, 85—92.)**

Zweite Lesung 17. u. 22. November, dritte Lesung 19. Dezember 1876.

|                                                                |     |
|----------------------------------------------------------------|-----|
| §§. 81—83 a., 84—84 e., 85—92 a. (Ges. §§. 100—118.) . . . . . | 218 |
|----------------------------------------------------------------|-----|

**Achter Titel. Ober-Landesgerichte. (Entwurf §§. 93—96.)**

|                                                                        |     |
|------------------------------------------------------------------------|-----|
| §§. 93—94 b., 95, 96. (Ges. §§. 118—124.) Lesungen wie vorhin. . . . . | 219 |
|------------------------------------------------------------------------|-----|

**Neunter Titel. Reichsgericht. (Entwurf §§. 97—112.)**

|                                                              |     |
|--------------------------------------------------------------|-----|
| §§. 97—112. (Ges. §§. 125—141.) Lesungen wie vorhin. . . . . | 219 |
|--------------------------------------------------------------|-----|

**Zehnter Titel. Staatsanwaltschaft. (Entwurf §§. 113—123.)**

|                                                               |     |
|---------------------------------------------------------------|-----|
| §§. 113—123. (Ges. §§. 142—153.) Lesungen wie vorhin. . . . . | 220 |
|---------------------------------------------------------------|-----|

**Neuer Titel. Rechtsanwaltschaft . . . . .**

221

**Elfter Titel. Gerichtsschreiber. (Entwurf §. 124.)**

|                                                      |     |
|------------------------------------------------------|-----|
| §. 124. (Ges. §. 154.) Lesungen wie vorhin . . . . . | 221 |
|------------------------------------------------------|-----|

**Zwölfter Titel. Zustellungs- und Vollstreckungs-Beamte. (Entwurf**

§§. 125, 126.)

|                                                                  |     |
|------------------------------------------------------------------|-----|
| §§. 125, 126. (Ges. §§. 155, 156.) Lesungen wie vorhin . . . . . | 222 |
|------------------------------------------------------------------|-----|



|                                                                                                                                                                                                                                                   | Seite |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>Dreizehnter Titel. Rechtshülfe.</b> (Entwurf §§. 127—138.)                                                                                                                                                                                     |       |
| §§. 127—138 a. (Ges. §§. 157—169.) Lesungen wie vorhin . . . . .                                                                                                                                                                                  | 221   |
| <b>Vierzehnter Titel. Oeffentlichkeit und Sitzungs - Polizei.</b> (Entwurf §§. 139—149.)                                                                                                                                                          |       |
| §§. 139—140 c., 141—145 a., 146—147 a., 148, 149. (Gesetz §§. 170—185.)<br>Lesungen wie vorhin . . . . .                                                                                                                                          | 222   |
| <b>Fünfzehnter Titel. Gerichtssprache.</b> (Entwurf §§. 150—157.)                                                                                                                                                                                 |       |
| Zweite Lesung 22. u. 25. November, dritte Lesung 19. Dezember 1876.<br>§§. 150—157. (Ges. §§. 186—193.) . . . . .                                                                                                                                 | 223   |
| <b>Sechszehnter Titel. Berathung und Abstimmung.</b> (Entw. §§. 158—163.)                                                                                                                                                                         |       |
| §§. 158, 158 a.—163. (Ges. §§. 194—200.) Lesungen wie vorhin . . . . .                                                                                                                                                                            | 224   |
| <b>Siebenzehnter Titel. Gerichtsferien.</b> (Entwurf §§. 164—166.)                                                                                                                                                                                |       |
| §§. 164—165 a., 166. (Ges. §§. 201—204.) Lesungen wie vorhin . . . . .                                                                                                                                                                            | 226   |
| <i>Einführungs - Gesetz.</i> (Entwurf §§. 1—14.)                                                                                                                                                                                                  |       |
| Zweite Lesung 25. November, dritte Lesung 19. u. 20. Dezember 1876.<br>§§. 1—9 c., 10—12 a., 13—17. (Ges. §§. 1—22.) . . . . .                                                                                                                    | 226   |
| <b>Zusammenstellung der Abänderungs-Beschlüsse zweiter und dritter Lesung des Reichstags.</b>                                                                                                                                                     |       |
| A) <i>Gerichts - Verfassungs - Gesetz.</i>                                                                                                                                                                                                        |       |
| Vorlage §§. 9 und 154. (Ges. §§. 14 u. 187.) . . . . .                                                                                                                                                                                            | 231   |
| B) <i>Einführungs - Gesetz.</i>                                                                                                                                                                                                                   |       |
| Vorlage §§. 5 a., 9 a., 12 a. (Ges. §§. 6, 11, 17.) . . . . .                                                                                                                                                                                     | 232   |
| <b>Vergleichende Zusammenstellung der Paragraphen - Nummern des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes nebst Einführungs-Gesetz vom 27. Januar 1877 mit den Paragraphen-Nummern des Entwurfs und der Kommissions-Beschlüsse erster und zweiter Lesung.</b> |       |
| A) <i>Gerichts - Verfassungs - Gesetz</i> . . . . .                                                                                                                                                                                               |       |
|                                                                                                                                                                                                                                                   | 232   |
| B) <i>Einführungs - Gesetz</i> . . . . .                                                                                                                                                                                                          |       |
|                                                                                                                                                                                                                                                   | 239   |
| <b>Sachregister zur dritten Lesung der Reichs - Justiz - Kommission und den Plenar-Verhandlungen des Reichstags</b> . . . . .                                                                                                                     |       |
|                                                                                                                                                                                                                                                   | 240   |



# Verhandlungen über den Entwurf

zum

# Gerichts-Verfassungs-Gesetz

nebst

# Einführungs-Gesetz

für das

# Deutsche Reich.

Erster Theil.

Erste Lesung.

Mit dem Wortlaut der abändernden

Kommissions-Beschlüsse.



# Chronologische Uebersicht zu den Verhandlungen erster Lesung.\*)

| 1875.       |     | Vom Reg.-Entwurf berathen. |                                        | Berathungen im Allgemeinen<br>und über Abänderungs-Anträge. |  | Seite |
|-------------|-----|----------------------------|----------------------------------------|-------------------------------------------------------------|--|-------|
| April       | 26. | {                          | Titel I. §. 4 . . . . .                |                                                             |  | 4     |
|             |     |                            | „ VI. §§. 81—92 . . . . .              |                                                             |  | 47    |
| Septbr.     | 25. |                            | „ VI. §§. 81—91 . . . . .              | Berathungen der Subkommission                               |  | 50    |
| Oktober     | 4.  |                            | „ VI. §§. 81—83 . . . . .              |                                                             |  | 57    |
|             | 5.  |                            | „ VI. §§. 84—92 . . . . .              |                                                             |  | 58    |
|             | 16. |                            | „ XII. §§. 127—137 . . . . .           |                                                             |  | 91    |
|             | 18. | {                          | „ XII. §. 138 . . . . .                |                                                             |  | 92    |
|             | 19. |                            | „ XIII. §§. 139—146 . . . . .          |                                                             |  | 93    |
|             | 19. |                            | „ XV. §§. 158—160 . . . . .            |                                                             |  | 96    |
|             | 20. | {                          | „ XIV. §§. 150—157 . . . . .           |                                                             |  | 96    |
|             | 20. |                            | „ XV. §§. 161—163 . . . . .            |                                                             |  | 97    |
|             | 20. |                            | „ XVI. §§. 164—166 . . . . .           |                                                             |  | 98    |
|             | 20. |                            | „ XIII. §§. 147—149 . . . . .          |                                                             |  | 94    |
|             | 30. |                            |                                        | Neuer Titel. Richteramt. §§. a—i.                           |  | 4     |
| Novbr.      | 3.  |                            | „ V. . . . .                           | Berathung über d. Antrag Becker u. Gen.                     |  | 60    |
|             | 6.  |                            | „ I. §§. 3 und 4, Ziff. 1, 2 . . . . . |                                                             |  | 6     |
|             | 8.  | {                          | „ I. §. 4 Ziff. 3—9 bis §. 9 . . . . . |                                                             |  | 8     |
|             | 12. |                            | „ II. §§. 10, 11 . . . . .             |                                                             |  | 9     |
|             | 13. |                            | „ II. §§. 12, 13 . . . . .             |                                                             |  | 11    |
|             | 16. |                            | „ III. . . . .                         | Berathung im Allgemeinen                                    |  | 13    |
|             | 25. |                            | „ III. §§. 14—16 . . . . .             |                                                             |  | 15    |
|             | 27. |                            | „ III. §§. 17—28 . . . . .             |                                                             |  | 28    |
|             | 29. |                            | „ III. §§. 29—32 . . . . .             |                                                             |  | 19    |
|             | 29. |                            | „ III. §§. 33—45 . . . . .             |                                                             |  | 20    |
| 1876.       |     |                            |                                        |                                                             |  |       |
| Jan. 7.—11. |     |                            | „ IXa. . . . .                         | Neuer Titel. Rechtsanwaltschaft. §§. a—v.                   |  |       |
| Januar      | 12. |                            | „ IV. . . . .                          | Berath. im Allgem. u. üb. Antr. Schwarze<br>u. Becker       |  | 29    |
|             | 13. |                            | „ IV. . . . .                          | Antrag Lasker (§§. 46 a — 46 m.)                            |  | 34    |
|             | 14. |                            | „ IV. §§. 46—51 . . . . .              |                                                             |  | 37    |
|             | 15. |                            | „ IV. §§. 52—58 . . . . .              |                                                             |  | 38    |
|             | 17. | {                          | „ IV. . . . .                          |                                                             |  | 42    |
|             | 17. |                            | „ V. §§. 59—80 . . . . .               |                                                             |  | 44    |
|             | 18. |                            | „ VII. §§. 93—96 . . . . .             |                                                             |  | 66    |
|             | 18. |                            | „ VIII. §§. 97—112 . . . . .           |                                                             |  | 67    |
|             | 18. | {                          | „ VIII. . . . .                        | Antrag Lasker                                               |  | 71    |
|             | 19. |                            | „ IV. . . . .                          | Antrag Becker §§. a—r.                                      |  | 32    |
|             | 26. |                            | „ IX. §§. 113—123 . . . . .            |                                                             |  | 74    |
|             | 28. |                            | „ III. §§. 14—16 . . . . .             |                                                             |  | 16    |
|             | 28. | {                          | „ X. §. 124 . . . . .                  |                                                             |  | 90    |
|             | 28. |                            | „ XI. §§. 125—126 . . . . .            |                                                             |  | 91    |
| Februar     | 15. |                            | „ I. §. 2 . . . . .                    | Anträge Bähr, Reichensperger, Lasker                        |  | 5     |
|             | 16. |                            |                                        |                                                             |  |       |
|             | 11. | {                          | Einf.-Ges. §§. 1—14 . . . . .          |                                                             |  | 100   |
|             | 12. |                            |                                        |                                                             |  |       |

\*) Die chronologische Uebersicht zu den Verhandlungen zweiter Lesung s. im II. Theil, S. 194.



# Gerichts-Verfassung.

## Neuer Titel.

### *R i c h t e r a m t.*

#### §§. a—i der Kommissions-Beschlüsse.

Sitzung vom 30. Oktober 1875.

In Folge des vom Reichstag am 29. Oktober d. J. gefassten Beschlusses, durch welchen das Mandat für die bisherigen Mitglieder der Kommission zunächst auf so lange erneuert wurde, als solches innerhalb der verfassungsmässigen Zuständigkeit des Reichstags belegen ist, also für die Dauer der gegenwärtigen Session, konstituirte sich die Kommission am gleichen Tage von Neuem, indem die Mitglieder, welche bisher die Stellen des Präsidenten, des Vize-Präsidenten und der Schriftführer bekleidet, desgleichen diejenigen Mitglieder, welche bisher die Redaktions-Kommission gebildet hatten, wiederum zu diesen Funktionen erwählt wurden.

Am 30. Oktober 1875 fand eine Sitzung der Kommission statt, in welcher beschlossen wurde, dem nunmehr zur ersten Lesung ausgesetzten **Gerichts-Verfassungs-Gesetze** einen neuen Titel über die „Rechtsverhältnisse des Richteramts“, also über die Besetzung der Gerichte mit juristisch gebildeten Richtern, über die Eigenschaften solcher Richter und deren rechtliche Stellung voranzustellen.

Ein von einer Anzahl Mitglieder eingebrachter, in neun Paragraphen formulirter Gesetzes-Vorschlag wurde der Berathung zu Grunde gelegt und gelangte in allen seinen Theilen zur Annahme, wie derselbe unten von uns mitgetheilt wird.

Beigefügt wurde noch (als **§. b, 1**) die Bestimmung, dass nach dem Ermessen der Justiz-Verwaltung, wer in einem Bundesstaate die erste juristische Prüfung bestanden hat, zum Vorbereitungs-Dienst in einem anderen Bundesstaate zugelassen werden könne, sowie ferner, dass die in einem Bundesstaate stattgehabte Vorbereitungszeit Seitens der Justiz-Verwaltung eines anderen Bundesstaates dem Richteramts-Aspiranten angerechnet werden könne.

In der Diskussion ging man davon aus, dass, wenn auch die Reichs-Verfassung nur die gemeinsame Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren zur Kompetenz des Reichs zählt, dennoch solche gerichtsorganisatorische Bestimmungen, welche sich als eine nothwendige Voraussetzung der Einrichtung des Verfahrens darstellen, eben darum



der reichsgesetzlichen Regelung unterliegen müssen, und dass daher Vorschriften über die Qualifikation und Stellung derjenigen Personen, welche berufen sein sollen, die beiden Prozess-Ordnungen zu handhaben, ganz unentbehrlich seien; in Wahrheit sei die in den beiden Prozess-Ordnungen vorkommende Bezeichnung Richter ein Begriff ohne Inhalt, wenn nicht im Gerichts-Verfassungs-Gesetz zum Ausdruck gebracht werde, was unter einem Richter zu verstehen sei, — nach der in Deutschland bestehenden Rechtsanschauung sei aber der Begriff eines Richters ohne die erforderlichen Garantien, die seine Unabhängigkeit, — namentlich was Gehalts-Verhältnisse, Versetzung und Disziplinar-Gewalt betrifft, — verbürgen, nicht denkbar. Diese Garantien seien also im Gesetze auszudrücken.

Die weitere Diskussion stellte namentlich fest, dass nach den Beschlüssen der Kommission künftighin Niemand mehr zum Richter ernannt werden darf, der nicht einen von der Landes-Gesetzgebung genauer zu fixirenden Theil der Vorbereitungszeit (also obligatorisch) in der Advokatur zugebracht hat. Ferner ist zu betonen, dass nach den Beschlüssen der Kommission (§. 4) eine richterliche Freizügigkeit durch ganz Deutschland in dem Sinne stattfinden soll, dass die in einem Staate erlangte Befähigung zu einem Richteramte der Justiz-Verwaltung des andern Staats, wenn auch selbstredend nicht die Pflicht, so doch die Ermächtigung ertheilt, eine solche Persönlichkeit im Richteramte anzustellen, so dass also die in manchen Staaten bestehenden Landes-Gesetze, welche die Unterthanen-Qualität vorschreiben, oder welche die richterliche Ascension nur mit Einhaltung gewisser Stufen, beispielsweise nach stattgehabtem mehrjährigem Richterdienste bei einem Vorderinstanz-Gerichte zulassen, und dadurch das Aemter-Vergebungsrecht der einzelnen Justiz-Verwaltungen einschränken, ausser Wirksamkeit treten. Das letztere muss schon aus dem Grunde geschehen, weil der Entwurf selbst für die Richter-Befähigung zum Reichs-Gerichte als einziges Erforderniss nur ein Lebensalter von 35 Jahren vorschreibt, und es daher unthunlich erscheint, bezüglich der bei den dem Reichs-Gerichte untergeordneten Gerichten anzustellenden Richter ein grösseres Mass von gesetzlichen Erfordernissen aufrecht zu erhalten.

---

Der neu eingefügte Titel „Richteramt“, wie derselbe von der **Kommission und der Redaktions-Kommission festgestellt** wurde, lautet:

*Richteramt.*

**§. a.** *Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfenen Gerichte ausgeübt.*

**§. b.** *Die Fähigkeit zum Richteramte wird durch Zurücklegung eines mindestens dreijährigen Rechtsstudiums auf einer Universität und durch die Ablegung zweier juristischen Prüfungen in einem Bundesstaate erlangt.*

*Von dem dreijährigen Zeitraume sind mindestens drei Halbjahre dem Rechtsstudium auf einer deutschen Universität zu widmen.*

*Zwischen der ersten und zweiten Prüfung muss ein Zeitraum von mindestens drei Jahren liegen, welcher im Dienste bei den Gerichten und bei den Rechtsanwälten zu verwenden ist, auch zum Theil bei der Staatsanwaltschaft verwendet werden kann.*

*Durch die Landes-Gesetzgebung kann der in dem zweiten und dritten Absatze vorgeschriebene Zeitraum verlängert, auch bestimmt werden, dass von dem im dritten*



*Absatze vorgeschriebenen Zeitraume höchstens ein Jahr im Dienste bei Verwaltungsbehörden zu verwenden ist oder verwendet werden kann.*

**§. b 1.** *Wer in einem Bundesstaate die erste juristische Prüfung bestanden hat, kann in jedem Bundesstaate zur Vorbereitung für den Justizdienst und zur zweiten Prüfung zugelassen werden.*

*Die in einem Bundesstaate auf die Vorbereitung verwendete Zeit kann in jedem Bundesstaate angerechnet werden.*

**§. c.** *Zum Richteramte befähigt ist ferner jeder ordentliche öffentliche Lehrer des Rechts an einer deutschen Universität.*

**§. d.** *Wer in einem Bundesstaate die Fähigkeit zum Richteramte bereits erlangt hat, ist, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme bestimmt, zu jedem Richteramte innerhalb des Deutschen Reiches befähigt.*

**§. e.** *Die Ernennung der Richter erfolgt auf Lebenszeit.*

**§. f.** *Die Richter beziehen in ihrer richterlichen Eigenschaft ein festes Gehalt mit Ausschluss von Gebühren.*

*Sind für einzelne Klassen der Richter verschiedene Gehaltsstufen festgesetzt, so erfolgt ein Aufrücken in die höhere Gehaltsstufe nur nach Massgabe des Dienstalters in der betreffenden Klasse.*

**§. g.** *Richter können nur kraft Richterspruchs und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, ihres Amts dauernd oder zeitweise enthoben oder wider ihren Willen an eine andere Stelle oder in Ruhestand versetzt werden.*

*Die vorläufige Amtsenthebung, welche kraft Gesetzes eintritt, wird hierdurch nicht berührt.*

*Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte unter Belassung des vollen Gehalts durch die Landes-Justizverwaltung verfügt werden.*

**§. h.** *Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegeld oder Ruhegehalt darf der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.*

**§. i.** *In welchen Fällen Personen, welche nicht nach den Bestimmungen der §§. b.—e. dem Richterstande angehören, Mitglieder eines Gerichts sein können, wird durch die Reichs-Gesetze bestimmt.*

*Auf diese nicht dem Richterstande angehörende Mitglieder eines Gerichts finden die Bestimmungen der §§. f.—h. keine Anwendung.*



## Erster Titel.

### *G e r i c h t s b a r k e i t.*

§§. 1—9 des Entwurfs.

A. Sitzung vom 26. April 1875.

(Zu §. 1., das Institut der Handels-Gerichte betreffend.)

B. Sitzungen vom 15. u. 16. Februar 1876.

(Berathung der §§. 2 und 5a des Entwurfs.)

**Grenzen zwischen Justiz und Verwaltung. Kompetenz - Konflikte.**

C. Sitzungen vom 6. und 8. November 1875.

(Berathung der §§. 3—9 des Entwurfs.)

Ueber den Inhalt und Verlauf obiger dem ersten Titel des Gerichtsverfassungs-Gesetzes gewidmeten Sitzungen berichten wir wie folgt:

**A. Zu §. 1 Handelsgerichte betreffend.**

Die Darstellung des gesammten Verlaufs der Berathungen der Reichs-Justiz-Kommission über die Handels-Gerichte und über die in der Zivil-Prozess-Ordnung bezüglich des Prozess-Verfahrens bei den Handels-Gerichten enthaltenen Paragraphen befindet sich des Zusammenhangs und der Uebersichtlichkeit wegen unter dem sechsten Titel „Handels-Gerichte“ §§. 81—92 des Entwurfs.

**B. Sitzung vom 15. und 16. Februar 1876.**

**Zu §§. 2 und 5a des Entwurfs.**

In obigen Sitzungen beschäftigte man sich

- 1) Mit der Frage, ob es sich empfehle, im Wege der Reichs-Gesetzgebung die Grenzen zwischen Justiz und Verwaltung festzustellen, also auszusprechen, welche Sachen den Gerichten und welche den Verwaltungs-Behörden und Verwaltungs-Gerichten zuzuweisen seien.

Es lag auch ein darauf bezüglicher Antrag des Abgeordneten Bähr vor, welcher vorschlägt:

**§. 2.** Vor die ordentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche nicht reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

**§. 5a.** Die gerichtliche Klage findet statt wegen jeder Verletzung eines Privatrechts, deren Widerrechtlichkeit nach Rechtsgrundsätzen erkennbar ist, ohne Unterschied, ob die verletzende Handlung von einer Privatperson



oder von der Staatsgewalt in Ausübung der Staatsverwaltung oder von einer andern öffentliche Rechte ausübenden Persönlichkeit ausgeht.

**§. 5b.** Rechtsstreitigkeiten, bei welchen eine in Ausübung des öffentlichen Rechtes geübte Rechtsverletzung in Frage steht, **können** durch die Landes-Gesetzgebung besonderen Verwaltungs-**Gerichten** mit besonders geordnetem Verfahren überwiesen werden.

**§. 5c.** Verfügungen und Entscheidungen der gesetzlich zuständigen Behörden über die Heranziehung zu allgemeinen, auf einem Verbande des öffentlichen Rechtes beruhenden Lasten unterliegen der Anfechtung im **Rechtswege** nur insoweit, als die Reichs- oder Landes-Gesetze dieselbe zulassen.

**§. 5d.** Ueber die Frage, ob in einer Sache der Rechtsweg zulässig sei, entscheiden die ordentlichen Gerichte.

Besondere Behörden zur Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsweges (Kompetenz-Gerichtshöfe) sind nur statthaft, soweit es sich um das Zuständigkeits-Verhältniss zwischen ordentlichen Gerichten und Verwaltungs-Gerichten handelt.

Die Kommission überzeugte sich jedoch, dass die Frage, welche Sachen als Administrativ-Sachen, und welche als Justiz-Sachen anzusehen seien, mit den materiellen Rechtsnormen und dem Staatsrechte der einzelnen Länder in unlösbarer Verbindung stehe; diese Frage ist in den verschiedenen Staaten derart verschieden beantwortet, dass von einem Versuche einer reichsgesetzlichen Regelung, welche allzutief in den innern Staatsorganismus und in das materielle Recht eingreifen würde, Umgang genommen werden muss, so dass erst nach Einführung des deutschen Zivil-Gesetzbuches dieser Frage wird näher getreten werden können.

Der Antrag Bähr (§§. 2, 5 bis 5. c) wurde daher abgelehnt, dagegen in **§. 2** auch der Verwaltungs-Gerichte als besonderer Gerichte Erwähnung gethan.

2) Die Erlassung von Vorschriften über die Entscheidung von Kompetenz-Konflikten erachtete nun dagegen im Interesse der Sicherung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung für unentbehrlich.

Es lag in dieser Hinsicht ein Antrag des Abg. Reichensperger vor, welcher folgenden Vorschlag enthält:

„Die Gerichte entscheiden allein über ihre Zuständigkeit im geordneten Verfahren.

Besondere Behörden zur Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsweges (Kompetenz- und Konflikts-Gerichtshöfe) sind nur zulässig, soweit es sich um das Zuständigkeits-Verhältniss zwischen den ordentlichen Gerichten und den Verwaltungs-Gerichten handelt.

Die Entscheidung erfolgt nach den Bestimmungen der Landes-Gesetze durch einen Gerichtshof, welcher unter dem Vorsitze des Präsidenten des obersten Landesgerichts, und wo ein solches nicht besteht, des Ober-Landesgerichts aus je drei Mitgliedern dieses Gerichts und des Ober-Verwaltungsgerichts gebildet wird.

Die Entscheidung erfolgt nach den Vorschriften der Landes-Gesetze durch einen hierzu bestimmten Senat des Reichs-Gerichtes, wenn dies durch die Reichs-Verwaltungsbehörde, welche den Konflikt erhoben hat, beantragt wird.



Ist ein Konflikt bei Verhandlung derselben Streitsache durch die ordentlichen Gerichte und die Verwaltungs-Gerichte nicht erhoben worden, so ist die rechtskräftige Entscheidung der ordentlichen Gerichte massgebend.“

Diesem Antrag trat ein auf die Konflikte zwischen Gerichten und reinen Verwaltungs-Behörden im Gegensatz zu blossen Verwaltungs-Gerichten sich erstreckender Unterantrag des Abgeordneten Lasker gegenüber, welcher in der in §. 5 a. der Beschlüsse der Redaktions-Kommission ersichtlichen Fassung zum Beschluss erhoben wurde.

Für kleinere Staaten wurde übrigens eine weitere Fürsorge dahin getroffen (§. 12 a des Einführungs-Gesetzes), dass dieselben die Entscheidung von Kompetenz-Konflikten mit Zustimmung des Bundesrathes auch dem Reichs-Gerichte übertragen können.

### C. Sitzung vom 6. November 1875.

#### Sitzung vom 8. November 1875.

#### §§. 3—9 des Entwurfs des Gerichtsverfassungs-Gesetzes.

In der Sitzung vom 6. November 1875 gelangte unter einstweiliger Aussetzung des §. 2 des Entwurfs zunächst §. 3 zur Berathung. Derselbe enthält eine Aufzählung derjenigen „besonderen Gerichte“, bei welchen die Reichs-Gesetzgebung gestatten will, dass durch die Einzelstaaten Gerichte in einer von den Vorschriften des Reichs-Gesetzes abweichenden Weise eingerichtet und eine von den Reichs-Prozess-Ordnungen verschiedene Prozedurform eingeführt, resp. beibehalten werde.

**Ziff. 1** des §. 3 des Entwurfs, welcher die auf Staatsverträgen beruhenden Rheinschiffahrts-Gerichte und Elbzoll-Gerichte aufrecht erhält, wurde nicht beanstandet. Nur wurde von einer Seite der Wunsch ausgesprochen, dass die Vorschriften der Rheinschiffahrts-Akte über das Gerichtswesen (Einzelrichter in erster Instanz bei jedem noch so beträchtlichen Streitwerthe, in zweiter Instanz elektive Wahl zwischen einem Appellations-Gerichte und einer Verwaltungs-Behörde, nämlich der Zentral-Kommission in Mannheim, völliges Ausgeschlossenensein der dritten Instanz) durch von Seiten des Reichs zu geschehende Einleitung von Verhandlungen mit dem nach dem Wegfall Frankreichs allein noch betheiligten Königreiche der Niederlande demnächst beseitigt werden möchten.

**Ziff. 2** des §. 3, welcher von den sogen. Agrar-Gerichten (Ablösung von Reallasten, Separationen, Konsolidationen, gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen u. s. w.) handelt, blieb unbeanstandet.

**Ziff. 3** des Entwurfs schreibt vor, dass bürgerliche Rechtsstreitigkeiten bis zu 60 Mark durch die Landes-Gesetzgebungen an Gemeinde-Organen verwiesen werden können. Diese Vorschrift wurde von der Kommission gestrichen, da in ganz Deutschland, mit Ausnahme von Württemberg, und, in einem übrigens weit kleineren Umfang, in Baden, nirgends die Gemeinde-Behörden mit richterlichen Befugnissen zur Zeit ausgestattet sind, und ein Bedürfniss, diesen allgemeinen Zustand zu ändern, nirgends ersichtlich ist, während in Württemberg und Baden die Ansichten über die Vortheile der Gemeinde-Justiz, die der Entwurf auch für Strafsachen nicht in Aussicht nimmt, zum mindesten sehr getheilt sind. Ohnedem konnte man nicht verkennen, dass die Gemeinde-Behörden in Wahrheit Verwaltungs-Behörden sind, während das Rechtsbewusstsein



der Zeit die Trennung der Justiz von der Verwaltung erheischt, und auch bei einem noch so volksthümlich organisirten Gerichte von diesem Grundsatz nicht wohl abgewichen werden kann.

Die **Ziffer 4**, welche die „Gewerbe-Gerichte“ nach Lage der Landes-Gesetzgebungen zur Zeit aufrecht erhält, wurde beibehalten, da man die aus Frankreich stammenden Fabrik- resp. Gewerbe-Gerichte, wie sich dieselben in der Rheinprovinz, in Rheinhessen und Elsass-Lothringen nach der Versicherung des dortigen Gewerbestandes trefflich bewährt haben, nicht beseitigen wollte, bevor die Reichs-Gesetzgebung sich in den Stand gesetzt habe, durch die mit der Gewerbe-Novelle bisher vergeblich versuchte reichsgesetzliche Regelung dieser Materie, dafür etwas Besseres zu bieten.

Die **Ziffer 5** des Entwurfs, welche die Einrichtung und das Verfahren der „Forst- und Feldrüge-Gerichte“ den Landes-Gesetzgebungen ganz allgemein vorbehält, wurde dahin näher präzisirt, dass die Landes-Gesetze anordnen können, dass diese Sache ohne Zuziehung von Schöffen durch die Amtsgerichte in einem besondern, mehr beschleunigten Verfahren abgeurtheilt werden können. Man wollte damit ausdrücken, dass diese Sachen jedenfalls durch Richter, nicht aber, wie beispielsweise in Württemberg, durch Forstbeamte entschieden werden müssen. (§. 3a. des Einführungsgesetzes zur Strafprocessordnung.)

Die **Ziffer 6** des Entwurfs, welche landesgesetzlich organisirte „Polizei-Rügegerichte“ für Uebertretungen, welche nur mit Geldstrafe von höchstens 60 Mark oder Haft von höchstens 14 Tagen bedroht sind, zulassen wollte, wurde gestrichen. Man verliess damit den Standpunkt des §. 64 der preussischen Kreis-Ordnung vom 13. Dezember 1872, welcher eine polizeirichterliche Judikatur des Amtsvorstehers in Aussicht genommen hatte und belliess es also auch für die geringfügigsten Straffälle bei den Vorschriften des gemeinen Rechts.

Die Kommission schritt hierauf zu §. 4 Abschnitt 1 und 2 des Entwurfs, welcher besagt:

„Die Gerichte sind Staatsgerichte. Die Privat-Gerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt.“

Zu diesen Bestimmungen lagen Petitionen der deutschen Standesherrn vor, welche auf Grund des Art. 14 der Bundes-Akte den eximirten Gerichtsstand sowie die Gerichtsbarkeits-Befugnisse der deutschen Standesherrn zur reichsgesetzlichen Anerkennung zu bringen sich bestrebten.

Man nahm jedoch die Bestimmungen des Entwurfes, welche die standesherrliche Privat-Gerichtsbarkeit beseitigen, an, und zwar mit Rücksicht darauf, dass die Bundes-Akte zu existiren aufgehört hat, sowie darauf, dass jede Gerichtsbarkeit als auf einer staatlichen Delegation beruhend und daher jeder Zeit zurückziehbar anzusehen ist, dieselbe auch nicht die Natur eines Vermögensrechtes hat.

Auch dem weiter gestellten Verlangen der Standesherrn, wonach denselben die Ableistung von Partei-Eiden durch ihre Beamte und Behörden gestattet werden sollte, konnte man nicht beipflichten, da eine solche prozessualische Ausnahmestellung sich innerlich nicht rechtfertigen lasse, praktisch auch nach dem Entwurf, welcher die Abhör der Beamten als Zeugen zulasse, nicht als Bedürfniss anzuerkennen sei.



Schliesslich befasste sich die Kommission mit den Ansprüchen des Hauses Schönburg in Sachsen, welches in einer Reihe von Denkschriften den Nachweis zu erbringen suchte, dass die von ihm in fünf sogenannten Rezessherrschaften ausgeübte Gerichtsbarkeit auf Grund eines Rezesses vom 4. Mai 1740, durch welchen dieses Haus unter die Oberbotsmässigkeit von Sachsen gelangte, als eine Staats-Gerichtsbarkeit anzusehen sei und demzufolge reichsgesetzlich aufrecht zu erhalten sei. Man konnte diesem Verlangen schon aus dem Grunde nicht beipflichten, weil die Staaten, aus welchen das Deutsche Reich gebildet ist, durch die Reichs-Verfassung bezeichnet werden, das Reich aber darnach nur das Königreich Sachsen als Staat anzuerkennen vermag.

Sitzung vom 8. November 1875.

In der Sitzung vom 8. November wurde der Rest des ersten Titels des Gerichtsverfassungs-Gesetzes „über Gerichtsbarkeit“ (§. 4 bis 9) erledigt.

Bei §. 5 des Entwurfs, welcher Ausnahme-Gerichte mit Ausnahme der Kriegs- und Standgerichte für unstatthaft erklärt, wurde beigefügt, dass nur die desfalls bestehenden Landes-Gesetze aufrecht erhalten werden sollen und dass auch innerhalb des Rahmens dieser Gesetze nur nach vorausgegangener Erklärung des Kriegs- und Belagerungszustandes Kriegsgerichte in Aktivität treten dürfen. Einzelne Landes-Gesetze lassen nämlich die Einrichtung von Kriegsgerichten auch in andern Fällen zu, beispielsweise wenn Räuberbanden das Land überziehen sollten.

Die von der Exterritorialität der Gesandten und Bundesraths-Mitglieder handelnden §§. 6—9 des Entwurfs wurden unverändert angenommen.

Die zum ersten Titel §§. 1—9 von der **Kommission** und der **Redaktions-Kommission** getroffenen Abänderungs-Beschlüsse besagen:

**§. 1.** Die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte und Landgerichte, durch Ober-Landesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt.

**§. 2.** Vor die ordentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungs-Behörden oder *Verwaltungs-Gerichten* begründet ist, oder reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

**§. 3.** Als besondere Gerichte werden zugelassen:

1. die auf Staatsverträgen beruhenden Rheinschiffahrts- und Elbzoll-Gerichte;
2. Gerichte, welchen die Entscheidung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei der Ablösung von Gerechtigkeiten oder Reallasten, bei Separationen, Konsolidationen, Verkoppelungen, gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen und dergleichen obliegt;
3. Gewerbe-Gerichte.

**§. 5.** Ausnahme-Gerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. *Die für den Fall der Kriegsgefahr, des Krieges, des erklärten Kriegs- (Belagerungs-) Zustandes oder innerer Unruhen (Aufruhrs) bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standrechte werden hiervon nicht berührt.*

**§. 5a.** *Die Gerichte entscheiden über die Zulässigkeit des Rechtswegs.*



*Die Landes-Gesetzgebung kann jedoch die Entscheidung von Streitigkeiten über die Zulässigkeit des Rechtswegs zwischen den Gerichten und den Verwaltungs-Behörden oder Verwaltungs-Gerichten besonderen Behörden nach Massgabe der folgenden Bestimmungen übertragen:*

1. *Auf die Ernennung der Mitglieder und ihre Enthebung vom Amte, die zur Entscheidung erforderliche Zahl der Mitglieder, den Vorsitz, die Vertretung des Vorsitzenden und der Mitglieder in Behinderungsfällen und die Geschäftsvertheilung finden die für das Reichsgericht gegebenen Vorschriften entsprechende Anwendung.*
2. *Das Amt kann als Nebenamt bekleidet werden. Mindestens die Hälfte der Mitglieder muss dem Reichsgerichte oder dem obersten Landesgerichte oder, wo ein solches nicht vorhanden ist, einem Ober-Landesgerichte angehören.*
3. *Das Verfahren ist gesetzlich festzustellen. Die Entscheidung muss in öffentlicher Sitzung nach Ladung und Anhörung der Parteien erfolgen.*
4. *Sofern die Zulässigkeit des Rechtswegs durch rechtskräftiges Urtheil des Gerichts feststeht, ohne dass zuvor auf die Entscheidung der besonderen Behörde angetragen war, bleibt die Entscheidung des Gerichts massgebend.*

## Zweiter Titel.

### *A m t s g e r i c h t e .*

§§. 10—13 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 8. November 1875.

Sitzung vom 12. November 1875.

In der Sitzung vom 8. November 1875 wurde fernerhin vor dem Eintritt in die Berathung des zweiten Titels an die anwesenden Vertreter der Reichs-Regierung und der Einzel-Regierungen (Preussen und Baiern) die Anfrage gerichtet, ob man sich regierungsseitig bereits eine bestimmte Vorstellung von der Grösse und dem Umfang der einzelnen Gerichts-Bezirke gemacht habe und welche Verhandlungen darüber unter den verbündeten Regierungen stattgehabt haben.

Von Seiten der Reichs-Regierung wurde erwidert, dass die Reichs-Gesetzgebung in dem Entwurfe des Gerichtsverfassungs-Gesetzes darüber keine Bestimmung getroffen habe, weil man diesen Gegenstand sowie die Errichtung gemeinsamer Gerichte Seitens mehrerer Bundesstaaten den einzelnen Landes-Gesetzgebungen, als eine Sache der Justizhoheit, überlassen habe; man sei aber bei der Konstruktion des Verfahrens in beiden Prozess-Ordnungen davon ausgegangen, dass die Gerichts-Sprengel sehr gross gegriffen würden, ohne dass man jedoch für thunlich erachtet habe, etwa nach der Meilenzahl oder Bevölkerungsziffer Zwangsvorschriften zu erlassen; es sei übrigens nicht zu zweifeln, dass in allen diesen Beziehungen unter den verbündeten Regierungen Uniformität werde erzielt werden.

Von Seiten der preussischen Regierung wurde auf die Anfrage erwidert, dass sie noch keine definitiven Beschlüsse fassen können, da das Gerichtsverfassungs-Gesetz zuerst feststehen müsse. Beispielsweise



muss die Zulassung der Thatberufung in Strafsachen und die Einführung einer Berufungssumme bei der Appellation gegen amtsgerichtliche Zivil-Urtheile von sehr wesentlichem Einfluss auf die Bildung der Gerichts-Bezirke sein. Aus diesen Gründen sei auch das preussische Staatsministerium noch nicht mit der Sache befasst worden. So weit bei diesem unfertigen Stand der Dinge überhaupt eine Antwort preussischer Seits erfolgen könne, also soweit das Ressort des Justizministeriums in Frage sei, wolle er bemerken, dass man gedenke, in Preussen die Ober-Landesgerichte als Provinzial-Gerichtshöfe einzurichten, also für jede Provinz ein Ober-Landesgericht zu bilden. Man habe sich hierbei an die Erfahrungen in der Rheinprovinz und in Hannover gehalten, woselbst Appellations Gerichtshöfe mit Sprengeln von drei, beziehungsweise zwei Millionen Einwohnern sich vollständig bewährt hätten. Den Amtsgerichten sollen detachirte Strafsenate in den entfernter liegenden Gegenden beigegeben werden. Ferner sei beabsichtigt, die Amtsrichter nicht zu isoliren, sondern jedes Amtsgericht mindestens mit zwei Amtsrichtern zu besetzen, zu welchem Behufe die Amtsgerichts-Sprengel in den neuen Provinzen bedeutend grösser als sie bisher waren gegriffen werden müssten.

Von Seiten des Vertreters der bairischen Regierung wurde zur Beantwortung der Anfrage bemerkt, dass auch in Baiern noch keine definitiven Feststellungen hätten erfolgen können, dass aber dort ohne Zweifel in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung die bisherigen Gerichtsbezirks-Eintheilungen, die sich erprobt hätten, thunlichst beibehalten werden würden. Bei der Verschiedenartigkeit der Bevölkerungs-Verhältnisse, der Verkehrsmittel, der Terrain-Verhältnisse müssten die Gerichts-Sprengel bald grösser bald kleiner gegriffen werden, so dass auch deshalb über die in Aussicht genommene Grösse keine bestimmte Mittheilung erfolgen könne. Nach dem bisherigen, auch künftig thunlichst beizubehaltenden System, werde auf jeden Regierungs-Bezirk von etwa 600,000 Seelen ein Ober-Landesgericht kommen, unter diesem 4—5 Landgerichte (Bezirks-Gerichte), deren jedes wieder 3—5 Landgerichte (Amtsgerichte) zu umfassen hätte. Von entscheidendem Gewichte werde endlich auch noch die Ansicht des bairischen Landtags bei Feststellung der Gerichts-Bezirke sein.

Man trat dann in die Berathung des Titels von den Amtsgerichten ein. §. 10 wurde unverändert angenommen, nachdem auf Anfrage konstatirt war, dass die hierin erwähnte, von der Landes-Justizverwaltung Einem der mehreren Amtsrichter zu übertragende, Dienstaufsicht sich nur auf den allgemeinen Geschäftsmechanismus beziehe, nicht aber eine Beaufsichtigung der übrigen am Gerichte angestellten Amtsrichter, bezüglich deren dienstlichem und ausserdienstlichem Verhalten, in sich schliesse, wie schon der Wortlaut und der Inhalt des Gesetzes zeige.

Der §. 11 schreibt vor:

„Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen werden Schöffengerichte gebildet.“

Es ist hier die bedeutsame Mittheilung zu machen, dass diese Vorschrift mit 17 gegen 9 Stimmen angenommen wurde.

Von Seiten der Redner der Majorität wurde hervorgehoben, dass es sich hierbei um einfache Fälle des täglichen Lebens handle, um einfache That- und Rechtsfragen, deren Lösung das Laien-Element nach



gemeinschaftlicher Durchberathung des Falls mit dem Amtsrichter, vollkommen gewachsen sei, zumal auch beim Schwurgerichts-Institute das bürgerliche Element mit der Schuldfrage auch die Rechtsfrage, ob der Angeklagte vor dem Gesetze schuldig, zu beantworten berufen sei, so dass also die Gesetzgebung sich bereits auf dem Standpunkt befinde, dass das Juristen-Element nicht allein zur Lösung von Rechtsfragen kompetent sei. In denjenigen Staaten, in welchen das Schöffengerichts-Institut sich befinde, (Hannover, die sonstigen neuen preussischen Provinzen, Sachsen, Oldenburg, Württemberg, Baden) habe sich dasselbe vollständig bewährt. Das sei für den Gesetzgeber von höchster Wichtigkeit, denn, so hob namentlich der Vertreter der preussischen Regierung hervor,

„es handelt sich nicht sowohl um die Beschaffung einer juristisch korrekten Rechtsprechung, als um die Schaffung von Gerichten, welche das Vertrauen des Volkes geniessen.“

Von Seiten der Minorität wurde geltend gemacht, dass der Einfluss des Richters auf die Laienrichter ein so überwiegender sein werde, dass die Selbständigkeit der letzteren bei der Urtheilsfindung niemals zur Geltung kommen werde, vielmehr werde durch die Bürokratie das Laien-Element stets unterdrückt werden.

In ihrer **Sitzung vom 12. November 1875** beschäftigte sich die Reichs-Justiz-Kommission zunächst mit einem Antrag, welcher die Landes-Gesetzgebungen ermächtigen wollte, bei Uebertretungen, welche nur mit Geldstrafe von höchstens 60 Mark oder Haft von höchstens 14 Tagen bedroht sind, eine Aburtheilung durch den Amtsrichter ohne Beizug von Schöffen eintreten zu lassen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da man gerade bei den einfachen polizeilichen Uebertretungen, bei welchen so zu sagen die ganze Bevölkerung mit der Strafrechtspflege in Berührung kommt, und bei deren Aburtheilung gerade praktischer Sinn und Lebens-Erfahrung die wichtigste Rolle spielt, am allerwenigsten glaubte, des bürgerlichen Elementes entbehren zu können, da man ferner Bedenken trug, die durch die Reichs-Gesetzgebung angestrebte Rechtseinheit in diesem wichtigen Gebiete durch die Landes-Gesetzgebungen in Frage gestellt zu sehen, und da sich endlich grosse Schwierigkeiten wegen der Rechtsmittel ergeben haben würden.

Die Kommission schritt hierauf zur Berathung der Kompetenz der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. (§. 12 des Entwurfs.)

Der Entwurf weist alle Zivil-Prozesse an die Amtsgerichte, deren Gegenstand die Summe von 300 Mark nicht übersteigt. Diese Bestimmung wurde angenommen und ein entgegenstehender Antrag, der die Kompetenz auf 500 Mark ausdehnen wollte, abgelehnt.

Man nahm an, dass die Summe von 300 Mark nach dem Vorbild vieler deutscher Gesetzgebungen und nach Lage der wirthschaftlichen und Geld-Verhältnisse in Deutschland die richtige Grenze für die Bagatell-Prozesse bilde, was darüber hinausliegt, soll der gründlichern wissenschaftlichen Judikatur der Kollegial-Gerichte nicht entzogen werden. Diese Judikatur werde ohnedem schon bei 300 Mark auf etwa 30 Prozent aller Prozesse beschränkt.

**§. 12 Ziffer 2** des Entwurfs weist ohne Rücksicht auf die Grösse des Streitwerthes den Amtsgerichten eine Anzahl von Prozessen zu,



welche ihrer Natur nach eine schnelle durchgreifende, mit den Lokal-Verhältnissen vertraute Justizleitung erheischen. Dahin gehören

Klagen auf Ueberlassung oder Räumung eines Miethslokals (so wurde nämlich §. 12 Ziff. 2 Abs. 1 des Entwurfs gefasst),

ferner

Streitigkeiten aus dem Gesinde- und gewerblichen Arbeiter-Verhältniss, Streitigkeiten zwischen Reisenden und ihren Wirthen oder Handwerkern,

ferner

mit Fuhrleuten u. dgl.,

weiter

Viehängel-Prozesse,

Wildschäden-Klagen,

Ansprüche aus unehelichem Beischlaf,

sowie

das Aufgebots-Verfahren.

Alle diese Bestimmungen des Entwurfs, obwohl sie mehrfach angegriffen wurden, fanden die Billigung der Kommission.

Dagegen wurde ein Antrag abgelehnt, der in obigen Fällen nach dem Vorgang des badischen Rechts dem Kläger die Wahl lassen wollte, ob er seine Klage beim Amtsgericht oder Kreisgericht anbringen wollte. Der Antrag wurde damit motivirt, dass die Einklagung beim Amtsgericht keineswegs an sich schon eine schnellere Gangart des Prozesses garantire, dass die Beschleunigung doch meist nur eine nicht sowohl den Beklagten als den Kläger interessirende Sache sei, so dass kein Grund ersichtlich sei, dem Kläger im Wege zu sein, wenn er statt dessen die präsumtiv gründlichere und eingehendere Aburtheilung durch das Kollegial-Gericht vorziehe, endlich habe der Antrag den Vortheil, dass manche unerquickliche Kompetenz-Streitigkeiten, zu welchen die Kasuistik des §. 12 Ziff. 2 des Entwurfs Veranlassung gebe, beseitigt werden. Der Antrag wurde indessen abgelehnt, weil man Gerichtsbarkeitsfragen nicht von dem Willen einer der Parteien abhängig machen dürfe.

Die zu dem zweiten Titel „**Amtsgerichte**“ getroffenen **Abänderungen** sind folgende:

**§. 11.** Fällt fort. (vergl. §. 14.)

**§. 12.** Die Zuständigkeit der Amtsgerichte umfasst in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten soweit dieselben nicht ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes den Landgerichten zugewiesen sind:

1. Klagen über vermögensrechtliche Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswerth die Summe von dreihundert Mark nicht übersteigt;
2. ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes:

Streitigkeiten zwischen Vermiethern und Miethern von Wohnungs- und anderen Räumen *wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung derselben*;

Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gesinde, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinsichtlich des Dienst- und Arbeits-Verhältnisses, sowie die im §. 108 der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Streitigkeiten, *insofern* dieselben während der Dauer des Dienst-, Arbeits- oder Lehr-Verhältnisses entstehen;

Streitigkeiten zwischen Reisenden und Wirthen, Fuhrleuten, Schiffern, Flössern



*oder Auswanderungs-Expedienten in den Einschiffungshäfen über Wirths-  
zechen, Fuhrlohn, Ueberfahrtsgelder, Beförderung der Reisenden und ihrer  
Habe und über Verlust und Beschädigung der letzteren, sowie Streitigkeiten,  
welche zwischen Reisenden und Handwerkern aus Anlass der Reise entstanden sind;*

*Klagen wegen Viehmängel;*

*Wildschädenklagen;*

*Ansprüche aus einem ausserehelichen Beischlaf;*

*das Aufgebots-Verfahren.*

### **Dritter Titel.**

#### ***Schöffengerichte.***

**§§. 14—45 des Entwurfs.**

Sitzung vom 13. November 1875.

Sitzung vom 16. November 1875.

Sitzung vom 12. Januar 1876.

**Zuständigkeit, §§. 14—16, §. 55 des Entwurfs.**

Sitzung vom 25. November 1875.

Sitzung vom 27. November 1875.

Sitzung vom 29. November 1875.

**Zusammensetzung der Schöffengerichte, §§. 17, 18.**

**Das Schöffenamtsamt, §§. 19—45.**

In obigen Sitzungen befasste sich die Justiz-Kommission mit den Bestimmungen des Entwurfs über die **Kleinen Schöffengerichte**.

Den ersten Gegenstand der Berathung bildete

#### **I. die Zuständigkeit der Schöffengerichte,**

**§§. 14—16 in Verbindung mit §. 55 des Entwurfs,**

welcher Gegenstand den Inhalt der Sitzungen vom **13. und 16. November 1875** bildete.

Wir berichten darüber wie folgt:

Nachdem in letzter Sitzung die Kompetenz der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten festgestellt worden, ging man in der Sitzung vom 13. November 1875 zur Feststellung der amtsgerichtlichen beziehungsweise schöffengerichtlichen Kompetenz in Strafsachen über. Nach dem System des Entwurfs (§§. 14—16 und §. 55) sollen die Schöffengerichte zuständig sein: erstlich für alle Uebertretungen polizeilicher Natur, also für alle in den Reichs- und Landes-Gesetzen bloß mit Haft bis zu sechs Wochen oder 150 Mark Geldstrafe bedrohten Handlungen. Diese Vorschrift des Entwurfs wurde angenommen. Weiter überweist der Entwurf den Schöffengerichten diejenigen Straffälle mittlerer Ordnung (Kriminal-Vergehen), welche mit höchstens 3 Monat Gefängnis-Strafe oder 600 Mark Geldstrafe bedroht sind. Diesem Systeme trat in der Kommission ein Antrag gegenüber, welcher die im Interesse der Entlastung der Landgerichte durchaus un-



entbehrliche Zutheilung von Vergehen an die Schöffengerichte nicht von dem mehr willkürlichen und äusserlichen Moment der im Gesetz erforderlichen Grösse der Strafe, sondern von der inneren Natur der Delikte abhängig machen wollte. Dieser Antrag lautet:

§. 14 Ziffer 2 zu fassen, wie folgt:

„für die in die §§. 123, 134, 136, 137, 138, 148 und 185, mit Ausnahme der Fälle der §§. 196 und 176, ferner für den in den §§. 241, 276, 285, 286, 290, 292, 291, 293, 296, 299 und 303 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehen“

unter Aussetzung der Frage, ob auch für das Vergehen des §. 223 des Strafgesetzbuchs die Schöffengerichte zuständig sein sollen.

Es sind das also

die Delikte des Hausfriedensbruchs,  
der Vergehen „gegen die öffentliche Ordnung“,  
Ausgeben falschen Geldes,  
Beleidigungen, Drohungen,  
Wiederverwendung schon gebrauchter Stempel,  
strafbarer Eigennutz,  
unberechtigtes Jagen und Fischen,  
Eröffnung fremder Briefe und Sachbeschädigung.

Der Antrag wurde im Prinzip angenommen und eine Subkommission damit beauftragt, ohne Rücksicht auf die in dem Entwurf vorgesehenen Strafgrenzen diejenigen Vergehen des Strafgesetzbuches zusammenzustellen, welche sich ihrer Natur nach zur Aburtheilung durch Schöffengerichte eignen.

Ebenso erhielt die Subkommission den Auftrag, bezüglich der übrigen Reichs-Gesetze, welche Strafbestimmungen enthalten (beispielsweise die Gewerbe-Ordnung, das Urheber-Gesetz, Reichs-Pressgesetz, Zivilehe-Gesetz, Post-Gesetz, Aktien-Gesetz u. s. w.), Vorschläge darüber zu machen, welche der hier vorgesehenen Vergehen sich durch Aburtheilung mittelst der Schöffen eignen.

Da selbstredend bei den in Landes-Gesetzen enthaltenen Strafbestimmungen eine solche sachliche Scheidung nicht vorgenommen werden kann, wird hier die Scheidung den Landes-Gesetzen überwiesen werden müssen.

Als dritte Kategorie von Schöffengerichtsfällen führt der Entwurf (§. 15) die auf Antrag zu verfolgenden, jedoch nicht mittelst der Presse begangenen Beleidigungen, — sowie Körperverletzungen auf, wenn die Verfolgung im Wege der Privatanklage geschieht. Die Kommission beschloss dem gegenüber, dass die Verleumdungen (§§. 186 und 187 des Reichs-Strafgesetzbuches) mit Rücksicht auf die Schwere dieses Delikts und wegen der hierbei möglichen Verurtheilung des Angeklagten zu einer Busse bis zum Belauf von 6000 Mark unter allen Umständen der landgerichtlichen Aburtheilung unterliegen sollen. Man war hierbei darüber einig, dass im Fall das Landgericht zwar nicht den Thatbestand einer Verleumdung, wohl aber denjenigen einer an sich zur schöffengerichtlichen Aburtheilung gehörigen einfachen Injurie (§. 185) als erwiesen ansieht, nach §. 285 der Strafprozess-Ordnung dasselbe wegen Injurie zu verurtheilen hat. Hinsichtlich der Körper-Verletzungen beschloss man einstweilige Aussetzungen, da die Strafgesetz-



Novelle Abstufungen vorschlägt, an welche eventuell die Zuständigkeits-Regelung angeknüpft werden könnte. \*)

Eine vierte Kategorie von Schöffengerichtsfällen soll nach dem System des Entwurfs (§§. 16 und 55) aus denjenigen einzeln aufgeführten Vergehen gebildet werden, welche an sich zur landgerichtlichen Kompetenz gehörig, demungeachtet vor dem Landgerichte nach der einfachen Gestaltung des konkreten Straffalles und wegen der muthmasslich verwirkten geringen Strafe auf Antrag des Staatsanwalts an die Schöffengerichte zur Aburtheilung überwiesen werden dürfen. Hierüber wird in nächster Sitzung berathen werden.

Sitzung vom 16. November 1875.

In ihrer Sitzung vom 16. November 1875 setzte die Reichs-Justiz-Kommission ihre Berathung über die in Strafsachen den Schöffengerichten zuzutheilende Kompetenz fort und zwar zunächst auf der Grundlage der Vorschläge der Subkommission, über deren Einsetzung wir oben das Nähere mitgetheilt haben. Die Vorschläge dieser Subkommission wurden im Wesentlichen angenommen. Darnach sollen zu §. 14 des Entwurfs die Schöffengerichte zuständig sein für folgende Vergehen des Reichs-Strafgesetzbuches:

- §. 123 Abs. 3 (qualifizirter Hausfriedensbruch),
- §. 134 (Beseitigung öffentlicher Bekanntmachungen),
- §. 136 (Erbrechung amtlicher Siegel),
- §. 241 (Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens),
- §. 285 (Gestattung von Glücksspielen in Gasthäusern),
- §. 286 (unbefugte Veranstaltung öffentlicher Lotterien),
- §. 290 (Ingebrauchnahme von Pfandgegenständen durch öffentliche Pfandverleiher),
- §. 291 (Zueignung verschlossener Munition) und
- §. 293 (qualifizirtes Jagen).

Man nahm an, dass die aufgezählten Delikte ihrer innern Natur nach besonders geeignet seien, durch die mit den örtlichen personellen Verhältnissen vorzugsweise vertrauten Schöffengerichte abgeurtheilt zu werden.

Aus den gleichen Gründen erklärte man das Schöffengericht für zuständig für Beleidigungen (§. 185), wenn die Beleidigung nicht gegen eine der in §§. 196 und 197 genannten Personen, Behörden oder Körperschaften begangen ist. Den Anträgen der Subkommission entsprechend, traf man aber bezüglich sämmtlicher an das Schöffengericht verwiesener Vergehen folgende wichtige Zusatzbestimmung:

*„Erachtet das Schöffengericht nach dem Ergebnisse der Verhandlung eine andere oder höhere Strafe für verwirkt, als die unter Nr. 2 bezeichnete (3 Monat Gefängniss oder 600 Mark Geldstrafe), so spricht es durch Beschluss seine Unzuständigkeit aus und verweist die Sache an die Strafkammer. Dieser Beschluss hat die Wirkung eines, das Hauptverfahren eröffnenden Beschlusses und muss den Erfordernissen eines solchen entsprechen. Der Beschluss kann nicht angefochten werden.“*

Man erachtete für unthunlich, dem Gerichte unterster Ordnung eine höhere Strafgewalt einzuräumen und zog in Betracht, dass nach den Erfahrungen

\*) Der nachmals bezüglich der leichten Körperverletzungen gefasste Beschluss befindet sich Unten in § 46. Ziff. 40 der Beschlüsse der Kommission und der Redaktions-Kommission.



des Lebens bei den oben bezeichneten Delikten nur in ganz ausserordentlichen Fällen eine höhere Strafbefugniss als die innerhalb dieser Strafbefugniss der Schöffengerichte belegene, zu erkennen sei.

Die Delikte des §. 137 (Beseitigung einer durch die zuständige Behörde gepfändeten Sache) und §. 303 (Sachbeschädigung) behielt man, dem Antrag der Subkommission entgegen, der landgerichtlichen Kompetenz vor, ebenso in Uebereinstimmung mit der Subkommission das Delikt des §. 320 (Nichtentfernung aus dem Eisenbahndienste). Hinsichtlich der in den Landes-Gesetzen enthaltenen Strafbestimmungen beliest man es bei der allgemeinen Regel, wonach alle mit mehr als drei Monat Gefängniss oder 600 Mark Geldstrafe bedrohten Vergehen der landgerichtlichen Kompetenz anheim zu fallen haben.

Die Kommission trat hierauf in die Berathung des §. 55 des Entwurfs ein, welcher vorschreibt, dass in den 14 daselbst genannten Fällen die Strafkammer des Landgerichts bei Eröffnung des Hauptverfahrens auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung dem Schöffengerichte überweisen kann, wenn anzunehmen ist, dass nur eine Strafe von drei Monat Gefängniss oder 600 Mark Geldstrafe oder keine höhere Busse als 600 Mark zu erkennen ist, während das Schöffengericht, wenn es nach dem Ergebniss der Verhandlung eine höhere Strafe oder Busse für verwirkt erachtet, die Sache an das Landgericht zurückzuweisen hat (sog. System der Korrektionalisirung). Der Entwurf wurde mit der Modifikation angenommen, dass, den Vorschlägen der Subkommission entsprechend, bei fünf Delikten:

§. 128 Theilnahme an einer Verbindung,

§. 271 falsche Beurkundung,

§. 301 Verleitung Minderjähriger,

§. 331 Bestechung,

§. 347 Entweichung Gefangener

diese Korrektionalisirung nicht stattfinden soll, wohl aber wurde dieselbe bei der Verleumdung (§§. 186 und 187 des Reichs-Strafgesetzbuches) für statthaft erklärt.

Dem System des Entwurfs war ein Antrag entgegengestellt worden, welcher die Vorprüfung durch das Landgericht auf Grund der Akten als an sich ungeeignet, mit dem System des Entwurfs unvereinbar und als nutzlose Weiterungen erzeugend beseitigen und dafür dem Ermessen der landgerichtlichen Staatsanwaltschaft überlassen wollte, in Fällen dieser Art die öffentliche Klage bei dem Amtsgerichte statt bei dem Landgericht zu erheben. Der Antrag wurde indessen mit 15 gegen 12 Stimmen vornehmlich aus dem Grunde abgelehnt, weil man nicht dem freien Belieben des Staatsanwaltes glaubte die Auswahl unter mehreren Gerichten zugestehen zu können.

Sitzung vom 12. Januar 1876.

Aus der Sitzung vom 12. Januar sind diejenigen Beschlüsse hier mitzutheilen, welche bezüglich der Strafgerichtsbarkeit der Amtsgerichte (Kleinen Schöffengerichte) auf Grund der Anträge der in der Sitzung vom 16. November 1875 (vergleiche oben) eingesetzten Subkommission weiter getroffen wurden. Die Kommission beschloss am 12. Jan., diese Zuständigkeit der Kleinen Schöffengerichte auszu dehnen und dieselbe weiter für begründet zu erklären:



- 5) für das Vergehen des Diebstahls im Falle des §. 242 des Strafgesetzbuchs, wenn der Werth des Gestohlenen die Summe von 25 Mark nicht übersteigt;
- 6) für das Vergehen der Unterschlagung im Falle des §. 246 des Strafgesetzbuchs, wenn der Werth des Unterschlagenen die Summe von 25 Mark nicht übersteigt;
- 7) für das Vergehen des Betruges im Falle des §. 263 des Strafgesetzbuchs, wenn der Schaden 25 Mark nicht übersteigt;
- 8) für das Vergehen der Sachbeschädigung im Falle des §. 303 des Strafgesetzbuchs, wenn der Schaden 25 Mark nicht übersteigt;
- 9) für das Vergehen der Begünstigung und für das Vergehen der Hehlerei in den Fällen des §. 258 Nr. 1 und des §. 259 des Strafgesetzbuchs, wenn die Handlung, auf welche sich die Begünstigung oder die Hehlerei bezieht, zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehört.“

Weiter beschloss man, am Schlusse des §. 14 hinzuzufügen:

*„Ist die Zuständigkeit des Schöffengerichts durch den 25 Mark nicht übersteigenden Werth einer Sache oder den 25 Mark nicht übersteigenden Betrag eines Schadens bedingt und stellt sich in der Haupt-Verhandlung heraus, dass der Werth oder Schaden mehr als 25 Mark betragen, so hat das Schöffengericht seine desfallsige Unzuständigkeit nur dann auszusprechen, wenn es nach dem Ergebnisse der Verhandlung eine andere oder höhere Strafe für verwirkt erachtet, als die unter Nr. 2 bezeichnete.“*

Bezüglich der Körperverletzungen sollen die Beschlüsse des Reichstages zur Strafnovelle abgewartet werden. \*)

Hinsichtlich der in andern Reichs-Gesetzen enthaltenen Strafbestimmungen beschloss man folgende Kompetenz-Regelung:

*„Die Strafkammern sind ausschliesslich zuständig:*

- 1) für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz vom 25 Oktober 1867, betreffend die Nationalität der Kauffahrtei-Schiffe etc.;
- 2) für die nach Art. 206, 249 und 249a des Gesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und die Aktien-Gesellschaften, strafbaren Handlungen;
- 3) für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§. 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 8. Juni 1871, betreffend die Inhaber-Papiere mit Prämien;
- 4) für die nach §. 67 und §. 69 des Gesetzes vom 6. Februar 1875, betreffend die Beurkundung des Personenstandes, strafbaren Handlungen;
- 5) für die nach §. 59 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 strafbaren Handlungen.

*Die Bestimmungen der §§. 14 und 55 kommen bei den in diesem Paragraphen bezeichneten strafbaren Handlungen nicht zur Anwendung.“*

Von besonderer Relevanz ist von diesen Beschlüssen namentlich der, dass die kleinen Eigenthums-Vergehen bis zu der Werthgrenze von

\*) Vgl. die betr. Beschlüsse unten in §. 16. Ziffer 40. der Kommissions-Beschlüsse.



25 Mark zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehören sollen. Durchschlagend waren hierbei Gründe eines eminent praktischen Bedürfnisses, welches zwingend erheische, dass diese ebenso einfachen als zahlreichen Untersuchungssachen nicht erst auf dem eine Menge Weiterungen und Verzögerungen verursachenden Umweg über das Landgericht an das Amtsgericht gelangen sollen. Diesem Gesichtspunkte gegenüber erachtete man den Einwand, dass das Strafgesetz Strafabstufungen nach Werthklassen prinzipiell verworfen habe, nicht für ausreichend.

## **II. Zusammensetzung der Schöffengerichte und Amtsthätigkeit ihrer Mitglieder.**

### **§§. 17 und 18 des Entwurfs.**

In der Sitzung vom 25. November gelangten diese Paragraphen zur Annahme.

## **III. Das Schöffenamts.**

### **§§. 19—45 des Entwurfs.**

#### **1. Voraussetzung der Berufung zum Schöffendienste.**

##### **§§. 19—23 des Entwurfs.**

Eine eingehende Diskussion erhob sich in der Sitzung der Reichs-Justiz-Kommission vom 25. November 1875 über die gesetzlichen Voraussetzungen der Berufung als Schöffe.

Der Entwurf unterscheidet solche Voraussetzungen, bei deren Mangel das ergehende Urtheil nichtig ist, von denjenigen gesetzlichen Eigenschaften, bei deren Vorhandensein zwar eine Berufung zum Schöffendienste nicht stattfinden soll, ohne dass jedoch, wenn ein solcher Mangel einmal unbemerkt geblieben ist, daraus eine Nichtigkeit des Urtheils folgen soll. In die erste Kategorie gehören:

Eigenschaft eines Ausländers,

Verlust der Befähigung in Folge einer strafgerichtlichen Verurtheilung,

Gantausbruch und Entmündigung wegen Verschwendung.

In die zweite Kategorie stellt der Entwurf in §. 21:

„Personen, die noch nicht das dreissigste Lebensjahr vollendet haben, solche, die in den letzten zwei Jahren Armen-Unterstützung empfangen haben, oder

die noch nicht zwei Jahre in der Gemeinde wohnen, sowie Dienstboten.“

Alle diese Bestimmungen wurden angenommen. Eine Abänderung wurde nur insofern beschlossen, als der Entwurf die Nichtigkeit von Urtheilen vorschreibt, bei welchen Personen mitgewirkt haben, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zu dem Amte ungeeignet sind, wogegen die Kommission im Interesse der Aufrechterhaltung richterlicher Urtheile beschloss, dass solche Personen nicht zu dem Amte eines Schöffen berufen werden sollen, dass aber das Urtheil aus diesem Grunde nicht mehr angreifbar sei.

Zu §. 22 will der Entwurf im Allgemeinen der Landes-Gesetzgebung überlassen zu bestimmen, welche Klassen von Staatsbeamten nicht



berufen werden sollen; nur bestimmte Klassen (Minister, Richter, Staatsanwälte, Exekutiv-Beamte, Religionsdiener, Volksschullehrer, Militär-Personen) sollen schon reichsgesetzlich nicht berufen werden können.

Die Kommission beschloss, dass überhaupt Reichs- und Staats-Beamte nicht zu dem seiner Natur nach rein bürgerlichen Schöffendienste herangezogen werden sollen. Wie es jedoch mit dem Geschwornen-Amte in dieser Beziehung zu halten sei, wurde hierbei ausdrücklich als eine später zu berathende Frage erklärt.

Ein Antrag, welcher auch die Rechtsanwälte vom Schöffendienste ausschliessen wollte, wurde abgelehnt.

Die in §. 23 aufgeführten Befreiungsgründe wurden sämmtlich gutgeheissen, insbesondere im Interesse des Publikums ein Antrag abgelehnt, welcher die Bestimmung des Entwurfs, wonach Aerzte um Befreiung vom Schöffendienste einkommen können, streichen wollte, dergleichen wurde ein Antrag abgelehnt, welcher schon das 60. Lebensjahr, statt, wie im Entwurf geschehen, das 65. als Exkusationsgrund gelten lassen wollte.

**2. Bildung der Jahreslisten, auf Grund deren die Heranziehung zu den Sitzungen der Schöffengerichte statt findet.**

**§§. 24 - 32 des Entwurfs.**

In den Sitzungen vom 25. November und vom 27. November 1875 gelangten diese Paragraphen zur Diskussion und Annahme.

Zu §. 27 wurde beschlossen, dass der Amtsrichter, bevor er den zur Auswahl der Schöffen kompetenten Ausschuss einberuft, für Abstellung formeller Mängel der Urlisten Sorge zu tragen hat.

Der §. 28 des Entwurfs überträgt die Auswahl der Schöffen einem aus dem Amtsrichter, einem Staats-Verwaltungsbeamten und aus fünf Vertrauensmännern gebildeten Ausschusse. Die Ernennung dieser Vertrauensmänner überträgt der Entwurf dem Amtsrichter, doch sollen die Landes-Gesetze auch bestimmen können, dass die Wahl der Vertrauensmänner durch Selbstverwaltungs-Körper (Gemeinden, Kreise, Aemter) zu erfolgen habe.

Diesen Vorschriften gegenüber wurden in der Sitzung vom 27. November 1875 verschiedene Anträge gestellt. Zunächst wurde beantragt, den Landes-Gesetzen zu gestatten, den genannten Selbstverwaltungs-Körpern, anstatt blos die Wahl der Vertrauensmänner, unmittelbar und sofort die Wahl der Schöffen selbst zu übertragen.

Der Antrag wurde abgelehnt, weil dadurch die Einheitlichkeit des Strafrechts gestört werde, auch den Landes-Gesetzen dadurch die Möglichkeit erschlossen werde, unter dem Titel Selbstverwaltungs-Körper Organe für die Ernennung der Schöffen ins Leben zu rufen, welche noch weniger Garantien für eine richtige und unparteiische, von dem Vertrauen der Bevölkerung getragene Besetzung der Schöffengerichte bieten, als sogar im Entwurf geschehen. Ebenso blieb ein weiterer Antrag in der Minorität, welcher den Staats-Verwaltungsbeamten aus dem Wahl-Kollegium deshalb beseitigen wollte, weil der letztere als Repräsentant des jeweiligen Regierungs-Systems allzusehr einen politischen Standpunkt einnehmen werde und derselbe auch durch seine Amtsstellung die Ver-



trauensmänner ungeeignet beeinflussen könne. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag, wonach durch die Gemeindebürger-Versammlung (Kommunal-Vertretung, Gemeindebürger-Ausschuss) als oberstes Organ jeder einzelnen Gemeinde des Amtsbezirks ein Vertrauensmann (bis zur Zahl von 20) gewählt werden soll, die dann durch das Loos auf 5 reduziert werden.

Angenommen wurde dagegen der Antrag, dass überall da, wo in Deutschland aus Volkswahlen hervorgegangene bürgerliche Vertretungen von Gemeinden, Aemtern, Kreisen oder dergleichen Verbänden bestehen, die Auswahl der Vertrauensmänner durch diese Organe von Selbstverwaltungs-Körpern erfolgen müsse und dass nur da, wo solche Organe zur Zeit noch nicht existiren sollten, die Auswahl nach den Vorschlägen des Entwurfs erfolgen sollen. In Fällen der letzteren Art die Auswahl der Vertrauensmänner statt dem Amtsrichter dem Landesgerichts-Präsidenten, wie beantragt war, zu übertragen, fand man für unannehmbar, weil dem letztern die erforderliche Personalkenntniss in einem Bezirk von etwa 250,000 Seelen nothwendig abgehen müsse, derselbe sich also doch an die Vorschläge des Amtsrichters halten werde.

Beschlossen wurde noch, dass der Ausschuss nur bei Anwesenheit sämtlicher im Gesetze vorgeschriebener Personen stimmfähig sein soll, was wohl auch die Intention des Entwurfs ist.

Zu §. 30 des Entwurfs wurde der Antrag abgelehnt, dass derjenige, der als Schöffe funktioniert hat, drei Jahre lang nicht mehr zu dem Amte gewählt werden soll. Auch der weitere Antrag wurde abgelehnt, dass das Vertrauensmänner-Kollegium die doppelte Anzahl von Schöffen, die für das Geschäftsjahr erfordert werden, wählen solle, und dass alsdann durch das Loos eine Ausscheidung der Hälfte erfolgen soll.

Zu §. 31 wurde der prinzipiell bedeutsame Antrag angenommen, dass die Landes-Justizverwaltung, welche die Zahl der pro Jahr erforderlichen Schöffen zu bestimmen hat, hierbei darauf Bedacht zu nehmen hat, dass ein Schöffe alljährlich höchstens zu fünf Sitzungen herangezogen werden darf. Dieser Beschluss, welcher mit §. 20 Ziff. 2 des Entwurfs in Verbindung steht, will verhüten, dass nicht bestimmte Persönlichkeiten im Schöffengerichtsdienste stabil werden, vielmehr soll im Interesse einer unparteiischen und unbefangenen ächt volksthümlichen Justiz ein ständiger Wechsel in der Person des Schöffen stattfinden.

### 3. Heranziehung der Schöffen zu den Sitzungen selbst.

#### §§. 33—39 des Entwurfs.

In der Sitzung der Kommission vom 29. November 1875 gelangten diese Bestimmungen zur Annahme.

Es war Streichung des §. 35 beantragt worden, welcher eine Aenderung in der durch das Loos bestimmten Reihenfolge den Schöffen dann gestattet, wenn der Amtsrichter zustimmt und wenn ferner die in den betreffenden Sitzungen zu verhandelnden Sachen noch nicht bestimmt sind. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da man in dieser wörtlich dem badischen Rechte entnommenen und dort erprobten Vorschrift des Entwurfs durchaus keine Schädigung des Ansehens und Vertrauens des



Schöffengerichts erblicken konnte, wohl aber die darin liegende immense Erleichterung für die Schöffen nicht entbehren wollte. Doch wurde beschlossen, dass der Vorgang aktenkundig zu machen sei.

Der §. 37 des Entwurfs schreibt vor, dass, wenn in einer Sitzung die Hauptschöffen ausbleiben und auch die, nach der, bei Beginn des Geschäftsjahrs stattgehabten Verloosung der Reihenfolge, berufenen Schöffen nicht zur Hand sind, zur Vermeidung von Vertagungen der Amtsrichter befugt sein soll, nach seiner Wahl Schöffen aus der Zahl der Haupt- und Hülfs-Schöffen zu berufen, und dass dasselbe der Fall sein soll, wenn wegen Dringlichkeit einer ausserordentlichen Sitzung keine neue Ausloosung nach §. 36 mehr stattfinden könne. Diese Bestimmung wurde, um eine willkürliche Besetzung der Gerichtsbank zu vermeiden, dahin abgeändert, dass der Beizug aus den Hülfschöffen nach einer sofort vorzunehmenden Verloosung stattfinden soll.

#### 4. Vereidigung.

##### §. 39 des Entwurfs

wurde angenommen.

#### 5. Nachträgliche Enthebung berufener Schöffen von ihrem Amt und Entbindung von einzelnen Diensleistungen.

##### §§. 40—42 des Entwurfs.

Zu §. 42 wurde beschlossen, dass, wenn die zur Verhandlung in einer Sitzung gelangenden Sachen bereits bestimmt sind, der Amtsrichter eine Entbehrung des Schöffen vom Dienste nicht nach freiem Belieben, sondern nur wenn von dem Schöffen persönliche Hinderungsgründe geltend gemacht werden, verfügen dürfe. Man wollte dadurch verhindern, dass ein Schöffe etwa deshalb, weil ihm die Ausübung des Richteramts in einer bestimmten Sache nicht genehm ist, sich unter Konnivenz des Amtsrichters davon befreien kann.

#### 6. Gemeinsame Bestimmungen.

##### §§. 43 und 44 des Entwurfs.

Zu §. 44, welcher vorschreibt, dass wenn ein Schöffe (oder Geschworener) in der Sitzung gar nicht oder zu spät erscheint, eine Ordnungsstrafe von 25 bis 1000 Mark zu erkennen sei, wurde mit Rücksicht auf die denkbarer Weise vorkommenden leichteren Fälle die Minimalstrafe auf 5 Mark herabgesetzt.

---

Der dritte Titel „von den Schöffengerichten“, in welchen durch die **Redaktions-Kommission** die von der **Kommission** bezüglich der Grossen Schöffengerichte **gefassten Beschlüsse** gleichzeitig zur Aufnahme gebracht wurden, erhielt hiernach folgende Gestaltung:

#### Dritter Titel.

##### Schöffengerichte.

**§. 14.** (Vorl. §. 11.) *Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen werden bei den Amtsgerichten Kleine Schöffengerichte, bei den Landgerichten Grosse Schöffengerichte gebildet.*



**§. 15.** (Vorl. §. 17.) *Die Kleinen Schöffengerichte bestehen aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen, die Grossen Schöffengerichte aus zwei Mitgliedern des Landgerichts einschliesslich des Vorsitzenden und drei Schöffen.*

**§. 16.** (Vorl. §§. 14., 15.) *Die Kleinen Schöffengerichte sind zuständig:*

1. für alle Uebertretungen;
2. für diejenigen Vergehen, welche nur mit Gefängniss von höchstens drei Monaten, oder Geldstrafe von höchstens sechshundert Mark, allein oder neben Haft oder in Verbindung mit einander, oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, mit Ausnahme des in §. 320. des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehens;
3. für die in den §§. 123. Abs. 3., 134., 136., 241., 285., 286., 290., 291., 293. und 296. des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehen;
4. für das Vergehen der Beleidigung im Falle des §. 185. des Strafgesetzbuchs, wenn die Beleidigung nicht eine der in den §§. 196., 197. bezeichneten ist;
5. für das Vergehen des Diebstahls im Falle des §. 242. des Strafgesetzbuchs, wenn der Werth des Gestohlenen fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
6. für das Vergehen der Unterschlagung im Falle des §. 246. des Strafgesetzbuchs, wenn der Werth des Unterschlagenen fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
7. für das Vergehen des Betruges im Falle des §. 263. des Strafgesetzbuchs, wenn der Schaden fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
8. für das Vergehen der Sachbeschädigung im Falle des §. 303. des Strafgesetzbuchs, wenn der Schaden fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
9. für das Vergehen der Begünstigung und für das Vergehen der Hehlerei in den Fällen des §. 258. Nr. 1. und des §. 259. des Strafgesetzbuchs, wenn die Handlung, auf welche sich die Begünstigung oder die Hehlerei bezieht, zur Zuständigkeit der Kleinen Schöffengerichte gehört;
10. für die Vergehen der leichten Körperverletzung, mögen dieselben vorsätzlich (§. 223. des Strafgesetzbuchs) oder fahrlässig begangen sein.

**§. 16a.** *Erachtet das Kleine Schöffengericht in den Fällen des §. 16. Nr. 3. bis 10. nach dem Ergebnisse der Verhandlung eine andere oder höhere Strafe für verwirkt, als die in dem §. 16. Nr. 2. bezeichnete, so spricht es durch Beschluss seine Unzuständigkeit aus und verweist die Sache an das Grosse Schöffengericht.*

*Dieser Beschluss hat die Wirkung eines das Hauptverfahren eröffnenden Beschlusses und muss den Erfordernissen eines solchen entsprechen. Der Beschluss kann nicht angefochten werden.*

*Ist die Zuständigkeit des Kleinen Schöffengerichts durch den fünfundzwanzig Mark nicht übersteigenden Werth einer Sache oder den fünfundzwanzig Mark nicht übersteigenden Betrag eines Schadens bedingt, und stellt sich in der Hauptverhandlung heraus, dass der Werth oder Schaden mehr als fünfundzwanzig Mark betragen, so hat das Gericht seine Unzuständigkeit nur dann auszusprechen, wenn es nach dem Ergebnisse der Verhandlung eine andere oder höhere Strafe für verwirkt erachtet, als die in dem §. 16. Nr. 2. bezeichnete.*

**§. 16b** *In den Fällen des §. 16. Nr. 3.—10. kann das Kleine Schöffengericht die in Nr. 2. bestimmte Strafgrenze überschreiten, wenn die Ueberschreitung nur durch das Zusammentreffen mehrerer strafbaren Handlungen bedingt ist.*

**§. 16 c.** (Vorl. §. 55.) *Die Strafkammer des Landgerichts kann bei Eröffnung des Hauptverfahrens wegen der Vergehen*

1. des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in den Fällen der §§. 113., 114., 117. Absatz 1 und des §. 120. des Strafgesetzbuchs;
2. wider die öffentliche Ordnung in den Fällen des §. 123. Absatz 3 und des §. 137. des Strafgesetzbuchs;



3. wider die Sittlichkeit im Falle des §. 483. des Strafgesetzbuchs;
  4. der Beleidigung *in den Fällen der §§. 186., 187. des Strafgesetzbuchs*;
  5. des Diebstahls im Falle des §. 242. des Strafgesetzbuchs;
  6. der Unterschlagung im Falle des §. 246. des Strafgesetzbuchs;
  7. der Begünstigung;
  8. der Hehlerei in den Fällen des §. 258. No. 1. und des §. 259. des Strafgesetzbuchs;
  9. des Betrugs im Falle des §. 263. des Strafgesetzbuchs;
  10. des strafbaren Eigennutzes in den Fällen der §§. 288. und 298. des Strafgesetzbuchs;
  11. der Sachbeschädigung in den Fällen der §§. 303. und 304. des Strafgesetzbuchs;
- und
12. wegen der gemeingefährlichen Vergehen in den Fällen des §. 327. Absatz 1. und des §. 328. Absatz 1. des Strafgesetzbuchs;
- ferner
13. wegen derjenigen Vergehen, welche nur mit Gefängniss-Strafe von höchstens sechs Monaten oder Geldstrafe von höchstens Eintausend fünfhundert Mark, allein oder in Verbindung mit einander oder in Verbindung mit Einziehung, bedroht sind, *mit Ausnahme der in den §§. 128., 271., 301., 331. und 347. des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehen*;

sowie

14. wegen solcher Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, deren Strafe in dem mehrfachen Betrage einer hinterzogenen Abgabe oder einer anderen Leistung besteht;
- auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung dem *Kleinen Schöffengerichte*, *soweit dieses nicht schon zuständig ist*, überweisen, wenn nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, dass auf keine anderen und höheren Strafen, als auf die in dem §. 16. No. 2. bezeichneten und auf keine höhere Busse als sechshundert Mark zu erkennen sein werde.

Erachtet das *Kleine Schöffengericht* nach dem Ergebnisse der Verhandlung eine andere oder höhere Strafe oder eine höhere Busse für verwirkt, so hat es die Sache durch Beschluss an *das Grosse Schöffengericht* zu verweisen.

Beschwerde findet nicht statt.

Hat im Falle der Nr. 14. die Verwaltungs-Behörde die öffentliche Klage erhoben, so steht ihr der Antrag auf Ueberweisung an das *Kleine Schöffengericht* in gleicher Weise wie der Staatsanwaltschaft zu.

**§. 16 d.** (Vorl. §. 56.) Die Bestimmung des §. 46 b. findet in den Fällen des §. 46 c. entsprechende Anwendung.

**§. 17.** (Vorl. §. 53.) *Die Grossen Schöffengerichte sind zuständig:*

1. *für die Vergehen, welche nicht zur Zuständigkeit der Kleinen Schöffengerichte gehören*;
2. *für diejenigen Verbrechen, welche mit Zuchthaus von höchstens 5 Jahren allein oder in Verbindung mit anderen Strafen bedroht sind. Diese Bestimmung findet nicht Anwendung in den Fällen der §§. 86., 100. und 106. des Strafgesetzbuchs*;
3. *für die Verbrechen der Personen, welche zur Zeit der That das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten*;
4. *für das Verbrechen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in allen Fällen der §§. 118. und 119., sowie des §. 122. Abs. 3. des Strafgesetzbuchs*;



5. für das Verbrechen der Unzucht im Falle des §. 176. Nr. 3. des Strafgesetzbuchs;
6. für die Verbrechen des Diebstahls in den Fällen der §§. 243. und 244. des Strafgesetzbuchs;
7. für das Verbrechen der Hehlerei in den Fällen der §§. 260. und 261. des Strafgesetzbuchs;
8. für das Verbrechen des Betruges im Falle des §. 264 des Strafgesetzbuchs;
9. für das Verbrechen der Urkundenfälschung in den Fällen des §. 268. Nr. 2. und des §. 272. des Strafgesetzbuchs;

**§. 17 a.** Die Grossen Schöffengerichte sind ausschliesslich zuständig:

1. für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz vom 25. Oktober 1867, betreffend die Nationalität der Kauffahrtei-Schiffe etc.;
2. für die nach Artikel 206., 248. und 249 a. des Gesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und die Aktien-Gesellschaften, strafbaren Handlungen;
3. für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§. 1., 2. und 3. des Gesetzes vom 8. Juni 1871, betreffend die Inhaber-Papiere mit Prämien;
4. für die nach §. 67. und §. 69. des Gesetzes vom 6. Februar 1874, betreffend die Beurkundung des Personenstandes etc., strafbaren Handlungen;
5. für die nach §. 59. des Bankgesetzes vom 14. März 1875 strafbaren Handlungen. Die Bestimmungen der §§. 16. und 16 c. kommen bei den vorstehend Nr. 1. bis 5. bezeichneten strafbaren Handlungen nicht zur Anwendung.

**§. 18.** Insoweit das Gesetz nicht Ausnahmen bestimmt, üben die Schöffen während der Hauptverhandlung das Richteramt im vollen Umfange und mit gleichem Stimmrechte wie die Amtsrichter aus und nehmen auch an denjenigen, im Laufe einer Hauptverhandlung zu erlassenden Entscheidungen Theil, welche in keiner Beziehung zu der Urtheilsfällung stehen, und welche auch ohne vorgängige mündliche Verhandlung erlassen werden können.

Die ausserhalb der Hauptverhandlung erforderlichen Entscheidungen werden in den zur Zuständigkeit des Grossen Schöffengerichts gehörigen Sachen von der Strafkammer des Landgerichts, in den zur Zuständigkeit des Kleinen Schöffengerichts gehörigen Sachen von dem Amtsrichter erlassen.

**§. 19.** Unverändert.

**§. 20.** Unfähig zu dem Amte eines Schöffengerichts sind:

1. Personen, welche die Befähigung in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung verloren haben;
2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann;
3. Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

**§. 21.** Zu dem Amte eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

1. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste das dreissigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
2. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste den Wohnsitz in der Gemeinde noch nicht zwei volle Jahre haben;
3. Personen, welche für sich oder ihre Familie Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder in den drei letzten Jahren, von Aufstellung der Urliste zurückgerechnet, empfangen haben;



4. *Personen, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zu dem Amte nicht geeignet sind;*
5. Dienstboten.

**§. 22.** Zu dem Amte eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. *vom Reich besoldete unmittelbare Reichsbeamte;*
2. *von einem Bundesstaate besoldete unmittelbare Staatsbeamte;*
3. Religionsdiener;
4. Volksschullehrer;
5. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen.

**§§. 23.—26.** Unverändert.

**§. 27.** Der Amtsrichter stellt die Urlisten des Bezirks zusammen und bereitet den Beschluss über die Einsprachen gegen dieselben vor. *Er hat die Beachtung der Vorschriften des §. 24. Abs. 2. zu prüfen und die Abstellung etwaiger Mängel zu veranlassen.*

**§. 28.** Bei dem Amtsgerichte tritt alljährlich ein Ausschuss zusammen.

Der Ausschuss besteht aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Staats-Verwaltungsbeamten, sowie fünf Vertrauensmännern als Beisitzern.

Die Vertrauensmänner werden aus den Einwohnern des Amtsgerichts-Bezirks gewählt.

*Die Wahl erfolgt nach näherer Bestimmung der Landes-Gesetze durch die Vertretungen der Kreise, Aemter, Gemeinden und dergleichen Verbände; wenn dieselben nicht vorhanden sind, durch den Amtsrichter. Letzterer hat die Vertrauensmänner vornehmlich aus den Vorstehern der vorbezeichneten Verbände zu wählen.*

*Der Ausschuss beschliesst in vollzähliger Versammlung und nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.*

**§. 29.** Unverändert.

**§. 30.** Aus der berichtigten Urliste wählt der Ausschuss für das nächste Geschäftsjahr:

1. die erforderliche Zahl von Schöffen für das *Kleine Schöffengericht*;
2. die erforderliche Zahl derjenigen Personen, welche in der vom Ausschusse festzusetzenden Reihenfolge an die Stelle wegfallender Schöffen des *Kleinen Schöffengerichts* treten (Hülfschöffen);

*Als Hülfschöffen sind solche Personen zu wählen, welche am Sitze des Amtsgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen;*

3. *diejenigen Personen, welche er zu Schöffen für das Grosse Schöffengericht vorschlägt; die Vorschläge sind nach dem dreifachen Betrage der für das Amtsgericht bestimmten Zahl der Schöffen zu bemessen.*

**§. 30 a.** Die Namen der zu Schöffen für das Grosse Schöffengericht vorgeschlagenen Personen werden in ein Verzeichniss aufgenommen (Vorschlagsliste). Das Verzeichniss wird nebst den Einsprachen, welche sich auf die in dasselbe aufgenommenen Personen beziehen, dem Präsidenten des Landgerichts übersendet.

Der Präsident bestimmt eine Sitzung des Landgerichts, an welcher fünf Mitglieder mit Einschluss des Präsidenten und der Direktoren Theil nehmen. Das Landgericht entscheidet endgültig über die Einsprachen und wählt sodann aus der berichtigten Vorschlagsliste die für das Grosse Schöffengericht bestimmte Zahl von Hauptschöffen und Hülfschöffen.

*Als Hülfschöffen sind solche Personen zu wählen, welche am Sitze des Landgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen.*



**§. 31.** *Die Zahl der aus jedem Amtsgerichts-Bezirk für die Schöffengerichte bei den Amtsgerichten und Landgerichten zu wählenden Hauptschöffen und Hülfschöffen wird durch die Landes-Justizverwaltung bestimmt.*

*Die Bestimmung der Zahl der Hauptschöffen für das kleine Schöffengericht und der Gesamtzahl der Hauptschöffen für das Grosse Schöffengericht erfolgt in der Art, dass voraussichtlich jeder höchstens zu fünf ordentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen wird.*

**§. 32.** *Die Namen der für die Amtsgerichte und für die Landgerichte bestimmten Hauptschöffen und Hülfschöffen werden für jedes dieser Gerichte in gesonderte Verzeichnisse aufgenommen (Jahreslisten).*

**§. 33.** *Die Tage der ordentlichen Sitzungen der Schöffengerichte werden für das ganze Jahr von dem Vorsitzenden desjenigen Gerichts, bei welchem das Schöffengericht gebildet wird, im Voraus festgestellt.*

*Die Reihenfolge, in welcher die Hauptschöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen des Jahres Theil nehmen, wird durch Ausloosung für die Grossen Schöffengerichte in öffentlicher Sitzung der Strafkammer des Landgerichts, für die Kleinen Schöffengerichte in öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts bestimmt. Das Loos zieht im ersteren Falle der Direktor der Strafkammer, im letzteren der Amtsrichter.*

*Ueber die Ausloosung wird vom Gerichtsschreiber ein Protokoll aufgenommen.*

**§. 34.** *Der Direktor der Strafkammer, für die Kleinen Schöffengerichte der Amtsrichter setzt die Schöffen von ihrer Ausloosung und von den Sitzungstagen, an welchen sie in Thätigkeit zu treten haben, unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens in Kenntniss.*

*In gleicher Weise werden die im Laufe des Geschäftsjahres einzuberufenden Schöffen benachrichtigt.*

**§. 35.** *Eine Aenderung in der bestimmten Reihenfolge kann auf übereinstimmenden Antrag der betheiligten Schöffen von dem Vorsitzenden des Schöffengerichts bewilligt werden, sofern die in den betreffenden Sitzungen zu verhandelnden Sachen noch nicht bestimmt sind. Der Antrag und die Bewilligung sind aktenkundig zu machen.*

**§. 36.** *Wenn die Geschäfte die Anberaumung ausserordentlicher Sitzungen erforderlich machen, so werden die einzuberufenden Schöffen vor dem Sitzungstage in Gemässheit des §. 33. ausgelost.*

*Erscheint dies wegen Dringlichkeit unthunlich, so erfolgt die Ausloosung durch den Vorsitzenden des Schöffengerichts lediglich aus der Zahl der am Sitze des Gerichts wohnenden Hülfschöffen. Die Umstände, welche den Vorsitzenden hierzu veranlasst haben, sind aktenkundig zu machen.*

**§. 37.** *Wird zu einzelnen Sitzungen die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Schöffen erforderlich, so erfolgt dieselbe aus der Zahl der Hülfschöffen nach der Reihenfolge der Jahresliste.*

*Würde durch die Berufung der Letzteren eine Vertagung der Verhandlung oder eine erhebliche Verzögerung ihres Beginns nothwendig, so sind die nicht am Sitze des Gerichts wohnenden Hülfschöffen zu übergehen.*

**§. 38.** *Unverändert.*

**§. 39.** *Die Beeidigung der Schöffen erfolgt bei ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Sitzung. Sie gilt für die Dauer des Geschäftsjahrs.*

*Der Vorsitzende richtet an die zu Beeidigenden die Worte:*

*„Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Schöffen getreulich zu erfüllen und Ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“*



Die Schöffen leisten den Eid, indem jeder einzeln *unter Erhebung der rechten Hand* die Worte spricht:

„ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Ist ein Schöffe Mitglied einer Religions-Gesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Betheuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Betheuerungsformel dieser Religionsgesellschaft der Eidesleistung gleich geachtet.

Ueber die Beeidigung wird von dem Gericht-Schreiber ein Protokoll aufgenommen.

**§. 40.** Wenn die Unfähigkeit einer als Schöffe in die Jahresliste aufgenommenen Person eintritt oder bekannt wird, so ist der Name derselben von der Liste zu streichen.

Ein Schöffe, hinsichtlich dessen nach seiner Aufnahme in die Jahresliste andere Umstände eintreten oder bekannt werden, bei deren Vorhandensein eine Berufung zum Schöffenamte nicht erfolgen soll, ist zur Dienstleistung ferner nicht heranzuziehen.

Die Entscheidung erfolgt *in Betreff der in die Jahresliste eines Landgerichts aufgenommenen Schöffen durch die Strafkammer des Landgerichts, in Betreff der in die Jahresliste eines Amtsgerichts aufgenommenen Schöffen durch den Amtsrichter. Wird die Entscheidung erst in der Sitzung des Grossen Schöffengerichts, an welcher der Schöffe Theil nehmen soll, nothwendig, so entscheidet der Vorsitzende über die Theilnahme an dieser Sitzung. Vor der Entscheidung sind die Staatsanwaltschaft und die betheiligten Schöffen zu hören.*

Beschwerde findet nicht statt.

**§. 41.** Ablehnungsgründe sind nur zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb einer Woche, nachdem der betheiligte Schöffe von seiner Einberufung in Kenntniss gesetzt worden ist, von demselben geltend gemacht werden. Fällt ihre Entstehung oder Bekanntwerdung in eine spätere Zeit, so ist die Frist erst von diesem Zeitpunkte zu berechnen.

*Auf die Entscheidung über das Gesuch finden die Bestimmungen des §. 40 Abs. 3. und 4. entsprechende Anwendung.*

**§. 42.** Der Vorsitzende des Schöffengerichts kann einen Schöffen auf dessen Antrag *wegen eingetretener Hinderungsgründe* von der Dienstleistung an bestimmten Sitzungstagen entbinden.

Die Entbindung des Schöffen von der Dienstleistung kann davon abhängig gemacht werden, das ein anderer für das Dienstjahr bestimmter Schöffe für ihn eintritt.

*Der Antrag und die Bewilligung sind aktenkundig zu machen.*

**§. 43.** Unverändert.

**§. 44.** Schöffen und Vertrauensmänner des Ausschusses, welche ohne genügende Entschuldigung zu den Sitzungen nicht rechtzeitig sich einfinden oder ihren Obliegenheiten in anderer Weise sich entziehen, sind zu einer Ordnungsstrafe von *fünf bis zu Eintausend* Mark, sowie in die verursachten Kosten zu verurtheilen.

Die Verurtheilung wird nach Anhörung der Staatsanwaltschaft *gegen Schöffen vom Vorsitzenden des Schöffengerichts, gegen Vertrauensmänner des Ausschusses vom Vorsitzenden desselben* ausgesprochen. Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so kann die Verurtheilung ganz oder theilweise zurückgenommen werden. Gegen die Entscheidung findet Beschwerde von Seiten des Verurtheilten nach den Vorschriften der Strafprozess-Ordnung statt.

**§. 45.** Bis zu welchem Tage die Urlisten aufzustellen und dem Amtsrichter einzureichen sind, der Ausschuss zu berufen ist, *die Einsendung der Vorschlagslisten an die Präsidenten des Landgerichts und die Ausloosung der Schöffen zu erfolgen hat*, wird durch die Landes-Justizverwaltung bestimmt.

---



## **Vierter Titel.**

### ***L a n d g e r i c h t e .***

§§. 46—58 des Entwurfs.

#### **I. Einführung der Grossen Schöffengerichte für die mittleren Straffälle.**

Sitzung vom 12. Januar 1876.

##### **Detailvorschriften.**

Sitzung vom 18. Januar 1876.

#### **II. Kammerbildung, Geschäftsvertheilung, Hülfsrichterthum.**

Sitzung vom 13. Januar 1876.

#### **III. Grösse und Zusammenhang der Landgerichts-Sprengel.**

Sitzung vom 14. Januar 1876.

#### **IV. Besetzung und Formation der Landgerichte. §§. 46—49.**

Fortsetzung der Sitzung vom 14. Januar 1876.

#### **V. Zuständigkeit in Zivilsachen. §§. 50—51.**

Fortsetzung der Sitzung vom 14. Januar 1876.

#### **VI. Zuständigkeit in Strafsachen. §§. 52—56.**

Fortsetzung der Sitzung vom 14. Januar 1876,

Sitzung vom 15. Januar 1876.

#### **VII. Zusammensetzung der Kammern. §. 57.**

Fortsetzung der Sitzung vom 15. Januar 1876.

#### **VIII. Bildung der Strafkammern bei den Amtsgerichten. §. 58.**

Fortsetzung der Sitzung vom 15. Januar 1876.

#### **IX. Zahl der Richter.**

Sitzung vom 17. Januar 1876.

In obigen Sitzungen erledigte die Kommission den vierten Titel des Gerichtsverfassungs-Gesetzes über die „Landgerichte.“

Die hierbei zur Berathung und Beschlussfassung gelangenden einzelnen Materien waren folgende:

#### **I. Einführung der Grossen Schöffengerichte für die mittlern Straffälle.**

Sitzung vom 12. Januar 1876.

Gegenstand der Verhandlung in der Sitzung vom 12. Januar bildete die Frage über die Zusammensetzung desjenigen Strafgerichts, welches zur Aburtheilung der mittleren Straffälle berufen



sein soll. Der Entwurf schlägt bekanntlich für die Straffälle der schwersten Art das Geschworenen-Gericht, für die Straffälle der leichtesten Kategorie das aus einem Amtsrichter und zwei Schöffen gebildete (Kleine) Schöffengericht vor, während er für die mittlern Straffälle die Aburtheilung in die Hände eines aus fünf Staatsrichtern gebildeten Richter-Kollegiums legt. Der Entwurf leidet also an der höchst auffälligen Inkonsequenz, dass er Unten und Oben zwar das bürgerliche Element zur Mitwirkung bei der Strafrechtspflege beruft, dasselbe aber in der Mitte, also für die mittlern Straffälle, ausschliesst.

Auf Antrag der Abg. Dr. Schwarz und Becker traf man mit achtzehn gegen sechs Stimmen den höchst bedeutungsvollen Beschluss,

dass bei den mittlern Straffällen ein Beizug des bürgerlichen Elements stattzufinden habe, und zwar dahin, dass diese Kategorie von Straffällen durch zwei Staatsrichter und drei Schöffen abzuurtheilen und dass zu diesem Behufe bei den Landgerichten Grosse Schöffengerichte zu bilden seien.

Von Seiten der Vertreter der verbündeten Regierungen zeigte sich dieser Frage gegenüber eine Meinungsverschiedenheit. Durch den Präsidenten von Amsberg als Vertreter des Reichs-Justizamts, desgleichen durch die Vertretung der preussischen Regierung wurde nämlich der Antrag entschieden bekämpft, während der Vertreter der sächsischen Regierung, Geh. Rath Held, ebenso entschieden der Kommission die Annahme des Antrags empfahl.

Von Seiten des **Bundesraths** und **Preussens** wurde gegen die Verhandlung und Entscheidung mittlerer Straffälle durch ein aus zwei Richtern und drei Schöffen zu bildendes Schöffengericht geltend gemacht:

Die Bildung eines solchen Schöffengerichts sei unannehmbar, weil es unmöglich sei, in ganz Norddeutschland und Baiern aus der Bevölkerung das zur Bildung der Schöffengerichte erforderliche Material zu gewinnen. Die Schwurgerichte absorbirten bereits ein so grosses Material, dass es undurchführbar sei, daneben noch aus dem Laienstande auch für das in Aussicht genommene Grosse Schöffengericht die erforderlichen Kräfte herbei zu ziehen; sei es doch sogar fraglich gewesen, ob man neben dem Schwurgericht auch nur noch die Bildung der Kleinen Schöffengerichte für möglich erachten könne. Auf Sachsen könne nicht exemplifizirt werden, weil dort eine grosse und dichte Bevölkerung bestehe, so dass der Unterschied zwischen Stadt und Land damit so zu sagen geschwunden sei. Auch in Württemberg, wo die geforderte Gerichtseinrichtung bestehe, wohne die Bevölkerung eng beisammen. Dabei müsse noch in Rücksicht gezogen werden, dass in Preussen in Gemeinde, Kreis und Provinz der Grundsatz der Selbstverwaltung heutigen Tags kolossale und stets wachsende Anforderungen an die intelligenten Klassen der Bevölkerung stelle, welche Anforderungen in dünnen Gegenden thatsächlich stets wieder durch die nämlichen wenigen Personen erfüllt werden müssten. Je wichtiger aber für andere Branchen die Durchführung des Selbstverwaltungs-Prinzips werde, desto haushälterischer müsse man mit der Belastung des bürgerlichen



Elements für die Zwecke des Justizdienstes werden. Wenn man nicht mit diesen realen Verhältnissen rechne, so laufe man Gefahr, ein Material beizuziehen, welches keine Garantie für eine ordnungsgemässe Durchführung der Aufgaben der Rechtspflege gewähre, ein unbrauchbares Material sei um so mehr vom Uebel, als gerade die landgerichtlichen Straffälle das Gros der Rechtspflege bilden, das zu verhindern, sei dem Staat und dem Publikum gegenüber unabweisbare Nothwendigkeit. Dazu trete noch, dass die gemachten Vorschläge, 2 Richter und 3 Schöffen, noch nirgends in Deutschland die Probe der Erfahrung für sich aufzuweisen hätten, sie seien vielmehr rein theoretischer Natur. Die neuen Vorschläge involvirten alle Schattenseiten des Schöffengerichts, in verstärktem Masse beispielsweise führe es zu Unzuträglichkeiten, wenn die beiden Juristen vor den Schöffen in einen Meinungskampf gerathen und nun die Laien entscheiden sollen.

Von Seiten **Sachsens** wurde für das in Vorschlag gebrachte Grosse (mittlere) Schöffengericht geltend gemacht:

Sachsen sei weit entfernt, irgend eine besondere sächsische Eigenthümlichkeit auf Kosten der Bedürfnisse des Reichs aufrecht erhalten zu wollen, nur die tiefe innere Ueberzeugung, dass das beantragte Schöffengericht in gleich günstiger Weise im übrigen Deutschland durchführbar sein werde, veranlasse die Sächsische Regierung, für ein Institut, auf dessen Beibehaltung sie grossen Werth lege, einzutreten, und in diesem Einzelfall von dem bisher eingehaltenen Prinzip des solidarischen Eintretens aller Regierungen für den Entwurf eine Ausnahme sich zu gestatten. Das Moment, dass die nöthige Anzahl von Menschen für den Schöffendienst in Deutschland nicht beschaffbar sei, treffe nicht zu. Ebenso müsse Sachsen den Einwand, welcher gegen die vorgeschlagene Art der Konstruktion des Schöffengerichts von der Majorität des Bundesraths erhoben werde, für grundlos erachten. Allerdings beständen in Sachsen die Strafgerichte aus 3 Richtern und 4 Schöffen, während jetzt die Strafgerichte aus 2 Richtern und 3 Schöffen gebildet werden. Die neu vorgeschlagene Einrichtung sei indessen nur eine Verbesserung des Instituts. Man habe in Sachsen vornehmlich deshalb 3 Richter vorschreiben müssen, weil dieselben gerade wie der Schwurgerichtshof einen Theil der Arbeit, nämlich die rechtliche Beurtheilung und die Strafzumessung, selbständig und für sich zu erledigen hätten, während nach dem Vorschlag, wie er jetzt vorliegt, die Laien auch bei diesen Fragen mitzuwirken hätten. Wäre nicht die Reichs-Gesetzgebung in Aussicht, so würde Sachsen diese Aenderung für sich im Wege der Partikular-Gesetzgebung sofort treffen.

Der angeblich üble Eindruck, wenn die Richter verschiedener Meinung sind, werde der gleiche bleiben, ob 2 oder 3 oder 4 Richter diskutieren. Der Laie werde sich eben für die ihm am meisten zugänglich gemachte Ansicht entscheiden müssen. Erreicht werde durch den Vorschlag eine ausserordentliche Verminderung des theuern und gegenwärtig ohnedem sich mindernden Richter-Personales.

Wenn wirklich eine so grosse Belastung des Laienthums zu besorgen sei, so wäre es besser, eher in andern Branchen das Material mehr zu sparen, da keine Materie so tief in das ganze Leben eingreife, als gerade das Strafrecht. Uebrigens sei die Belastung bei weitem nicht so gross. —



Gleichwie im Schoosse der verbündeten Regierungen, so traten auch in der Kommission selbst die entgegenstehenden Meinungen zu Tage. Für den Standpunkt des Regierungs-Entwurfs, also für das aus fünf Staatsrichtern unter Ausschluss des Laien-Elements gebildete Strafgericht, traten mehrere Mitglieder, darunter namentlich die der Fortschrittspartei angehörenden Mitglieder der Kommission ein. Es wurde namentlich betont, dass, wenn auch bei einem grossen Theil der Bevölkerung in Sachsen das Institut des Schöffengerichts Eingang gefunden habe, dasselbe doch nicht überall, namentlich auf dem Lande, der Fall sei. Thatsache sei, dass die Schöffen weniger das Gefühl der Verantwortung in sich tragen und weniger oft von der Richtigkeit ihres Richterspruchs durchdrungen seien, als die Geschworenen, auch dass die Schöffen weniger selbständig in der Ausübung der richterlichen Funktionen seien, als die Geschworenen. Für politische und Press-Prozesse müsse jedenfalls entschieden am Schwurgerichte festgehalten werden.

Von anderer Seite wurde gegen den Vorschlag geltend gemacht, dass damit die von der Kommission beschlossene Berufung sich nicht aufrecht erhalten lasse, ein Satz, der allerdings allerseits als selbstredend angesehen wurde.

Von den Antragstellern Dr. Schwarze und Becker, desgl. von Dr. Lasker, Reichensperger, Gaupp, Mayer, Marquardsen und Anderen wurde dagegen das Schöffengericht sowohl an sich, als in der vorgeschlagenen Gestaltung mit Entschiedenheit vertheidigt. Es wurde insbesondere in Unterstützung der von der sächsischen Regierung vorgetragenen Gründe betont, dass, wenn irgend wo, so gerade in der Strafrechtspflege das Laien-Element berufen sei, zur Lösung der Staatsaufgaben mitzuwirken. Die Empfänglichkeit des menschlichen Gemüths für die Frage der Schuld oder Unschuld, der Umstand, dass im Thatsächlichen ein klarer Beweis gestellt werden müsse, sonst könne und dürfe kaum Verurtheilung erfolgen, der Umstand, dass zur Verurtheilung erforderlich sei, dass ein klares Gesetz übertreten worden, der Umstand, dass in Fragen dieser Art eine gedankenlose Unterwerfung unter die Ansicht der Staatsrichter ein, dem deutschen Volke als Grundzug niemals zu unterstellender Charakterfehler sein würde, Alles das spreche lebendig für die Schöffengerichte.

Die vorgeschlagene Konstruktion, 2 Richter und 3 Schöffen, sei die beste. Man werde doch nicht ein Strafgericht von drei Richtern für möglich halten, wenn von dem Erforderniss der Stimmen-Einhelligkeit abgesehen werde, und sonach zwei Stimmen verurtheilen können. Es müsse daher zuerst abgestimmt werden

ob 5 Richter oder 3 Richter (gleichviel zunächst ob Rechtsgelehrte oder Laien) das Urtheil erlassen sollen.

Bei 5 Richtern könne von dem Erforderniss der Stimmen-Einheit eben abgegangen werden, wenn man 4 Stimmen zur Verurtheilung habe. Gerade aber da erweise sich die vorgeschlagene Gestaltung am allzweckmässigsten. Bei 2 Richtern und 3 Schöffen können, wenn 4 Stimmen zur Verurtheilung nöthig sind, die Schöffen niemals ohne das juristische Element verurtheilen, ebenso wenig können die Richter verurtheilen, wenn sie nicht die Majorität der Schöffen für sich haben, und ausserdem prävalire das Laien-Element in der Zahl 3 dem nur durch 2 Richter vertretenen Richter-Element.



Die Kommission stellte fast einstimmig zunächst als Prinzip fest, dass unter allen Umständen, gleichviel ob Laienrichter oder nicht, ob Berufung oder nicht, in erster Instanz 5 Richter zu sitzen haben.

#### Detail-Vorschriften.

Sitzung vom 18. Januar 1876.

Schliesslich befasste man sich noch in der Sitzung vom 18. Januar 1876 mit den, durch den Beschluss, dass in Strafsachen mittlerer Gattung Schöffengerichte urtheilen sollen, nöthig gewordenen Einzelbestimmungen. Es lag in dieser Beziehung ein von dem Abgeordneten Becker im Detail ausgearbeiteter, 17 Paragraphen umfassender, mit den Vorschriften der Regierungs-Vorlage über die Kleinen Schöffen harmonirender Entwurf vor, welcher angenommen wurde.

Dieser Antrag lautet:

„Anträge, betreffend: Bestimmungen über die Grossen Schöffengerichte, welche von der Redaktions-Kommission demnächst (in der Art, wie Nr. 1. und 4. der Drucksachen II.) mit denjenigen über Schöffengerichte und Schwurgerichte zu verbinden sein werden.

Die Kommission wolle beschliessen:

- a) Die Bestimmung des §. 18 Abs. 1 findet auf die Grossen Schöffengerichte Anwendung.

Die ausserhalb des Hauptverfahrens erforderlichen Entscheidungen werden von der Strafkammer erlassen.

- b) Die Bestimmungen der §§. 19—23 finden auf die Grossen Schöffengerichte Anwendung, diejenigen des §. 22 jedoch mit der Aenderung im §. 66.

- c) Die Urliste für die Auswahl der Schöffen dient zugleich für das Grosse Schöffengericht.

- d) Aus der berechtigten Urliste wählt der Ausschuss für das nächste Geschäftsjahr diejenigen Personen (etwa: mit Uebergehung der Reichs- und Staats-Beamten, welche für das Grosse Schöffengericht nicht berufen werden sollen), welche er zu Schöffen für das Grosse Schöffengericht vorschlägt. Die Vorschläge sind nach dem dreifachen Betrage der für das Amtsgericht bestimmten Zahl der Schöffen zu bemessen.

- e) Die Namen der zu Schöffen für das Grosse Schöffengericht vorgeschlagenen Personen werden in ein Verzeichniss aufgenommen (Vorschlagsliste), und wird dasselbe nebst den Einsprachen, welche sich auf die in dasselbe aufgenommenen Personen beziehen, dem Präsidenten des Landgerichts übersendet.

- f) Der Präsident des Landgerichts bestimmt eine Sitzung, an welcher 5 Mitglieder mit Einschluss des Präsidenten und der Direktoren Theil nehmen. Das Landgericht entscheidet endgültig über die Einsprachen und wählt sodann aus der berichteten Vorschlagsliste die für die Grossen Schöffengerichte festgesetzte Zahl von Haupt- und Hülfs-Schöffen.

Als Hülfschöffen sind solche Personen zu wählen, welche am Sitze des Landgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen.



- g) Die Zahl der für jeden Amtsgerichts-Bezirk bestimmten Haupt- und Hilfs-Schöffen des Grossen Schöffengerichts wird durch die Landes-Justizverwaltung festgesetzt.

Die Festsetzung der Gesamtzahl der für das Grosse Schöffengericht bestimmten Hauptschöffen erfolgt in der Art, dass voraussichtlich jeder höchstens zu 5 ordentlichen Sitzungstagen im Jahr herangezogen wird.

- h) Die Namen der für das Grosse Schöffengericht bestimmten Haupt- und Hilfs-Schöffen werden in gesonderte Verzeichnisse aufgenommen (Jahreslisten).

- i) Die Tage der ordentlichen Sitzungen des Grossen Schöffengerichts werden für das ganze Jahr vom Präsidenten des Landgerichts im Voraus festgestellt.

Die Reihenfolge, in welcher die Hauptschöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen des Jahres Theil nehmen, wird durch Ausloosung in öffentlicher Sitzung der Strafkammer bestimmt. Das Loos zieht der Direktor der Strafkammer.

Ueber die Ausloosung wird vom Gerichts-Schreiber ein Protokoll aufgenommen.

- k) Die Bestimmungen der §§. 34 und 35 finden auf das Grosse Schöffengericht Anwendung. An die Stelle des Amtsrichters tritt im Falle des §. 34 der Direktor der Strafkammer, im Falle des §. 35 der Vorsitzende des Grossen Schöffengerichts.

- l) Wenn die Geschäfte die Anberaumung ausserordentlicher Sitzungen erfordern, so werden die einzuberufenden Schöffen vor dem Sitzungstage in Gemässheit des §. i ausgeloot.

Erscheint dies wegen Dringlichkeit unthunlich, so erfolgt die Ausloosung auf Antrag des Vorsitzenden des Grossen Schöffengerichts lediglich aus der Zahl der **am Sitze des Gerichts wohnenden** Hülsschöffen.

- m) Die Bestimmung des §. 37 Absatz 1 findet auf die grossen Schöffengerichte Anwendung.

Würde durch die Berufung der letzteren eine Vertagung der Verhandlung oder eine erhebliche Verzögerung ihres Beginns nothwendig werden, so sind die nicht am Sitze des Landgerichts wohnenden Hülsschöffen zu übergehen.

- n) Die Bestimmungen der §§. 38, 39, 40 Absatz 1 und §. 41, Absatz 1 und 2 finden auf die Grossen Schöffengerichte Anwendung.

Die Entscheidung erfolgt in den Fällen der §§. 40, 41 durch die Strafkammer.

Wird die Entscheidung erst in der Sitzung, an welcher der Schöffe Theil nehmen soll, nothwendig, so entscheidet der Vorsitzende des Schöffengerichts über die Theilnahme an dieser Sitzung.

Vor der Entscheidung ist die Staatsanwaltschaft und in den Fällen des §. 40 auch der betheiligte Schöffe zu hören.

Beschwerde findet nicht statt.

- o) Die Bestimmung des §. 42 findet auf die Grossen Schöffengerichte Anwendung. An die Stelle des Amtsrichters tritt der Vorsitzende des Schöffengerichts.

- p) Die Bestimmung des §. 43 findet auf die Grossen Schöffengerichte Anwendung.



- q) Die Bestimmungen des §. 44 finden in Betreff der Schöffen auf die Grossen Schöffengerichte Anwendung. An die Stelle des Amtsrichters tritt der Vorsitzende des Grossen Schöffengerichts.
- r) Die Bestimmung des §. 45 findet auf das Grosse Schöffengericht Anwendung. Auch der Tag, bis zu welchem die Vorschlagslisten an den Präsidenten des Landgerichts einzusenden sind, wird durch die Landes-Justizverwaltung bestimmt.“

Wie bereits erwähnt, wurden diese §§. a—r im Wesentlichen ohne weitere Diskussion angenommen.

Gegenstand der Berathung bildete nur die Frage, ob man zum Schöffendienste Staatsbeamte zulassen wollte. Bekanntlich hat die Kommission bei den Kleinen Schöffen die Frage verneint, bei den Geschworenen aber, wo das Rekusationsrecht gegeben ist, abgesehen von besondern Klassen, z. B. Richtern u. s. w., bejaht. Bei dem Grossen Schöffengericht war auch der dem ganzen Institut entgegengesetzte Einwand, dass Mangel an Material in vielen Gegenden Deutschlands bestehe, mit in Erwägung zu nehmen. Man einigte sich schliesslich dahin, dass nur unmittelbare Staatsbeamte (also keine Gemeinde-Beamte) ausgeschlossen sein sollen, und dieses auch dann nur, wenn sie eine Besoldung beziehen, dass aber bis zur zweiten Lesung noch diejenigen Beamten-Kategorien, die man weiter für berechtigt und verpflichtet zum Kleinen und Grossen Schöffendienste ansah, speziell verzeichnet werden sollen (z. B. Amtsvorsteher, Kreisphysiker, Gymnasial-Lehrer, Professoren, Eisenbahn-Beamte u. s. w.).

## II. Kammerbildung, Geschäftsvertheilung und Hülf Richterthum bei den Landgerichten.

§§. 46a bis 46m der Kommissions-Beschlüsse.

Sitzung vom 13. Januar 1876.

In ihrer Sitzung vom 13. Januar schritt die Kommission weiter in der Berathung des von der Organisation der Landgerichte handelnden vierten Titels des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes.

§. 46 des Entwurfs, welcher vorschreibt, dass die Landgerichte mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Direktoren und Mitgliedern besetzt werden, wurde unverändert angenommen.

Zu §. 47 des Entwurfs, welcher vorschreibt, dass bei den Landgerichten Zivil- und Strafkammern gebildet werden, lagen dagegen eine Reihe von Zusatz-Anträgen des Abgeordneten Dr. Lasker vor, welche darauf abzielten, für die Bildung der Kammern über die Geschäfts-Vertheilung, über die Stellvertretung und über das Hülf Richterthum feste Regeln im Gesetze niederzulegen, um damit den Grundsatz der Unabhängigkeit der Rechtssprechung von den Einwirkungen der Verwaltungs-Behörde auch in diesem Gebiete zum Ausdruck zu bringen und dadurch Misständen vorzubeugen, wie sie namentlich in Preussen in einer frühern Periode besonders grell hervorgetreten seien.

Demzufolge wurde von der Kommission beschlossen:

- 1) Der Präsident führt den Vorsitz mindestens in einer Kammer; in den andern Kammern führt ein Direktor oder ein von der Landes-Justiz-Verwaltung berufenes Mitglied den Vorsitz; dieser Auftrag ist für die Dauer der Existenz der Kammer unwiderruflich.



- 2) Bei der ersten Einrichtung der Gerichte werden die Mitglieder in die einzelnen Kammern (Senate) vertheilt.

Jeder Richter kann gleichzeitig Mitglied mehrerer Kammern sein.

- 3) In jedem beginnenden Geschäftsjahr wird eine aus dem Präsidenten und zwei durch die Gesamtheit des Richter-Kollegiums gewählten Gerichts-Mitgliedern bestehende Kommission gebildet, welche nach Entgegennahme der Wünsche der einzelnen Gerichts-Mitglieder über die Zusammensetzung der Kammern, einschliesslich der Beschlusskammern zu befinden hat.

Der Antrag, dieser Kommission auch noch die Gerichts-Direktoren beizufügen, blieb in der Minorität, da man die Präsidialmacht durch den Gerichts-Präsidenten für hinreichend repräsentirt ansah und es im Uebrigen den Gerichts-Mitgliedern unbenommen ist, die Direktoren in die Kommission zu wählen. Um so mehr musste man den Antrag ablehnen, die Kommission bloß aus dem Präsidenten und den Direktoren zu bilden. Besondere Regeln, nach welchen die Kommission die Zusammensetzung zu bewirken hat, vorzuschreiben, fand man nicht für angemessen;

- 4) dagegen beschloss man, dass die Kommission mit dem Beginn eines jeden Geschäftsjahres ausser den ständigen Mitgliedern auch die für den Fall ihrer Verhinderung erforderlichen Vertreter, welche nach einem gewissen Turnus einzutreten haben, zu bezeichnen habe. Scheidet während des Geschäftsjahres ein Richter ganz aus, so tritt der von der Justiz-Verwaltung neu ernannte Richter an den durch das Ausscheiden erledigten Platz. Ist ein Vorsitzender verhindert, so soll jedoch stets das dienstälteste Mitglied der Kammer denselben vertreten;

- 5) wurde beschlossen, dass die Vertheilung der Geschäfte unter die einzelnen Kammern durch Beschluss des Gerichts in einer Plenar-Sitzung aller Mitglieder erfolgen soll. Weitere Regeln über die Art der Geschäfts-Vertheilung vorzuschreiben, fand man nicht für angemessen, da man dieselbe als einen Akt der Selbstverwaltung des Kollegiums ansah. Innerhalb der einzelnen Kammern vertheilt der Vorsitzende die Geschäfte unter die einzelnen Mitglieder.

- 6) Schliesslich beschäftigte sich die Kommission noch mit der Organisation des in Preussen schon so oft der Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit gewordenen Hülfsrichterthums resp. der Verwendung von Gerichts-Assessoren zu vorübergehenden kollegialgerichtlichen Richterfunktionen. Man nahm an, dass sich diese Institution namentlich in Preussen einerseits nicht vollkommen entbehren lasse, dass aber andererseits den hierbei vorgekommenen Beeinträchtigungen der Unabhängigkeit der Rechtspflege gesteuert werden müsse und einigte sich daher in der Majorität auf folgenden von dem Abg. Lasker eingebrachten Antrag:

„wird die zeitige Vertretung eines Mitgliedes oder die zeitweilige Wahrnehmung einer Richterstelle durch einen Richter nothwendig, welcher nicht Mitglied desselben Gerichts ist, so erfolgt die Anordnung auf Antrag des Gerichts durch die Landes-Justizverwaltung.

Die Anordnung ist unwiderruflich für die Dauer des Ereignisses, durch welches sie bedingt ist. Ist mit der Vertretung eine Ent-



schädigung verbunden, so ist diese für die ganze Dauer im Voraus festzustellen.“

Ein Abänderungs-Antrag, der dahin gegangen war, statt  
„durch einen Richter“  
zu setzen  
„durch einen etatsmässigen Richter“  
wurde abgelehnt.

### III. Grösse und Zusammenhang der Landgerichts-Sprengel.

Sitzung vom 14. Januar 1876.

In ihrer Sitzung vom 14. Januar l. J. setzte die Reichs-Justiz-Kommission ihre Berathungen über die Organisation der Landgerichte fort.

Zunächst beschäftigte man sich mit der Frage der Erlassung von Vorschriften über die Bildung und die Grösse der Landgerichts-Bezirke. Der Regierungs-Entwurf enthält bekanntlich nichts über die Gerichtssprengel, er überlässt vielmehr diese Frage ganz der freien Entschliessung der Einzelstaaten.

Es war nun folgender Antrag eingebracht worden:

- „1) Jeder Landesgerichts-Bezirk soll ein möglichst zusammenhängendes Gebiet und der Regel nach mindestens 150,000 Einwohner umfassen.

Bundesstaaten, deren Gebietsbeschaffenheit oder Einwohnerzahl die Bildung eines Landgerichts nach den bezeichneten Merkmalen nicht gestatten, sollen sich mit einem benachbarten Staat zur Bildung eines gemeinschaftlichen Gerichts vereinigen.

- 2) Eine Abänderung der auf Grund dieses Gesetzes in der ersten Organisation festgestellten Bezirke der Landgerichte und Ober-Landesgerichte erfolgt durch Landes-Gesetz.“

Der Antrag ad 1. wurde damit motivirt, dass ein einheitliches Prozess-Verfahren und eine gleichmässige Wirkung der Prozedur-Ordnungen im Deutschen Reiche sich nur dann denken lasse, wenn die Landgerichts-Bezirks-Abtheilungen in ganz Deutschland von ähnlich gleichem Umfang seien. Eine Vorschrift über die Grösse der Bezirke empfehle sich um so mehr, als einerseits die Prozess-Ordnungen bei einer Reihe der wichtigsten Bestimmungen von dem Erforderniss sehr grosser Gerichts-Bezirke ausgegangen seien, während andererseits bei den Regierungen der kleineren und namentlich der kleinsten deutschen Staaten das natürliche Bestreben vorhanden sei, thunlichst innerhalb ihrer häufig nicht einmal unter sich zusammenhängenden Territorien die Gerichts-Verfassung zur Ausführung zu bringen.

Der Antrag Ziff. 1 wurde jedoch abgelehnt, da, so sehr man dem Grundgedanken beipflichtete, dass Landgerichts-Bezirke von einer möglichst grossen Bevölkerungszahl zu bilden seien, doch die Aufnahme einer arithmetischen Ziffer in die Reichs-Gesetzgebung mit Rücksicht auf die mannigfachen hier in Betracht kommenden Verhältnisse legislatorisch für unthunlich erachtet wurde.

Man war von der Ueberzeugung geleitet, dass sich die Verhältnisse an sich schon stark genug erweisen, um diejenigen Staaten, welche für sich



oder für einzelne Theile ihres Territoriums keine Gerichts-Bezirke bilden können, zu bestimmen, mit Nachbarstaaten wegen Bildung gemeinsamer Gerichte sich zu verständigen. Eine zwingende Vorschrift — und nur das würde praktischen Werth haben — enthalte der Antrag in seiner Fassung selbst nicht, es werde durch denselben doch schliesslich Alles dem Ermessen der Bundes-Regierungen überlassen. So würde also die Macht der Thatfachen, beispielsweise finanzielle Gründe, Mangel an Richter-Personal u. s. w. mehr bewirken, als irgend eine Normativ-Bestimmung.

Der Antrag ad 2, welcher mit dem Grundsatz, dass die Gerichts-Zuständigkeit nicht durch Anordnungen der Verwaltung variabel werden dürfe, motivirt wurde, wurde abgelehnt, weil man diesen Grundsatz auf Aenderungen in der Eintheilung der Gerichts-Bezirke nicht für unbedingt anwendbar erachtete, und weil nach dem Staatsrecht der meisten Länder die Gerichtsbezirks-Eintheilung Sache der Exekutive ist, auch überwiegende Gründe der Zweckmässigkeit dafür sprechen, zumal gegenüber einer neuen durch die Erfahrung noch nicht erprobten Gerichts-Organisation, hervorragenden Mängel in der Bildung der Sprengel im Verordnungswege abzuheilen.

#### IV. Besetzung und Formation der Landgerichte.

##### §§. 48 und 49 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 14. Januar 1876.

§. 48 des Entwurfs des Gerichtsverfassungs-Gesetzes wurde unverändert angenommen.

Zu §. 49 beschloss man, dass die Bestellung des Untersuchungs-Richters durch die in der vorigen Sitzung für die Vertheilung der einzelnen Richter in die Kammern des Landgerichts vorgeschriebene aus dem Präsidenten und zwei Richtern gebildete Kommission erfolgen soll. Man ging hierbei davon aus, dass die Grundsätze, die man als Garantien für die Unabhängigkeit des Richteramts für erforderliche erachtet habe, in erster Reihe auch auf den Untersuchungs-Richter, der in Deutschland unbestritten eine Richterstellung, nicht wie in Frankreich die Stellung eines Beamten der gerichtlichen Polizei bekleide, Anwendung finden müssen.

Ein Abänderungs-Antrag, welcher die Ernennung des Untersuchungs-Richters dem Präsidenten oder der Kommission des Ober-Landesgerichts übertragen wollte, wurde abgelehnt.

#### V. Zuständigkeit in Zivilsachen.

##### §§. 50 und 51 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 14. Januar 1876.

Zu §. 50 des Entwurfs traf man aus Gründen einleuchtender Billigkeit die Bestimmung, dass wenn in den in diesem Praragraphen erwähnten Materien bei Bagatellsachen unter 300 Mark der Vertreter des Reichs oder des Einzelstaats die dritte Instanz beschreitet, — was doch regelmässig nur wegen Erlangung eines für den Reichsfiskus oder Staatsfiskus wichtigen, für die Gegenpartei aber interessenlosen richterlichen Präjudizes, z. B. in einer Steuerfrage wegen 15 Groschen, wie dieses schon vorgekommen sei — erforderlich sein werde, das Reich resp. der Einzelstaat auch im Falle des Obsiegens die Kosten dieser Instanz zu tragen habe.



Zu §. 51 blieb ein Antrag in der Minorität, welcher in den wegen ihres Gegenstandes (Miethverhältnisse u. s. w. §. 12 Ziff. 2 des Ger.-Verf.-Ges.) vor die Amtsgerichte gewiesenen Sachen bei Vorhandensein eines Beschwerde-Gegenstandes im landgerichtlichen Kompetenz-Antrag von über 300 Mark. die Berufung nicht an das Landgericht, sondern an das Ober-Landesgericht gerichtet haben wollte.

#### VI. Zuständigkeit in Strafsachen.

##### §§. 52—56 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 14. Januar 1876.

Sitzung vom 15. Januar 1876.

§. 52 wurde unverändert angenommen.

Der §. 53 des Entwurfs regelt die Zuständigkeit der Strafkammern als erkennende Gerichte. Zunächst wurde der Antrag eingebracht, die Pressvergehen vor die Geschworenen zu verweisen.

Da der Reichstag bereits zwei Mal sich in gleichem Sinne ausgesprochen hat und hierbei die Gründe für und wider ausführlich zur Erörterung gekommen sind, und die Frage überhaupt in allen politischen Kreisen und nach allen Richtungen hin schon diskutirt worden ist, so mochte dieses der Grund davon gewesen sein, dass trotz der hochwichtigen Natur des Gegenstandes nur eine kurze Diskussion in der Kommission stattfand, in welcher neue Gesichtspunkte nicht zu Tage traten und nicht zu Tag treten konnten. Die Abstimmung ergab, dass der Antrag die Pressvergehen vor die Geschworenen zur Aburtheilung zu verweisen, mit überwiegender Majorität angenommen wurde.

In der Sitzung vom 15. Januar setzte die Kommission zunächst ihre Berathungen über die den Landgerichten in Strafsachen zuzutheilende Zuständigkeit fort.

Es lag zunächst der Antrag vor:

die Vergehen der §§. 95, 97, 99, 101, 102, 104, 107, 108, 109, 110, 111, 115, 125, 127, 128, 129, 130a, 131 des Reichs-Strafgesetzbuchs:

Majestäts-Beleidigungen,

Wahlfälschung, Wahlbestechung,

Aufforderung zum Ungehorsam,

Aufruhr und Auflauf,

Betheiligung an bewaffneten Haufen oder gesetzwidrigen Vereinen, öffentliche Aufreizung,

Amtsmissbrauch von Geistlichen

als sog. politische Vergehen den Geschworenen zur ausschliesslichen Aburtheilung zu überweisen.

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da man einen zwingenden Grund dafür nicht als vorhanden ansah, da man ferner annahm, dass sehr viele dieser Delikte ohne allen politischen Hintergrund vorkommen können.

Soweit aber ein Bedürfniss für die Ueberweisung von politischen Verbrechen an die Geschworenen als begründet anzuerkennen wäre, sei demselben im Entwurf bereits Rechnung getragen, indem derselbe die an sich zur landgerichtlichen Kompetenz gehörigen Verbrechen, nämlich



Vorbereitungshandlungen zu hochverrätherischen Unternehmungen (§. 86 des R.-St.-G.-B.)

Thätlichkeiten gegen Mitglieder eines bundesfürstlichen Hauses (§. 100),

Gewaltthätigkeit gegen Mitglieder von gesetzgebenden Versammlungen (§. 106)

von den Landgerichten weg und vor die Geschworenen verweist, vor welche ohnehin alle schweren politischen Verbrechen, weil sie mit mehr als fünf Jahre Zuchthaus im Gesetz bedroht sind, gesetzlich gehören.

Man wendete sich hierauf der Berathung des **§. 53** des Entwurfs zu, welcher die Strafkammern als erkennende Gerichte für zuständig erklärt:

1) für die Vergehen, welche nicht zur Zuständigkeit der (Kleinen) Schöffengerichte gehören;

2) für diejenigen Verbrechen, welche mit Zuchthaus von höchstens fünf Jahren allein oder in Verbindung mit andern Strafen bedroht sind.

Zu diesen von der Kommission angenommenen Kompetenzbestimmungen traf jedoch dieselbe Zusatzbestimmungen, durch welche eine ganz eminente Erweiterung der Zuständigkeit des Strafgerichts mittlerer Ordnung und folgeweise eine dem entsprechende Entlastung des Schwurgerichts in einer Weise und in einem Umfang herbeigeführt wird, dass man gegenüber dem bisher allenthalben in Deutschland bestehenden Rechtszustande sehr wohl behaupten kann, dass hierdurch in dieser Materie ein völlig neues Recht geschaffen wird.

Die Kommission beschloss nämlich, für eine Reihe von Verbrechen, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die Grösse der zu erkennenden Strafe, welche nach den Normen des Strafgesetzbuchs darnach in einzelnen Fällen bis zu einem vom Landgerichte auszusprechenden Strafmaximum von fünfzehn Jahren ansteigen kann, das Landgericht (Grosses Schöffengericht) ausschliesslich für zuständig zu erklären und darnach unter Streichung der §§. 54 und 60 des Entwurfs, bei **§. 53** hinter **Ziffer 2** folgende Nummern einzuschalten und dadurch die landgerichtliche Zuständigkeit unbedingt für begründet zu erklären:

3) für die Verbrechen der Personen, welche zur Zeit der That das 18 Lebensjahr noch nicht vollendet hatten;

4) für das Verbrechen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in den Fällen der §§. 118 und 119, sowie des §. 122 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs;

5) für das Verbrechen der Unzucht im Falle des §. 176 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs;

6) für die Verbrechen des Diebstahls in den Fällen der §§. 243 und 244 des Strafgesetzbuchs;

7) für das Verbrechen der Hehlerei in den Fällen der §§. 260 und 261 des Strafgesetzbuchs;

8) für das Verbrechen des Betrugs im Falle des §. 264 des Strafgesetzbuchs;

9) für das Verbrechen der Urkundenfälschung in den Fällen, auf welche §. 268 Nr. 2 oder §. 272 des Strafgesetzbuchs Anwendung finden.

Die äussere Veranlassung zu diesem Beschlusse bildete zunächst die Vorschrift des **§. 60** des Entwurfs, welcher wegen der oben unter



Ziffer 4—9 eingeführten, nach dem Entwurf an sich zur schwurgerichtlichen Kompetenz gehörigen Verbrechen, der Anklagekammer des Landgerichts die Ermächtigung ertheilt, auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung von dem Schwurgerichte weg und der Strafkammer als erkennendem Gerichte zuzuweisen, wenn anzunehmen ist, dass keine höhere Strafe als Zuchthaus von höchstens fünf Jahren verwirkt ist, wobei jedoch wiederum die erkennende Strafkammer, falls sie nach dem Ergebniss der Verhandlung eine schwerere Freiheitsstrafe für verwirkt erachtet, die Sache durch Beschluss an das Schwurgericht zu verweisen hat.

Bei **Ziffer 3** und **7** wurde anerkannt, dass der Gerichtsstand des Zusammenhangs wegen (§§. b und c der Str.-Pr.-Ord.) möglicher Weise deren Aburtheilung durch das Schwurgericht zur Folge haben könne.

Von der weittragendsten Bedeutung ist die Bestimmung unter **Ziffer 6**, nach welcher nicht nur der Rückfall in den einfachen Diebstahl, sondern auch der schwere Diebstahl (§. 243 Ziffer 1—7 des Reichs-Str.-G.-B.) und letzterer sogar auch dann, wenn Rückfall vorliegt (§. 244 des Str.-G.-B.) stets vor dem Landgerichte (Grosses Schöffengericht) anstatt wie bisher vor dem Schwurgericht abgeurtheilt werden soll. Durch diese Vorschrift in Verbindung mit der Vorschrift Ziffer 8 bezüglich der Urkundenfälschung wird nach den statistischen Erfahrungen in Preussen bewirkt, dass die Schwurgerichte um beiläufig fünfzig Prozent ihrer bisherigen Arbeitsthätigkeit erleichtert werden. Diese letztere Folge wurde gerade als ein Einwand gegen den Vorschlag geltend gemacht und demzufolge verlangt, dass der schwere Diebstahl unter der schwurgerichtlichen Kompetenz belassen oder doch wenigstens nur im Wege der Ueberweisung (Korrektionalisirung) an das Landgericht zur Aburtheilung gelangen soll; beide Anträge wurden aber abgelehnt, da man das Arbeitsgebiet des, einen so grossen Apparat erheischenden Schwurgerichts in seiner künftigen Beschränkung immerhin noch als einen ausreichenden Spielraum bietend ansah, und da man gerade in Diebstahlsfällen, wenn ein Komplex von durch eine Bande verübten Diebstählen abzuurtheilen ist, es für unmöglich ansah, dass die einzelnen Diebstahlsfälle von den Geschworenen im Gedächtnisse festgehalten werden können, so dass man sich gerade in Fällen dieser Art von dem beim Schöffengericht stattfindenden Zusammentritt der Staatsrichter mit den Laienrichtern zur gemeinsamen Berathung die besten Vortheile versprach; auch die Aburtheilung der Rückfallsverbrechen erachtete man besser in Händen des gemischten Gerichts, welches, wie ein Redner bemerkte, weniger geneigt sei, dem Satze „*semel fur, semper fur*“ einen ihm nicht zukommenden Einfluss auf die Bejahung der Schuldfrage zu gewähren.

§. 55 des Entwurfs ist schon bei der Berathung der Kompetenz der Kleinen Schöffengerichte in der Sitzung vom 16. November v. J. mit den oben S. 22 mitgetheilten Modifikationen angenommen worden.

§. 56 des Entwurfs wurde unverändert angenommen, nachdem konstatiert worden war, dass die hierin erwähnte „andere strafbare Handlung“ nicht nothwendig gleichfalls durch Ueberweisung an das Amtsgericht zur Aburtheilung gelangt sein muss, und dass das weiter berührte Zusammentreffen ebensowohl den Fall des §. 74, als denjenigen des §. 79 des Reichs-Strafgesetzbuches umfasse.



**VII. Zusammensetzung der Kammern.****§. 57 des Entwurfs.**

Fortsetzung der Sitzung vom 15. Januar 1876.

Bei §. 57 wurde nur über den ersten Satz abgestimmt und derselbe angenommen. Der zweite Satz, wonach 5 Mitglieder das erkennende Gericht zu bilden haben, ist schon in der Sitzung vom 12. Januar l. J. mit überwiegender Majorität angenommen worden. Ausserdem traf man aber die bedeutsame Zusatzbestimmung, dass ein Richter, welcher in der Raths- und Anklage-Kammer bei der Beschlussfassung über Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt hat, bei der Aburtheilung der Strafsache durch das erkennende Gericht ausgeschlossen sein soll.

Man erachtete diese organisatorische Massregel für nothwendig, weil sonst die Praxis dahin führen könne, gerade die Richter zur Aburtheilung zu berufen, welche mit der Sache schon aus den Vorstadien betraut sind, man erwog namentlich aber die Gefahr einer vorgefassten Meinung, die nach den Beschlüssen der Kommission, nach welchen das Verweisungs-Erkenntniss sich in positiver Form über die Rechtsfrage auszusprechen hat (§. 168 der Str.-P.-O.), ganz besonders in den Vordergrund trete, dass aber auch in der Thatfrage sich sonst leicht die Meinung bilden könne, es handle sich in der mündlichen Verhandlung um den Gegenbeweis gegen eine Ansicht, die sich bei den Richtern bereits festgestellt hat; endlich erblickte man in der beschlossenen Vorschrift einen Impuls zur Bildung grosser Landgerichts-Bezirke.

**VIII. Bildung der Strafkammern bei den Amtsgerichten.****§. 58 des Entwurfs.**

Fortsetzung der Sitzung vom 15. Januar 1876.

Zu §. 58 fand das Institut der detachirten Strafkammern und der fliegenden Deputationen einstweilen und bevor nähere Kautelen gefunden werden, nicht den Beifall der Kommission, insbesondere wegen Zweifels darüber, ob Angesichts der von der Kommission getroffenen tiefgreifenden prinzipiellen Aenderungen der mittleren Strafgerichtsbarkeit (Beschränkung auf 2 Staatsrichter, Beizug von 3 Laien und Ausdehnung der Kompetenz bis zu 15 Jahren Zuchthaus) eine von dem Organismus, dem Geist und der Verantwortlichkeit des Landgerichts völlig losgelöste, auf ein gewöhnliches Amtsgericht basirte Institution, — wobei der juristische Schwerpunkt für die Handhabung dieser bisher in keinem deutschen Bundesstaate bekannten eminenten Strafgewalt in der Hand zweier ins Schöffengericht, in ihrer übrigen Thätigkeit nur zur Ausübung der Bagatell-Justiz, berufenen Amtsrichter ruhen würde —, an sich hinlängliche Rechtsgarantien dafür biete: welche Normen bezüglich der Auswahl der Richter und der Schöffen zu treffen seien, desgleichen welche Voraussetzungen vorzuschreiben seien, unter den die Landes-Justizverwaltung solche Ausnahme-Gerichte ins Leben rufen könne. Wenn auch einerseits nicht ausser Acht gelassen wurde, dass solche detachirte Strafkammern unter Umständen die Bildung grosser Landgerichte befördern können, so liess sich doch andererseits auch umgekehrt denken, dass die Landes-Justizverwaltungen der einzelnen kleinern Staaten, welche wegen Grösse oder Figuration ihres Territoriums nicht selbst ein Landgericht bilden können, geneigt



sein möchten, in ihren Amtsgerichts-Bezirken wenigstens solche wenig Kosten verursachende Strafkammern zu bilden, während in dem Entwurf wohl nur das in einem Theile von Preussen möglicherweise vorhandene Bedürfniss in Betracht gezogen war.

#### IX. Zahl der Richter.

Sitzung vom 17. Januar 1876.

In der Sitzung vom 17. Januar wurde zunächst ein nachträglich zu dem Titel „von den Landgerichten“ gestellter Antrag abgelehnt, welcher bestimmen wollte, dass jedes Landgericht mindestens mit 15 Mitgliedern einschliesslich des Präsidenten zu besetzen sei. Zu Gunsten des Antrags wurde geltend gemacht, dass hierdurch ein Mittel zur Herbeiführung der von der Kommission allseitig gewünschten grossen Landgerichts-Bezirke geschaffen wäre und dass die vorgeschlagene Zahl der Mitglieder den durch die Prozedur-Ordnungen vorgeschriebenen richterlichen Geschäften eines Landgerichts entsprechend sei. — Man nahm an, dass die Zahl 15 eine willkürlich gegriffene sei und dass in den verschiedenen Gerichts-Bezirken die Geschäftslast, nach welcher sich die Richterzahl bestimmen müsse, eine ganz verschiedene sei. Beispielsweise seien jetzt bei dem Gerichtshof für Osnabrück und Meppen für einen Bezirk von 300,000 Einwohner nur 12 Richter erforderlich.

Die von der Kommission bezüglich der Grossen Schöffengerichte gefassten Einzelbeschlüsse sind von der Redaktions-Kommission dem dritten Titel „Schöffengerichte“ eingefügt worden, und daher oben zu §. 14. und folgende bereits mitgetheilt worden. Im Uebrigen lautet der vierte Titel „Landgerichte“ §§. 46.—58. des Entwurfs, wie derselbe aus den **Beschlüssen der Kommission und der Redaktions-Kommission** hervorgegangen ist, wie folgt:

#### Vierter Titel.

##### *Landgerichte.*

**§. 46 a.** *Die Landgerichte werden mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Direktoren und Mitgliedern besetzt.*

**§. b.** *Bei jedem Landgerichte wird wenigstens eine Zivilkammer, eine Strafkammer und eine Kammer gebildet, welcher die richterlichen Mitglieder der Grossen Schöffengerichte angehören. Die Landes-Justizverwaltung bestimmt, ob und in welcher Zahl mehrere Kammern derselben Art zu bilden sind.*

**§. c.** *Bei den Landgerichten werden Untersuchungs-Richter bestellt; die Zahl derselben bestimmt die Landes-Justizverwaltung.*

**§. d.** *Den Vorsitz im Plenum führt der Präsident, den Vorsitz in den Kammern führen der Präsident, die Direktoren oder die von der Landes-Justizverwaltung ständig zu Vorsitzenden berufenen Mitglieder.*

*Für die einzelnen Kammern bestimmt die Landes-Justizverwaltung die Vorsitzenden. Die getroffene Bestimmung kann nur mit dem Ablauf eines Geschäftsjahrs auf übereinstimmenden Antrag der beteiligten Vorsitzenden geändert werden.*

**§. e.** *Die Vertheilung der Geschäfte unter die Kammern derselben Art erfolgt durch das Plenum. Eine Aenderung kann nur mit Beginn eines Geschäftsjahrs eintreten.*



**§. f.** Vor Beginn des Geschäftsjahrs werden auf die Dauer desselben die ständigen Mitglieder der einzelnen Kammern und für den Fall ihrer Verhinderung die regelmässigen Vertreter, sowie die Untersuchungs-Richter durch eine Kommission des Gerichts bestimmt. Jeder Richter kann zum Mitglied mehrerer Kammern bestimmt werden.

Die Kommission besteht aus dem Präsidenten und zwei im Plenum nach absoluter Stimmenmehrheit gewählten Mitgliedern.

Die Kommission hat auf Verlangen die Mitglieder des Gerichts über ihre Zutheilung zu hören.

**§. g.** Der Präsident kann bestimmen, dass in denjenigen Sachen, in welchen während eines Geschäftsjahrs eine Verhandlung bereits stattgefunden hat oder anberaumt ist, der Vorsitzende und Mitglieder der betreffenden Kammer über die Dauer des Geschäftsjahrs hinaus an der Verhandlung und Entscheidung Theil zu nehmen haben.

**§. h.** Im Falle der Verhinderung des regelmässigen Vorsitzenden führt den Vorsitz in der Kammer dasjenige Mitglied, welches dem Dienstalter nach und bei gleichem Dienstalter der Geburt nach das älteste ist.

Der Präsident wird in seinen übrigen Geschäften durch denjenigen Direktor vertreten, welcher dem Dienstalter nach und bei gleichem Dienstalter der Geburt nach der älteste ist.

**§. i** Im Falle der Verhinderung des regelmässigen Vertreters eines Mitglieds wird ein zeitweiliger Vertreter durch den Präsidenten bestimmt.

**§. k.** Der Präsident hat die Kommission zu einem ergänzenden Beschlusse über die Zusammensetzung der Kammern zu berufen, wenn dies in Folge Wechsels oder dauernder Verhinderung einzelner Mitglieder des Gerichts erforderlich wird.

**§. l.** Innerhalb der Kammer vertheilt der Vorsitzende die Geschäfte auf die Mitglieder.

Für einzelne Sachen kann der Vorsitzende die Leitung der Verhandlung einem Mitgliede des Gerichts übertragen. In diesem Falle gelten die Anordnungen des mit der Sachleitung beauftragten Richters als Anordnungen des Vorsitzenden.

**§. m.** Wird die zeitweilige Vertretung eines Mitglieds oder die zeitweilige Wahrnehmung einer Richterstelle durch einen richterlichen Beamten nothwendig, welcher nicht Mitglied desselben Gerichts ist, so erfolgt die Anordnung auf Antrag des Gerichts durch die Landes-Justizverwaltung.

Die Anordnung ist unwiderruflich für die Dauer des Ereignisses, durch welches sie bedingt ist. Ist mit der Vertretung eine Entschädigung verbunden, so ist diese für die ganze Dauer im voraus festzustellen.

Unberührt bleiben diejenigen Bestimmungen der Landes-Gesetze, nach welchen richterliche Geschäfte nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden können.

**§. 50.** Vor die Zivilkammern der Landgerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche nicht den Amtsgerichten zugewiesen sind.

Für die Ansprüche, welche auf Grund des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über die Abgaben von der Flösserei oder auf Grund des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten gegen den Reichsfiskus erhoben werden, sind die Landgerichte ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes ausschliesslich zuständig.



*Der Landes-Gesetzgebung bleibt überlassen, Ansprüche der Staatsbeamten gegen den Staat aus ihrem Dienstverhältnisse, Ansprüche gegen den Staat wegen Verfügungen der Verwaltungs-Behörden, wegen Verschuldung von Staatsbeamten und wegen Aufhebung von Privilegien, sowie Ansprüche in Betreff öffentlicher Abgaben ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes den Landgerichten ausschliesslich zuzuweisen.*

**§. 51.** Unverändert.

**§. 52.** Die Strafkammern sind zuständig für diejenigen die Voruntersuchung und deren Ergebnisse betreffenden Entscheidungen, welche nach den Vorschriften der Strafprozess-Ordnung von dem Gerichte zu erlassen sind; sie entscheiden über Beschwerden gegen Verfügungen des Untersuchungs-Richters und gegen solche Verfügungen des Amtsrichters, welche in dem Verfahren zur Vorbereitung der öffentlichen Klage ergangen sind. Die Bestimmungen über die Zuständigkeit des Reichs-Gerichts werden hierdurch nicht berührt.

Die Strafkammern erledigen ausserdem die in der Strafprozess-Ordnung den Landgerichten zugewiesenen Geschäfte.

**§. 53.** *Fällt fort.* (Vgl. §§. 17. und 17 a.)

**§. 54.** *Fällt fort.*

**§. 55.** *Fällt fort.* (Vgl. §. 16 c.)

**§. 56.** *Fällt fort.* (Vgl. §. 16 d.)

**§. 57.** Die Kammern der Landgerichte entscheiden in der Besetzung von drei Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden.

**§. 58.** *Fällt fort.*

## Fünfter Titel.

### *Schwurgerichte.*

§§. 59—80 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 17. Januar 1876.

Bei dem Titel „Schwurgerichte“ wurde **§. 59** unverändert angenommen.

Die §§. 60 und 61 wurden schon in der vorausgegangenen Sitzung in Folge der von der Kommission beschlossenen anderweiten Regelung der Kompetenz der mittlern Strafgerichte gestrichen.

§§. 62—65 wurden unverändert angenommen.

Bei **§. 66**, welcher die gesetzlichen Qualifikationen für den Schöffendienst und Geschworenendienst für identisch erklärt, wurde ein Zusatz-Antrag angenommen, dahin:

*„Es dürfen jedoch zu den Geschworenen auch Reichs- und Staats-Beamte berufen werden, wenn dieselben weder richterliche Beamte, noch Beamte der Staatsanwaltschaft, noch gerichtliche oder polizeiliche Vollstreckungs-Beamte sind, noch zu den in §. 25 des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 bezeichneten Reichsbeamten oder zu den durch die Landes-Gesetzgebung näher zu bestimmenden höheren Verwaltungs-Beamten gehören.“*



Man nahm an, dass man beim Schwurgerichtsdienst der vielen dem Beamtenstande angehörigen intelligenten Elemente (beispielsweise Universitäts-Professoren, Baubeamte, Gymnasial-Lehrer, Eisenbahn-Beamte) nicht entbehren könne, und dass hier die Dinge doch wesentlich anders liegen als beim Kleinen Schöffengericht.

Die §§. 67–71 werden unverändert angenommen.

Bei §§. 72–75 beschloss man das dort vorgeschlagene Reduktionsrecht des Schwurgerichts-Präsidenten, nach welchem derselbe die aus der Urne in der Zahl von 48 Geschworenen ausgeloste Dienstliste, durch willkürliches Streichen auf die Zahl von 30 Geschworenen herabzusetzen hat, zu beseitigen und dafür festzusetzen, dass sofort 30 Geschworene auszuloosen seien. Man hielt dafür, dass die sonstigen im Entwurf vorgesehenen Sicherungsmassregeln für Festsetzung der Vorschlagsliste durch das amtsgerichtliche Vertrauensmänner-Kollegium und freie Auswahl der auf die Jahresliste zu setzenden Geschworenen durch das mit 5 Richtern besetzte Landgerichts-Kollegium hinlängliche Garantien bieten, während diese Reduktions-Befugniss des Schwurgerichts-Präsidenten dazu führen würde, dass einzelne Geschworene sich, um nicht funktionieren zu müssen, beim Präsidenten förmlich darum bewerben, von der Liste gestrichen zu werden, andererseits aber der Präsident es in seiner Macht habe, in Betreff der Zusammensetzung der Geschworenenbank für den einzelnen Fall seiner subjektiven Meinung einen nicht unerheblichen Einfluss zu verschaffen, dadurch aber auch gleichzeitig durch die Streichung direkt Männer ganz unnöthig zu verletzen, die durch zwei Kollegien bereits für qualifizirt für den Dienst erklärt worden sind.

Wenn Geschworene in der Sitzung wegfallen, soll die Ergänzung durch Loosziehung aus der Jahresliste, anstatt auf dem in §. 75 des Entwurfs vorgeschlagenen Wege, der mit dem Wegfall des Reduktionsrechts gleichfalls nicht mehr offen stand, erfolgen. Dem §. 74 wurde noch beigefügt, dass den Geschworenen die Ladung jedenfalls drei Tage vor der Sitzung zugestellt werden müsse.

Die §§. 76–80 wurden unverändert angenommen.

Der fünfte Titel, „Schwurgerichte“, lautet nach den **Beschlüssen der Kommission**, soweit der Regierungs-Entwurf abgeändert wurde, wie folgt:

**§. 58.** (Vorl. §. 48.) *Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen treten bei den Landgerichten periodisch Schwurgerichte zusammen.*

**§. 59.** Die Schwurgerichte sind zuständig für die Verbrechen, welche nicht zur Zuständigkeit der *Grossen Schöffengerichte* oder des Reichs-Gerichts gehören.

**§. 59 a.** *Die Schwurgerichte sind ferner zuständig:*

1. *für die durch die Presse begangenen Vergehen, mit Ausnahme der Beleidigung, wenn die Verfolgung im Wege der Privatklage geschieht;*
2. *für alle durch die Presse begangenen Verbrechen.*

*Die Bestimmungen der §§. 16., 16c., 17, 17a. kommen bei diesen den Schwurgerichten überwiesenen strafbaren Handlungen nicht zur Anwendung.*

**§. 60.** Fällt fort. (Vgl. §. 47.)



**§. 61.** Fällt fort.

**§. 66.** Die Urliste für die Auswahl der Schöffen dient zugleich als Urliste für die Auswahl der Geschworenen.

*Zu Geschworenen dürfen jedoch auch die in §. 22. bezeichneten Reichs- und Staats-Beamten berufen werden, wenn dieselben weder Minister, noch richterliche Beamte, noch Beamte der Staatsanwaltschaft, noch gerichtliche oder polizeiliche Vollstreckungs-Beamte sind, noch zu den im §. 25. des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 bezeichneten Reichsbeamten oder zu den durch die Landes-Gesetzgebung näher zu bestimmenden höheren Verwaltungs-Beamten gehören.*

*Im Uebrigen finden die Vorschriften der §§. 20.—23. über die Berufung zum Schöffen-Amte auch auf das Geschworenen-Amt Anwendung.*

**§. 72.** Spätestens zwei Wochen vor Beginn der Sitzungen des Schwurgerichts werden in öffentlicher Sitzung des Landgerichts, an welcher der Präsident und zwei Mitglieder Theil nehmen, in Gegenwart der Staatsanwaltschaft *dreissig* Hauptgeschworene ausgeloot. Das Loos wird von dem Präsidenten gezogen.

*Auf Geschworene, welche in einer früheren Sitzungsperiode desselben Geschäftsjahrs ihre Verpflichtung erfüllt haben, erstreckt die Ausloosung sich nur dann, wenn dies von ihnen beantragt wird.*

*Ueber die Ausloosung wird vom Gerichts-Schreiber ein Protokoll aufgenommen.*

**§. 73.** Das Landgericht übersendet das Verzeichniss der ausgelooten Hauptgeschworenen (*Spruchliste*) dem ernannten Vorsitzenden des Schwurgerichts.

**§. 74.** Die in der Spruchliste verzeichneten Geschworenen werden auf Anordnung des für das Schwurgericht ernannten Vorsitzenden zur Eröffnungssitzung des Schwurgerichts unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens geladen.

*Zwischen der Zustellung der Ladung und der Eröffnungssitzung soll thunlichst die Frist von einer Woche, jedoch mindestens von drei Tagen liegen.*

**§. 75.** Ueber die von Geschworenen geltend gemachten Ablehnungs- und Hinderungsgründe erfolgt die Entscheidung nach Anhörung der Staatsanwaltschaft durch die richterlichen Mitglieder, und so lange das Schwurgericht nicht zusammengetreten ist, durch den ernannten Vorsitzenden des Schwurgerichts. *Beschwerde findet nicht statt.*

*An Stelle der wegfallenden Geschworenen hat der Vorsitzende, wenn es noch geschehen kann, aus der Jahresliste durch Ausloosung andere Geschworene auf die Spruchliste zu bringen und deren Ladung anzuordnen.*

*Ueber die Ausloosung wird vom Gerichts-Schreiber ein Protokoll aufgenommen.*

**§§. 76.—80.** Unverändert.



## **Sechster Titel.**

### ***Handelsgerichte.***

**§§. 81—92 des Entwurfs eines Gerichtsverfassungs-Gesetzes  
und zugleich:**

**§§. 10. 38. 61. 72. 239a. 446a. 447. 447a. 451a. 590. 653. 812.  
des Entwurfs der Zivil-Prozessordnung.**

#### **I. Beseitigung des Institutes der Handelsgerichte.**

Sitzung vom 26. April 1875.

#### **II. Einsetzung einer Subkommission zur eventuellen Berathung der Detailvorschriften der Entwürfe über die Organisation der Handelsgerichte und über das handelsgerichtliche Verfahren.**

Sitzung vom 25. September 1875.

#### **III. Tagung dieser Subkommission am 1. und 2. Oktober 1875.**

**A. Bericht über die Sitzung vom 1. Oktober.**

**B. Bericht über die Sitzung vom 2. Oktober.**

**C. Protokolle der Subkommission.**

#### **IV. Durchberathung der von der Subkommission bezüglich der Einrichtung der Handelsgerichte und des handelsgerichtlichen Prozesses gemachten Vorschläge.**

Sitzungen der Justiz-Kommission vom 3. u. 4. Oktober 1875.

#### **V. Vorschläge zur Errichtung von Kammern in Handelssachen.**

Sitzung der Justiz-Kommission vom 3. November 1875.

Der Inhalt und das Ergebniss der in diesen dem Institut der Handelsgerichte gewidmeten Sitzungen soll hier im Zusammenhange dargestellt und daher auch auf die in der Zivilprozess-Ordnung enthaltenen Bestimmungen über das handelsgerichtliche Verfahren ausgedehnt werden, wie folgt:

##### **I. Beseitigung des Instituts der Handelsgerichte.**

Erste Sitzung der Justiz-Kommission,  
abgehalten am 26. April 1875,

worin die Streichung der in §. 1 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes enthaltenen Worte

„und Handelsgerichte“

und damit die Beseitigung des ganzen Instituts beschlossen wurde.



In obiger Sitzung wurden die Gründe für und gegen das Institut der Handelsgerichte debattirt.

Zu Gunsten der Handelsgerichte berief man sich insbesondere auf den Gang, auf welchen die bisherige Gesetzgebung hinweise. Während im Anfang dieses Jahrhunderts nur in Leipzig und an einigen Seeplätzen (Königsberg, Danzig, Memel und Stettin) sich Handelsgerichte befunden hätten, sei namentlich in Folge einerseits des Vorganges von Frankreich und andererseits der Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches der Gedanke, Handelsgerichte einzuführen, in Deutschland immer mehr siegreich geworden.

Das französische Institut, beruhend auf Edikten vom Jahr 1573, 1673 und dem Gesetz vom 24. August 1790, wonach überall wo ein Bedürfniss vorhanden sei, mit Kaufleuten besetzte Handelsgerichte eingeführt wurden, habe sich in Frankreich trefflich bewährt, und sei in den Rheinlanden von dem dortigen Handelsstande mit aller Energie festgehalten worden. Die Zahl der Anhänger habe sich jeweils gemehrt; 1815 sei dasselbe in Hamburg, 1845 in Bremen eingeführt, in Baden sei dasselbe in die, nachmals freilich nicht ins Leben getretene Gerichts-Organisation vom Jahr 1845 aufgenommen worden, im Jahr 1850 seien Handelsgerichte in Braunschweig, später auch in Oestreich und Baiern eingeführt worden.

In Preussen seien schon 1833 besondere Deputationen als Handelsgerichte in Aussicht genommen worden, ein Gesetz vom 3. April 1847 habe, wo sich ein Bedürfniss zeige, die Einführung von Handelsgerichten angeordnet, das Gleiche sei in einer preussischen Verordnung vom 2. Januar 1849 geschehen und in Art. 91 der preussischen Verfassungs-Urkunde verheissen worden. 1856 hätten die Städte Berlin, Breslau, Magdeburg und Frankfurt a. O. einen Gesetz-Entwurf vorgelegt; — der preuss. Entwurf des Handels-Gesetzbuches de 1857 enthalte im VI. Buch die Handelsgerichte, die Nürnberger Konferenz habe nur wegen Verschiedenartigkeit der deutschen Prozedur-Ordnungen die Aufnahme eines Titels über Handelsgerichte in das Deutsche Handels-Gesetzbuch für unmöglich erklärt.

In Preussen sei dann 1861 bei Berathung des Einführungs-Gesetzes zum Handels-Gesetzbuch eine auf Einführung der Handelsgerichte gerichtete Resolution ergangen. — Entwürfe seien im Jahr 1862 und 1864 in Preussen ausgearbeitet worden.

Mittlerweile seien Handelsgerichte in Sachsen, Württemberg, Baden, Lübeck und Koburg eingeführt worden.

Drei grosse Wander-Versammlungen (der deutsche Juristentag, der volkswirthschaftliche Kongress, der deutsche Handelstag) hätten sich mehrfach für Handelsgerichte ausgesprochen.

Oestreich, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Portugal, Russland besäßen bereits Handelsgerichte. England besitze dafür die Spezialjury, in Holland habe der niederländische Industrie-Verein 1865 um Einführung von Handelsgerichten petitionirt, übrigens sei dort der sonst allgemein anerkannte Grundsatz, dass der Beizug des Laien-Elements für Richterfunktionen wünschenswerth sei, an sich nicht in Geltung, indem Holland nicht einmal Schwurgerichte besitze.

Die sachlichen Gründe für die Handelsgerichte wurden dahin resumirt, dass die Kenntniss der Verkehrs-Einrichtungen des Gewohnheits-



rechts und der in steter Fortbildung und fortwährendem Wechsel befindlicher Handelsgebräuche für die Beurtheilung von Handelsgeschäften von vorzüglicher Bedeutung sei, dass insbesondere den Kaufleuten die Fähigkeit anerzogen sei, bei Geschäfts-Operationen schärfer und sicherer zu erkennen, worauf es die Parteien abgesehen haben — die richtige Erkenntniss und Interpretation des Parteiwillens sei aber die vorzüglichste Eigenschaft für denjenigen, der in Zivilprozessen zu richten habe — jedenfalls würden durch die Besetzung der Gerichte mit kaufmännischen Richtern eine Menge von, bei Expertisen sonstiger Art unvermeidlichen Weitläufigkeiten und Umständlichkeiten vermieden, was an sich eine grosse Wohlthat sei. Hinzutrete noch das moralische Moment, dass die Kaufleute, wenn sie ihren eigenen Berufsgenossen als Richtern sich gegenüber sehen, sich weit mehr scheuen, ihren kaufmännischen Ruf gefährdende chikanöse Einwendungen im Prozesse vorzubringen, worauf viel Gewicht zu legen sei. Endlich sei das ganze heutige Handelsrecht ein Produkt kaufmännischer Usancen, ein gerade von den Kaufleuten im Laufe der Zeit, im Kampf mit der romanistischen Jurisprudenz erstrittenes modernes Rechtssystem. Eine Berufsklasse, welcher ein Recht seine Entstehung verdanke, müsse aber zu dessen praktischer Anwendung auch für befähigt erachtet werden. Das gemischte System, nach welchem das juristische Element durch den Vorsitzenden repräsentirt sei, beseitige vollends alle Bedenken; zu hüten habe man sich nur davor, das ganze Land mit einem Netz von Handelsgerichten zu überspannen — nur in merkantilen Mittelpunkten sei das Institut lebensfähig, dort aber zugleich erfahrungsgemäss ein blühendes, von dem Vertrauen der ganzen Bevölkerung getragenes. Ueberall, wo Misstände hervorgetreten, sei solches in Ländern geschehen, in welchen bei der Organisation der Handelsgerichte dem einen oder andern dieser zwei Gesichtspunkte nicht ausreichend Rechnung getragen worden sei, während in dem vorliegenden Entwurf das in vollem Masse geschehen sei. Die im Entwurf vorgeschlagene Einrichtung habe sich vollständig z. B. in Hamburg und Baden bewährt. Zu erwägen komme nur, ob nicht Anwaltszwang einzuführen und die Handels-Bagatellprozesse auszuschneiden seien.

Die Majorität der Kommission konnte sich indessen von dem Gewicht dieser in den Motiven zur Regierungs-Vorlage\*) ausführlicher entwickelten Gründen einstweilen nicht überzeugen. Sie besorgte, dass dadurch ein Privilegium für einen einzelnen Stand begründet werde, während man doch heutigen Tages ernstlich bemüht sei, gleiches Recht für Alle zu schaffen; so sei nicht einzusehen, warum man nicht für die übrigen Gewerbe, die Landwirthschaft, den Bergbau, die Künste, solche Sondergerichte einführe. Auch die letzteren Streitigkeiten technischer Art habe der rechtsgelehrte Richter zu entscheiden, der jedenfalls mehr die Fähigkeit besitze, die Vorkommnisse des Lebens unter juristische Gesichtspunkte zu bringen als der Laie. Nur für seine eigene Geschäftsbranche besitze zudem der Kaufmann eine besondere Sachkunde, in vielen Fällen komme es auch in Handelssachen nur auf eine reine Rechtsfrage an. Mögen auch früher Handelsgerichte ihre Berechtigung gehabt haben, so sei jetzt, nachdem das ganze Handelsrecht im Handels-Gesetzbuch kodifizirt worden sei, kein Bedürfniss mehr vorhanden, zumal das Handelsrecht sich immer mehr zu einem allgemeinen deutschen Verkehrsrecht für den

\*) Vgl. Entwurf und Motive eines Ger.-Verf.-Ges. S. 57 ff. Berlin, Kortkampff.



gesamten bürgerlichen Rechtsverkehr herausbilde. Wie dem aber auch sein möge, die leidigen Kompetenz-Prozesse sprächen entscheidend gegen die Trennung von Zivilsachen und Handelsachen. — Aus Baiern wurden in dieser Richtung flagrante Einzelfälle mitgetheilt, welche die dort hervorgetretenen Unzuträglichkeiten und Misstände illustriren sollen, wogegen freilich wieder geltend gemacht wurde, dass für die Urtheile der bairischen Handelsgerichte das juristische Element die Verantwortung trage, weil dort die Handelsgerichte mit drei Juristen und bloss zwei Kaufleuten besetzt seien.

Wie bereits erwähnt, wurde hierauf mit allen Stimmen gegen drei (nämlich diejenigen der Abgeordneten Wolffson, Zinn und Grimm) das Institut der Handelsgerichte verworfen, ebenso ein Eventual-Antrag, der der Landes-Gesetzgebung die Einführung von Handelsgerichten überlassen wollte.

### **II. Einsetzung einer Subkommission.**

Sitzung vom 25. September 1875.

Da der Bundesrath der Kommission den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, dass die Justiz-Kommission wenigstens eventuell, d. h. für den Fall der Reichstag sich für das Institut der Handelsgerichte entscheiden sollte, die Vorschläge des Entwurfs berathen möge, damit eintretenden Falls dem Reichstag alsbald ein formulirter Gesetzesvorschlag unterbreitet werden könne, so beschloss man, in obiger Sitzung die Einsetzung einer Subkommission, in welche die Herren Abgeordneten Reichensperger, Klotz, Baehr, Wolffson, Grimm, Struckmann und Thilo gewählt wurden.

### **III. Berathungen der Subkommission.**

A. Sitzung vom 1. Oktober 1875.

Wir referiren über die Ergebnisse dieser beiden Sitzungen wie folgt:

Am 1. Oktober trat die zur Vorberathung der Organisation der Handelsgerichte und des handelsgerichtlichen Verfahrens gewählte, aus 7 Mitgliedern bestehende Subkommission zusammen.

Man begann mit dem von der Einrichtung der Handelsgerichte handelnden sechsten Titel des Gerichtsverfassungs-Gesetzes (§. 81 und folgende des Entwurfs).

§. 81 welcher die Errichtung von Handelsgerichten zulässt, soweit die einzelnen Landes-Justizverwaltungen ein Bedürfniss als vorhanden ansehen, wurde angenommen. Man erachtete dieses System für geeigneter, als die in Anregung gebrachte, und mit der Besorgniss, dass von den einzelnen Bundesregierungen die Frage nach dem Bedürfniss ganz verschieden aufgefasst werden könnte, motivirte anderweite legislatorische Möglichkeit, nämlich die Sitze der Handelsgerichte in Deutschland durch Verordnung der Reichsregierung festzustellen.

§. 82 schreibt vor, dass die rechtsverständigen Vorsitzenden der Handelsgerichte zugleich einem Landgerichte oder Amtsgerichte angehören können. Hier fand ein Antrag Annahme, dass nur an Plätzen, an welchen kein Landgericht sich befinde, ein Amtsrichter mit den Funktionen eines Handelsgerichts-Präsidenten betraut werden dürfe.



Bei §. 83 erledigte die Subkommission zunächst bezüglich der Zuständigkeitsfrage die beiden wichtigsten Streitfragen, nämlich:

- 1) ob die sogenannten Bagatell-Handelssachen gleichfalls von den kollegial-gerichtlich organisirten Handelsgerichten entschieden werden sollen,
- 2) ob die Gerichtsbarkeit der Handelsgerichte nach dem subjektiven oder nach dem objektiven Momente sich regeln soll, also ob die Eigenschaft der streitenden Theile als Kaufleute, oder die Eigenschaft des Streitgegenstandes als eines Handelsgeschäfts entscheidend sein soll.

Zu **Ziffer 1** wurde entgegen der Regierungs-Vorlage beschlossen, dass die sogenannten Bagatell-Handelssachen (also die Prozesse bis zu 300 Mark) aus der Gerichtsbarkeit der Handelsgerichte völlig ausgeschieden und wie alle übrigen Prozesse vom geringfügigen Streitwerthe einfach der Verhandlung und Entscheidung durch das Amtsgericht überwiesen werden sollen.

Man nahm an, dass alle Gründe, welche den Gesetzgeber veranlasst haben, derartige Prozesse dem Kollegial-Gerichte zu entziehen und dieselben einem Einzelrichter zuzuweisen, genau ebenso auch bei derartigen Handelsstreitigkeiten von untergeordneter Bedeutung zutreffen, und dass man namentlich auch darauf Bedacht nehmen müsse, die kaufmännischen Beisitzer nicht mit einer allzugrossen Masse von Arbeit zu überbürden. Auch konnte man nicht zulassen, dass andernfalls die kleinsten Sachen an das Reichsgericht gebracht werden könnten.

Zu **Ziffer 2**: Die Handelsgerichtssachen (abgesehen zunächst von den spezifischen Handelssachen Ziffer 2 und 3 des §. 83 des Entwurfs) grenzt der Entwurf gegenüber dem Gebiet der Zivilsachen dadurch ab, dass er für eine Handelsgerichtssache erklärt:

„den Anspruch gegen einen Kaufmann aus dessen Handelsgeschäften, Art. 271—276 des H.-G.-B.

Es lagen zwei Anträge vor, von denen der eine das Gebiet der hierher gehörigen Streitsachen dadurch erweitern, beziehungsweise verändern wollte, dass er unter Streichung der Voraussetzung des Entwurfs, dass der Beklagte Kaufmann sein müsse, jeglichen Anspruch aus einem Handelsgeschäfte dem Handelsgericht zu unterstellen vorschlug, sofern das Geschäft auf Seiten beider Kontrahenten sich als ein Handelsgeschäft darstellt.

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da man ein Bedürfniss, die Handelsgeschäfte der Nichtkaufleute dem Handelsgerichte zu unterstellen, verneinte, und als Folge des Antrags für die unerquicklichsten Kompetenz-Streitigkeiten Thür und Thor als geöffnet ansah. Dagegen fand mit 4 gegen 3 Stimmen ein Antrag Beifall, welcher die Kompetenz der Handelsgerichte noch weiter einengte, als die Vorlage, indem er für die Handelsgerichtsbarkeit nicht nur, wie im Entwurf geschehen, auf Seiten des beklagten Theils, sondern auch auf Seiten des klagenden Theils Kaufmanns-Eigenschaft zur Vorbedingung macht, gleichviel übrigens, ob das Geschäft ein zweiseitiges oder einseitiges Handelsgeschäft ist.

Hiernach mussten auch alle Anträge, welche darauf abzielten, im Fall des Streites zwischen Kaufmann und Nichtkaufmann, sowie zwischen zwei Nichtkaufleuten bei zweiseitigen oder sogar einseitigen Handels-



Geschäften dem Kläger ein Wahlrecht zwischen Landgericht und Handelsgericht einzuräumen, abgelehnt werden. Dagegen erachtete man mit dem Entwurf den Eintrag der Firma im Handels-Register für irrelevant, und nahm auch ferner an, dass die im Art. 10 des H.-G.-B. aufgeführten Personen (Trödler, Hausirer, Wirthe u. s. w.) in Ansehung der Kompetenzfrage ebenfalls den sogen. Vollkaufleuten gleich zu erachten seien.

#### B. Sitzung vom 2. Oktober 1875.

Die zur Berathung über die Vorschläge betreffend Einführung von Handelsgerichten gewählte Subkommission führte in der Sitzung vom 2. Oktober 1875 ihre Aufgabe zu Ende.

**§. 83 Ziff. 2** des Entwurfs überweist den Handelsgerichten sämtliche Wechsel-Prozesse. Diese Bestimmung wurde, ungeachtet des nach verschiedener Richtung erhobenen Widerspruches, gut geheissen, soweit nicht aus dem bereits in der vorausgegangenen Sitzung gefassten Beschluss, nach welchem die sogen. Bagatell-Handelsprozesse sammt und sonders an die Amtsgerichte verwiesen wurden, sich die selbstverständliche Beschränkung ergibt, dass Wechsel, deren Belauf die Summe von 300 Mark nicht übersteigt, nicht bei dem Handelsgerichte, sondern bei dem Amtsgerichte einzuklagen sind.

Zu **§. 83 Buchst. b** fügte man, in Konformität mit §. 19 des Reichs-Gesetzes über den Markenschutz vom 30. November 1874, die Bestimmung bei, dass die auf Grund dieses Gesetzes erhobenen Ansprüche (die Berechtigung zur Führung eines Waarenzeichens Seitens eines Kaufmanns sowie die Berechtigung, die Waare mit der Firma eines Kaufmanns oder dem Namen eines Nichtkaufmanns, beispielsweise eines landwirthschaftlichen Produzenten, zu kennzeichnen) gleichfalls ausschliesslich der handelsgerichtlichen Kompetenz unterstehen sollen. Im Uebrigen wurde §. 83 unverändert angenommen.

Als **§. 83a** war ein Zusatz-Paragraph dahin beantragt worden: „die Zuständigkeit des Handelsgerichts wird dadurch nicht ausgeschlossen, dass durch Rechtsnachfolge ein Wechsel in der Person der ursprünglichen Kontrahenten eingetreten ist, oder dass der Anspruch gegen einen Bürgen gerichtet ist.“

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da man an dem Prinzip, dass die Prozessparteien Kaufleute sein müssten, festhielt und annahm, dass rein zivilrechtliche Rechtsfragen, z. B. über den Erbgang, über die rechtliche Entstehung der Bürgschaft, der Judikatur der Handelsgerichte thunlichst entrückt bleiben müssten. Nur so viel gab man zu, dass wenn ein Kaufmann durch ein neues Handelsgeschäft (z. B. Uebernahme der Aktiva und Passiva einer Firma) in ein der handelsgerichtlichen Kompetenz unterliegendes Schuldverhältniss eingetreten sei, auch diesem gegenüber die Zuständigkeit des Handelsgerichts begründet sei.

Der **§. 86**, welcher vorschreibt:

„die Handelsrichter werden auf gutachtlichen Vorschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berufenen Organs auf die Dauer von drei Jahren ernannt“

wurde in dieser Fassung angenommen. Es wurde konstatirt, dass nach der Auffassung der verbündeten Regierungen, welcher die Subkommission beitrug, es den Landes-Gesetzen unbenommen bleibe, die Annahme des Amts eines Handelsrichters für eine Verpflichtung zu erklären und daher die



unentschuldigte Ablehnung mit Strafen zu bedrohen. Ebenso trat man der Bestimmung des Entwurfs bei, dass nicht nur ein aktiver, sondern auch ein solcher Kaufmann, der sich von den Geschäften zurückgezogen hat, zum Handelsrichter ernannt werden kann.

Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs des Gerichtsverfass.-Ges. über Handelsgerichte (§§. 87—92), darunter namentlich auch die wichtige Vorschrift, dass der Vorsitzende des Handelsgerichts stets ein vom Staat angestellter Rechtsgelehrter sein müsse, wurden unverändert angenommen.

C. Wir halten für angemessen, hier den Wortlaut der über die Berathungen der Subkommission aufgenommenen beiden Protokolle mitzutheilen wie folgt:

**Protokolle der Subkommission für das handelsgerichtliche Verfahren.**

**a. Sitzung vom 1. Oktober 1875.**

Gegenwärtig:

sämmtliche Mitglieder,

ferner als Vertreter des Bundesraths, des Reichskanzler-Amts und der verbündeten Regierungen:

die Herren: von Amsberg, Hagens, Kurlbaum II. und Schmidt.

Die Kommission beschliesst zunächst über die einschlagenden Bestimmungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes in Berathung zu treten.

§. 1 wird in der Fassung des Entwurfs wiederhergestellt.

Der zu §. 82 vom Abg. Dr. Wolffson gestellte Antrag in Abs. 2 die Worte:

„einem Amtsgerichte oder“

zu streichen, wird mit 4 gegen 3 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Reichensperger, den Abs. 2 folgendermassen:

„Die rechtsverständigen Richter können zugleich einem Landgerichte, oder wenn ein solches am Sitze des Handelsgerichts nicht besteht, einem Amtsgericht angehören.“

zu fassen, mit 4 gegen 3 Stimmen angenommen.

Zu §. 83 wird auf Antrag der Abg. Dr. Grimm und Struckmann mit 6 gegen 1 Stimme beschlossen, im Eingange hinter „gehören“ einzuschalten:

„soweit nicht nach §. 12 die Zuständigkeit des Amtsgerichts begründet ist.“

und in Konsequenz hiervon in Abs. 1 des §. 12 die Worte:

„den Handelsgerichten oder“

zu streichen.

Die Ziffer 1) beantragt Abg. Struckmann dahin:

„von einem Kaufmann (Art. 4 des Handels-Gesetzbuchs) gegen einen Kaufmann aus den Handelsgeschäften (Art. 271—276 des Handels-Gesetzbuchs) des Letzteren.“

Abg. Dr. Grimm dahin:

„aus einem Handelsgeschäfte (Art. 271—275 des H.-G.-B.), sofern das Geschäft sich auf Seiten beider Kontrahenten als ein Handelsgeschäft darstellt“ zu fassen.



Ist das streitige Rechtsverhältniss nur auf Seiten des Beklagten nicht aber auch auf Seiten des Klägers ein Handelsgeschäft, so hat der Kläger die Wahl zwischen der Klagerhebung bei dem Landgerichte oder bei dem Handelsgerichte.

Ist das streitige Rechtsverhältniss für den Beklagten kein Handelsgeschäft, so ist die Klage bei dem Landgerichte zu erheben.

Abg. Dr. Wolffson beantragt, der Nummer 1 folgenden Inhalt:

„gegen einen Kaufmann (Art. 4 des Handels-Gesetzbuches) oder dessen Rechtsnachfolger aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte (Art. 271—276 des Handels-Gesetzbuchs) sind.

Im Sinne dieser Bestimmung gelten die im Art. 10 des H.-G.-B. bezeichneten Personen nicht als Kaufleute, es wäre denn, dass sie sich einer Firma bedienten und diese in das Handelsregister eingetragen wäre.“

zu geben und als **§. 83a** folgende Bestimmungen aufzunehmen:

„Die Klage kann nach Wahl des Klägers bei dem Landgerichte beziehungsweise Amtsgerichte oder bei dem Handelsgerichte angestellt werden, wenn durch dieselbe ein Anspruch erhoben wird:

- 1) gegen einen Kaufmann aus Geschäften, welche nur auf seiner Seite Handelsgeschäfte sind;
- 2) gegen einen Nicht-Kaufmann aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte sind;
- 3) gegen mehrere Personen als Mitverpflichtete, wenn in Ansehung einzelner der Beklagten die ausschliessliche Zuständigkeit des Handelsgerichts begründet ist.“

Der Antrag Dr. Grimm wird abgelehnt.

Der Antrag Struckmann wird mit 4 gegen 3 Stimmen angenommen. Der erste Absatz der vom Abg. Dr. Wolffson vorgeschlagenen Nr. 1 des §. 83 gilt danach als erledigt; der zweite Absatz wird gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Die Nr. 1 des vorgeschlagenen §. 83a zieht Abg. Dr. Wolffson zurück; der Rest des Antrags wird gegen 2 Stimmen abgelehnt.

b. Sitzung vom 2. Oktober 1875.

Gegenwärtig: dieselben Herren wie in voriger Sitzung.

Die **Nr. 2** des **§. 83** des Gerichtsverfassungs-Gesetzes beantragt Abg. Dr. Bähr zunächst zu streichen, zieht aber diesen Antrag später zurück und schlägt vor, die Nr. 2 dahin zu fassen:

„aus einem Wechsel im Sinne der Wechsel-Ordnung, wenn die Parteien Kaufleute sind.“

Dieser Antrag wird mit 4 gegen 3 Stimmen abgelehnt, die Nr. 2 des Entwurfs mit 5 gegen 2 Stimmen angenommen.

Ein vom Abg. Dr. Grimm gestellter Antrag, an geeigneter Stelle folgende Bestimmung:

„Die Klage, durch welche ein Anspruch aus einem Wechsel im Sinne der Wechsel-Ordnung geltend gemacht wird, kann vom Kläger ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes bei dem Amtsgerichte erhoben werden.“

aufzunehmen, wird vor der Abstimmung wieder zurückgezogen.

Zur Nr. 3b des §. 83 stellt Abg. Dr. Grimm den Antrag, hinter „Handelsfirma“ einzuschalten:

„oder eines Waarenzeichens,“



zieht jedoch diesen Antrag zurück und beantragt, als Nr. **3 b** einzufügen:

„aus dem Rechtsverhältnisse, welches das Recht zur Bezeichnung einer Waare oder deren Verpackung mit dem Namen, der Firma oder einem Waarenzeichen im Sinne des Markenschutz-Gesetzes betrifft.“

Abg. Klotz dagegen stellt den Antrag, als **3 b a** einzuschalten:

„Rechtsstreitigkeiten, in welchen ein Anspruch auf Grund des Gesetzes vom 14. November 1874 über den Markenschutz erhoben wird.“

Vor der Abstimmung nimmt Abg. Struckmann den ersten Antrag Dr. Grimm wieder auf. Die Subkommission nimmt den Antrag Klotz mit 4 gegen 3 Stimmen an, als wodurch die beiden übrigen Anträge sich erledigen. —

Ein Antrag des Abg. Reichensperger, der Bestimmung unter **§. 83, 3 e** folgende Fassung:

„aus dem Rechtsverhältnisse, welches gegen den Handelsmäkler im Sinne des Handels-Gesetzbuchs aus dessen Berufsgeschäften geltend gemacht wird.“ zu geben, wird von der Subkommission gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Dasselbe geschieht mit 5 gegen 2 Stimmen betreffs des Antrags Dr. Grimm, hinter **§. 83** einen neuen Paragraphen folgenden Inhalts:

„Die Zuständigkeit des Handelsgerichts wird dadurch nicht ausgeschlossen, dass durch Rechtsnachfolge ein Wechsel in der Person der ursprünglichen Parteien eingetreten ist, oder dass der Anspruch gegen einen Bürgen geltend gemacht wird.“

einzuschalten.

Ferner wird mit 4 gegen 3 Stimmen abgelehnt, der Antrag Reichensperger, in **§. 84** die Worte:

„die Zwangsversteigerung — sowie“

zu streichen.

Dasselbe geschieht betreffs des Antrags desselben Abgeordneten, die §§. 86—88 zu streichen und dafür folgende Bestimmungen aufzunehmen:

**§. 86.** Die Ernennung der Handelsrichter erfolgt auf die Dauer von 6 Jahren durch die oberste Justiz-Verwaltung auf Grund des Vorschlags einer Kommission, deren Mitgliederzahl durch die oberste Justiz-Verwaltung nicht unter 25 und nicht über 50 zu bestimmen ist.

**§. 86 a.** Zur Theilnahme an der Wahl dieser Kommission sind alle als Inhaber oder Mitinhaber einer Firma eingetragenen, 30 Jahre alten, und im Handelsgerichts-Bezirk wohnenden Deutsche, sowie je ein Vertreter der eingetragenen Aktien-Gesellschaften berechtigt.

Wählbar sind alle zur Wahl berechtigten, welche sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

**§. 86 b.** Die Wahl der Handelsrichter durch diese Kommission erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln in getrennten Wahlhandlungen bei jeder zu besetzenden Stelle, für welche je 2 Personen zu bezeichnen sind.

Bei der Wahl entscheidet die absolute Mehrheit. Wird eine solche nicht erzielt, so findet unter denjenigen 4 Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt, bei welcher die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.



Für jede der zu besetzenden Richterstellen ist einer der Gewählten zu ernennen.

Aus der Zahl der Gewählten können Ergänzungsrichter ernannt werden.

Den Antrag, dem **§. 91.** zuzufügen:

„oder sich durch sein Verhalten der Bekleidung des Richteramtes unwürdig macht.“

zieht der Antragsteller, Abg. Reichensperger wieder zurück, nachdem Direkter v. Amsberg erklärt hatte, dass alles in dieser Hinsicht Erforderliche durch §. 90 gedeckt werde. —

Die Kommission geht hierauf über zur Berathung der einschlagenden Bestimmungen der **Zivilprozess-Ordnung.**

Unter Ablehnung des Antrags Dr. Bähr, dem **§. 10** hinzuzusetzen:

„sowie das in einer zu der Zuständigkeit der Handelsgerichte gehörigen Sache ergangene Urtheil eines Handelsgerichts“

beschliesst die Kommission in Gemässheit eines Antrags des Abgeordneten Struckmann, den **§. 10** durch folgende Bestimmung:

„Das Urtheil eines Landgerichts oder Handelsgerichts kann mit einem Rechtsmittel nicht aus dem Grunde angefochten werden, weil die Zuständigkeit des Amtsgerichts begründet gewesen sei.“

zu ersetzen.

Der **§. 38** des Entwurfs wird in der ursprünglichen Fassung wieder hergestellt, der Antrag Dr. Wolffson, die Worte:

„zur Zuständigkeit der Handelsgerichte“ durch die Worte:

„zu seiner Zuständigkeit“

zu ersetzen, wird mit Stimmengleichheit abgelehnt.

**§. 61** Absatz 2 wird auf Antrag Dr. Wolffson wieder hergestellt.

Der Eingang von **§. 72** wird auf den Antrag Dr. Wolffson-Reichensperger dahin:

„Vor den Landgerichten und Handelsgerichten, sowie vor allen Gerichten höherer Instanz etc. etc.“

gefasst.

In **§. 239 a** wird auf den Antrag Reichensperger im ersten sowohl wie im zweiten Absatz hinter „Amtsgericht“ eingefügt:

„oder Handelsgericht“;

desgleichen in **§. 446 a** sowohl im ersten als zweiten Absatz hinter „Landgericht“ eingefügt:

„oder Handelsgericht.“ —

Auf Antrag des Abg. Dr. Wolffson wird **§. 448** in folgender Fassung:

„Wird in einem bei dem Amtsgericht anhängigen Prozesse durch Widerklage ein Anspruch erhoben oder in Gemässheit des §. 243. die Feststellung eines Rechtsverhältnisses beantragt, für welche ein Handelsgericht zuständig ist, so ist der Antrag zurückzuweisen, wenn der Gegner, bevor er sich auf denselben eingelassen hat, darauf angetragen hat,“

wieder hergestellt, und nach Buch 2 Abschnitt 2 eingeschaltet:



**Dritter Abschnitt.****Verfahren vor dem Handelsgerichte.**

**§. a.** Auf das Verfahren vor dem Handelsgerichte finden die Vorschriften über das Verfahren vor dem Landgerichte Anwendung.

**§. b.** Wird in einem bei dem Handelsgerichte anhängigen Prozesse in Gemässheit des §. 243 die Feststellung eines Rechtsverhältnisses beantragt, welches nicht zur Zuständigkeit der Handelsgerichte gehört, so ist der Antrag zurückzuweisen, wenn der Gegner, bevor er sich auf denselben eingelassen hat, darauf anträgt.

Das Handelsgericht kann den Antrag auch von Amtswegen zurückweisen.

**§. c.** Wie §. 451. —

In **§. 590** werden hinter „Landgerichte“ die Worte: „oder Handelsgerichte“ wieder hergestellt.

In **§. 593** desgleichen.

In **§. 653** desgleichen.

**§. 812** wird Absatz 3 wieder hergestellt, jedoch mit Ausnahme der Worte: „das Amtsgericht oder“.

**IV. Eventuelle Berathung des handelsgerichtlichen Verfahrens.****§§. 82—92 des Entwurfs.**

Sitzungen des Plenums der Justiz-Kommission vom  
4. und 5. Oktober 1875.

**A. Sitzung vom 4. Oktober.**

Am 4. Oktober wurden die von der Subkommission bezüglich der Handelsgerichte unterbreiteten Vorlagen berathen. Wir haben bereits über den Inhalt der von der Subkommission am 1. und 2. Oktober gefassten Beschlüsse oben referirt.

Zu **§. 82** des Entwurfs wurde die Regierungs-Vorlage wieder hergestellt, wonach auch an Plätzen, an welchen sich ein Landgericht befindet, ein Amtsrichter zum Vorsitzenden des Handelsgerichts ernannt werden kann. Dagegen trat die Kommission fast einstimmig dem wichtigen Beschlusse der Subkommission bei, dass die Bagatell-Handelssachen den übrigen Bagatell-Prozessen gleichzustellen und demzufolge alle Handels-Streitsachen unter 300 Mark einfach an die Amtsgerichte zu verweisen seien. Im Uebrigen entwickelte sich auch in der Kommission eine eingehende Diskussion über den Umfang der sachlichen Kompetenz, welche zu §. 83 Ziffer 1 des Entwurfs den Handelsgerichten zu geben sei. Der Entwurf erklärt das Handelsgericht für zuständig

„über den Anspruch gegen einen Kaufmann aus dessen Handelsgeschäften“.

Die Subkommission will dagegen das Handelsgericht nur für zuständig erklären

„über einen von einem Kaufmann gegen einen Kaufmann aus den Handelsgeschäften des letztern erhobenen Anspruch“.

Dieser Antrag der Subkommission wurde von der Kommission, jedoch nur mit einer Majorität von einer Stimme, angenommen. Zugleich beschloss aber die Kommission im Interesse vermehrter Abschneidung von Kompetenz-Prozessen und im Hinblick auf Art. 10 des



H.-G.-B., der zwischen Vollkaufleuten und Minderkaufleuten unterscheidet, einen weitem Zusatz dahin:

*„Der Verklagte, der eine eingetragene Firma nicht besitzt, kann, wenn er beim Landgerichte belangt wird, die Einrede der GerichtsiUnzuständigkeit nicht darauf stützen, dass er Kaufmann sei.“*

Alle weiter gehenden Anträge, die auf eine Erweiterung der handelsgerichtlichen Kompetenz abzielten, oder die wenigstens diese Kompetenz innerhalb der Grenzen des Regierungs-Entwurfs, der nach dem Obigen davon Umgang nimmt, auch auf Seiten des Klägers Kaufmanns-Eigenschaft zu verlangen, wurden abgelehnt. Abgelehnt wurde insbesondere ein Antrag, der unter Berufung auf die demselben zu Grunde liegende prinzipielle Folgerichtigkeit sowie auf ein Gutachten des Reichs-Oberhandelsgerichts und die Gesetzgebung einiger Bundesstaaten lediglich von der objektiven Natur des Geschäfts, als eines Handelsgeschäfts auf Seiten beider Kontrahenten, die Gerichtsbarkeit des Handelsgerichts abhängig machen wollte und der, für den Fall ein einseitiges Handelsgeschäft vorliegt, dem Nichtkaufmann als Kläger die Wahl lassen wollte, ob er sich dem Handelsgerichte freiwillig unterwerfen wollte, während demselben als Beklagten nur das ordentliche bürgerliche Gericht als zuständiges Gericht gegenüberstehen sollte.

Ebenso wurde (jedoch nur unter Stimmengleichheit) ein Antrag abgelehnt, welcher obligatorisch die Handelsgerichtsbarkeit nur in dem Falle festzusetzen vorschlug:

„wenn gegen einen Kaufmann oder dessen Rechtsnachfolger aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte sind (Art. 271—276 des H.-G.-B.), geklagt wird, fakultativ aber dem Kläger die Wahl lassen wollte, entweder bei dem Zivilgerichte oder dem Handelsgerichte zu klagen

- 1) gegen einen Kaufmann aus Geschäften, welche nur auf einer Seite Handelsgeschäfte sind,
- 2) gegen einen Nichtkaufmann aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte sind.

Schliesslich traf die Kommission entgegen der Regierungs-Vorlage und entgegen dem freilich zum Theil aus verschiedenartigen Erwägungen hervorgegangenen, seinem formellen Endresultate nach zur Aufrechterhaltung der Regierungs-Vorlage gelangten Antrag der Subkommission den eingreifenden Beschluss,

dass die Einklagung von Wechseln ausschliesslich nur vor den bürgerlichen Gerichten erfolgen und folgeweise den Handelsgerichten ganz entrückt sein soll.

## B. Sitzung vom 5. Oktober.

Zunächst wurde in dieser Sitzung die von der Subkommission über das handelsgerichtliche Verfahren gemachte Vorlage erledigt. Die Anträge der Subkommission wurden im Wesentlichen unverändert angenommen.

Zu §. 83 Ziff. 3a des Entwurfs des Gerichtsverfassungs-Gesetzes war in der Kommission weiter beantragt worden, die Vereinigung



zu einzelnen Handelsgeschäften (sogenannte Partizipations-Gesellschaften, a meta Geschäfte, Art. 266 — 270 des H.-G.-B.), desgleichen die Vereinigungen der Höker, Trödler, Hausirer, Wirth, Fuhrleute, Schiffer und dergleichen Handelsleute von geringem und nicht über den Umfang des Handwerks-Betriebes hinausgehenden Gewerbe-Betriebe (Art. 10 des H.-G.-B.) der handelsgerichtlichen Kompetenz zu entziehen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Hinsichtlich der Rechtsnachfolger eines Kaufmanns und der Bürgen verblieb es bei dem Beschlusse der Subkommission, wonach, falls die Rechtsnachfolgerschaft und die Bürgschaft nicht selbst auf ein Handelsgeschäft zurückzuführen sind und der Rechtsnachfolger oder Bürge nicht selbst die Kaufmanns-Eigenschaft besitzt, die ordentlichen bürgerlichen Gerichte ausschliesslich zuständig sein sollen.

Die Vorschriften der §§. 84—92 des Entwurfs des Gerichtsverfassungsgesetzes über das Amt der Handelsrichter, über die Beeidigung und dienstliche Stellung, sowie über die Bildung der handelsgerichtlichen Spruchkollegien unter dem Vorsitz eines rechtsgelehrten Richters wurden in Konformität mit der Regierungs-Vorlage unbeanstandet angenommen.

Die Kommission schritt hierauf zur Berathung der in der Zivil-Prozess-Ordnung enthaltenen Vorschriften über das handelsgerichtliche Verfahren. Angenommen wurde der Vorschlag der Subkommission: dass nach Ausscheidung der Bagatell-Handelssachen, auch bei den nunmehr auf ganz gleiche Linie mit den Landgerichten gestellten Handelsgerichten Anwaltszwang zu bestehen habe.

Der Antrag, die gesetzliche Ladungsfrist von vier Wochen im Interesse der Abkürzung des Verfahrens in Handelssachen auf 14 Tage herabzusetzen, wurde wegen der erforderlichen Vorbereitung des Prozesses durch Schriftenwechsel abgelehnt.

Eine eingehende Diskussion erhob sich noch zu §. 448 Z.-P.-O., welcher vorschreibt, dass, wenn in einem beim Handelsgericht anhängigen Prozesse in Gemässheit des §. 243 die Feststellung eines Rechtsverhältnisses beantragt wird, das nicht zur Zuständigkeit des Handelsgerichts gehört, der Antrag zurückzuweisen sei, wenn der Gegner, bevor er sich auf denselben eingelassen hat, dieses beantragt.

Die Subkommission hatte die Annahme dieser Bestimmung beantragt. Die Kommission trat diesem Antrag bei und lehnte einen Gegenantrag ab, der nach Analogie des §. 14 des Gesetzes über Errichtung des Reichs-Ober-Handelsgerichts die Zuständigkeit des Handelsgerichts alsdann aufrecht erhalten wollte, wenn der Werth der Handelssache der höhere ist, während im entgegengesetzten Fall der Rechtsstreit an das Landgericht übergehen sollte. Die Kommission nahm an, dass der Gesichtspunkt, dass das Auseinanderreissen zusammenhängender Fragen zu vermeiden sei und die Nothwendigkeit einer Entscheidung des Rechtsstreits in seiner Totalität hier ausschlaggebend sein müsse gegenüber dem sonst allerdings vollständig gerechtfertigten Streben, das Handelsgericht, als ein Spezialgericht, von Fragen, die seinem Geschäftskreise fremd sind, möglichst fern zu halten. Im Uebrigen fanden die Anträge der Subkommission Annahme und wurde damit die erste Lesung des handelsgerichtlichen Verfahrens geschlossen.



**V. Ergänzungsvorschläge bei Wegfall der eigentlichen Handelsgerichte.**  
*(Kammern für Handelssachen.)*

Sitzung vom 3. November 1875.

In der Sitzung vom 3. November 1875 zur Fortsetzung der ersten Lesung der Gerichtsverfassung hatte man sich zu §. 1 des Entwurfs mit einer Anzahl von Anträgen zu befassen, welche darauf gerichtet waren, die durch die früher beschlossene Beseitigung der Handelsgerichte entstandene Lücke (an der Stelle der Ersetzung der Handelsgerichte durch die bloss mit richterlichen Beamten besetzten Landgerichte) durch den in anderer Weise geordneten Beizug des bürgerlichen Elements auszufüllen. Es lag in dieser Richtung zunächst der Antrag des Abgeordneten Becker und Genossen vor, welcher unter dem Titel „Handelskammern“ Abtheilungen der Landgerichte zu errichten bezweckte, und damit ein Gerichts-Kollegium schaffen wollte, von welchem die handelsrechtlichen Streitigkeiten abgeurtheilt werden sollten und welches aus einem rechtsverständigen Richter als Vorsitzenden und zwei mit entscheidender Stimme ausgestatteten Richtern aus dem Handelsstande bestehen würde.

Wir führen hier den ganzen Antrag\*) in seiner formulirten Fassung auf wie folgt:

Becker, Dr. Grimm, Dr. Lasker, v. Puttkamer, Dr. Wolffson und Dr. Zinn beantragen: Die Kommission wolle beschliessen:

für den Fall, dass es bei der Streichung des Wortes „Handelsgerichte“ im §. 1 bleibt:

§. 12 die Worte

„die Handelsgerichte oder“

zu streichen.

§. 47. Zusatz:

„Soweit die Landes-Justizverwaltung ein Bedürfniss als vorhanden annimmt, können bei den Landgerichten für ihre Bezirke oder für örtlich abgegrenzte Theile derselben auch eine oder mehrere Kammern für Handelssachen gebildet werden.“

§. 50 Abs. 1 dem Worte „Zivilkammern“ hinzuzufügen:

„oder Kammern für Handelssachen“

und die Worte

„oder den Handelsgerichten“

zu streichen.

§. 50 a.

„Wo Kammern für Handelsgerichte bestehen, sind von denselben auf Antrag diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, in welchen“

u. s. w. wie §. 83 des Entwurfs mit dem Zusatze:

---

\*) Vorgreifend der Berichterstattung über die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes fügen wir hier die Bemerkung bei, dass in dieser zweiten Lesung und zwar in den Sitzungen der Reichs-Justiz-Kommission vom 12. und 13. Mai 1876 die obigen Anträge zu §. 12, 47, 50, 50 a bis 50 o im Wesentlichen unverändert angenommen wurden. Geändert wurde nur die Kompetenz-Bestimmung des §. 83 Ziff. 1 dahin, dass die Zuständigkeit vorliege bei einer Klage gegen einen Kaufmann, falls auf Seite beider Kontrahenten ein Handelsgeschäft vorliegt.



„Nr. 3b<sup>1</sup> aus den Rechtsverhältnissen, welche sich auf den Markenschutz beziehen.“

**§. 50 b.** Der Kammer für Handelssachen sind diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu überweisen, in welchen der Kläger in der Klagschrift auf diese Ueberweisung angetragen hat.

„In den Fällen der §§. 446 a, 447 ist der Antrag beim Amtsgerichte zu stellen.“

Wird in der mündlichen Verhandlung einer auf Antrag des Klägers der Kammer für Handelssachen zugewiesenen Rechtssache von dem Beklagten vor seiner Verhandlung zur Hauptsache der Antrag auf Verweisung an die Zivilkammer gestellt, so ist vor weiterer Verhandlung zur Hauptsache über diesen Antrag zu verhandeln und zu entscheiden.

Die Kammer für Handelssachen ist befugt, vor der Verhandlung des Beklagten zur Hauptsache auch von Amtswegen Rechtsstreitigkeiten an die Zivilkammer zu verweisen. Diese Befugnis tritt jedoch nicht ein, wenn nach den Bestimmungen des §. 50 a die Kammer für Handelssachen zu entscheiden haben würde, falls der Beklagte ein Kaufmann wäre.

Eine Anfechtung der Entscheidung darüber, ob der Rechtsstreit an die Zivilkammer zu verweisen sei oder nicht, findet nicht statt.

Wird der Rechtsstreit an die Zivilkammer verwiesen, so bleibt der Rechtsstreit bei dem Landgerichte anhängig und hat der Präsident von Amtswegen Termin zur mündlichen Verhandlung vor der Zivilkammer anzusetzen.

**§. 50 c.** Wird in der mündlichen Verhandlung einer Rechtssache von der Zivilkammer  
oder: in welcher der Kläger eine Ueberweisung an die Kammer für Handelssachen nicht beantragt hatte,

von dem Beklagten vor seiner Verhandlung zur Hauptsache der Antrag auf Verweisung an die Kammer für Handelssachen gestellt, so ist vor weiterer Verhandlung zur Hauptsache über diesen Antrag zu verhandeln und zu entscheiden.

Die Zivilkammer ist zur Verwerfung des Antrags auch dann befugt, wenn der Kläger demselben zugestimmt hat.

Eine Anfechtung der Entscheidung findet nicht statt.

Wird dem Antrage stattgegeben, so bleibt der Rechtsstreit bei dem Landgerichte anhängig, und hat der Präsident von Amtswegen Termin zur mündlichen Verhandlung vor der Kammer für Handelssachen anzusetzen.

**§. 50 d.** Die Kammern für Handelssachen entscheiden in der Besetzung mit einem für dieses Amt bestimmten rechtsverständigen Mitgliede des Landgerichte als Vorsitzenden und zwei Handelsrichtern.

Sämmtliche Mitglieder der Kammer für Handelssachen haben gleiches Stimmrecht.

**§. 50 e.** Das Amt der Handelsrichter ist ein Ehrenamt.

**§. 50 f** wie §. 86 des Entwurfs.

**§. 50 g** wie §. 87 des Entwurfs.

**§. 50 h** wie §. 88 des Entwurfs; jedoch ist statt

„Schiffer oder der gewesenen Schiffer“

zu setzen:

„Schiffahrtskundigen“.

**§. 50 i, k, l**, wie §§. 89, 90, 91 des Entwurfs.

**§. 50 m.** In einem bei der Kammer für Handelssachen anhängigen Rechtsstreite kann von dritten Personen ein Anspruch in Gemässheit des §. 61 der Zivil-



Prozessordnung nur dann geltend gemacht werden, wenn die Kammer für Handels-sachen nach den Bestimmungen des §. 50 a zur Entscheidung berechtigt ist.

**§. 50 n.** Wird in einem bei der Kammer für Handelssachen anhängigen Prozesse eine Klagänderung oder in Gemässheit des §. 243 des Zivil-Prozesse eine Klagerweiterung zugelassen, oder eine Widerklage erhoben, so hat die Kammer auf Antrag die geänderte oder erweiterte Klage oder die Widerklage zur ferneren Verhandlung an die Zivilkammer zu verweisen, wenn sie nach den Bestimmungen des §. 50 a zur Entscheidung nicht berechtigt ist. Unter der Beschränkung des §. 50 b Absatz 3 ist die Kammer zu dieser Verweisung auch von Amtswegen befugt.

Eine Anfechtung des Verweisungsbeschlusses findet nicht statt.

**§. 50 o** wie §. 451 der Zivil-Prozessordnung.

**§§. 81, 92** fallen weg.

Zu Gunsten dieses Antrags wurden namentlich die Vortheile hervor-gehoben, welche die Bildung blosser handelsgerichtlicher Abtheilungen gegenüber dem Handelsgerichte des Entwurfs in sich schlossen. Die Handelsgerichte des Entwurfs tragen in der That als selbständige von der ganzen übrigen Gerichts-Organisation losgelöste Gerichtskörper den Charakter von Standes-Gerichten beziehungsweise Sonder-Gerichten an sich, sie erinnerten gewissermassen an die alten Zunft- und Innungs-Gerichte. Würden aber Handelskammern eingerichtet, so sei es in Wahrheit wiederum das Landgericht, von welchem in Konformität mit dem Aufbau der ganzen Gerichts-Organisation die Rechtsprechung ausgehe und zwar nicht bloss dem Namen sondern auch der Sache nach, denn der Umstand, dass in einer den übrigen Kammern des Landgerichts vollkommen koordinirten Kammer Kaufleute statt Juristen mitwirken, begründe keinen so tief greifenden Unterschied, wenn im Uebrigen vor dieser Kammer der Prozess genau nach denselben Normen und Geschäfts-formen verhandelt werde, wie jeder sonstige landgerichtliche Prozess. Der feste Rückhalt des Landgerichts, von welchem grossen Gerichtshof die Handelskammer nur einen integrirenden Bestandtheil bilde, gewähre für die Rechtsprechung in Handelsgerichten eine Garantie, die ein selbständig konstruirtes isolirtes Handelsgericht niemals bieten könne.

Die Rechtsprechung der Kammer für Handelssachen werde zudem befruchtend und klärend auf die Judikatur der übrigen nur mit Rechts-gelehrten Richtern besetzten Zivilkammern desselben Landgerichts ein-wirken. Nach den Kompetenz-Bestimmungen des Entwurfs würden auch die Zivilkammern vielfach mit Handelssachen und mit Anwendung des Handels-Gesetzbuchs befasst, beispielsweise wenn ein Nichtkaufmann aus einem Handelsgeschäft belangt werde, indem das Handels-Gesetz (Art. 276) den Grundsatz aufstellte, dass das Handelsrecht Anwendung finde, sobald nur für einen der Kontrahenten ein Handelsgeschäft vor-liege, oder wenn gegen den Bürgen resp. den Rechtsnachfolger eine Handelsforderung eingeklagt werde. Es werde also die Einheit der Rechtsprechung in Handelssachen gefördert, wenn das Handelsgericht nur eine integrierende Abtheilung des Landgerichts bilde und folgeweise mit dem letztern im engsten geistigen Kontakt stehe. Umgekehrt werde die Kammer für Handelssachen aus der Judikatur des mit ihm zu einem untheilbaren Ganzen verbundenen bürgerlichen Gerichtshof eine Menge geistiger Anregung empfangen, es werde bestrebt sein, ihm vorkommende Rechtsfragen aus dem Gebiet des rein bürgerlichen Rechts in einer mit



der Rechtsprechung des Landgerichts überhaupt harmonirenden Weise zu erledigen.

Auch in personeller Beziehung würde die in Vorschlag gebrachte Institution hohe Vorthelle bringen. Die Handelsrichter würden Mitglieder des ebenso zahlreichen als hochangesehenen Landgerichts, sie treten mit den Richtern als Kollegen in die engste geistige durch die gemeinsame Berufsthätigkeit hervorgerufene Wechselwirkung, eine Menge geistiger Anregung, ein klarerer Blick in die höhern Aufgaben des Richterthums werde die werthvolle Frucht dieser Vereinigung sein. So werde das kaufmännische Element und damit zugleich das bürgerliche Element wohlthätig auf die Juristen, das juristische Element wohlthätig auf die Handelsrichter einwirken. Ein aus einem Amtsrichter und zwei Kaufleuten gebildetes Handelsgericht, das vielleicht an einem Amtsgerichtssitze dem juristischen Leben ganz entrückt sei, werde niemals diese Vorthelle bieten.

Zu diesen Vorzügen mehr idealer Natur treten nun aber eminent praktische Vorthelle, bestehend in einer ganz bedeutenden Vereinfachung des Geschäftsganges. Die wichtigste Folge sei die Beseitigung jener unleidlichen und unerquicklichen Kompetenz-Prozesse, ein Krebschaden, der bei der ersten Lesung die Ursache zum Fall der Handelsgerichte in der Kommission geworden sei, da damals kein Auskunftsmittel zur Beseitigung dieser, die Autorität und Wirksamkeit der Rechtspflege so schwer schädigenden Gerichtszuständigkeits-Prozesse in Vorschlag gekommen sei, während jetzt die Anträge unter §. 50 b. und §. 50 c. alle diese Unzuträglichkeiten mit einem Schlage beseitigen oder doch wenigstens auf ein unschädliches Mass zurückführen.

Sei nun der Vorschlag vom justiz-politischen Standpunkt aus ein gesunder und vollberechtigter, so dürfe auch die Thatsache nunmehr von der deutschen Gesetzgebung in ihre vollen Rechte eingesetzt werden, dass die Wünsche des deutschen Handelsstandes entschieden auf Mitwirkung kaufmännischer Handelsrichter in Handelssachen gerichtet sind. Man könne nicht annehmen, dass ein ganzer Stand seine wichtigsten Vermögens-Interessen einem Gericht anvertrauen würde und wollte, das nicht die vollständigsten Garantien in seinen Augen bieten würde.

Der Antrag, welcher sich als Kompromiss-Vorschlag bezüglich der Handelsgerichte darstellt, vermochte jedoch nur neun Stimmen auf sich zu vereinigen. Die Ablehnung erfolgte im Wesentlichen aus denselben Gründen, welche bereits früher für die gänzliche Beseitigung des Instituts der Handelsgerichte massgebend gewesen waren. Ebenso blieben aber auch weitere Anträge in einer ganz entschiedenen Minorität, welche den Beizug des bürgerlichen Elements in Zivilsachen mit blos berathender Stimme in weiterm oder engerm Umfang zur Durchführung zu bringen gedachten. Abgelehnt wurde nämlich ein Antrag des Abgeordneten Dr. Bähr im Wesentlichen dahin gehend:

„In Sachen (eventuell in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten), bei deren Entscheidung die einem besonderen Berufsstande eigenthümliche Fachkunde in Betracht kommt, kann das Gericht auf Antrag oder von Amtswegen die Zuziehung von zwei Fachkundigen anordnen, welche der Verhandlung beizuwohnen und an der Berathung des Gerichts, jedoch ohne entscheidende Stimme, Theil zu nehmen haben.

Desgleichen wurde ein Antrag des Abg. Dr. Reichensperger abgelehnt, welcher denselben Gedanken, beschränkt auf Handelssachen, dahin zum Ausdruck bringen wollte:



„Die ordentlichen Gerichte haben bei Entscheidung von Streitigkeiten über Handelssachen auf Antrag beider Parteien oder einer derselben zwei Handels-Assessoren zur Mitwirkung mit berathender Stimme zuzuziehen, insoweit Handels-Assessoren bei dem betreffenden Gerichte durch die Landes-Justizverwaltung bestellt sind.“

Die von der **Justiz-Kommission** und deren **Redaktions-Kommission** für den Fall der Beibehaltung der Handelsgerichte gefassten Beschlüsse lauten wie folgt:

# I.

## *Zum Entwurf eines Gerichtsverfassungs-Gesetzes.*

### §. 1. Die Worte

„und Handelsgerichte“

sind beizubehalten.

### §. 12. Abs. 4. Die Worte

„den Handelsgerichten oder“

sind zu streichen.

### §§. 81. 82. sind beizubehalten.

### §. 83. ist in folgender Gestalt beizubehalten:

*„Vor die Handelsgerichte gehören diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch von einem Kaufmann (Art. 4 des Handels-Gesetzbuchs) gegen einen Kaufmann aus den Handelsgeschäften (Art. 271—276. des Handels-Gesetzbuchs) des Letzteren geltend gemacht wird.*

*Ein Beklagter, welcher nicht in das Handelsregister eingetragen ist, kann bei dem Landgerichte die Einrede der Unzuständigkeit nicht darauf stützen, dass er Kaufmann ist.*

*Ausgeschlossen sind Klagen aus einem Wechsel im Sinne der Wechsel-Ordnung.*

*Die Zuständigkeit des Handelsgerichts bleibt begründet, wenn der beklagte Kaufmann Rechtsnachfolger eines Kaufmanns ist und die Rechtsnachfolge auf einem Handelsgeschäfte beruht.*

**§. 83a.** *Ausserdem gehören vor die Handelsgerichte diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch aus einem der nachstehend bezeichneten Rechtsverhältnisse geltend gemacht wird:*

#### 1. aus dem Rechtsverhältnisse etc.

wie Nr. 3. lit. a. des §. 83. des Entw.;

#### 2. aus dem Rechtsverhältnisse etc.

wie Nr. 3. lit. b. des §. 83. des Entw.;

#### 3. (neu) aus den Rechtsverhältnissen, welche sich auf den Markenschutz beziehen

#### 4. aus dem Rechtsverhältnisse etc.

wie Nr. 3. lit. c. des §. 83. des Entw.;

#### 5. aus dem Rechtsverhältnisse etc.

wie Nr. 3. lit. d. des §. 83. des Entw., mit der Aenderung, dass statt der Worte: „zwischen einer dritten Person und demjenigen, welcher ihr“ zu setzen ist:

*„zwischen einem Kaufmann und demjenigen, welcher ihm“;*

#### 6 aus dem Rechtsverhältnisse etc.

wie Nr. 3. lit. e. des §. 83. des Entw.;

#### 7. aus dem Rechtsverhältnisse etc.

wie Nr. 3. lit. f. des §. 83. des Entw.



**§. 83 b.** *Für Rechtsstreitigkeiten, welche nach §. 12. vor die Amtsgerichte gehören, sind die Handelsgerichte nicht zuständig.*

**§§. 84—91.** sind beizubehalten.

**§. 92.** ist beizubehalten mit der Aenderung, dass in Absatz 3. statt der Worte „einen rechtsverständigen Richter“ zu setzen ist  
*„den rechtsverständigen Richter.“*

## II.

### *Zum Entwurf einer Zivil-Prozess-Ordnung. Nach den Beschlüssen in erster Lesung.*

**§. 10.** erhält als Abs. 2. (neu) folgenden Zusatz:

*„Das Urtheil eines Handelsgerichts kann aus dem Grunde, weil die Zuständigkeit des Amtsgerichts begründet gewesen sei, nur angefochten werden, wenn eine Handelssache im Sinne der §§. 83. und 83a. des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht vorliegt.“*

**§. 38.** Abs. 2. ist beizubehalten.

**§. 61.** Abs. 2. ist beizubehalten.

**§. 72.** Zeile 4 nach den Worten „Landgerichten und“ ist einzuschalten:  
*„Handelsgerichte sowie.“*

**§. 239 a.** In Abs. 1. und 2. ist nach dem Worte „Amtsgerichte“ jedesmal einzuschalten: *„oder Handelsgerichte.“*

**§. 446 a.** In Abs. 1. hinter „Landgericht“ ist einzuschalten:  
*„oder das Handelsgericht.“*

In Abs. 2. hinter „Landgericht“ *„oder dem Handelsgerichte.“*

**§. 447.** In Zeile 3 ist nach „Landgerichte“ einzuschalten  
*„oder der Handelsgerichte.“*

In Zeile 5 ist nach „Landgerichte“ einzuschalten  
*„oder die Handelsgerichte.“*

In Zeile 7 ist nach „Landgericht“ einzuschalten  
*„oder das Handelsgericht“.*

In Zeile 10 ist nach „Landgerichte“ einzuschalten  
*„oder dem Handelsgerichte.“*

In Zeile 11 ist nach „Landgerichte“ einzuschalten  
*„oder dem Handelsgerichte.“*

**§. 447 a.** (neu.) *Durch die Verweisung an ein Landgericht oder Handelsgericht wird die Frage der Zuständigkeit des einen oder andern dieser Gerichte nicht berührt.*

Nach **§. 451 a.** ist einzuschalten:

### Dritter Abschnitt.

#### *Verfahren vor den Handelsgerichten.*

**§. a.** *„Auf das Verfahren vor den Handelsgerichten finden die Vorschriften über das Verfahren vor den Landgerichten Anwendung.“*

**§. b.** *„Wird in einem bei dem Handelsgerichte anhängigen Prozesse in Gemässheit des §. 243. die Feststellung eines Rechtsverhältnisses beantragt, welches nicht zur Zuständigkeit der Handelsgerichte gehört, so ist der Antrag zurückzuweisen, wenn der Gegner, heror er sich auf denselben eingelassen hat, darauf anträgt.*

*Das Handelsgericht kann den Antrag auch von Amtswegen zurückweisen.“*



**§. c.** „Ueber Gegenstände, zu deren Beurtheilung eine kaufmännische Begutachtung genügt, sowie über das Bestehen von Handelsgebräuchen kann das Handelsgericht auf Grund eigener Sachkenntniss entscheiden.“

**§. 590.** Nach „Landgerichte“ ist einzuschalten  
„oder Handelsgerichte.“

**§. 653.** Nach „Landgerichte“ ist einzuschalten  
„oder Handelsgerichte.“

**§. 812.** Abs. 3. ist in der Fassung des Entwurfs mit Ausnahme der Worte:  
„das Amtsgericht oder“

beizubehalten.

## Siebenter Titel.

### *O b e r - L a n d e s g e r i c h t e .*

§§. 93.—96. des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 17. Januar 1876.

Der siebente Titel „Ober-Landesgerichte“, welcher in den §§ 93 - 96 von der Besetzung, der Senatsbildung, der Zuständigkeit und der zu den Entscheidungen erforderlichen Mitgliederzahl bei den Ober-Landesgerichten handelt, wurde angenommen. Die landgerichtlichen Vorschriften über Kammerbildung und Geschäftsvertheilung wurden auch bei den Ober-Landesgerichten für anwendbar erklärt. (§. 94a.)

Die bei dem siebenten Titel „Ober-Landesgerichte“ von der **Kommission und der Redaktions-Kommission** getroffenen abändernden Beschlüsse lauten dahin:

**§. 94.** Bei den Ober-Landesgerichten werden Zivil- und Straf-Senate gebildet. Die Zahl derselben bestimmt die Landes-Justizverwaltung.

**§. 94a.** Die Bestimmungen der §§. 46 d. — m. finden auf die Ober-Landesgerichte entsprechende Anwendung.

**§. 95.** Die Ober-Landesgerichte sind zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel:

1. der Berufung gegen die Endurtheile der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten;
2. der Revision gegen Urtheile der *Kleinen Schöffengerichte*;
3. der Revision gegen Urtheile der *Grossen Schöffengerichte*, sofern die Revision ausschliesslich auf die Verletzung einer in den Landes-Gesetzen enthaltenen Rechtsnorm gestützt wird;
4. der Beschwerde gegen Entscheidungen der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten;
5. der Beschwerde gegen strafrichterliche Entscheidungen erster Instanz, soweit nicht die Zuständigkeit der Strafkammer begründet ist, und gegen Entscheidungen der Strafkammern in der Beschwerde-Instanz.



## **Achter Titel.**

### ***R e i c h s g e r i c h t.***

§§. 97–112 des Entwurfs.

#### **I. Organisation des Reichsgerichts.**

Fortsetzung der Sitzung vom 17. Januar 1876.

Sitzung vom 18. Januar 1876.

#### **II. Organisation der Anwaltschaft beim Reichsgericht.**

Fortsetzung der Sitzung vom 18. Januar 1876.

In obigen Sitzungen erledigte die Kommission die Bestimmungen über das Reichsgericht und fügte neue Bestimmungen über die Anwaltschaft beim Reichsgericht bei.

#### **I. Organisation des Reichsgerichts.**

Darüber berichten wir:

Im weiteren Verlaufe der Sitzung vom 17. d. M. schritt man zum achten Titel „vom Reichsgericht“. Man beschloss zunächst eine Bestimmung dahin, dass die von der Reichs-Justiz-Kommission bezüglich der Kollegial-Gerichte bereits getroffenen Vorschriften über den Vorsitz, die Vertheilung der Geschäfte, die Bildung der Senate und die Vertretungen auch auf das Reichsgericht mit der Massgabe Anwendung finden sollen, dass die in dem Schosse des Kollegiums für die Vertheilung der Mitglieder in die Kammern zu bildende Kommission aus dem Präsidenten, den Senats-Präsidenten und vier Richtern zu bestehen habe, dass ferner die Zuziehung von Hülfssrichtern nicht gestattet sei. — Die für die bereits erlassenen Vorschriften bezüglich der Kammerbildung leitend gewesenen Erwägungen fand man auch hier für zutreffend. Bei dem grossen Personalbestand des künftigen Reichsgerichts hielt man eine Betheiligung der Senats-Präsidenten und ebenso eine stärkere Zahl von zu wählenden Vertrauensmännern für unentbehrlich. Dass für das Reichs-Ober-Handelsgericht nicht schon vom Reichstag gleiche Vorschriften erlassen worden, erklärte man damit, dass es sich damals um eine völlig neue aus den verschiedenartigsten Elementen erst zu einem Ganzen zu vereinigende Einrichtung handelte, deren Durchführbarkeit damals überhaupt mehrfach noch angezweifelt worden war. Ein weiter gehender Antrag, welcher die Bildung besonderer Abtheilungen für besondere Rechtsgebiete in Aussicht nimmt, wurde zu späterer Berathung ausgesetzt.

Der Eingangs-Paragraph 97 des Entwurfs lautet:

„Der Sitz des Reichsgerichts wird mit Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung bestimmt.“

Statt dessen beschloss die Kommission zu setzen:

„Der Sitz des Reichsgerichts wird durch Gesetz bestimmt.“



Man nahm an, dass es sich hier um keine in den Bereich der Administration, sondern um eine unbedingt in das Gebiet der Legislative gehörige Frage, ja selbst um eine Frage handle, die sowohl für die Rechtspflege, als für die politischen Verhältnisse in Deutschland eine Frage ersten Ranges sei. Man erwog, dass hier in Betracht zu ziehen sei, dass sich die gewichtigsten Gründe pro und contra darüber geltend machen lassen, ob man das Reichsgericht besser in dem Mittelpunkt der gesammten nationalen und politischen Bewegung errichte, oder ob vorzuziehen sei, das Reichsgericht dieser Bewegung zu entrücken und dasselbe an einen Platz zu legen, wo dasselbe allein die oberste Autorität bilde, dass ferner auch die geographische Lage, die Frage, ob nicht an demselben Platz eine deutsche Hochschule sich zu befinden habe, zu erledigen sei, dass die Frage auch für die Mitglieder des Reichsgerichts selbst eine grosse Wichtigkeit habe. Es sei also unmöglich, diese Entscheidung ohne die Mitwirkung des Reichstages zu treffen. Andererseits fand aber die Kommission für angemessen, eigene Vorschläge über den künftigen Sitz des Reichsgerichts dem Reichstage nicht zu machen, da diese Frage sich weit besser zur Behandlung im Plenum als zur Vorbereitung derselben in dem kleineren Kreise einer Kommission eigne.

§. 98 wurde unverändert angenommen.

Bei §. 99, welcher vorschreibt, dass der Präsident, die Senats-Mitglieder und die Räte auf Vorschlag des Bundesrathes durch den Kaiser ernannt werden, wurde der Antrag, die Worte „auf Vorschlag des Bundesrathes“ zu streichen, abgelehnt. Der Antrag war damit motivirt worden, dass für die Ernennung der Mitglieder des Reichsgerichts lediglich sachliche Motive, nämlich das Interesse der Rechtspflege, entscheidend sein könnten und dass für die Lösung der allein darnach zu beantwortenden Personalfrage die Plenar-Versammlung des Bundesrathes nicht das geeignete Organ sei; das Vorschlagsrecht des Bundesrathes erinnere an das Präsentationsrecht der alten deutschen Landstandschaften zum Reichskammer-Gericht — die Ernennung von Gerichts-Mitgliedern durch ständische Vertretungen sei heutigen Tages als ein mit dem Grundgedanken der Justiz unvereinbarer Modus aufgegeben, auch möge man in Betracht nehmen, dass alle sonstige Reichsbeamte direkt vom Kaiser ernannt würden. Selbstverständlich würde übrigens auch bei Annahme des Antrags nicht ausgeschlossen sein, dass die Bundesregierungen zu hören seien. Von entgegengesetzter Seite wurde bestritten, dass nicht der Bundesrath durch seine Organisation vereigenschaftet sei Vorschläge zu machen, das Vorschlagsrecht des Bundesrathes entspräche nicht nur dem Gesetze über das Reichs-Oberhandelsgericht, sondern harmonire auch mit dem Grundgedanken und dem Geiste der Verfassung des Deutschen Reichs, letzteres sei ein Bundesstaat, das Reichsgericht sei das oberste Gericht dieser Hoheitsgemeinschaft, daraus ergebe sich das Vorschlagsrecht des Bundesrathes von selbst, ebenso verhalte es sich beim Rechnungshof; so lange wir keine gemeinsame deutsche Zivil-Gesetzgebung haben, sei auch dieses Vorschlagsrecht um so weniger zu entbehren. Unzuträglichkeiten könnten sich nicht daraus ergeben, da der Kaiser nicht verpflichtet sei, dem Vorschlag des Bundesrathes zu entsprechen, vielmehr könne der Kaiser den Vorschlag jeder Zeit zurückweisen und andere Vorschläge verlangen. Die erwähnten Reichsbeamten seien Verwaltungs-Beamte des Reiches, hier handle es sich aber um die Ernennung unabhängiger und dazu oberster Richter.



Zu §. 101 wurde ein Antrag abgelehnt, welcher die Untersuchungshaft gegen Mitglieder des Reichsgerichts nur mit Zustimmung der Strafkammer des Reichsgerichts zulassen wollte. Der Antrag, für welchen die Einrichtungen Frankreichs angeführt wurden, wurde abgelehnt, da man auch dem höchsten Richterstand, wenn es sich um Verbrechen handelt, kein Privilegium einräumen wollte und einen Schutz für die Unabhängigkeit des Gerichtshofes in dieser Vorschrift nicht erblickte.

§§. 102—106 wurden unverändert angenommen.

§. 107, Ziffer 1, schreibt vor, dass das Reichsgericht zuständig sei für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz in den Fällen des Hochverrathes und des Landesverrathes in so fern diese Verbrechen gegen Kaiser und Reich gerichtet sind.

Diese Gesetzes-Bestimmung wurde gegenüber einem Streichungsantrag angenommen. Man nahm an, dass zweifellos für die Reichsgewalt das höchste und vollständig berechtigte Interesse bestehe, in einem Bundesstaate ein zur Aburtheilung der gegen das Reichs-Oberhaupt und gegen die Existenz des Reichs gerichteten Verbrechen berufenes von den Partikularstaats-Gewalten vollkommen losgelöstes wirkliches und von der Reichs-Gewalt selbst eingesetztes Reichsgericht zu besitzen, und dass die Einrichtung eines solchen Gerichtshofs für die Sicherheit des Reichs unentbehrlich sei, alle Gerichts-Einrichtungen eines Einzelstaates, falls letzterer nach dem politischen Gang der Frage eine zweifelhafte Haltung einnehme, könnten unter Umständen gerade dann versagen, wenn das Reich zum Schutz seiner verfassungsmässigen Rechte der richterlichen Macht recht eigentlich bedürfe. Dass das Eintreten solcher Zustände nicht zu erwarten sei, dürfe keinen Grund gegen die Nothwendigkeit der Einrichtung abgeben, zumal der Verfassungs-Gesetzgeber, indem er in Art. 75 der Verfassung des Reichs das Ober-Appellationsgericht in Lübeck zum Reichsgericht bestellte, die Institution selbst zu einem integrierenden Bestandtheil der Reichs-Institutionen erhoben habe.

Soweit aber die Garantien für die bürgerliche Freiheit gegenüber der Art und Weise der Einrichtung dieses obersten Kriminal-Gerichtshofes einer Erhöhung bedürfen — beispielsweise in Form der Einfügung einer schwurgerichtlichen Prozedur, wurden von mehreren Rednern Anträge für die zweite Lesung vorbehalten.

Die übrigen Paragraphen des Titels wurden nicht beanstandet.

Vorbehalten wurde die Beschlussfassung über die Rechtsanwaltschaft am Reichsgerichte, zumal in dieser Beziehung noch eine Vorlage der verbündeten Regierungen zu erwarten steht.

Sitzung vom 18. Januar 1876.

In der Sitzung vom 18. Januar bildete den ersten Gegenstand der Berathung ein in der vorausgegangenen Sitzung ausgesetzter, auf die Organisation des Reichsgerichts bezüglicher Antrag, welcher dahin lautet:

„Bei dem Reichsgericht werden für die Strafrechtspflege, sowie für jedes der reichsgerichtlichen Zuständigkeit unterliegende grössere Rechtsgebiet der Zivilrechtspflege besondere Abtheilungen gebildet.



Die Zuweisung der Mitglieder (Präsidenten und Rätthe) zu diesen Abtheilungen erfolgt durch ihre Anstellung. Die Versetzung eines Mitgliedes aus einer Abtheilung in die andere ist nur mit dessen Zustimmung zulässig.

Eine Vertretung der Mitglieder durch Mitglieder einer anderen Abtheilung ist nur in Nothfällen, sowie in Feriensachen zulässig.“

Zugleich sollten im Falle der Annahme dieses Antrags in jeder Abtheilung die Errichtung von Senaten, desgleichen für die zur Zuständigkeit des bisherigen Reichs-Ober-Handelsgerichts sowie für Zivilsachen, bei welchen die Verletzung bestimmter Reichs-Gesetze in Frage steht, die Einsetzung besonderer Senate sämtlicher Zivil-Abtheilungen in Aussicht genommen werden.

Zu Gunsten des Antrags wurde geltend gemacht, dass es im Interesse der Rechtsprechung und der Richter selbst total unzulässig sei, dass Richter, welche ihre theoretische und praktische Ausbildung in einem der drei ganz verschiedenartigen Rechtssysteme — dem gemeinen, dem preussischen und dem französischen Recht — erworben haben, zur Rechtsprechung in einem der andern Rechtsgebiete verwendet werden.

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da man im Prinzip nicht für unzulässig, ja selbst unter Umständen für nützlich erachtete, wenn ein in dem einen Rechtssystem bewandter und praktisch geübter Jurist einer, einem andern Rechtsgebiete vorzugsweise gewidmeten Kammer zugetheilt werde, während man für die Regelfälle als ganz selbstverständlich ansah, dass eben jede Kraft da zur Verwendung gelangen werde, wo sie die erfolgreichsten Wirkungen zu erzielen geeignet sei. Zugleich zog man in Betracht, dass der Antrag, den dem Reichsgerichte zu Grunde liegenden Charakter eines einheitlichen zur gemeinsamen Rechtsprechung berufenen Gerichtshofes benehmen, und dafür ein Konglomerat von Einzel-Gerichtshöfen schaffen würde, die nur äusserlich zu einem Ganzen verbunden wären, so dass es sich frage, ob nicht dafür die Beibehaltung der obersten Gerichtshöfe in den Einzelstaaten vorzuziehen sein möchte.

## II. Organisation der Anwaltschaft beim Reichsgericht.

Fortsetzung der Sitzung vom 18. Januar 1876.

Wir berichten über die desfallsigen Kommissions-Berathungen in Folgendem:

Zur vollständigen Erledigung des Titels über das Reichsgericht erübrigte noch für die Kommission, die bei der Berathung der „Rechtsanwaltschaft im Allgemeinen“ ausgesetzte Berathung der Organisation der Rechtsanwaltschaft bei dem Reichsgerichte. Auf der Grundlage der vom Abgeordneten Dr. Lasker vorgelegten Vorschläge wurden folgende Beschlüsse gefasst:

### *Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht.*

- 1) *Wer fünf Jahre das Amt eines Richters, Staatsanwalts, eines Rechtslehrers an einer deutschen Hochschule oder die Rechtsanwaltschaft ausgeübt hat, ist auf seinen Antrag zur Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht zuzulassen.*



- 2) Die Zulassung erfolgt nach Anhörung der Anwalts-Kammer durch den Präsidenten des Reichsgerichts.
- 3) Die Zulassung muss versagt werden wegen derselben Gründe, welche hierfür bei der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei einem andern Gericht massgebend sind. (Nr. 4 der Beschlüsse vom 12. Januar 1876.)
- 4) Die Zulassung kann im Fall der Nr. 5 der Beschlüsse vom 12. Jan. 1876 durch den Präsidenten des Reichsgerichts beanstandet werden.  
Auf Antrag des Nachsuchenden entscheiden über die Zulässigkeit der Beanstandung der erste Zivil-Senat und der erste Kriminal-Senat des Reichsgerichts in vereinigter Sitzung.
- 5) Die Zulassung kann versagt oder beanstandet werden:
  - a. wenn der Nachsuchende länger als ein Jahr aus der unter 1 bezeichneten Funktion ausgeschieden ist;
  - b. wenn der Nachsuchende zwar die Fähigkeit zur Rechtsanwaltschaft besitzt, aber während fünf Jahre ein anderes Staats- oder Reichs-Amt, als das unter 1 bezeichnete, verwaltet hat.
- 6) Der Zugelassene muss seinen Wohnsitz am Sitz des Reichsgerichts nehmen,
- 7) Die Anwalts-Kammer wird aus der Zahl der beim Reichsgericht niedergesetzten Rechtsanwälte gebildet.
- 8) Den Rechtsanwälten beim Reichsgericht stehen in Betreff der Wahrnehmung von Geschäften bei anderen Gerichten die den Rechtsanwälten allgemein beigelegten Befugnisse nicht zu.
- 9) In den bei dem Reichsgerichte anhängigen Zivil-Prozessen kann der bei dem Reichsgerichte zugelassene Anwalt die mündliche Verhandlung jedem deutschen Rechtsanwalt übertragen.  
Ebenso kann in diesen Sachen jeder deutsche Rechtsanwalt beim Reichsgerichte als Beistand auftreten.

Die unter **Ziffer 1** getroffene Vorschrift, wonach erst nach einem in juristischer Thätigkeit verbrachten Zeitraum von fünf Jahren nach dem zweiten Staatsexamen die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht verlangt werden darf, beruht einmal auf den früheren Beschlüssen der Kommission, wonach während der ersten fünf Jahre die Zulassung bei einem bestimmten Gerichte verweigert werden kann, wenn bei einem anderen Gerichte Mangel ist. Sodann aber erwog man, dass zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft bei dem obersten deutschen Gerichtshof der Besitz einer gewissen praktischen Erfahrung, also das Eingelebtsein in juristische Anschauungen und in die scharfen Formen des Rechts erwartet werden dürfe, und dass der oberste Gerichtshof Deutschlands nicht zur Uebungsstätte für Anfänger zu machen sei.

Zu **Ziffer 2** wurde der Antrag abgelehnt, der konform mit den früheren Beschlüssen der Kommission die Entscheidung über die Zulassung der Justiz-Verwaltung (dem Reichskanzler resp. dem Reichs-Justizamt) übertragen wollte, zumal im Fall die Zulassung beanstandet werde, das Reichsgericht mit um so grösserer Unbefangenheit über die an dasselbe ergriffene Rechtsberufung erkennen werde, wenn nicht schon dessen Präsident durch Verweigerung der Zulassung für den Gerichtshof



ein gewisses Präjudiz geschaffen habe. Man erwog jedoch dem gegenüber, dass man die Vorbescheidung des Zulassungsgesuchs vornehmlich deshalb der obersten Justiz-Verwaltung übertragen habe, weil nur diese in der Lage ist, zu wissen, ob bei einem andern Gerichte desselben Staates Mangel an Anwälten besteht, ein Gesichtspunkt, der nach den Beschlüssen sub 1 überhaupt beim Reichsgericht nicht zutrifft.

Zu **Ziffer 8 und 9** waren mehrere Mitglieder der Kommission geneigt, im Interesse der Erzielung einer die tüchtigsten und ausgezeichnetsten Kräfte in sich enthaltenden, ihrer hohen, einen mächtigen Einfluss auf die Rechtspraxis und die Rechtsentwicklung Deutschlands in sich schliessenden Aufgabe gewachsenen, auf ähnlicher Höhe juristischer Reife wie die Richter sich bewegenden Anwaltschaft beim Reichsgericht in Zivilprozessen die Vertretung durch auswärtige Rechtsanwälte ganz auszuschliessen. Man erwog jedoch, dass die Verschiedenartigkeit der zur Zeit in Deutschland noch bestehenden Partikularrechte dem unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenseetze und belies es daher bei den über die Rechtsanwaltschaft im Allgemeinen in dieser Beziehung bereits gefassten Beschlüssen, wonach der zugelassene Anwalt einen nicht zugelassenen sich substituieren darf, und auch die sog. Beistandschaft statthaft ist.

Dabei wurde jedoch weiter ins Auge gefasst, dass die künftige Disziplinar-Ordnung darüber Bestimmungen zu treffen habe, dass die gewährte Plaidir-Freiheit nur in den Schranken und zu den Zwecken, für welche sie der Gesetzgeber ins Auge gefasst habe, also im Interesse der Rechtspflege und der Wissenschaft zur Ausübung gelange, nicht aber als ein Mittel benutzt, bezw. gemissbraucht werde, um unter Verschiebung eines sogenannten Legalisirungs-Anwalts gewerbs- und gewohnheitsmässig in einer mit der Würde und Ehre des Anwaltsstandes unvereinbarlichen Weise das Lokalisirungs-Prinzip zu umgehen. Darüber zu wachen werde Sache der Ehrendisziplin des Standes sein. Ferner hielt man dafür, dass eine richtige Gebühren-Ordnung in dieser Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein werde, in Verbindung namentlich mit einer Disziplinar-Vorschrift dahin, dass es des Anwaltsstandes unwürdig und daher strafbar sei, wenn über die Gebühren-Verhältnisse zwischen den Anwälten am Reichsgericht und auswärtigen Anwälten Abmachungen erfolgen, die einfach das Ziel verfolgen, dass nicht der Tüchtigste, sondern der Wenigstnehmende als derjenige Anwalt erscheint, dem vorzugsweise die Praxis zufliesst.

Von diesem Gesichtspunkte der Kreirung einer dem Reichsgerichte möglichst ebenbürtig zur Seite stehenden blühenden und hochangesehenen deutschen Reichsgerichts-Anwaltschaft aus hielt man dafür, dass nur solche Anwälte sich beim Reichsgericht niederlassen sollen, welche die Kraft in sich fühlen, in dieser advokatorischen Stellung Hervorragendes zu leisten und sich daher derselben ganz und ausschliesslich hinzugeben. Man sah es als verderblich an, dass die Reichsgerichts-Advokatur nur als eine Nebenbeschäftigung betrieben werde und erklärte daher den Betrieb von vorderinstanzlicher Praxis mit der Stellung und Berufsthätigkeit des Reichsgerichts-Anwaltes für unvereinbar.

Dafür, dass auswärtige Anwälte mit Zustimmung eines beim Reichsgericht niedergelassenen Anwalts am Reichsgericht plaidiren dürfen, den



Reichsgerichts-Anwälten als Aequivalent das Recht einzuräumen, ihrerseits auch auswärts zu plaidiren, konnte man keinen zwingenden Grund einsehen.

Die **Beschlüsse der Kommission** über die Anwaltschaft beim Reichsgericht wurden durch die **Redaktions-Kommission** dem Titel IXa. „Anwaltschaft im Allgemeinen“ eingefügt und sind daher dort nachzusehen. Im Uebrigen wurden zu dem achten Titel „Vom Reichsgericht“, §§. 97—112 des Entwurfs, der letztere in folgenden Punkten abgeändert:

**§. 97.** Der Sitz des Reichsgerichts wird durch *Gesetz* bestimmt.

**§. 99.** Der Präsident, die Senats-Präsidenten und Räte werden auf Vorschlag des Bundesraths von dem Kaiser ernannt.

Zum Mitgliede des Reichsgerichts kann nur ernannt werden, wer *die Fähigkeit zum Richteramt in einem Bundesstaate erlangt* und das fünfunddreissigste Lebensjahr vollendet hat.

**§. 104.** Bei dem Reichsgerichte werden Zivil- und Straf-Senate gebildet. *Die Zahl derselben bestimmt der Reichskanzler.*

**§. 105.** *Den Vorsitz im Plenum führt der Präsident, den Vorsitz in den Senaten führen der Präsident und die Senats-Präsidenten.*

*Für die einzelnen Senate bestimmt der Reichskanzler die Vorsitzenden. Die getroffene Bestimmung kann nur mit dem Ablauf eines Geschäftsjahrs auf übereinstimmenden Antrag der betheiligten Vorsitzenden geändert werden.*

**§. 105 a.** *Die Vertheilung der Geschäfte unter die Senate derselben Art erfolgt durch das Plenum. Eine Aenderung kann nur mit Beginn eines Geschäftsjahrs eintreten.*

**§. 105 b.** *Vor Beginn des Geschäftsjahrs werden auf die Dauer desselben die ständigen Mitglieder der einzelnen Senate und für den Fall ihrer Verhinderung die regelmässigen Vertreter durch eine Kommission des Gerichts bestimmt. Jeder Rath kann zum Mitglied mehrerer Senate bestimmt werden.*

*Die Kommission besteht aus dem Präsidenten, den Senats-Präsidenten und vier vom Plenum nach absoluter Stimmenmehrheit gewählten Räten.*

*Die Kommission hat auf Verlangen die Räte über ihre Zutheilung zu hören.*

**§. 105 c.** *Die Bestimmungen der §§. 46 g.—l. finden auf das Reichsgericht entsprechende Anwendung.*

**§. 105 d.** *Die Zuziehung von Hülfssrichtern ist unzulässig.*

**§. 107.** In Strafsachen ist das Reichsgericht zuständig:

1. für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz in den Fällen des Hochverraths und des Landesverraths, insofern diese Verbrechen gegen den Kaiser oder das Reich gerichtet sind;
2. für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der *Grossen Schöffengerichte*, insoweit nicht die Zuständigkeit der Ober-Landesgerichte begründet ist, und gegen Urtheile der Schwurgerichte; der Beschwerde gegen Entscheidungen der Ober-Landesgerichte.

**§§. 108. — 112.** Unverändert.



## Neunter Titel.

### *Staatsanwaltschaft.*

§§. 113—123 des Entwurfs.

Sitzung vom 19. Januar 1876.

Die Reichs-Justiz-Kommission benutzte die Vormittagsstunden des 19. Januar vor der Plenarsitzung des Reichstages zu einer Sitzung, in welcher der neunte Titel „von der Staatsanwaltschaft“ (§§. 113—123) zur Erledigung gebracht wurde.

Die §§. 113—117 wurden unverändert angenommen.

Bei §. 118, welcher vorschreibt, dass die Beamten der Staatsanwaltschaft den dienstlichen Anweisungen ihrer Vorgesetzten nachzukommen haben, wurde eine Restriktion dieser Vorschrift dahin beschlossen: dass jedoch bei der nach §. 217 der Strafprozess-Ordnung nach dem Schlusse der Beweis-Aufnahme in der Hauptverhandlung erfolgenden Stellung und Begründung ihrer Anträge die Staatsanwälte nur ihrer freien innern Ueberzeugung zu folgen haben. Es wurde hierbei ausdrücklich konstatiert, dass diese Vorschrift nicht allein bezüglich der Würdigung des thatsächlichen Beweismaterials, sondern auch hinsichtlich der rechtlichen Würdigung des Straffalles zu gelten habe. Nach beiden Seiten hin hielt man für unmöglich, dass überhaupt ein Vorgesetzter einen Staatsanwalt gegenüber der unvorhersehbaren Gestaltung und der Wechselfälle einer mündlichen Verhandlung mit zum Voraus bindenden Weisungen versehen wolle, man nahm ferner an, dass niemals ein Staatsanwalt vor einem Strafgerichte die Erklärung geben darf, es sei der Ueberführungs-Beweis erbracht, während er in sich die Ueberzeugung von der Schuldlosigkeit des Angeklagten trägt, und dass ebenso wenig der Staatsanwalt die Anwendung eines Strafgesetzes fordern dürfe, von dessen Anwendbarkeit er nicht selbst juristisch überzeugt ist. Dem Grundsatz, dass die Strafverfolgung in den Händen der obersten Justiz-Verwaltung liege, werde dadurch Rechnung getragen, dass die Staatsanwaltschaft den Straffall überhaupt dem Gerichte zur richterlichen Aburtheilung vorführt, im Uebrigen verfüge der Staatsanwalt überhaupt nicht mehr über die Anklage, vielmehr bilde der Verweisungs-Beschluss der Strafkammer die Grundlage des Verfahrens in der Hauptverhandlung.

§. 119 wurde unverändert angenommen.

§§. 120 und 121 regeln lediglich die Organisation der beim Reichs-Gerichte angestellten Staatsanwälte (des Ober-Reichsanwalte und der Reichsanwälte), welche daselbst für nicht richterliche Beamte erklärt werden. Die Vorschriften werden angenommen. Man fand jedoch für erforderlich, auch die Stellung der Staatsanwälte bei den Gerichten der einzelnen Bundesstaaten reichsgesetzlich zu regeln und nicht, wie der Entwurf will, den Landes-Gesetzgebungen zu überlassen. Dazu müsse schon der Umstand führen, dass man in den Entwurf des Gesetzes auch Vorschriften



über die Befähigung zum Richteramt und zur Advokatur, sowie über die dienstliche Stellung der zur Ausübung dieser Funktionen berufenen Justiz-Beamten aufgenommen hatte.

Die über das dienstliche Verhältniss der Staatsanwälte in Deutschland bestehenden zwei Systeme fanden beide in der Kommission ihre Verfechter. Nach dem einen, in Preussen und Baiern bestehenden System wollte ein Theil der Kommission das Amt der Staatsanwaltschaft als ein ständiges organisiren, so dass die Staatsanwälte, wenngleich sie die Befähigung zum Richteramt besitzen müssen und thatsächlich aus dem Richteramte entnommen werden müssen, demungeachtet aufhören, richterliche Beamte zu sein, vielmehr für dieselben eine besondere Dienst-Laufbahn und ein besonderer Etat besteht, dieselben auch in der Disziplin wie Verwaltungs-Beamte zu behandeln sind. Dem zweiten, in Hannover, Württemberg, Baden, Braunschweig und Oldenburg bestehenden System entsprechend, wollte ein anderer Theil der Kommission die Staatsanwaltschaft nicht als ein ständiges Amt, sondern als einen widerruflichen, einzelnen Personen aus dem Richterstande dergestalt zu ertheilenden Auftrag auffassen, dass die Staatsanwälte zwar für die Dauer des Auftrags keine richterliche Geschäfte wahrnehmen dürfen, im Uebrigen aber, sobald der Auftrag widerrufen wird, in den Richterdienst zurücktreten, für die Dauer ihres Amtes als Staatsanwälte in ihrer Amtsverrichtung der Aufsicht und Leitung der Justiz-Verwaltung, in ihrer persönlichen Stellung aber dem Richter-Disziplinalgesetze unterstehen. Nach dieser zweiten Ansicht sollen dieselben im Gehalte mittlerweile in ihrer richterlichen Branche mit vorrücken, während sie neben diesem ihrem richterlichen Gehalte für die Zeit ihrer staatsanwaltschaftlichen Funktion eine Besoldungszulage erhalten. Dieses zweite System erlangte in der Kommission die Majorität, und zwar mit folgenden Zusatz-Bestimmungen:

*„Das Amt eines Staatsanwalts darf nur solchen Personen übertragen werden, welche mindestens zwei Jahre Richter gewesen sind; — wird der Auftrag zurückgenommen, so müssen sich dieselben bei ihrem Rücktritt in die richterliche Stellung die Versetzung an ein anderes Gericht desselben Ober-Landesgerichts gefallen lassen; zur Annahme eines dauernden Auftrags sind die Richter nicht verpflichtet, die erfolgte Annahme kann jedoch erst nach Ablauf von drei Jahren zurückgezogen werden; während der Richter das Amt eines Staatsanwalts versieht, steht er auf dem Besoldungs-Etat der Richter, er kann auf die Unversetzbarkeit eines Richters keinen Anspruch machen; Versetzungen gegen seinen Willen dürfen, wenn sie nicht das Ergebniss eines Disziplinar-Verfahrens sind, nicht zu einer Schmälerung seines richterlichen Gehaltes führen.“*

Beigefügt wurde endlich noch die Bestimmung:

*„Die Vertretung eines verhinderten Staatsanwaltes darf von dem Vorstande des Gerichts einem Richter übertragen werden.“*

Diesem zweiten, von der Kommission angenommenen System gegenüber wurde geltend gemacht, dass, wenn man die Staatsanwaltschaft mit einem richterlichen Charakter bekleide, dadurch deren ganze Stellung verschoben und dem Anklage-Amt, das seiner Natur nach eine einseitige Vertretung eines Partei-Interesses sei, ein Uebergewicht über die Vertheidigung eingeräumt werde, die ihm nicht gebühre. Von entgegengesetzter Seite und zu Gunsten der Majoritäts-Beschlüsse der Kommission wurde jedoch ausgeführt, dass eine solche Gefahr nicht



existire, weil während der Dauer der staatsanwaltschaftlichen Thätigkeit die Ausübung der richterlichen Thätigkeit bei dem betreffenden Beamten vollständig ruhe, im Uebrigen aber werde durch diese Beschlüsse herbeigeführt, dass der Staatsanwalt eingedenk seiner Herkunft aus, und eingedenk seiner künftigen Rückkehr zur Richterstellung in seiner Amtsthätigkeit die Freiheit und Objektivität des Urtheils über Schuld und Unschuld weit mehr besitzen werde, als dieses bei einer bloß administrativen Stellung der Fall sein werde. Vor allem aber wurde betont, dass in jenen Staaten, welche für die Staatsanwaltschaft die richterliche Grundlage beibehalten haben, sich dieses Institut durchweg trefflich bewährt habe, während in jenen Ländern, welche den Staatsanwalt aus dem richterlichen Verband völlig losgelöst und denselben zu einem reinen Administrativ-Beamten gemacht haben, sich mehrfach bei der Bevölkerung ein grosses Misstrauen gezeigt habe, das seinen Boden verlieren müsse, sobald eine richtige Organisation dafür Sorge, dass der Staatsanwalt mit richterlichen Ideen an die Handhabung seines Amtes herantrete. Für die Oberstaatsanwaltschaft, in deren Hand sich die Aufsichts-Gewalt über die Strafverfolgung konzentriert, nahm man dagegen den Grundsatz an, dass diese Stelle ein reines Verwaltungs-Amt sei.

Bei §. 122 beschloss man in Konformität mit der Stellung, wie man sie für die künftige deutsche Staatsanwaltschaft in Aussicht nahm, dass derselben eine Dienstaufsicht über Richter nicht übertragen werden dürfe. Man hatte hierbei vornehmlich die Stellung der Amtsrichter im Auge, welche im Strafprozess derart konstruirt ist, dass dem Staatsanwalt eine Aufsichts-Gewalt über Amtsrichter, wie sie gegenwärtig in manchen Ländern besteht, schlechterdings nicht eingeräumt werden kann.

---

Die in dem neunten Titel des Gerichtsverfassungs-Entwurfs „Staatsanwaltschaft“, §§. 113 — 123, von der **Kommission** und der **Redaktions-Kommission** getroffenen Abänderungen sind folgende:

**§. 113.** Bei jedem Gerichte soll eine Staatsanwaltschaft bestehen.

**§. 114.** Das Amt der Staatsanwaltschaft wird ausgeübt:

1. bei dem Reichsgerichte durch einen Ober-Reichsanwalt und durch einen oder mehrere Reichs-Anwälte;
2. bei den Ober-Landesgerichten, den Landgerichten, den *Grossen Schöffengerichten* und den Schwurgerichten durch einen oder mehrere Staats-Anwälte;
3. bei den Amtsgerichten und den *Kleinen Schöffengerichten* durch einen oder mehrere Amts-Anwälte.

Die Zuständigkeit der Amts-Anwälte erstreckt sich nicht auf das amtsrichterliche Verfahren zur Vorbereitung der öffentlichen Klage in denjenigen Strafsachen, welche zur Zuständigkeit anderer Gerichte als der *Kleinen Schöffengerichte* gehören.

**§. 117.** Die ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Ober-Landesgerichten und den Landgerichten sind befugt, bei allen Gerichten ihres Bezirks die Amtsverrichtungen der Staatsanwaltschaft selbst zu übernehmen oder mit Wahrnehmung derselben einen anderen als den zunächst zuständigen Beamten zu beauftragen.

Amts-Anwälte können das Amt der Staats-Anwaltschaft nur bei den Amtsgerichten und den *Kleinen Schöffengerichten* versehen.



**§. 118.** Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihrer Vorgesetzten nachzukommen.

In denjenigen Sachen, für welche das Reichsgericht in erster und letzter Instanz zuständig ist, haben alle Beamte der Staatsanwaltschaft den Anweisungen des Ober-Reichsanwalts Folge zu leisten.

*Bei den Ausführungen und Anträgen nach dem Schlusse der Beweisaufnahme sind die Beamten der Staatsanwaltschaft an dienstliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten nicht gebunden.*

**§. 120.** Der Ober-Reichsanwalt, die Reichs-Anwälte und die ersten Beamten der Staats-Anwaltschaft bei den Ober-Landesgerichten sind nicht richterliche Beamte.

Zu diesen Aemtern können nur zum Richteramte befähigte Beamte ernannt werden.

**§. 121 a.** Das Amt der den ersten Beamten der Staats-Anwaltschaft bei den Ober-Landesgerichten beigeordneten Staats-Anwälte, sowie der Staats-Anwälte bei den Landgerichten wird durch richterliche Beamte, welche mindestens zwei Jahr ein Richteramt bekleidet haben, auf Grund eines dauernden, aber jederzeit wider-ruflichen Auftrags ausgeübt.

*Eine Verpflichtung zur Annahme des Auftrags findet nicht statt. Die erfolgte Annahme kann nicht zurückgezogen werden.*

*Die Staats-Anwälte dürfen während der Dauer ihres Amts richterliche Geschäfte nicht wahrnehmen.*

**§. 121 b.** Die in dem §. 121 a bezeichneten Staats-Anwälte beziehen für die Dauer ihrer Amtsführung neben dem richterlichen Gehalte eine besondere Gehalts-zulage. Auf das Aufrücken in die höhere Gehaltsstufe findet die Bestimmung des §. f. Absatz 2. Anwendung.

*Versetzungen gegen ihren Willen sind statthaft, dürfen jedoch, wenn sie nicht das Ergebniss eines Disziplinar-Verfahrens sind, mit einer Verkürzung ihres richterlichen Gehalts nicht verbunden sein.*

**§. 121 c.** Den in §. 121 a bezeichneten Beamten ist, wenn der Auftrag zurück-genommen wird, ein Richteramt in demselben Ober-Landesgerichts-Bezirk zu verleihen. Nach Ablauf von drei Jahren seit der Annahme des Auftrags können dieselben die Verleihung eines solchen Richteramts verlangen. In beiden Fällen darf mit dieser Verleihung eine Verkürzung des richterlichen Gehalts nicht verbunden sein.

**§. 121 d.** Die vorübergehende Vertretung eines verhinderten Beamten der Staats-Anwaltschaft bei dem Reichsgerichte, den Ober-Landesgerichten oder den Land-gerichten kann von dem Vorstande des Gerichts einem Richter übertragen werden.

**§. 122.** Die Staats-Anwaltschaft ist in ihren Amtsverrichtungen von den Gerichten unabhängig.

*Eine Dienstaufsicht über die Richter darf der Staats-Anwaltschaft nicht über-tragen werden.*

**§. 123.** Unverändert.



## **Titel IXa. (Neuer Titel.)**

### ***R e c h t s a n w a l t s c h a f t .***

§§. a—v der Kommissions-Beschlüsse.

Sitzung vom 7., 8., 10. und 11. Januar 1876.

#### **I. Generaldiskussion über die legislatorische Regelung der Verhältnisse der Anwaltschaft und Advokatur im Reiche.**

Sitzung vom 7. Januar 1876.

Ihrem früheren Beschlusse gemäss begann die Kommission am 7. Januar ihre Berathungen über die reichsgesetzliche Regelung der deutschen Rechtsanwaltschaft. Bekanntlich hat der Entwurf des Gerichtsverfassungs-Gesetzes diese ganze Materie vorerst der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen. In der Kommission herrschte dagegen die lebendige Ueberzeugung, dass ein so gewaltiges Reformwerk wie die Reichs-Justiz-Gesetzgebung, diese damit in engster Verbindung stehende Frage, von deren richtigen Lösung das künftige Gedeihen und die Wirksamkeit des ganzen Werks bedingt sei, unmöglich ungelöst lassen könne. Von dieser Ansicht durchdrungen, konnte die Kommission auch in der ausserordentlichen Schwierigkeit, welche diese Frage der Legislation bietet, keinen Abhaltungsgrund erblicken, sich mit dieser Materie zu befassen. Es hatten sich daher schon bevor dieser Gegenstand in's Plenum der Kommission gelangte, einzelne Gruppen von Kommissions-Mitgliedern gebildet, welche sich mit den der Kommission zu unterbreitenden Vorschlägen befasst hatten. Aus diesen Vorbesprechungen war der Entwurf eines in die Gerichtsverfassung neu einzufügenden Abschnitts „über die Rechtsanwaltschaft“ hervorgegangen. Dieser Entwurf enthält in Form von Normativ-Bestimmungen grundlegende Prinzipien über die Organisation der Rechtsanwaltschaft, deren Inhalt, sowie die von einer Anzahl dem Anwaltsstand angehörigen Mitgliedern des Reichstags gestellten Abänderungs-Anträge, wir bei Gelegenheit des Referates über die künftigen Einzelberathungen mittheilen werden. Zunächst genügt hier zu berühren, dass dieser Entwurf auf dem Prinzip der Freigebung der Rechtsanwaltschaft aufgebaut ist. Jeder Rechtsgelehrte, welcher die Befähigung zum Richteramt erlangt hat, also die vorgeschriebene Zeit dem Rechtsstudium auf einer Universität und sodann dem juristischen Vorbereitungsdienste gewidmet, auch die beiden Staatsprüfungen abgelegt hat, soll nach diesen Vorschlägen berechtigt sein, zum Rechtsanwalte zugelassen zu werden und sich zum Mindesten bei Kollegial-Gerichten seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche frei wählen zu dürfen. Das in Preussen, Baiern und einigen sonstigen Staaten bisher bestandene System der Verleihung der Rechtsanwaltschaft mit Anweisung der Niederlassung an einem bestimmten Orte, in ähnlicher Weise, wie die Vergebung der Staatsämter erfolgt, soll also nach diesen Vorschlägen künftig in Wegfall kommen.



Man nahm zunächst Seitens der Kommission Veranlassung, die anwesenden Vertreter der verbündeten Regierungen um Mittheilung darüber zu ersuchen, welche Stellung die letzteren zu diesen Vorschlägen einzunehmen gesonnen seien.

Von höchstem Interesse waren hierbei insbesondere die Erklärungen, die daraufhin von dem Herrn Vertreter der preussischen Regierung, zwar nicht für die preussische Regierung als solche, wohl aber zunächst für das Ressort des Justiz-Ministeriums abgegeben wurden.

Es wurde von dem Herrn Justiz-Minister Leonhardt zunächst betont, dass falls die Kommission die Regelung der Rechtsanwaltschaft im Gerichtsverfassungs-Gesetze überhaupt beschliesse, der sachliche Inhalt der von der Kommission zu fassenden organisatorischen Beschlüsse für das Zustandekommen des Zivilprozess-Gesetzes von entscheidender Bedeutung sein werde, während andererseits ohne Weiteres zugegeben werden könne, dass für die Frage, ob die Rechtsanwalts-Verhältnisse überhaupt reichsgesetzlich zu regeln seien, eine Reihe von Gründen viel wichtigerer Natur noch als für die Regelung der Verhältnisse des Richteramtes angeführt werden könnten, denn für die richtige Handhabung der Zivilprozess-Ordnung, die auf wesentlich neuen, zweifellos manche Gefahren in sich schliessenden Prinzipien aufgebaut worden, sei eine mit den genügenden Kräften ausgestattete, ihren Aufgaben vollkommen gewachsene deutsche Advokatur die erste Grundbedingung, andernfalls müsse eine wahre Kalamität in der Rechtspflege entstehen. Vor allen Dingen müsse der in der Zivilprozess-Ordnung aufgenommene Grundsatz des Anwaltszwanges in Betracht genommen werden; dieser Grundsatz lege der Justiz-Verwaltung die Verpflichtung auf, dafür zu sorgen, dass allenthalben die entsprechende Zahl von Anwälten vorhanden sei, eine Vertheilung der jeweils neu hinzutretenden Anwaltskräfte nach dem Bedürfniss, die ihrer Natur nach zweckentsprechend nur von der obersten Justiz-Verwaltung, nicht aber von den Gerichtshöfen ausgehen könne, sei daher die erste und unabweisliche Voraussetzung.

Zu dieser Forderung führten die dermaligen realen Verhältnisse in Preussen, die sich seit der Zeit, als Gneist's Schrift über die Freigebung der Advokatur erschien, also seit 8 Jahren, so wesentlich geändert hätten. Damals sei eine Uebermasse unbeschäftigter Gerichts-Assessoren vorhanden gewesen, jetzt sei Mangel in Preussen, die Zahl der jüngeren Juristen, die gleich nach dem zweiten Examen Richterstellen mit 900 Thaler Gehalt erhielten, sei gross. Jedem sei aber ein Kommissorium mit 700 Thaler wohl vollkommen sicher. Umgekehrt wären damals höhere Richter, selbst Kreisgerichts-Direktoren, in grosser Zahl sehr beflissen gewesen, sich um Rechtsanwaltsstellen zu bewerben, jetzt stehe die Zahl der Anwälte weit unter dem Bedürfniss. Zweihundert Anwaltsstellen seien dermalen unbesetzt wegen Mangel an Personen, während die Zahl der selbst hervorragendsten und stark beschäftigten Anwälte, die sich um Richterdienste bewerben, heutigen Tags bedeutend im Zunehmen sei. Werde nun, wie der aus dem Schoss der Kommission hervorgegangene Vorschlag beabsichtige, jedem Rechtsgelehrten völlig freigestellt, sich niederzulassen, wo er wolle, beispielsweise in den grossen Städten, die viel mehr Anziehendes bieten, so würden, jedenfalls in den alten preussischen Provinzen, bei vielen Gerichten die Anwaltskräfte aus-



fallen, die Parteien wären rechtlos, die Gerichte geschäftslos und selbst am Richterpersonal werde es gebrechen, weil voraussichtlich auch viele Kreisrichter Anwälte werden würden, um in grossen Städten leben zu können. Nach dem Masse der bisherigen Anmeldungen bei dem Justiz-Minister würden in Berlin 100—200 Kreisrichter als neue Rechtsanwälte zu erwarten sein, in Breslau etwa die Hälfte. Nehme man noch hinzu, dass die parlamentarische Thätigkeit im Reichstag und Landtag etwa 100 Personen in Anspruch nimmt, so wäre damit ein förmlicher Stillstand der Rechtspflege in Preussen zu erwarten.

Diesen Uebelständen entgegenzutreten sei die Aufgabe der preussischen Justiz-Verwaltung, welche demnach der Befugniss nicht entbehren könne, aus justizpolitischen Gründen, also um dem Mangel an Richter- und Anwalts-Personal vorzubeugen, eine entsprechende Vertheilung der Rechtsanwälte an den einzelnen Orten herbeizuführen. Dieses sei die äusserste Grenze, zu welcher der Kommission entgegengekommen werden könne. Es ergebe sich daraus, dass, wenn auch viele triftige Gründe sich dafür geltend machen liessen, auch aus anderen Gesichtspunkten der Ueberfüllung einzelner Gerichtssitze mit Anwälten, beispielsweise wegen der Existenzfähigkeit derselben, entgegenzutreten, doch diesem Gesichtspunkte keine Ausschlag gebende Bedeutung Seitens des preussischen Justiz-Ministers beigemessen werde. Es möge daher im Gesetz ausgesprochen werden, dass die Zulassung zur Advokatur nur aus bestimmt formulirten Gründen zurückgewiesen werden dürfe, nämlich dann, wenn Mangel an Juristen bei gewissen Gerichten sei. Vor der Festsetzung einer Minimalzahl von Anwälten an einem Gericht müsse aber gewarnt werden, da solche Konsolidirungen erst an der Hand von in langen Jahren gesammelten Erfahrungen mit Aussicht auf Erfolg bewirkt werden könnten. — Auch die Trennung der Advokatur von der Anwaltschaft, wie in Rheinland und Hannover sei, weil in Deutschland sonst fremdartig, nicht zu empfehlen.

An diese Erklärungen des preussischen Justiz-Ministers knüpfen sich in der Kommission eingehende Debatten; ein Beschluss ward jedoch nicht mehr gefasst.

### **III. Einzelbeschlüsse der Kommission in den Sitzungen vom 8. und 10. Januar 1876.**

In der Sitzung vom 8. Januar d. J. schritt man weiter in der Berathung des Titels „von der Rechtsanwaltschaft.“

Bei der grossen Mannigfaltigkeit der hier zu lösenden Einzelfragen sowie der Verschiedenheit der Ansichten und Anträge, die in der Kommission zu Tage traten, beschloss man zunächst nach dem Verfahren, welches schon früher in der Kommission bei besonders schwierigen Materien mit Erfolg eingehalten worden war, in systematischer Ordnung über die einzelnen Prinzipienfragen zu berathen und abzustimmen.

Es ergaben sich darnach folgende grundlegende Fragen und Abstimmungen:

#### **1. Landes-Angehörigkeit.**

Es handelt sich hier um die Frage, ob derjenige, welcher in einem Bundesstaate die juristischen Prüfungen bestanden und dadurch die Befähigung zum Richteramte erlangt hat, einen Anspruch darauf hat, in



dem andern Bundesstaate als Rechtsanwalt zugelassen zu werden. Diese Frage wurde mit zwölf gegen zehn Stimmen verneint.

Zu Gunsten der Bejahung dieser Frage wurde geltend gemacht, dass durch die früheren Kommissions-Beschlüsse bereits gemeinsame Bestimmungen über die Voraussetzungen zur Erlangung des Richteramtes getroffen worden seien und dass, wenn daselbst auch den Einzelstaaten überlassen worden sei, diese Vorbedingungen durch Verlängerung der Universitäts- und Vorbereitungs-Zeit zu verschärfen, doch die reichsgesetzlich als Minimum vorgeschriebenen Qualifikationen ausreichend sein müssten, um allenthalben in Deutschland die erforderliche Gewähr für die erfolgreiche Ausübung der Advokatur bei Vorhandensein der sonstigen personellen Eigenschaften zu beschaffen. Ferner wurde auf die hohe organisatorische und justiz-politische Bedeutung einer solchen Massregel hingewiesen.

Von entgegengesetzter Seite wurde die Verschiedenheit der Zivilrechts-Systeme und dann hauptsächlich weiter hervorgehoben, dass an der Landes-Angehörigkeit deshalb festgehalten werden müsse, weil die Voraussetzungen zur Befähigung in den verschiedenen Staaten jetzt sowohl wie zukünftig verschieden sein würden. So könne es nicht angehen, dass, wenn z. B. in Preussen eine vierjährige Referendariats-Zeit bestehe, ein Preusse nach Thüringen auswandere, dort nach drei Jahren die zweite Prüfung ablege, um hierauf in Preussen die Anwaltschaft auszuüben. Die kleinern Bundesstaaten seien ohnedem jetzt schon darauf hingewiesen, für die Zulassung zum Richteramt alle möglichen Erleichterungen zu gewähren, da die jüngern Leute aus diesen Ländern jetzt schon bestrebt seien, in den preussischen Staatsdienst zu kommen.

## 2. Die Zurückweisungs-Gründe.

Diese Frage wurde konform mit verschiedenen vorliegenden Anträgen dahin erledigt, dass die Zulassung versagt werden müsse

- 1) wenn der Antragsteller in Folge strafrechtlicher Verurtheilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter dauernd oder zur Zeit verloren hat,
- 2) wenn gegen denselben auf Ausschluss aus dem Anwaltsstand erkannt ist,
- 3) wenn derselbe ein Amt bekleidet, mit welchem die Anwaltschaft nach Vorschrift des Gesetzes nicht verbunden werden kann.

Weiter wurde nach dem Vorgang der badischen Anwalts-Ordnung beschlossen, dass die Zulassung verweigert werden kann aus solchen Gründen, welche eine gänzliche oder theilweise Entziehung der Rechtsanwaltschaft rechtfertigen würden. Ebenso wurde bestimmt, dass in dem abweisenden Bescheid stets die Gründe zu bezeichnen seien.

Ein Antrag, der dahin gerichtet war, die Freiheit der Niederlassung als Anwalt dem Rechtskundigen dann zu entziehen „sofern überwiegende dienstliche Rücksichten entgegen stehen“, wurde abgelehnt.

## 3. Zulassungs-Verfahren.

In Ansehung der Zulassungs-Prozedur traf man die nicht unwesentliche, von den früheren Anträgen mehrerer Kommissions-Mitglieder abweichende Bestimmung, dass die Zulassung im Regel-Verfahren nicht durch das Ober-Landesgericht, sondern durch die oberste Justiz-



Verwaltung ausgesprochen werden soll. Es hängt dieser Beschluss mit der insbesondere von dem preussischen Justiz-Minister betonten und von der Kommission gewürdigten Nothwendigkeit zusammen, Vorkehrungen zu treffen, damit nicht an andern Gerichten desselben Staates Mangel an Rechtsanwällen eintritt. Die Beurtheilung dieser Frage kann aber nicht von dem Gerichte ausgehen, bei welchem die Zulassung nachgesucht wird, sondern nur von einer Zentralstelle aus. Auch hielt man überhaupt dafür, dass die ganze Frage geschäftlich sich mehr für die Justiz - Aufsichtsbehörde als für die richterliche Behörde eigne. Wenn jedoch die um die Zulassung angegangene Justiz-Verwaltung die Berechtigung zur Zulassung beanstandet, beispielsweise wenn sie annimmt, dass Gründe bei dem Bewerber vorliegen, welche die Entziehung der Anwaltschaft gerechtfertigt hätten, so soll nach den weiteren Beschlüssen der Kommission der Bewerber, wenn er das thatsächliche Vorhandensein dieser Zurückweisungs - Gründe beanstandet, befugt sein, bei dem Ober-Landesgericht die Erlassung eines Richterspruchs herbeizuführen.

Ebenso beschloss man, dass, wenn die Anwalts-Kammer in ihrem Gutachten ausspricht, dass solche Gründe vorhanden, welche gesetzlich den Bewerber der Aufnahme in den Anwaltsstand als unwürdig erscheinen lassen, ebenfalls die Justiz-Verwaltung nicht mehr entgegen dem Gutachten die Zulassung aussprechen soll, sondern dem Bewerber nur die Berufung auf den Rechtsweg offen bleiben soll.

#### 4. Zeitpunkt der Zulassung.

Es war von einer Seite beantragt worden, dass ein Recht auf Zulassung nur dann bestehe, wenn derjenige Rechtskundige, der darum nachsuche, sein Gesuch binnen der Frist eines Monats nach bestandener zweiter Prüfung anbringe.

Dieser Antrag wurde theils damit gerechtfertigt, dass sonst die Gefahr bestände, dass ein nahmhafter Theil des vorhandenen und unentbehrlichen Richter-Personals mit Freigebung der Advokatur plötzlich der Rechtsanwaltschaft sich zuwende, theils damit, dass an die Fälle zu denken sei, in welchen ein Jurist nach bestandenen zweiten Examen sich zunächst einer ganz anderartigen Beschäftigung zuwende, um dann vielleicht in ganz späten Jahren, nachdem er die früher erworbene juristische Bildung längst verloren, sich trotzdem wieder der Advokatur zuwende.

Man beschloss, die Bestimmung aufzunehmen, dass die Justiz-Verwaltung das Recht, wenn auch nicht die Pflicht habe, solche Bewerber zurückzuweisen, welche fünf Jahre hindurch nicht im Staatsdienste beschäftigt waren.

#### 5. Minimalzahl der Rechtsanwälte.

Die Kommission pflichtete aus den vom preussischen Justiz-Minister angeführten Gründen dem Grundgedanken bei, dass die Justiz-Verwaltung gegen Mangel von Anwälten an einem bestimmten Gericht Abhülfe zu treffen habe, und dass diese Abhülfe darin zu erblicken sei, dass eben in Fällen dieser Art die Zulassung bei einem andern Gericht, sei es ein Ober-Landesgericht oder ein Landgericht, versagt werde. Man erklärte es sogar in Fällen dieser Art für eine Pflicht der Justiz-Verwaltung, die Zulassung zu verweigern. Falls die Anwalts-Kammer und das Gericht des betreffenden Orts darin übereinstimmen, dass ein Mangel an Anwälten vor-



handen oder nicht vorhanden sei, soll auch diese Thatfrage von dem Justiz-Ministerium selbstredend nicht im entgegengesetzten Sinne entschieden werden, da die Lokalstellen hierin naturgemäss die bessere Kunde besitzen müssen.

Man beschränkte schliesslich noch die ganze Zurückweisungs-Befugniss auf Personen, die noch nicht fünf Jahre dem Anwaltstande oder Richterstande angehören.

#### 6. Verwandtschafts-Verhältnisse.

Es war beantragt worden, dass die Zulassung bei dem im Antrage bezeichneten Gerichte dann nicht erfolgen dürfe, wenn bei diesem ein Richter im Amt ist, mit welchem der Antragsteller in auf- und absteigender Linie oder im zweiten Grad der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist. Man beschloss jedoch, nicht so weit zu gehen, sondern unterstellte es dem Ermessen der Justiz-Verwaltung, in Fällen dieser Art — je nach den örtlichen und persönlichen Verhältnissen und unter Rücksichtnahme auf die hierbei in Betracht kommende öffentliche Meinung, — die Zulassung zur Anwaltschaft verweigern zu dürfen.

Sitzung vom 10. Januar 1876.

In ihrer Sitzung vom 10. Januar setzte die Kommission ihre Berathungen über die reichsgesetzliche Regelung der deutschen Rechtsanwaltschaft fort. Die Diskussion und die Abstimmung erstreckte sich hierbei über folgende prinzipielle Grundfragen:

#### 7. Lokalisierung im Allgemeinen.

Die Kommission entschied sich mit überwiegender Majorität für das Prinzip der sog. Lokalisierung, also dafür, dass die Rechtsanwaltschaft von einem Rechtsanwalt nur bei einem bestimmten Gerichte, bei welchem der letztere seine Zulassung erwirkt hat, ausgeübt werden kann, und dass ein Rechtsanwalt grundsätzlich nur bei einem einzigen Gerichte, nicht aber bei mehreren Gerichten gleichzeitig um seine Zulassung einkommen kann. Hiermit verband man folgerichtig die weitere Vorschrift, dass der Rechtsanwalt am Sitze des Gerichts, bei welchem er die Zulassung erwirkt hat, seinen Wohnsitz beziehungsweise ständigen Aufenthalt zu nehmen habe. — Es war beantragt worden:

„Als Bevollmächtigte in Anwalts-Prozessen können alle im Bezirke des betreffenden Landgerichts zugelassenen Anwälte auftreten“

wonach also das Prinzip der Lokalisierung dahin abgeschwächt werden wollte, dass die zur Rechtsanwaltschaft beim Landgerichte befugten Anwälte nicht nothwendig am Sitz des letzteren sesshaft sein müssten, sondern es genügen sollte, wenn sich dieselben in einem beliebigen der verschiedenen zu dem Landgerichts-Sprengel gehörigen Amtsgerichts-Orte niedergelassen haben. Zur Motivirung dieses Antrages wurde vornemlich auch das Bedürfniss der Bevölkerung abgehoben, welche ein grosses Interesse dabei habe, auch in Landgerichts-Prozessen die Anwälte an Ort und Stelle zu haben. Man nahm jedoch an, dass nach der ganzen Art, wie einmal der bürgerliche Prozess in der neuen Zivilprozess-Ordnung konstruirt worden sei, die ständige Anwesenheit des in Landgerichts-Prozessen thätigen, mit dessen ganzer Führung und Leitung



betrachten und dafür verantwortlichen Anwalts am Sitz des Landgerichts, mit welchem Gericht dessen Anwaltschaft zu einer Personen-Einheit verbunden werden müsse, eine unentbehrliche Voraussetzung sei.

#### 8. Lokalisierung bei den Ober-Landesgerichten.

Diesen zunächst auf die Landgerichte berechneten Rechtszustand erachtete man aus den nämlichen Gründen auch bei den Ober-Landesgerichten für zutreffend, und dieses selbst dann, wenn das Ober-Landesgericht und das Landgericht an demselben Ort ihren Sitz haben. Man ging davon aus, dass auch hier, wenn der Rechtsanwalt bei beiden Gerichten zugelassen sei, Kollisionen in den Gerichts-Verhandlungen, zu welchen ein Anwalt vorgeladen ist, unvermeidlich sein würden, da jeder der Gerichtshöfe nach dem muthmasslichen Stand der Geschäfte die für Termine verfügbare Zeit ganz in Anspruch nehmen werde. Eine an die bisherige Konzessions-Pflichtigkeit erinnernde Härte konnte man in diesem Grundsatz nicht erblicken, weil jeder Rechtsanwalt in seinen Händen hat, je nach seinen Neigungen und Fähigkeiten, das ihm zusagende Gericht zu wählen oder jeder Zeit zu tauschen; man erblickte darin vielmehr umgekehrt einen Akt der Gerechtigkeit gegen die an auswärtigen Landgerichtssitzen sesshaften Anwälte. In vielen Fällen sei ein Wechsel in der Person des Anwalts, wenn die Sache in die höhere Instanz komme, nützlich, weil vier Augen mehr sehen als zwei, in anderen Fällen entgegengesetzter Natur helfe aber die in Aussicht genommene Plaidir-Freiheit (Freiheit der Advokatur im Gegensatz zur Anwaltschaft).

Nur aus überwiegenden Gründen dienstlichen Interesses wollte die Kommission die Simultanpraxis zulassen, namentlich dann, wenn andernfalls Mangel an Anwaltspersonal nach den örtlichen und geschäftlichen Verhältnissen vorhanden sein würde; man beschloss also, dass die Landes-Justizverwaltung berechtigt sein soll auszusprechen, dass an einem Orte, an welchem ein Landgericht und ein Ober-Landesgericht sich befinden, die Rechtsanwälte ausnahmsweise um gleichzeitige Zulassung bei beiden Gerichtshöfen nachsuchen dürfen.

#### 9. Amtsgerichts-Anwälte.

Eine eingehende Diskussion erhob sich über die Frage, ob die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auf die Kollegial-Gerichte zu beschränken sei, oder ob dem mit den gesetzlichen Erfordernissen ausgestatteten Rechtskundigen zu gestatten sei, statt dessen um seine Zulassung zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft auch bei einem bestimmten Amtsgerichte nachzusuchen. Die Majorität der Kommission hat diese Frage bejaht, weil es eine Reihe grösserer Orte gebe, welche zwar nicht Landgerichtssitze werden würden, woselbst aber nichts desto weniger das Vorhandensein eines Anwaltstandes dringend nothwendig sei, thatsächlich seien auch, namentlich an gewerblichen Orten, vielfach Anwälte dermalen an Amtsgerichtssitzen beschäftigt, was schon für die Uebergangs-Periode zu berücksichtigen sei. Diese Anwälte seien zudem die juristischen Rathgeber der Bevölkerung in rechtspolizeilichen, gerichtlichen und aussergerichtlichen Angelegenheiten aller Art, namentlich auch in Administrativ-Sachen.

Die Kommission beschloss sodann noch in Uebereinstimmung mit ihren früheren Beschlüssen weiter, dass wenn bei einem Gerichte Mangel an Anwälten sei, die Justiz-Verwaltung die bei einem bestimmten Amtsgerichte nachgesuchte Zulassung verweigern könne.



## 10. Plaidir-Freiheit.

Einig war man darüber, dass jedem bei einem bestimmten Gerichte besonders zugelassenen Rechtsanwalte kraft Gesetzes zu gestatten sei, bei jedem deutschen Gerichte in Strafprozessen als Vertheidiger aufzutreten. Ebenso war man darin einverstanden, dass jedem deutschen Rechtsanwalte die Befugniß zustehe, bei jedem deutschen Amtsgerichte (also im Partei-Prozesse) Prozesse als Bevollmächtigter einer Partei zu führen und als Beistand aufzutreten.

Auch in kollegialgerichtlichen Zivil-Prozessen soll nach den Beschlüssen der Kommission jeder deutsche Rechtsanwalt unter Assistenz eines bei dem Prozess-Gerichte zugelassenen Anwaltes als Beistand plaidiren, also den mündlichen Vortrag halten dürfen. Es wurde sogar weiter beschlossen, dass ein bei dem Prozess-Gerichte zugelassener Rechtsanwalt sich jeden nicht bei diesem, jedoch bei irgend einem andern deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt für die mündliche Verhandlung eines Anwalts-Prozesses substituiren dürfe — womit man also das nutzlose und überflüssige, oft nur eine Formalität enthaltende Zugewesen eines sog. „schweigenden Anwalts“ für die hierzu vereigenschafteten Sachen beseitigen wollte. Man glaubte hiermit den Wünschen der Partei, falls diese einem Anwalt ein besonderes Vertrauen schenkt, desgleichen dem Bedürfniss der Rechtspflege, sofern es sich um partikularrechtliche Normen oder um den Vertrag von Thatsachen lokaler Färbung handelt, genügend entsprochen zu haben, während man durch Ablehnung des weiter gehenden Antrags, „die Vertretung in der mündlichen Verhandlung als Bevollmächtigter zu gestatten“, einer Beiseiteschiebung des wichtigen Prinzips der Lokalisierung genügend entgegen zu treten vermeinte.

## 11. Die staatsrechtliche Stellung,

welche die Kommission dem Rechtsanwalte, seiner Stellung und Berufsaufgabe entsprechend, einräumt, charakterisirt sich genügend durch den, einen besonderen Paragraphen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bildenden Beschluss

*„die Rechtsanwälte haben weder die besonderen Rechte, noch die besonderen Pflichten von Staatsdienern“.*

Damit ist also, im Gegensatz mit der Rechtsanschauung mehrerer deutscher Gesetzgebungen, anerkannt, dass die Rechtsanwaltschaft kein Staatsamt, sondern ein freier geistiger Beruf resp. die Ausübung einer Kunst und Wissenschaft ist. Dem weiteren Grundgedanken, dass die Rechtsanwaltschaft auch kein Gewerbe, sondern ein gesetzlich besonders zu regelnder Beruf ist, der zu einer der wichtigsten Aufgaben des Staats, zur Handhabung von Recht und Gerechtigkeit mitzuwirken die bedeutungsvolle Aufgabe hat, fand man es dagegen entsprechend, zu bestimmen, dass der Rechtsanwalt vor Beginn seiner Thätigkeit einen Eid zu leisten habe, „dass er die Pflichten eines Anwalts gewissenhaft erfüllen werde“.

Man nahm an, dass auch alle anderen zur Mitwirkung bei der Rechtspflege ausser den Staatsrichtern berufenen Organe z. B. Sachverständige, Geschworene, Schöffen einen Eid zu leisten haben, dass die Rechtsanwälte nicht immer dem Vertrauen der Parteien ihre Wahl verdanken, beispielsweise, wenn dieselben von Gerichten wegen zu Vertheidigern bestellt werden, sowie, dass in Anwalts-Prozessen die Parteien durch das Gesetz gezwungen werden, sich der Anwaltshilfe zu bedienen. Es haben daher alle deutschen Länder eine solche Beeidigung vorgeschrieben, wenn diese nicht schon im Vorbereitungsdienst erfolgt ist.



**C. Fortsetzung der Darstellung der Einzelbeschlüsse der Kommission zur reichsgesetzlichen Regelung der Anwalts-Verhältnisse.**

Sitzung vom 11. Januar 1876.

In ihrer Sitzung vom 11. Januar beendigte die Reichs-Justiz-Kommission die Berathung des Titels „von der Rechtsanwaltschaft.“

Zunächst wurde eine Bestimmung darüber, wie es zu halten sei, wenn später ein Richter und ein Anwalt, die beide bei demselben Gerichte beschäftigt sind, durch Heirath in ein Verschwägerungs-Verhältniss treten, für überflüssig erachtet und daher ein darauf bezüglicher Antrag abgelehnt. Sodann regelte man das Verhältniss der Aufstellung von Armen-Anwälten, indem man folgende Vorschrift annahm:

*„I. Auf Antrag hat das Prozess-Gericht Behufs Führung eines Anwalts-Prozesses einer Partei einen Rechtsanwalt beizuordnen*

- 1) wenn der Partei das Armenrecht bewilligt ist;*
- 2) wenn die Partei einen zu ihrer Vertretung geneigten Anwalt nicht findet, sofern nicht die Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung als muthwillig oder aussichtslos erscheint.*

*II. Gegen die auf den Antrag um Beiordnung eines Anwalts ergehende Verfügung findet Beschwerde statt nach den Vorschriften über das Rechtsmittel der Beschwerde in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.“*

Ein Gegen-Antrag, welcher abgelehnt wurde, war dahin gegangen, dem Vorstand der Anwalts-Kammer diese Befugniss zu ertheilen. Man konnte in Konsequenz der bei Berathung der Zivilprozess-Ordnung gefassten Beschlüsse, wonach das Gericht vor der Zulassung zum Armenrecht eine Vorprüfung darüber anzustellen hat, ob der Rechtsstreit nicht muthwillig oder aussichtslos erscheine, nicht auf diesen Antrag eingehen, weil die Entscheidung wegen Aufstellung eines Armen-Anwalts nur einheitlich erfolgen kann und daher die Vertheilung der Entscheidungs-Befugniss auf zweierlei Organe nicht anging, dieselbe auch unliebsame Störungen im Geschäftsgang zur Folge gehabt hätte.

In Amtsgerichts-Prozessen soll keine Partei ein Recht auf Aufstellung eines Armen-Advokaten haben, doch soll mit Rücksicht auf die im Gerichtsverfassungs-Gesetz beschlossene weitgreifende Kompetenz der Amtsgerichte dem Ermessen des Gerichtes überlassen werden, je nach Lage der Sache und der Verhältnisse der Person, auch in Amtsgerichts-Sachen einer Partei einen am Sitz des Gerichts wohnhaften Rechtsanwalt als Armen-Anwalt zuzuordnen. Man erachtete dies namentlich jetzt deshalb am Platz, nachdem die Majorität der Kommission sich für das Institut besonderer und ständiger Amtsgerichts-Anwälte ausgesprochen hatte.

Ein Antrag, welcher in Konformität mit einem von den Anwälten der Rheinpfalz eingekommenen Gutachten, jüngeren Rechtsbeflissenen, welche bei Anwälten praktizieren, gestatten wollte, mindestens unter Assistenz eines Rechtsanwalts bei Kollegial-Gerichten zu plaidiren, blieb in der Minorität.

Zu Gunsten des Antrags war besonders hervorgehoben worden, dass nach den Beschlüssen der Kommission fortan jeder jüngere Jurist



einen Theil seiner Vorbereitungszeit bei einem Rechtsanwalte zubringen müsse und dass man daher denselben auch Gelegenheit zur praktischen Ausbildung namentlich im mündlichen Vortrag gewähren müsse. Die Majorität befürchtete indessen allzu grosse Nachtheile für die höhere Zivilrechtspflege und erachtete es für genügend, dass dieser jüngere Jurist in Amtsgerichts-Prozessen und in Strafsachen jeder Art und Grösse auftreten dürfe.

Eine materielle Diskussion über die weiteren zur Ergänzung der Rechtsanwalts-Vertretung gehörigen Fragen, also namentlich über die Bildung der Anwalts-Kammern, über das materielle Disziplinar-Strafrecht und über das Disziplinar-Strafverfahren und die Rechtsmittel gegen Disziplinar-Erkenntnisse, fand nicht statt.

Man ging vielmehr davon aus, dass Normativ-Bestimmungen für die Einzelstaaten nicht geeignet seien, weil die ganze Materie sich als ein Gegenstand der Reichs-Gesetzgebung darstelle. Für die letztere aber zum Voraus im Gerichtsverfassungs-Gesetz in Form von Grundrechts-Paragraphen Vorschriften aufzunehmen, sei legislatorisch nicht gerechtfertigt und ohne eigentlichen praktischen Werth. So gelangte man zur Annahme eines Paragraphen, welcher besagt:

*„Es soll ein Anwaltskammer-Gesetz für das Reich erlassen werden. In demselben wird insbesondere die Handhabung der Disziplin über die Rechtsanwälte geregelt werden und das Nähere über Bildung von Anwalts-Kammern vorgeschrieben werden.“*

Bis zur Erlassung dieses, wie jedoch zu hoffen steht, gleichzeitig mit der Reichs-Justiz-Gesetzgebung ins Leben tretenden Anwaltskammer-Gesetzes sollen die über die Disziplin in den Einzelstaaten zur Zeit geltenden Vorschriften fortbestehen.

Nach Mittheilung der Herren Regierungs-Vertreter steht übrigens auch zu hoffen, dass die von der Kommission als eine unabweisliche Nothwendigkeit erachtete Gebühren-Ordnung ebenfalls noch bis zu jenem Zeitpunkt wird erlassen werden können.

Hiermit schliesst die Kommission ihre Berathungen über die Anwalts-Ordnung.

---

Der neu eingefügte Titel „Rechtsanwaltschaft“ lautet nach Inhalt der **redigirten Beschlüsse der Reichs-Justiz-Kommission**, nach welchen zugleich die über die Anwaltschaft beim Reichsgericht gefassten Beschlüsse in diesem Titel Aufnahme fanden, wie folgt:

#### Titel IXa.

##### *R e c h t s a n w a l t s c h a f t.*

**§. a.** *Wer die Fähigkeit zum Richteramte in einem Bundesstaate erlangt hat, kann bei jedem Gerichte innerhalb des Deutschen Reichs als Rechtsanwalt zugelassen werden.*

*Bei dem Reichsgerichte kann als Rechtsanwalt nur derjenige zugelassen werden, welcher innerhalb des Reichs fünf Jahre das Amt eines Richters oder Staatsanwalts bekleidet oder die Rechtsanwaltschaft ausgeübt hat oder während desselben Zeitraums ordentlicher Rechtslehrer an einer deutschen Universität gewesen ist.*



**§. b.** Die Zulassung erfolgt bei einem bestimmten Gerichte; dasselbe ist in dem Antrage auf Zulassung zu bezeichnen.

**§. c.** Ueber die Zulassung bei dem Reichsgerichte entscheidet der Präsident desselben, bei den übrigen Gerichten die Landes-Justizverwaltung.

Vor der Entscheidung über die Zulassung ist die Anwalts-Kammer gutachtlich zu hören.

**§. d.** Die Zulassung bei dem Reichsgerichte, sowie bei einem Gerichte des Bundesstaates, in welchem der Antragsteller die zum Richteramte befähigende Prüfung bestanden hat, darf nur aus den in diesem Gesetze bezeichneten Gründen versagt werden.

Ein die Zulassung versagender Bescheid muss die Gründe der Versagung angeben.

**§. e.** So lange bei einem oder mehreren Landgerichten die zugelassenen Anwälte zur ordnungsmässigen Erledigung der Anwalts-Prozesse nicht ausreichen sind bei anderen Gerichten desselben Bundesstaates Anwälte nicht zugelassen.

Die Landes-Justizverwaltung hat vor der Feststellung, dass bei einem Landgerichte die zugelassenen Anwälte nicht ausreichen, dieses Gericht und die Anwalts-Kammer gutachtlich zu hören und ist an übereinstimmende Gutachten derselben gebunden.

Die Vorschrift des ersten Absatzes findet nicht Anwendung, sofern der Antragsteller bereits fünf Jahre die Anwaltschaft ausgeübt oder ein Staatsamt bekleidet hat.

**§. f.** Das Recht auf Zulassung als Anwalt bei einem mehreren Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gerichte steht Jedem zu, welcher in einem dieser Bundesstaaten die Fähigkeit zum Richteramte erlangt hat. Aus dem im §. e. bezeichneten Grunde darf ihm die Zulassung nur dann verweigert werden, wenn ihm die Zulassung bei demjenigen Landgerichte frei gestellt wird, bei welchem die zugelassenen Anwälte nicht ausreichen.

**§. g.** Die Zulassung des Antragstellers muss versagt werden:

1. wenn derselbe in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter dauernd oder zur Zeit verloren hat;
2. wenn derselbe in Folge Urtheils die Befugniss zur Ausübung der Anwaltschaft dauernd oder zur Zeit verloren hat;
3. wenn derselbe ein Amt bekleidet, mit welchem die Anwaltschaft nach Vorschrift des Gesetzes nicht verbunden werden kann.

**§. h.** Die Zulassung des Antragstellers muss versagt werden, wenn derselbe eines die gänzliche Entziehung, und kann versagt werden, wenn derselbe eines die zeitweise Entziehung der Anwaltschaft begründenden Verhaltens sich schuldig gemacht hat.

Wird aus diesem Grunde die Zulassung von der Anwalts-Kammer oder von der Landes-Justizverwaltung oder dem Präsidenten des Reichsgerichts beanstandet, so ist dies dem Antragsteller zu eröffnen. Derselbe kann binnen der Frist einer Woche seit der schriftlichen Eröffnung beantragen, dass über sein Verhalten in dem für die Disziplinar-Verfolgung der Anwälte bestimmten Verfahren und Instanzenzuge entschieden werde. Die Entscheidung über die Zulassung erfolgt nach Ablauf der Frist und, wenn innerhalb der Frist die Disziplinar-Entscheidung beantragt ist, nach Rechtskraft derselben.

**§. i.** Die Zulassung des Antragstellers kann versagt werden, wenn seit der ihn zum Richteramte befähigenden Prüfung mehr als fünf Jahre verflossen sind, in welchen er weder die Anwaltschaft ausgeübt, noch ein Staatsamt bekleidet hat.



**§. k.** Die Zulassung bei dem bezeichneten Gerichte kann versagt werden, wenn bei demselben ein Richter angestellt ist, mit welchem der Antragsteller in auf- oder absteigender Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist.

Diese Beschränkung findet auf die Zulassung bei dem Reichsgerichte nicht Anwendung.

**§. l.** Nach der ersten Zulassung hat der Anwalt in einer Sitzung des Gerichts, bei welchem er zugelassen ist, folgenden Eid zu leisten:

„ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Rechtsanwalts gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

**§. m.** Der Anwalt muss an dem Orte des Gerichts, bei welchem er zugelassen ist, seinen Wohnsitz nehmen.

Mit der Aufgabe des Wohnsitzes erlischt die Zulassung.

**§. n.** Bei jedem Gerichte ist eine Liste der bei demselben zugelassenen Anwälte zu führen.

Hat der Anwalt den Eid geleistet und seinen Wohnsitz am Orte des Gerichts genommen, so ist er in diese Liste einzutragen.

Mit der Eintragung beginnt das Recht zur Ausübung der Anwaltschaft.

**§. o.** Hört die Befugnis des Anwalts auf, so ist die Eintragung in der Liste zu löschen.

**§. p.** Das Gericht hat die Aufnahme des Anwalts in die Liste und die Löschung durch den Deutschen Reichs-Anzeiger einmal bekannt zu machen.

**§. q.** Auf Grund der Zulassung bei einem Gerichte ist der Anwalt befugt, vor jedem Gerichte innerhalb des Deutschen Reichs Vertheidigungen zu führen, als Beistand aufzutreten und, insoweit in Prozessen eine Vertretung durch Anwälte nicht geboten ist, die Vertretung zu übernehmen.

Insoweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, kann nur ein bei dem Prozess-Gerichte zugelassener Anwalt die Vertretung übernehmen. In der mündlichen Verhandlung einschliesslich der vor dem Prozess-Gerichte erfolgenden Beweis-Aufnahme kann jedoch ein bei dem Prozess-Gerichte nicht zugelassener Anwalt die Vertretung übernehmen, sofern ihm dieselbe von dem bei dem Prozess-Gerichte zugelassenen Anwalte der Partei übertragen ist.

Für Orte, an welchen sich mehrere Kollegial-Gerichte befinden, kann die Landes-Justizverwaltung anordnen, dass die bei einem dieser Gerichte zugelassenen Anwälte auch bei einem anderen die Vertretung der Parteien in Anwalts-Prozessen übernehmen dürfen.

Die bei dem Reichs-Gerichte zugelassenen Anwälte sind nicht befugt, bei einem anderen Gerichte aufzutreten.

**§. r.** Die Anwälte haben weder die besonderen Rechte, noch die besonderen Pflichten der Staatsdiener.

**§. s.** Die Pflichten der Anwälte, die Aufsicht und die Handhabung der Disziplin über dieselben werden durch ein Reichsgesetz über die Bildung von Anwalts-Kammern geregelt.

Den Anwalts-Kammern wird die Handhabung der Disziplin in der ersten Instanz zugewiesen.

Die Anwalts-Kammer bei dem Reichsgerichte wird aus den bei diesem zugelassenen Anwälten gebildet.



**§. I.** *Insoweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, hat bis zum Erlass des Gesetzes über die Bildung von Anwalts-Kammern das Prozess-Gericht auf Antrag einen bei demselben zugelassenen Anwalt einer Partei zur Vertretung beizuordnen:*

1. *wenn der Partei das Armenrecht bewilligt ist;*
2. *wenn die Partei einen zu ihrer Vertretung geeigneten Anwalt nicht findet, und die Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung nicht muthwillig oder aussichtslos erscheint.*

**§. II.** *Insoweit eine Vertretung durch Anwälte nicht geboten ist, kann bis zum Erlass des Gesetzes über die Bildung von Anwalts-Kammern das Gericht auf Antrag demjenigen, welchem das Armenrecht bewilligt ist, zur Vertretung einen bei diesem Gerichte zugelassenen Anwalt beordnen.*

**§. V.** *Gegen die Verfügung, welche über Beordnung eines Anwalts (§§. I., II.) ergeht, findet Beschwerde nach den Vorschriften der Zivilprozess-Ordnung statt.*

---

## Zehnter Titel.

### G e r i c h t s - S c h r e i b e r.

#### §. 124 des Entwurfs.

Sitzung vom 28. Januar 1876.

In einer vor Beginn der Plenarsitzung des Reichstags vom 28. Januar stattgehabten kürzeren Sitzung beendigte die Reichs-Justiz-Kommission zunächst die erste Lesung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes.

Der zehnte Titel „von den Gerichts-Schreibern“ beschränkt sich in **§. 124** auf die allgemeine Vorschrift, dass bei jedem Gericht eine Gerichts-Schreiberei einzurichten sei, deren Geschäfts-Einrichtung im Einzelnen zu bestimmen den Landes-Justizverwaltungen überlassen bleiben soll. Man erachtete für angemessen, die an sich selbstverständliche Bestimmung beizufügen, dass die Organisation der Gerichts-Schreiberei bei dem Reichs-Gerichte durch das Reichs-Justizamt, beziehungsweise durch den Reichskanzler zu erfolgen habe. Ob die Gerichts-Schreiber eine feste Besoldung oder ob dieselben ihren Gehalt ganz oder theilweise in Form von Gebühren beziehen sollen, bleibt zunächst gleichfalls den Anordnungen der Bundesstaaten überlassen, so lange nicht die von der Kommission für dringend nothwendig erachtete Gebühren-Ordnung darüber Bestimmungen trifft.

---

Der zehnte Titel „Gerichts-Schreiber“, §. 124 des Entwurfs, erhielt durch die Kommission folgende Fassung:

**§. 124.** Bei jedem Gerichte wird eine Gerichts-Schreiberei eingerichtet. Die Geschäfts-Einrichtung bei dem Reichs-Gerichte wird durch den Reichskanzler, bei den Landes-Gerichten durch die Landes-Justizverwaltung bestimmt.

---



## Elfter Titel.

### *Zustellungs- und Vollstreckungs-Beamte.*

§§. 125 und 126 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 28. Januar 1876.

Der elfte Titel, „Zustellungs- und Vollstreckungs-Beamte“, wurde in seinen beiden Paragraphen, dem §. 125, welcher die Ordnung der Dienst- und Geschäfts-Verhältnisse den Landes-Justizverwaltungen überträgt, und dem §. 126, welcher in Zivil- und Strafsachen die Fälle regelt, in welchen der Gerichts-Vollzieher wegen eigener oder seiner nächsten Angehörigen Betheiligung von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen sein soll, ebenfalls mit dem Zusatze angenommen, dass der Gerichts-Vollzieherdienst beim Reichs-Gerichte durch die Organe der Reichs-Regierung zu regeln sei. Ob die Gerichts-Vollzieher eine feste Besoldung oder Gebühren beziehen sollen, bleibt ebenfalls vorerst der Bestimmung der Landes-Justizverwaltungen überlassen. In Preussen beabsichtigt man, das Gebühren-System einzuführen.

---

Der elfte Titel „Zustellungs- und Vollstreckungs-Beamte“, §§. 125 und 126 des Entwurfs, lautet nach den **Kommissions-Beschlüssen** dahin:

**§. 125.** Die Dienst- und Geschäfts-Verhältnisse *des* mit den Zustellungen, Ladungen und Vollstreckungen zu betrauenden Beamten (Gerichts-Vollzieher) werden *bei dem Reichs-Gerichte durch den Reichskanzler, bei den Landes-Gerichten* durch die Landes-Justizverwaltung bestimmt.

**§. 126.** Unverändert.

## Zwölfter Titel.

### *R e c h t s h ü l f e.*

§§. 127—138 des Entwurfs.

Sitzung vom 16. Oktober 1875.

Sitzung vom 18. Oktober 1875.

In der Sitzung vom 16. Oktober begann die erste Lesung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes, und zwar, nach der mit den Mitgliedern aus Baiern getroffenen Abrede, in der Weise, dass zunächst die Titel 12 bis 16 des Entwurfs zur Berathung gelangen, da diese Titel nicht sowohl zu den prinzipiell wichtigen und daher nur bei vollständig besetzter Kommission füglich zu erörternden eigentlich gerichts-organisatorischen Bestimmungen gehören, sondern eine Reihe Bestimmungen rein prozessualischer Natur enthalten, die nur deshalb in das Gerichtsver-



fassungs-Gesetz aufgenommen wurden, weil sie in dem Zivil-Verfahren wie dem Straf-Verfahren gleichmässig zur Anwendung gelangen.

Titel XII., von der Rechtshülfe (§§. 127—138), wurde im Wesentlichen nach der Regierungs-Vorlage angenommen; man führte jedoch die Scheidung zwischen der Kompetenz des requirenden und der des requirirten Gerichts zur Entscheidung von, anlässlich der Requisition auftauchenden, Beschwerden folgerichtiger, als dieses im Entwurf geschehen ist, durch, und brachte die Zeugen und Experten in Ansehung ihrer Gebühren-Forderungen für den Fall, dass an ihrem Aufenthaltsort höhere Sätze gelten in die günstigere Position, ebenso erweiterte man deren Befugniss, einen Gebühren-Vorschuss verlangen zu dürfen, begrüßte übrigens die Bestimmung des Entwurfs, welche eine Abrechnung über die Kosten unter den betreffenden Gerichten im Interesse der Vermeidung unliebsamer Vielschreiberei, im Fall keine zahlungspflichtige Partei vorhanden ist, regelmässig ausschliesst. In der Frage, in wie weit die Sicherheits-Beamten eines Bundesstaates auf dem Gebiet eines andern die Verfolgung eines flüchtigen Verbrechers fortsetzen dürfen, griff man dagegen die gesetzlichen Voraussetzungen weniger eng, als solches im Entwurf geschehen ist.

In der Sitzung vom 18. Oktober nahm man in Ergänzung der über die Rechtshülfe gefassten Beschlüsse die Bestimmung in den Entwurf auf:

*„Die in einem Bundesstaat bestehenden Vorschriften über die Mittheilung von Akten einer öffentlichen Behörde an ein Gericht dieses Bundesstaates kommen auch dann zur Anwendung, wenn das ersuchende Gericht einem anderen Bundesstaate angehört.“*

Der Entwurf war davon ausgegangen, dass die Frage, in wie weit Akten an das Gericht eines andern Bundesstaates auszufolgen seien, im Dienstaufsichtswege durch die einzelnen Justiz-Minister zu regeln sei, während die Kommission des Dafürhaltens war, dass auch in dieser Frage der Grundsatz, es sei jedes deutsche Gericht jeder deutschen Behörde gegenüber als ein inländisches anzusehen, durchschlagend sein müsse.

Die **Abänderungs-Beschlüsse** lauten wie folgt:

**§. 127.** Die Gerichte haben sich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen Rechtshülfe zu leisten.

**§. 129.** *Das Ersuchen darf nicht abgelehnt werden.*

*Das Ersuchen eines nicht im Instanzenzuge vorgesetzten Gerichts ist jedoch abzulehnen, wenn dem ersuchten Gerichte die örtliche Zuständigkeit mangelt, oder die vorzunehmende Handlung nach dem Rechte des ersuchten Gerichts verboten ist.*

**§. 130.** Wird das Ersuchen abgelehnt, *oder wird der Vorschrift des §. 129. Absatz 2. zuwider dem Ersuchen stattgegeben*, so entscheidet das Ober-Landesgericht, zu dessen Bezirke das ersuchte Gericht gehört. Eine Anfechtung dieser Entscheidung findet nur statt, wenn dieselbe die *Rechtshülfe für unzulässig* erklärt, und das ersuchende und das ersuchte Gericht den Bezirken verschiedener Ober-Landesgerichte angehören. Ueber die Beschwerde entscheidet das Reichsgericht.

Die Entscheidungen erfolgen auf Antrag der Betheiligten oder des ersuchenden Gerichts ohne vorgängige mündliche Verhandlung.

**§. 135.** Im Falle der Rechtshülfe unter den Behörden verschiedener Bundesstaaten sind die baaren Auslagen, welche durch eine Ablieferung oder Strafvollstreckung entstehen, der ersuchten Behörde von der ersuchenden zu erstatten.



Im Uebrigen werden Kosten der Rechtshülfe von der ersuchenden Behörde nicht erstattet.

Ist eine zahlungspflichtige Partei vorhanden, so sind die Kosten von derselben durch die ersuchende Behörde einzuziehen und der eingezogene Betrag der ersuchten Behörde zu übersenden.

*Stempel-, Einregistrirungs-Gebühren oder andere öffentliche Abgaben, welchen die von der ersuchenden Behörde übersendeten Schriftstücke (Urkunden, Protokolle) nach dem Rechte der ersuchten Behörde unterliegen, bleiben ausser Ansatz.*

**§. 136.** Für die Höhe der den geladenen Zeugen und Sachverständigen gebührenden Beträge sind die Bestimmungen massgebend, welche bei dem Gerichte gelten, vor welches die Ladung erfolgt.

*Sind die Beträge nach dem Rechte des Aufenthaltsorts der geladenen Person höher, so können die höheren Beträge gefordert werden.*

*Einer Person, welche in einem anderen Landgerichts-Bezirk ihren Aufenthaltsort hat, ist auf Antrag ein Vorschuss zu bewilligen.*

**§. 138.** Die Sicherheits-Beamten eines Bundesstaates sind ermächtigt, die Verfolgung eines Flüchtigen auf das Gebiet eines anderen Bundesstaates fortzusetzen und den Flüchtigen daselbst zu ergreifen.

Der Ergriffene ist unverzüglich an *das nächste Gericht oder die nächste Polizei-Behörde des Bundesstaates, in welchem er ergriffen wurde, abzuführen.*

**§. 138 a.** *Die in einem Bundesstaate bestehenden Vorschriften über die Mittheilung von Akten einer öffentlichen Behörde an ein Gericht dieses Bundesstaates kommen auch dann zur Anwendung, wenn das ersuchende Gericht einem anderen Bundesstaate angehört.*

---

## Dreizehnter Titel.

### *Oeffentlichkeit und Sitzungs-Polizei.*

§§. 139—149 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 18. Oktober 1875.

Sitzung vom 19. Oktober 1875.

Im ferneren Verlauf der Sitzung vom 18. Oktober 1875 schritt die Kommission zur Berathung des dreizehnten Titels der Gerichtsverfassung: „Oeffentlichkeit und Sitzungs-Polizei“. Erledigt wurden von diesem Titel die §§. 139 bis 146 des Entwurfs. Man lehnte Anträge ab, welche den Grundsatz der Oeffentlichkeit beschränken wollten, und ging noch weiter als der Entwurf, indem man auch in Ehesachen nicht den unbedingten Ausschluss der Oeffentlichkeit beschloss, sondern nur so viel zuliess, dass letztere auf Antrag einer der Parteien ausgeschlossen werden muss, ein Grundsatz, den man dann auch auf das Entmündigungsverfahren für anwendbar erklärte. Auch die Urtheils-Verkündung hat nach den Beschlüssen der Kommission stets in öffentlicher Sitzung stattzufinden.



Eine wesentliche Umgestaltung erlitten die Bestimmungen des Entwurfs über Handhabung der Sitzungs-Polizei. Zunächst beschloss man, dass sämtliche im Sitzungssaale anwesenden Personen, gleichviel ob sie bei der Verhandlung amtlich betheiligt seien oder nicht, der Sitzungs-Polizei des Präsidenten unterworfen seien. In diesem Ausspruch der Kommission liegt insbesondere auch eine bejahende Entscheidung der vielfach erörterten Streitfrage, ob auch der Staatsanwalt dieser Aufsichtsgewalt des Gerichts-Präsidenten unterworfen sei, während der Entwurf diese Frage in entgegengesetztem Sinne entschieden hatte. Man nahm an, dass wenn auch der Staatsanwalt dem Gerichte koordinirt sei, in der mündlichen Verhandlung derselbe doch nur ein Glied im Organismus der Strafrechtspflege bilde und der Gerichtsleitung unterworfen sei, wenn er von dem Gerichte Namens der bürgerlichen Gesellschaft die Erlassung eines Urtheils auf eine von ihm erhobene Anklage begehre.

Als Strafen kennt der Entwurf die Entfernung aus dem Sitzungssaal, Haftnahme bis zu 24 Stunden, falls den zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Befehlen nicht gehorcht wird, sowie endlich, „falls eine Person in der Sitzung sich einer Ungebühr schuldig macht“, Ordnungs-Strafe bis zu 100 Mark oder drei Tagen Haft. Der Entwurf will diese Massregeln, gegen welche im Interesse der Aufrechterhaltung der Autorität des Gerichts der Beschwerde kein Suspensiveffekt zukommt, auch Anwälten gegenüber zulassen, da er dieselben nicht zu den amtlich betheiligten Personen zählt. Die Kommission war dagegen entgegengesetzter Ansicht: im Interesse der Ehre und des Ansehens des Anwaltstandes beschloss die Kommission, diese Massregeln den Anwälten gegenüber auf die Zulässigkeit einer Ordnungs-Strafe bis zu 100 Mark zu beschränken, wobei zudem der Beschwerde aufschiebende Kraft zukommen soll. Man nahm an, dass eine den Anwalts-Kammern zu übertragende genossenschaftliche Disziplin eine weit richtigere und wirksamere Repression im Fall vorkommender Ausschreitung eines Mitgliedes dieses Standes darstelle.

In der Sitzung vom 19. Oktober erledigte zunächst die Reichs-Justiz-Kommission aus dem Entwurfe des Gerichtsverfassungs-Gesetzes den Rest des Titels über Sitzungs-Polizei (§§. 147 bis 149 des Entwurfs.)

Zu §. 148 des Entwurfs wurde die Vorschrift des letzteren gutgeheissen, wonach auch dem Einzelrichter dieselben Strafmittel, insbesondere auch die Verfügung einer Geldstrafe gegen einen Anwalt, zustehen soll, wie einem Kollegial-Gerichte, mit dem einzigen Unterschiede, dass, wenn eine förmliche Ordnungs-Strafe gegen eine Partei oder gegen einen Zeugen ausgesprochen werde, auch in diesem Falle die Beschwerde aufschiebende Wirkung besitzen soll.

#### Die Abänderungs-Beschlüsse lauten wie folgt:

**§. 139.** Die Verhandlung vor dem erkennenden Gerichte, sowie die Verkündung der Urtheile und Beschlüsse desselben erfolgt öffentlich.

**§. 140.** In Ehesachen ist die Öffentlichkeit auszuschliessen, wenn eine der Parteien es beantragt.



**§. 140a.** In dem auf die Klage wegen Anfechtung oder Wiederaufhebung der Entmündigung einer Person wegen Geisteskrankheit eingeleiteten Verfahren (§§. 568n., bb. der Zivilprozess-Ordnung) ist die Öffentlichkeit auszuschliessen, wenn der Entmündigte vernommen oder die Ausschliessung von dem Entmündigten oder dessen Vertreter beantragt wird.

Das Verfahren wegen Entmündigung oder Wiederaufhebung der Entmündigung, (§§. 568a.—n., x.—ua. der Zivilprozess-Ordnung) ist nicht öffentlich.

**§. 140b.** In allen Sachen kann durch das Gericht für die ganze Verhandlung oder für einen Theil derselben die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit besorgen lässt.

**§. 140c.** Die Verkündung der Urtheile erfolgt in allen Fällen öffentlich.

**§. 143.** Die Aufrechthaltung der Ordnung in der Sitzung liegt dem Vorsitzenden ob.

**§. 144.** Parteien, Zeugen, Sachverständige oder bei der Verhandlung nicht betheiligte Personen, welche den zur Aufrechthaltung der Ordnung erlassenen Befehlen nicht gehorchen, können auf Beschluss des Gerichts aus dem Sitzungszimmer entfernt, auch zur Haft abgeführt und während einer in dem Beschlusse zu bestimmenden Zeit, welche vierundzwanzig Stunden nicht übersteigen darf, festgehalten werden.

**§. 145.** Das Gericht kann gegen Parteien, Zeugen, Sachverständige oder bei der Verhandlung nicht betheiligte Personen, welche sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig machen, vorbehaltlich der strafgerichtlichen Verfolgung, eine Ordnungs-Strafe bis zu einhundert Mark oder bis zu drei Tagen Haft festsetzen und sofort vollstrecken lassen.

Beschwerde findet statt. Dieselbe hat keine aufschiebende Wirkung.

**§. 145a.** Das Gericht kann gegen einen bei der Verhandlung betheiligten Rechtsanwalt oder Vertheidiger, der sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig macht, vorbehaltlich der strafgerichtlichen Verfolgung, eine Ordnungs-Strafe bis zu einhundert Mark festsetzen.

Beschwerde findet statt. Dieselbe hat aufschiebende Wirkung.

**§. 146.** Die Vollstreckung der vorstehend bezeichneten Ordnungs-Strafen hat der Vorsitzende unmittelbar zu veranlassen.

**§. 147.** Die in den §§. 143—146. bezeichneten Befugnisse stehen dem Amtsrichter, dem Untersuchungsrichter und dem beauftragten oder ersuchten Richter bei der Vornahme von Amtshandlungen zu.

Die Beschwerde gegen die Festsetzung einer Ordnungs-Strafe (§§. 145., 145a.) hat aufschiebende Wirkung.

**§. 147a.** Ueber die Beschwerde entscheidet in den Fällen der §§. 145., 145a., 147. das dem Gericht oder Richter im Instanzenzuge vorgesetzte Gericht.

**§. 148.** Ist bei der Verhandlung eine Person entfernt oder zur Haft abgeführt, oder ist wegen Ungebühr eine Ordnungs-Strafe festgesetzt, so ist der Beschluss des Gerichts und dessen Veranlassung in das Protokoll aufzunehmen.



## Vierzehnter Titel.

### *G e r i c h t s s p r a c h e .*

§§. 150—157 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 20. Oktober 1875.

In obiger Sitzung wurde der Titel von der Gerichtssprache im wesentlichen unverändert nach dem Entwurf angenommen.

Bei §. 150 wurde unter Zustimmung der Herren Regierungs-Vertreter der dort enthaltenen Vorschrift „die Gerichtssprache ist die deutsche“, die übrigens in das Einführungs-Gesetz aufzunehmende Beschränkung beigefügt, dass hiedurch die in Elsass-Lothringen geltenden Bestimmungen nicht berührt werden. Bei §. 152 wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die Zeichensprache nicht das einzige Verständigungsmittel ist.

---

Im XIV. Titel wurde §. 152 dahin abgeändert:

§. 152. Zur Verhandlung mit tauben oder stummen Personen ist, sofern nicht eine schriftliche Verständigung erfolgt, eine Person als Dolmetscher zuzuziehen, *mit deren Hülfe die Verständigung in anderer Weise erfolgen kann.*

---

## Fünfzehnter Titel.

### *B e r a t h u n g u n d A b s t i m m u n g .*

§§. 158—163 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 19. Oktober 1875.

Sitzung vom 20. Oktober 1875.

Bei Berathung des XV. Titels, der im Uebrigen nach der Regierungsvorlage angenommen ward, wurde zu §. 158 der Antrag gestellt, dass bei richterlichen Entscheidungen nur solche Richter mitwirken können, „die in Gemässheit des Gesetzes oder des Etats endgültig angestellt sind.“

Der Antrag wurde bis zur Berathung der Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse des Richteramtes vertagt.

Zu §. 159 war beantragt worden, über den Abstimmungsmodus bei Kollegial-Gerichten eine Vorschrift in den Entwurf aufzunehmen behufs Entscheidung der wichtigen und allbekannten Kontroverse, ob „nach Gründen“ oder ob „nach dem Resultate“ abzustimmen sei. Es lagen zwei



Anträge vor, die bezweckten, eine Vorschrift im ersteren Sinne zu erlassen. Der erste Antrag geht dahin:

„Sowohl über die rechtliche Erheblichkeit als über den Beweis einer jeden einzelnen als Angriffs- oder Vertheidigungs-Mittel geltend gemachten Thatsache, ist die Abstimmung, wenn sie erforderlich ist, getrennt vorzunehmen. Ueber Vorfragen ist stets gesondert abzustimmen.“

Der zweite Antrag wollte denselben Gedanken kürzer dahin präzisiren:

„Ueber die einzelnen That- und Rechtsfragen ist getrennt abzustimmen.“

Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt, da eine so allgemein gehaltene Regel nicht ausreichend erscheint, für die mannigfachen hier in Frage kommenden Fälle eine Richtschnur zu gewähren, da ferner im Zivil-Prozess im Anschluss an die Normen des Zivilrechts sich der vorgeschlagene Satz von selbst ergebe, während im Strafverfahren dieser Satz keine Geltung haben dürfe, da sich sonst das sonderbare Resultat ergeben könne, dass beispielsweise eine Verurtheilung erfolgen müsse, während jeder der drei Richter, wenn gleich jeder aus einem andern Grund auf Freisprechung votire, beispielsweise der erste Richter, weil er die That nicht als bewiesen ansieht, der zweite Richter, weil er nicht die gesetzlichen Thatbestands-Merkmale einer strafgesetzwidrigen Handlung als vorhanden ansieht, während der dritte Richter einen Strafausschliessungsgrund (Unzurechnungsfähigkeit, Nothwehr, Verjährung) als dargethan annimmt. Man beschloss daher in Uebereinstimmung mit dem Entwurf, diese Frage, wie auch in bisherigen Gesetzgebungen dieses allenthalben der Fall ist, der Praxis zu überlassen.

#### Sitzung vom 20. Oktober 1875.

In der Sitzung vom 20. Oktober wurde als §. 158 a. die Vorschrift beigelegt, dass der geheimen Berathung und Abstimmung eines Kollegial-Gerichts nur solche Personen beiwohnen dürfen, welche ihrer juristischen Ausbildung wegen bei dem Gerichte beschäftigt sind. Justiz-Aufsichtsorgane und Staatsanwälte sollen dagegen niemals anwesend sein.

Zu §. 161 wurde die Bestimmung aufgenommen:

*„Bilden sich in Beziehung auf Summen, welche der Verurtheilung zu Grunde zu legen sind, mehr als zwei verschiedene Meinungen, von welchen keine die Mehrheit für sich hat, so werden die Stimmen, welche für eine grössere Summe sich aussprechen, mit den Stimmen, welche für eine geringere Summe sich erklären, so lange zusammengezählt, bis für eine bestimmte Summe eine Mehrheit sich ergibt.“*

Diese Regel wurde zwar von anderer Seite für eine ganz selbstverständliche, und daher deren Aufnahme in das Gesetz für völlig überflüssig erklärt, man erachtete indessen nach dem Vorgang anderer Gesetze eine solche Vorschrift für Fälle, in welchen es sich beispielsweise um die richterliche Festsetzung der Grösse eines Schadens oder die Arbitrirung einer Geld- oder Freiheits-Strafe handelt, für angemessen, zumal auch die Ansicht ihre Vertreter hat, dass bei Ansichts-Verschiedenheiten in Summen die Durchschnittsziffer zu greifen sei.



Als **§. 162a** nahm man die Bestimmung auf:

*„Jedes Mitglied eines Kollegial-Gerichts ist berechtigt, seine von der Beschlussfassung des Gerichts abweichende Ansicht in den Geheimakten des Gerichts niederzulegen.“*

Man erachtete eine solche Vorschrift für angemessen, um etwaigen Gewissensbedenken eines Kollegial-Richters Rechnung zu tragen, sowie denselben gegen eine Verantwortung zu sichern, desgleichen im Interesse der wissenschaftlichen Fortentwicklung des Rechts.

Die Vorschrift (**§. 163**), dass Geschworene und Schöffen Stillschweigen über die Berathung zu beobachten haben, hielt man gegenüber einem Streichungsantrag aufrecht, da diese in vielen Ländern bestehende Vorschrift im Interesse der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Schwurgerichts-Instituts belegen und wirksam sei, wenngleich das Gesetz keine Strafe androht.

Die zum XV. Titel gefassten **Abänderungs-Beschlüsse** lauten:

**§. 158a.** *Die Berathung und Abstimmung des Gerichts ist nicht öffentlich. Ausser den betheiligten Richtern dürfen nur die bei demselben Gerichte zu ihrer juristischen Ausbildung beschäftigten Personen zugegen sein. Die Anwesenheit der Letzteren kann in einzelnen Fällen durch das Gericht ausgeschlossen werden.*

**§. 161.** Die Entscheidungen erfolgen, soweit das Gesetz nicht etwas Anderes bestimmt, nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.

*Bilden sich in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die für die grösste Summe abgegebenen Stimmen den für die zunächst geringere abgegebenen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.*

Bilden sich in einer Strafsache, von der Schuldfrage abgesehen, mehr als zwei Meinungen, deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die dem Beschuldigten nachtheiligsten Stimmen den zunächst minder nachtheiligen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.

**§. 162.** Die Reihenfolge bei der Abstimmung richtet sich nach dem Dienstalter, bei den Schöffengerichten nach dem Lebensalter; der Jüngste stimmt zuerst, der Vorsitzende zuletzt. Wenn ein Richterlatter ernannt ist, so giebt dieser seine Stimme zuerst ab.

Bei der Abstimmung der Geschworenen richtet sich die Reihenfolge nach der Auslosung. Der Obmann stimmt zuletzt.

**§. 162a.** *Jeder Richter ist befugt, seine von dem Beschlusse des Gerichts abweichende Ansicht in den Geheimakten desselben niederzulegen.*



## Sechszehnter Titel.

### *G e r i c h t s f e r i e n .*

§§. 164–166 des Entwurfs.

Fortsetzung der Sitzung vom 20. Oktober 1875.

Im fernern Verlauf obiger Sitzung erledigte man noch den Schlusstitel „von den Gerichtsferien“ §§. 164 bis 166 des Entwurfs.

Die Gerichtsferien, welche nach dem Entwurf vom 15. Juli bis 31. August dauern sollen, verlängerte man bis zum 15. September. Man erwog, dass nur in dieser Weise bei Kollegien die Ferien-Kammern für alle dringlichen Sachen in der Weise gebildet werden können, dass auf den einzelnen Richter eine Urlaubszeit von vier Wochen kommt. Ebenso nahm man die Ernteverhältnisse in manchen Landesgegenden in Rücksicht. Die grosse Reihe von gesetzlichen Feriensachen (§. 165, Ziffer 1–6), ebenso die Bestimmung, dass gerichtsseitig noch alle weiteren dringenden Sachen und zwar wie die Kommission beschloss, auf Antrag als Feriensachen zu erklären sind, sowie die Vorschrift, dass das Zwangsvollstreckungs-Verfahren und das Konkurs-Verfahren nicht durch die Ferien berührt werden, hielt man nicht nur aufrecht, sondern man fügte auch weiter den in den Ferien abzuwickelnden Sachen das Mahn-Verfahren bei. Die Frage, ob nicht im Interesse der Rechtsgleichheit und der Statistik der Beginn des Geschäftsjahres aller deutschen Gerichte durch Reichsgesetz oder den Bundesrath zu fixiren sei, behielt man einer späteren Berathung vor.

Damit waren diejenigen Materien erledigt, welche man ohne die bairischen Kommissions-Mitglieder zur Berathung zu bringen beschlossen hatte.

Die zum XIV. Titel getroffenen **Abänderungen des Entwurfs** lauten wie folgt:

**§. 164.** Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September.

**§. 165.** Während der Ferien werden nur in Feriensachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen.

Ferientsachen sind:

1. Strafsachen;
2. Arrestsachen und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen;
3. Mess- und Marktsachen;
4. Streitigkeiten wegen Uebergabe oder Räumung eines Miethsgelasses;
5. Wechselsachen;
6. Bausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird.

Das Gericht oder der Vorsitzende kann *auf Antrag* auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Feriensachen bezeichnen.

**§. 165 a.** Zur Erledigung der Feriensachen können bei den Landgerichten Ferien-Kammern, bei den Ober-Landesgerichten und dem Reichsgerichte Ferien-Senate gebildet werden.

**§. 166.** Auf das Mahn-Verfahren, das Zwangsvollstreckungs-Verfahren und das Konkurs-Verfahren sind die Ferien ohne Einfluss.



# Einführungs-Gesetz

zum

## Gerichtsverfassungs-Gesetze.

§§. 1–14 des Entwurfs.

Sitzung vom 11. und 12. Februar 1876.

In der Reichs-Justiz-Kommission gelangte in den obigen beiden Sitzungen das Einführungs-Gesetz zur Gerichtsverfassung zur Annahme.

Bei §. 4 wurde der Grundsatz der Trennung der Justiz und Verwaltung zum schärfern Ausdruck gebracht, als solches in der Vorlage geschehen war.

Die wichtigste Aenderung betrifft die Verfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen. Die Kommission beschloss in Konformität mit dem gegenüber von Altpreußen, Baden und Rheinhessen im ganzen übrigen Deutschland bestehenden Rechtszustande, dass die richterliche Gewalt auch in diesem Gebiete selbständig und unabhängig zu thun habe, was ihres Amtes sei, und dass daher keinerlei Vorprüfung oder Genehmigung von Administrativ-Behörden Platz zu greifen habe. Man erwog, dass andernfalls für den Beamtenstand ein ungerechtfertigtes Privilegium geschaffen werde, und konnte sich nicht davon überzeugen, dass dadurch eine Kontrolle der Gerichte über die Amtsthätigkeit der Verwaltungs-Behörden geschaffen werde. Gegen frivole Verfolgungen, die dem öffentlichen Dienst nachtheilig werden könnten, gebe die Strafprozess-Ordnung, namentlich das Vorprüfungsrecht des Landgerichts (§§. 147–148 d der Strafprozess-Ordnung) ausreichende Kautelen an die Hand.

§. 8 des Entwurfs wurde gestrichen, da man kein Bedürfniss erkannte, einzelnen Ober-Landesgerichten die Strafrechtspflege ganz zu entziehen.

§. 9 b beruht auf einem zu §. 150 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes in der Sitzung vom 20. Oktober 1875 gefassten Beschlusse. (S. diesen oben S. 96.)

§. 12 a wurde bereits zu §. 2, 5 a des Gerichtsverfassungs-Gesetzes anlässlich des Berichts über die Organisation von Kompetenzhöfen namhaft gemacht.

In §§. 12 und 15 sind die Uebergangs-Bestimmungen bezüglich des Richter-Personals beim Reichsgericht und der Gerichte der Einzelstaaten theils ergänzt, theils im Interesse der Rechtspflege und der obersten Richter verbessert worden.



Die von der **Justiz-Kommission** und deren **Redaktions-Kommission** in dem Einführungsgesetze beschlossenen **Abänderungen** sind folgende:

**§. 3.** Die Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche besondere Gerichte zugelassen sind, kann den ordentlichen Landes-Gerichten durch die Landes-Gesetzgebung übertragen werden. Die Uebertragung darf nach anderen als den durch das Gerichtsverfassungs-Gesetz vorgeschriebenen Zuständigkeits-Normen erfolgen.

Auch kann die Gerichtsbarkeit letzter Instanz in den vorerwähnten Sachen auf Antrag des betreffenden Bundesstaates mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung dem Reichsgerichte übertragen werden.

Insoweit für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten ein von den Vorschriften der Zivilprozess-Ordnung abweichendes Verfahren gestattet ist, kann die Zuständigkeit der ordentlichen *Landes-Gerichte* durch die Landes-Gesetzgebung nach anderen als den durch das Gerichtsverfassungs-Gesetz vorgeschriebenen Normen bestimmt werden.

**§. 4.** Durch die Vorschriften des Gerichtsverfassungs-Gesetzes über die Zuständigkeit der Behörden wird die Landes-Gesetzgebung nicht gehindert, den betreffenden Landes-Behörden jede andere Art der Gerichtsbarkeit, sowie Geschäfte der Justiz-Verwaltung zu übertragen. *Andere Gegenstände der Verwaltung dürfen den ordentlichen Gerichten nicht übertragen werden.*

**§. 5.** In Ansehung der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie der *Mitglieder der* Fürstlichen Familie Hohenzollern finden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes nur insoweit Anwendung, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landes-Gesetze abweichende Bestimmungen enthalten.

**§. 8.** *Fällt fort.*

**§. 9.** Die allgemeinen, sowie die in den §§. 98, 104, 105, 105a, 108, 110, 111 enthaltenen besonderen Vorschriften des Gerichtsverfassungs-Gesetzes finden auf die obersten Landes-Gerichte als Behörden der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.

**§. 9a.** *Die landesgesetzlichen Bestimmungen, durch welche die Verfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen im Wege des Straf- oder Zivil-Prozesses an besondere Voraussetzungen gebunden ist, treten ausser Kraft.*

**§. 9b.** *Die für Elsass-Lothringen geltenden Bestimmungen über die Gerichtssprache werden durch die Vorschrift des §. 150 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes nicht berührt.*

**§. 12.** Behufs Erledigung der nach Vorschrift des vorstehenden Paragraphen dem Reichsgerichte zugewiesenen Sachen können mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung bei dem Reichsgerichte Hülfs-Senate eingerichtet werden.

*Der Reichskanzler bestimmt die Zusammensetzung der Hülfs-Senate und die Vertheilung der Geschäfte derselben.*

Mit der Wahrnehmung der richterlichen Geschäfte in den Hülfs-Senaten können nur *Mitglieder des Reichsgerichts und Mitglieder der früheren obersten Gerichte oder der Ober-Landesgerichte* beauftragt werden.

*Die Anordnung ist für ein nicht zum Reichsgerichte gehörendes Mitglied bis zu dem Zeitpunkt unwiderruflich, in welchem die Wahrnehmung seiner Thätigkeit in dem Hülfs-Senate nicht mehr erforderlich ist.*

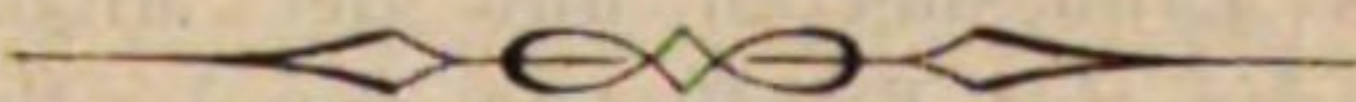


**§. 12a.** *Auf Antrag eines Bundesstaates und mit Zustimmung des Bundesraths kann durch Kaiserliche Verordnung die Verhandlung und Entscheidung der im §. 5a des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bezeichneten Streitigkeiten dem Reichsgerichte zugewiesen werden.*

**§. 14.** Die Mitglieder des Reichs-Oberhandelsgerichts werden durch Kaiserliche Verfügung mit Beibehaltung ihrer Besoldung entweder bei dem Reichsgerichte angestellt oder in den Ruhestand versetzt.

**§. 15.** *Bei der ersten Einrichtung der Landes-Gerichte und Ober-Landesgerichte werden die Mitglieder der Kammern und Senate von der Landes-Justizverwaltung bestimmt.*

*Bei der ersten Einrichtung des Reichsgerichts werden die Mitglieder der Senate vom Reichskanzler bestimmt.*





Die p. t. Herren Abnehmer des vorliegenden Bandes **Verhandlungen**,  
welche auch die folgenden Bände zu beziehen wünschen, wollen  
diese gefl. umgehend bei der sie bedienenden Buchhandlung bestellen.

Bei der ..... Buchhandlung  
in ..... bestelle ..... hiermit die im  
Verlage **Fr. Kortkamp** in **Berlin** erscheinenden

## **Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission**

**I. Band.** Strafprozess-Ordnung. Th. I. 1. Les., Thl. II. 2. Les.

**II. Band.** Zivilprozess-Ordnung. 1. und 2. Lesung.

**III. Band.** Gerichtsverfassungsgesetz. II. Thl.: 2. Lesung.

bestelle ... ferner aus gleichem Verlage:

Entwurf eines **Gerichtsverfassungs-Gesetzes** mit Motiven 2 M.

Entwurf einer **Strafprozess-Ordnung** mit Motiven u. Anlagen 4 M.

Entwurf einer **Zivilprozess-Ordnung** mit Motiven u. Anlagen 6 M.

Entwurf einer **Konkurs-Ordnung** mit Motiven u. Anlagen 6 M.

Entwurf eines **Straf-Gesetzbuchs** für den **Norddeutschen Bund** mit  
Motiven, Anlagen u. den **Kommissions-Beschlüssen**. Geh. 20 M.

## **Parlamentarische Handbücher**

für den Deutschen Reichstag und den Preussischen Landtag.

**I. Band.** Handbuch für den **Preussischen Landtag**.

XII. Legislatur-Periode. Bd. I. 5 M. Thl. 1. 3 M. Thl. 2. 3 M.

**II. Band.** Handbuch für den **Deutschen Reichstag**.

II. Legislatur-Periode. Bd. II. 5 M. Thl. 1. 3 M. Thl. 2. 3 M.

**Meissner**, Noch ein Wort. Geh. 2,40 M.

**Pfafferot**, Zur Frage der Amtsgerichte. Geh. 0,80 M.

Ein Mahnruf zur Reform des Aktienrechts. Geh. 1 M.

**Seidler**, Kreisgerichts-Rath. Nothwendigkeit der Aufhebung der  
Allerh. Kabinets-Ordre vom 17. Juli 1816. Geh. 0,80 M.

Reden des Fürsten v. **Bismarck**. Band I, II, III, IV.

Ausgewählte Reden des Fürsten v. **Bismarck**.

Ort ..... Name .....

Gefl. abzuschneiden und zur Ertheilung geneigter Aufträge zu benutzen.



## Bücher - Bestellung.

### Buchhandlung

**Frei!**







## Verlag von Fr. Kortkamp, 7, Königin Augusta-Str., Berlin, W.

### Parlamentarische Handbücher für den Deutschen Reichstag und den Preussischen Landtag.

I. Band: **Handbuch für den Preussischen Landtag.** XII. Legislatur-Periode. Herausgegeben von Rudolf Kropp, Mitglied des Abgeordneten-Hauses, u. Fr. Kortkamp.

I. Theil: Gesetzgebung und Staats-Verwaltung.

II. Theil: Die beiden Häuser des Landtags. (Biographien.)

II. Band: **Handbuch für den Deutschen Reichstag.** II. Legislatur-Periode. Herausgegeben von Fr. Kortkamp.

I. Theil: Gesetzgebung, Organisation und Statistik.

II. Theil: Gesetzgebende Faktoren. (Biographien der Mitglieder des Bundesrathes und des Reichstags.)

Preis für jeden Band (2 Thle. in 1 Bd. kl. 8<sup>o</sup>): Geh. 5 Mark, geb. 6 Mark. Jeder Theil einzeln: Geh. 3 Mark, geb. 3,75 Mark.

Von der gesammten Presse sind diese Handbücher einstimmig als dauernden Werth habend bezeichnet; aus den zahlreichen Urtheilen seien nachstehende Auszüge angeführt:

„**Schlesische Zeitung**“ No. 164 von 1874:

„ . . . . Das Werk empfiehlt sich durch Reichthum des Inhalts und sehr sorgfältige Bearbeitung und ist in mehr als einer Beziehung dem so beliebten Hirth'schen Landtags-Almanach vorzuziehen, den es auch an Umfang und Vielseitigkeit des Inhalts bedeutend übertrifft.“

Im „**Deutschen Wochenblatt**“ No. 6 von 1874 lautet ein Satz:

„ . . . . Das hier genannte Buch entspricht einem Bedürfniss und zeugt von praktischem Blick.“ . . . .

Der „**Staats-Anzeiger für Württemberg**“ schreibt in No. 97 von 1874:

„Für alle diejenigen, welche sich für die Institutionen des Deutschen Reiches interessiren, oder in irgend einer Weise mit denselben zu thun haben, bildet das **Kortkamp'sche** Handbuch eine unentbehrliche Stütze des Gedächtnisses für die Kenntniss des weitschichtigen Materials, umsomehr, als dieses Handbuch in der kurzen Zeit seines Bestehens sich eine Vollständigkeit erworben hat, die den Nachschlagenden kaum einmal vergeblich suchen lassen wird.“ . . . .

Die „**Hamburger Nachrichten**“ urtheilen in No. 86 von 1874 dahin:

„ . . . . In knapper präziser Fassung bringt das Handbuch eine ausserordentliche Fülle wichtigsten Materials in übersichtlicher Gruppierung.“

„**Grenzboten**“ 1874, S. 118—120:

„ . . . . Von anderen Gesichtspunkten (als Hirth) ist das Handbuch für den Deutschen Reichstag ausgegangen (Legislatur-Periode 1874—1876), welches soeben von und bei Fr. Kortkamp in Berlin erschienen ist. Es war bestimmt, eine perennirende Pflanze zu werden. Es soll weiter reichen als zu dem Zwecke, dass die Herren vom Deutschen Reichstag sich kennen lernen, ohne die Karten zu wechseln. Es wird namentlich durch seinen reichhaltigen ersten Theil noch lange nach Ablauf der gegenwärtigen Legislatur-Periode sehr lesenswerth bleiben.“ . . . .

„ . . . . So schön und werthvoll dieses reiche, klar geordnete Gesetzesmaterial ist, so glauben wir dennoch nicht zu irren, wenn wir annehmen, dass nicht die Herstellung des ersten Theiles dieses Handbuchs die Ausgabe desselben fast bis zu Ende der ersten Session des Reichstags verzögert hat, sondern hauptsächlich die Bearbeitung des zweiten Theiles, welcher den „Gesetzgebenden Faktoren“ gewidmet ist, diese Verzögerung veranlasste. Denn hier treffen wir zum ersten Male auch biographische Nachweise über die Mitglieder des Bundesrathes und am Schlusse jeder Biographie eines Reichstagsmitgliedes die Zahl seiner Wahlstimmen und derjenigen seines Gegenkandidaten. Wer jemals selbst eine derartige Arbeit versuchte, wird im Stande sein, dem Herausgeber das richtige Mass von freudiger Anerkennung zu zollen, welches ihm dafür gebührt, dass er dieses spröde biographische und statistische Material in so kurzer Zeit so befriedigend zu bewähigen vermochte.“ . . . .

Anlässlich der demnächst **bevorstehenden Wahlen** wird auf diese „Parlamentarischen Handbücher“, namentlich die Biographien enthaltende „zweiten Theile“ besonders aufmerksam gemacht.



Verhandlungen der Reichs-Justiz-Kommission und des Reichstags über die  
Entwürfe der Reichs-Justiz-Gesetze Materialien zur Reichs-Justiz-  
Gesetzgebung  
Bd.: 3,1

Berlin 1876

J.publ.g. 827 ly-2/3

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11334327-6